



Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.182 28.7.80

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

 Bibliothek
der Ruhrgebiets
Bibliothek der
IN DIESER
AUSGABE:

580 3308



Bolivien:

»Lieber sterben,
denn als Sklave leben«

Mit diesen Worten endet die bolivianische Nationalhymne. Seit nunmehr 10 Tagen stehen die Gewerkschafter, Minen- und Landerbeiter des Andenstaates in einem schweren Kampf gegen die Militärjunta. Anders als im November letzten Jahres sind die Militärs entschlossen, den Widerstand nach chilenischem Muster zu zerschlagen. Nicht nur ihre Äußerungen, auch ihre blutige Praxis lassen keinen Zweifel aufkommen: Fußballstadien wurden in KZs verwandelt; täglich finden dort Hinrichtungen statt. Nach wie vor hält die erbarmungslose Treibjagd auf Gewerkschaftsfunktionäre und linke Politiker an. Die Elendeviertel der Hauptstadt La Paz wurden bombardiert, ebenso wie die von den Bergarbeitern besetzten Minen im Süden des Landes. Aber immer noch rufen die Untergrundkämpfer der Gewerkschaften zum Widerstand auf. Die Ereignisse in Bolivien haben erneut die bittere Wahrheit unterstrichen, daß die Post faschistischer Diktaturen nur durch den bewaffneten Kampf zu beenden ist. Dies ist momentan nicht einmal unter liberalen Auslandsvertretern Boliviens umstritten.

Die derzeitige internationale Isolierung der Junta, die sich allein auf Argentinien, Chile, Brasilien und Uruguay stützen kann (auf welche US-amerikanische Kreise sie sich stützt, wird sich noch herausstellen), hält die USA und die Bundesregierung trotz verbaler Proteste keineswegs davon ab, die diplomatischen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die „Welt“ (25.7.) dürfte recht haben, wenn sie davon ausgeht, daß eine Beeinträchtigung der „guten Wirtschaftsbeziehungen“ durch den Putsch „unwahrscheinlich“ sei. So stellte

Fortsetzung Seite 2

Schah matt!

Freie Kunde nach Redaktionsschluß: Über Radio wurde am 27.7. das Ableben des Ex-Schah bekannt gegeben. Damit tritt eine Person ab, die entscheidend zu unserer aller Politisierung beigetragen hat. Doch auch er war nur ein Papiertiger. Unser aufrichtiger Dank gilt den Genossen Professoren, die den Schah behandelten. Wir nutzen die Gelegenheit, uns für so manches böse Wort über die weiße Kunst, das auch in unsere Zeitung Eingang gefunden haben mag, zu entschuldigen, und verbinden dies mit der Hoffnung, daß es sich um dieselben Ärzte handelt, die auch Präsident Sadat betreuen.



Terrorurteil gegen Brigitte Heinrich

Mit einem Schlag gegen alle „Liberalisierungs“-Illusionen endete der Prozeß gegen Brigitte Heinrich. 21 Monate verhängte das Gericht in dieser Justiz-Farce. Brigitte, die schon einmal in viermonatiger U-Haft saß und nur entlassen wurde, weil sich ihr Zustand lebensbedrohlich zugespitzt hatte, steht nun vor der „Wahl“, die Haftstrafe anzutreten und endgültig ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen, oder in die Revision zu gehen und erneut die Schikane und Aufwendungen eines langen Prozesses mit ungewissem Ausgang auf sich zu nehmen.

Zehn Monate hatte das Karlsruher Oberlandesgericht gegen die Diplom-Volkswirtin und Vorsitzende des Studierendenparlaments der Frankfurter Universität verhandelt. Am 25.7. wurde sie wegen Waffenschmuggels und Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt. Offensichtlich hat sich das Gericht bei seiner „Wahrheitsfindung“ weniger auf vorliegende Beweise als auf die Beurteilung von Brigittes „Täterpersönlichkeit“ gestützt. Es fragt sich allerdings, warum das Gericht die Verhandlung zehn Monate hinauszog, wenn es sowieso auf die Behandlung von Fakten verzichten wollte.

Anfang der siebziger Jahre, so die Anklage, habe Brigitte Tretninen und Handgranaten über die Schweizer Grenze gebracht, die dann in den Arsenalen der RAF verschwunden seien. Bei dieser Konstruktion stütze sich die Bundesanwaltschaft auf die widersprüchlichen Aussagen dreier Zeugen von der Schweizer Polizei. Diese Zeugen brachten es fertig, ihre Aussagen bei mehreren Vernehmungen im Verlauf der Jahre des öfteren zu verändern. Dennoch konnten sie keineswegs vor dem gesamten Gericht in der BRD vernommen werden. Vielmehr reisten die Berufsrichter ohne die Schöffen in die Schweiz und hörten dort die Aussagen der Polizisten, die ihrerseits wiederum vormalige Belastungszeugen

verhört hatten. Für eine Vernehmung vor Gericht in der BRD hatten die Polizisten keine Aussagegenehmigung von ihren Vorgesetzten erhalten. Brigitte Heinrich wiederum wurde an der Teilnahme bei den Vernehmungen dieser Polizisten in der Schweiz wirksam gehindert, indem ihr die Schweiz für den Fall eines Betretens Schweizer Territoriums die sofortige Verhaftung angedroht hatte.

Entstehungszeuge im Gericht verhaftet

Als sich schließlich doch einer der Schweizer Zeugen, Peter Egloff, bereit fand, in Karlsruhe vor dem Gericht auszusagen, allerdings statt der von der Bundesanwaltschaft erhofften belastenden Aussage gegen Brigitte die Angeklagte tatsächlich entlastete, wurde er trotz vorheriger Zusage freien Geleits noch im Gerichtssaal vom Fleck weg verhaftet – ein Vorfall, der nicht nur verhinderte, daß weitere ausländische Zeugen in die BRD kamen, um in Karlsruhe auszusagen, sondern der auch die bundesdeutsche Justiz „in vollem Glanz“ präsentierte. Erst nach mehrmonatiger Haft und internationalen Protesten wurde Egloff freigelassen.

Bei der Beurteilung der Zeugen hat das Gericht nur die belastenden Aussagen zur Kenntnis genommen. Auf die von denselben Zeugen vorher und hinterher gemachten Aussagen ging das Gericht nicht ein, wenn sie nicht in das Verurteilungsschema paßten. Es fanden nur diejenigen Aussagen Verwendung, die gemacht wurden, als sich die Zeugen noch „auf dem Boden der Wahrheit“ befanden, so der vorsitzende Richter.

Im Falle des Schweizer Zeugen Städtl beispielsweise hatte die Schweizer Polizei die „Wahrheit“ so ermittelt, daß sie denselben im achten Monat hochschwangeren Frau verhaften ließ und solange in Gewahrsam behielt, bis

Fortsetzung Seite 2

UNO-Frauenkonferenz

5 Jahre nach dem „Jahr der Frau“ findet in Kopenhagen die zweite Frauenkonferenz der UNO statt. War schon die erste Konferenz gezeichnet vom spannungsgeladenen Zustand in der Welt, so trifft dies auf die 2. Konferenz in nicht minderm Maße zu.

Wir berichten über die ersten Tage dieser Konferenz, über Ekzels und Zwischenfälle und geben ein Interview mit Leila Khaled wider. Seite 24

Wahlboykott – »Kampfmittel« der »Emma«-Leserinnen?

„Wahlboykott? – Haben Frauen noch die Wahl?“ – so lautet die Schlagzeile des ersten Sonderbandes der „Emma“, der sich in verschiedenen Stellungnahmen mit den zur Wahl stehenden Alternativen für Frauen zur Bundestagswahl '80 auseinandersetzt. „Emma“ stützt sich hierin insbesondere auf Analysen aus der Leserinnen-Befragung im Herbst 1978. Wir gehen diesen Fragestellungen nach und nehmen zur Einschätzung und Empfehlung der „Emma“ Stellung. Seite 25

Frauen bei den Grünen

Christine Muscheler, Kandidatin der Grünen und bekannt für ihre Aktivitäten innerhalb der Grünen für die Frauen, berichtet in einem Artikel über die Schwierigkeiten und Erfolge der Frauen innerhalb der Grünen in diesem Landesverband. Seite 28

Rechte Grüne gründen »Föderation«

Mit dem Austritt von ca. 30 Leuten (um die Bürgerschaftsabgeordneten Dinné und Brox) aus dem Bremer Landesverband der Grünen haben weitere Vertreter der stramm-rechtsökologischen Richtung die Partei verlassen. Zusammen mit rechten Grünen aus Schleswig-Holstein (die den dortigen Landesverband schon eine Woche nach dem Dortmunder Parteitag gespalten hatten), Gemarkungsgruppen aus der GAZ und kleineren Zirkeln aus den grünen Landesverbänden Baden-Württemberg und Bayern haben die Vertreter der „Bremer Linie“ eine sogenannte „Föderation“ gegründet, um organisiert Druck auf die Bundespartei ausüben und nach den Wahlen am 8. Oktober ihr Spaltungswerk wirkungsvoller betreiben zu können. Seite 33

KB diskutiert Empfehlung zu den Bundestagswahlen

Um die Frage, welche der in Opposition zu den stabilisierten Parteien kandidierenden Listen die Linken bei den im Oktober anstehenden Bundestagswahlen ggf. unterstützen sollen/können, wird im KB derzeit eine lebhaft Diskussion geführt. Wir veröffentlichen in diesem AK dazu sowohl eine (überarbeitete) Resolutionsevorlage des Leitenden Gremiums als auch einen Alternativentwurf und verschiedene Diskussionsbeiträge. Seiten 34 - 37

Sommerpause!
Der nächste AK
erscheint am 25.8.80

Türkei: Diktatur ohne Putsch

Während in den letzten Wochen nicht nur Linke, nicht nur Gewerkschafter, sondern auch Sozialdemokraten der CHP Opfer faschistischer Anschläge und Folterungen wurden, erzielten Ministerpräsident Demirel und Oppositionsführer Ecevit (CHP) in einem Spitzengespräch vom 25.7. Einigung über weitreichende Gesetzesänderungen. Mit diesem Gesetzespaket, das bereits nächste Woche verabschiedet werden soll, werden die türkischen Militärs de facto die Macht im Land übernehmen. Mit der Zustimmung Ecevits, der übrigens selbst schon faschistischen Angriffen nur mit knapper Not entkommen war, wird der Ansehens aufrechterhalten, als flühe die gigantische Militär- und Wirtschaftshilfe der Westens weiter an ein parlamentarisches System. Gleichzeitig geht der Terror der faschistischen Banden und der Militärs mit unverminderter Schärfe weiter.

Das vorgesehene Gesetzespaket, das zwischen Demirel und Ecevit ausgehandelt wurde, ist noch nicht bis ins letzte Detail bekannt. Insgesamt werden die Änderungen in fünf Punkte unterteilt:

1. Einführung einer Schnelljustiz (insbesondere bei politischen „Delikten“)
 2. Veränderung des Kriegsrechtsgesetzes (Ausweitung der Vollmachten und Kompetenzen der Kriegsrechts-Kommandanturen)
 3. Verschärfung des Militärstrafgesetzes
 4. Änderung der Strafprozeßordnung
 5. großzügige materielle Verbesserungen für die Angehörigen des Polizei- und Militärapparates.
- Unter dieser allgemeinen Zusammenfassung verbergen sich sehr scharfe Regelungen wie z.B.:
- Die Kriegsrechts-Führung wird ermächtigt zur totalen Überwachung „jeder Art mündlicher oder schriftlicher Nachrichtenübermittlung einschließlich der Kontrolle vom Briefen und Telegrammen“ („Tercüman“, 27.7.).
 - Die Ausschaltung jeglicher Verteidigungsrechte in Strafprozessen wird legalisiert.
 - Eine Erschießung von Beamten (auch pensionierten) bei gewalttätigen Auseinandersetzungen wird automatisch mit der Todesstrafe geahndet.
 - Das Personal der Kriegsrechts-Apparate erhält massive Gehaltserhöhungen.

Die Ausweitung der Kriegsrechts-Vollmachten soll sich nicht nur auf die Ausweitung der Kriegsrechts-Vollmachten, sondern auch auf diejenigen Provinzen erstrecken, die formal bereits unter Kriegsrecht stehen, sondern auch unabhängig davon auf Angelegenheiten, für die bislang z.B. das Innenministerium zuständig war. Doch damit nicht genug: Zwischen Demirel und Ecevit ist ein weiteres Treffen vereinbart, auf dem es um verschärfte Notstandsgesetzgebung und die Wiedereinrichtung sog. „Staatsicherheitsgerichte“ gehen soll (letzteres sind berüchtigte faschistische Sondergerichte, die nach der Militärdiktatur von 1971-73 aufgelöst worden waren).

Fortsetzung von Seite 1

Städte seine belastenden Aussagen gemacht hatte. Mehrfach wurde Brigitte während der Verfassungsverfahren, sich im Sinne der Haus-Mahler Kampagne vom „Terrorismus“ (Sprich: von linker Politik überhaupt, wie Mahler das beispielhaft vorgeführt hat) zu distanzieren. Daß sie sich diesem Druck nicht beugte, mag ihr das skandalöse Urteil eingetragen haben, das durch Schuldbeweise nicht zu stützen ist.

In der Urteilsbegründung, bei der es der vorsitzende Richter dankenswerter Weise unterließ, die Formel „im Namen des Volkes“ auszusprechen, werden keine Angaben darüber gemacht, ob die Strafe mit oder ohne Bewährung ausgesprochen wurde, und ob Brigittes U-Haftzeit auf die Strafe angerechnet werden soll. Sollen diese „Versäumnisse“ etwa bewirken, daß Brigitte eine Distanzierung doch noch leistet, bevor das Urteil Rechtskraft erlangt?

Während der Urteilsverkündung ließ der vorsitzende Richter unter Einsatz von Diensthunden die zahlreichen Prozeßbesucher aus dem Saal entfernen, als die Zuschauer nach einer freudigen Feiherleistung des Vorsitzenden folgenden Beifall spendeten. Statt „Für die Angeklagte ließ sich ermitteln“ sagte er „Für die Angeklagte ließ sich entwickeln“, womit über die Art der Rechtsprechung dieses Gerichts alles gesagt ist. Aufhebung des Terrorurteils! Freispruch für Brigitte Heinrich!

KB/Gruppe Frankfurt in Zusammenarbeit mit dem Uni-AStA

Daß sich Demirel nach der Verhandlung hochzufrieden äußerte, kann keinen überraschen. Er betonte, die „Sicherheitskräfte“ hätten jetzt das Parlament hinter sich. Dies unterstreicht noch einmal den Charakter der vorgesehenen Regelungen als „Ermächtigungsgesetze“. Ein schwerer Schlag war jedoch der Kommentar Ecevits, der zuvor mehrfach die staatliche Unterstützung faschistischer Massaker an der Bevölkerung angegriffen hatte. Ecevit meinte schlicht, diese Vorschläge hätten sie bereits selbst während seiner Regierungszeit erarbeitet! Daran könne man sehen, daß er den Rechten keine Zugeständnisse gemacht habe. Das vor dem Hintergrund, daß die jetzt vorgesehenen gesetzlichen Maßnahmen in der Praxis schon lange so gehandhabt werden, wobei klar ist, was sie treffen: Alle demokratischen Kräfte einschließlich der CHP. Da abzusehen ist, daß diese Maßnahmen keineswegs die Zustimmung der gesamten CHP erhalten werden, ist man bestrebt, ihre Verabschiedung schnellstmöglich durchzusetzen. Zu diesem Zweck wird das Parlament aus dem Urlaub geholt, um bereits Ende Juli/Anfang August vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die terroristische Praxis, die auf die Weise legalisiert werden soll, sah in den letzten Tagen und Wochen so aus:

— Am 22.7. wurde der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft (Maden-Is), Kemal Türkler, vor seiner Wohnung in Istanbul erschossen. Türkler war früher auch Vorsitzender des fortschrittlichen Gewerkschaftsverbandes DISK. Seine Ermordung wurde mit Streiks und Demonstrationen beantwortet. Daraufhin drohte die Regierung den beteiligten Arbeitern Entlassungen und Verhaftungen an.

— Eine Woche zuvor war der CHP-Abgeordnete Koksakoglu von Faschisten erschossen worden.

Der türkische Innenminister Gulcugli brachte es fertig, die Ermordungen linker CHP-Mitglieder wohlwollend zu kommentieren: es habe sich dabei ja nicht um „normale CHPler“ gehandelt! Gulcugli (inzwischen zurückgetreten) bekannte sich auch offen zur Zusammenarbeit der „Sicherheitskräfte“ mit faschistischen Banden. Die Faschisten hätten der Regierung „große Dienste erwiesen“ (s. AK 181). In Corum hatten Militärs, Polizei und Faschisten Hand in Hand die Bevölkerung der Stadt-

teils Milöng angegriffen, die sich mit Barrikaden geschützt hatte. In Fatma unterstützten verummte Faschisten den Überfall der Militärs auf den Ort. Dort wurden über 300 Personen einschließlich des linken Bürgermeisters Somnez verhaftet. Mit Ausnahme des Bürgermeisters sollen die Festgenommenen inzwischen wieder freigelassen sein. Somnez wurde so brutal gefoltert, daß er mit Knie- und Schädelfrakturen im Krankenhaus liegt. Die Militärbehörden haben einen neuen Bürgermeister eingesetzt.

Dies sind nur wenige Beispiele aus der zahllosen Kette von Überfällen, Folterungen und Morden an türkischen Demokraten. Sie fallen der zunehmend offener gehandhabten Zusammenarbeit der Staatsorgane mit den paramilitärisch organisierten Banden der „Grauen Wölfe“ zum Opfer.

Bedeutenderweise am selben Tag, an dem Ecevit mit Demirel zusammentraf, fand eine Massendemonstration mit 110 000 Menschen in Istanbul statt, zu der der Gewerkschaftsdachverband DISK aufgerufen hatte. Anlaß war die Ermordung von Kemal Türkler. Unter der Hauptparole „Nieder mit dem Faschismus“ beteiligten sich sowohl CHPler (darunter 13 Abgeordnete), revolutionäre Gruppen wie auch die TKP (Revisionisten). Der Vorsitzende von DISK, Abdullah Bestürk, erklärte: „Der Kampf gegen den Faschismus ist der einzige Punkt auf unserer Tagesordnung. Wir werden ihn organisiert führen.“ („Milliyet“, 27.7.)

Vor vier Wochen hatte DISK seinen 7. Kongreß durchgeführt, wo erstmals die Frage einer gemeinsamen Plattform aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte diskutiert wurde. Dazu gab es unterschiedliche Vorstellungen, die vom Aufbau regionaler Widerstandskomitees bis zur Schaffung einer „Nationalen Demokratischen Front“ unter Einschluss aller demokratischen Kräfte reichten.

Für die westdeutsche Linke stellt sich die Aufgabe, über die dringend benötigte materielle Unterstützung der türkischen Antifaschisten hinaus die Rolle der Bundesregierung bei der blutigen Repression in der Türkei bewusst zu machen. Denn in der Türkei geschieht heute nichts ohne die imperialistische Stützungsaktion in Milliardenhöhe, bei deren Ausbleiben das reaktionäre Regime geliefert wäre. Und diese „Hilfe“ wird nach wie vor von Matthöfer (SPD) im Auftrag der Bundes-



Während in Istanbul am 25.7. über 100.000 Menschen gegen den faschistischen Terror demonstrierten, traf der Führer der Sozialdemokraten Ecevit mit Demirel zusammen, um über diktatorische Vollmachten für die Militärs zu verhandeln.

regierung koordiniert. Vor diesem Hintergrund eines massiven Einflusses, den die BRD dadurch in der Türkei besitzt, ist auch die überraschende „Sinneswandlung“ Ecevits zu sehen. Bekanntlich hat die BRD in der weltweiten Arbeitsteilung mit den anderen imperialistischen Großmächten die Aufgabe übernommen, für die „Befriedung“ und „Stabilisierung“ der „unruhigen“,

aber strategisch wichtigen Türkei zu sorgen. Das Ergebnis dieser Politik ist eine faktische Militärdiktatur mit faschistischem Terror gegen die Arbeiterbewegung bei Aufrechterhaltung einer Zivilregierung, die nicht mehr als ein Popanz für die westliche Öffentlichkeit ist. Ist das das Modell, das die SPD für die Länder der 3. Welt bereit hält?

„Die Armee hat mittlerweile den „Stabilisierung“ der „unruhigen“,

„Klar war jedoch, daß trotz Nicht-

Bolivien....

z.B. die „Deutsch-Bölgamerikanische Bank“ (Tochter der Dresdner) bereits am 22.7. in einer Geschäftsmitteilung lapidar die 17 Mitglieder der „neuen Regierung“ vor – selbst die reaktionärsten Fremdsprachen hätten derzeit Skrupel, die Mitteilungen der Junta in dieser Weise kommentieren zu verbleiben. Die „traditionell guten“ Wirtschaftsbeziehungen der BRD sind „organisch gewachsen“ – seit dem Nationalsozialismus. Eine „deutsche Kolonie“ von Nazis verfiel in Bolivien immer noch bzw. jetzt wieder (I) über großen Einfluß. „Der Militärsputch wurde von zivilen Gruppen unterstützt, die dem rechtsgerichteten früheren Präsidenten Hugo Banzer nahestanden“, wie es die „FR“ (19.7.) vornehm ausdrückt. In der barbarischen Realität sieht das so aus: Es liegen zahlreiche Zeugenaussagen dafür vor, daß der sogenannte „Schlichter von Lyon“, Klaus Barbie, alias Altmann, ehemaliger GeStaPo-Chef der französischen Stadt, eng mit der neuen Junta zusammengearbeitet. Für die Antifaschisten hier sollte das Anlaß zu besonderen Solidaritätsanstrengungen mit den bolivianischen Arbeitern sein.

Nach dem Willen der Carter-Administration war Bolivien einst zum Musterbeispiel für den friedlichen Übergang von der Militärdiktatur zur parlamentarischen Demokratie ausserkoren. Der jüngste von mittlerweile ca. 200 Militärsputchen in der nur 155-jährigen Geschichte der „Unabhängigkeit“ Boliviens zeigt die ganze Hilflosigkeit und den Zynismus derartiger Konzepte für abhängige Länder der Dritten Welt. Der Putsch, der bereits zu den kürzlich abgehaltenen Parlamentswahlen erwartet worden war (vgl. AK 178), verspricht chilenische oder argentinische Folgen für die Linke zu haben, wenn sich die Junta konsolidieren sollte. Die Präsidentin des Landes, Lidia Gueiler, hat um politisches Asyl in der Botschaft des Vatikans eruchrt, während der als Sieger aus den Wahlen hervorgegangene und von der Sozialistischen Internationalen favorisierte Siles Suazo in den Untergrund gegangen sein soll und von dort zum Widerstand aufruft („El dia“, 18.7.80). Die Militärjunta, die vom erst kürzlich ernannten Armeeführer Luis García Meza angeführt wird, scheint mit blutiger Präzision ihr Versprechen einzulösen: „Erst müssen die Köpfe der linken Aufwiegler rollen. Dann kann man in diesem Land für Ordnung sorgen.“ („El dia“, 16.7.80). Bereits am 17.7. hatten paramilitärische faschistische Banden die Gewerkschaftszentrale demoliert, den zweiten Vorsitzenden der COB (Central Obrera Boliviana),

Simon Reyes, ermordet und den populären Arbeiterführer Juan Lechin Oquendo schwer verletzt. Lechin, ebenso wie andere Linke, darunter der Führer der „Bewegung der revolutionären Linken (MIR)“, Oscar Eld Franco, sind verschleppt worden. Amtlich sind inzwischen auch der Mord an Marcelo Quiroga Santa Cruz, Chef der sozialistischen Partei und Guillermo Capobianco, Abgeordneter des MIR („FR“, 23.7.80). Nach Angaben der Bergarbeiterunion sollen insgesamt 15 Gewerkschaftsführer ermordet und ca. 700 Gewerkschafter gefangenengenommen sein. („El dia“, 20.7.80). Wieviele der 540 auf schwarzen Listen festgehaltenen Gewerkschafter, Politiker, Journalisten und Priester bereits ermordet und verschleppt sind, ist schwer zu sagen. Den noch lebenden droht das Schicksal von aus Argentinien und Chile hinlänglich bekannten „verschundenen“ politischen Gefangenen.

Das Volk leistet bewaffneten Widerstand

Die bolivianische Gewerkschaftszentrale, in der ca. 500.000 Menschen organisiert sind, rief unmittelbar nach Bekanntwerden des Putsches zum Generalstreik auf, der erst bei Wiedereinsetzung der Interimspräsidentin Lidia Gueiler beendet werden soll. In der Hauptstadt La Paz wurden überall Barrikaden errich-

„Klar war jedoch, daß trotz Nicht-

„Die Armee hat mittlerweile den „Stabilisierung“ der „unruhigen“,

Ob die 23.000 Mann starken Streitkräfte den Widerstand brechen können, ist vorerst zweifelhaft. Trotzdem ist zu befürchten, daß das Militär zu einem gewaltigen Blutbad unter den bolivianischen Arbeitern angetreten ist. (So der bolivianische Botschafter in Mexico, vgl. „El dia“, 19.7.80).

Die Putschisten, die nach bekanntem Strickmuster den „internationalen Kommunismus“ über das Land hereinbrechen sahen, annullierten unmittelbar nach dem Staatsstreich das Wahlergebnis vom 29. Juni. Bei diesen Wahlen hatte das Mitte-Links Bündnis UDP (Unidad democrática y popular) mit seinem Präsidenten Siles Suazo 38,7 % der abgegebenen Stimmen erreicht, was angesichts massiver Wahlmanipulation als hoch eingeschätzt werden muß. Lediglich 20,1 % konnte der proimperialistische Paz Estenssoro mit seiner immer noch vom Revolutionsmythos zehrenden MNR für sich buchen, während der deutschstämmige Faschist und Ex-Diktator Hugo Banzer mit seiner ADN noch 16,7 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte („NZZ“, 15.7.80).

Hintergründe des Putsches

Die Putschisten, die nach bekanntem Strickmuster den „internationalen Kommunismus“ über das Land hereinbrechen sahen, annullierten unmittelbar nach dem Staatsstreich das Wahlergebnis vom 29. Juni. Bei diesen Wahlen hatte das Mitte-Links Bündnis UDP (Unidad democrática y popular) mit seinem Präsidenten Siles Suazo 38,7 % der abgegebenen Stimmen erreicht, was angesichts massiver Wahlmanipulation als hoch eingeschätzt werden muß. Lediglich 20,1 % konnte der proimperialistische Paz Estenssoro mit seiner immer noch vom Revolutionsmythos zehrenden MNR für sich buchen, während der deutschstämmige Faschist und Ex-Diktator Hugo Banzer mit seiner ADN noch 16,7 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte („NZZ“, 15.7.80).

Klar war jedoch, daß trotz Nicht-erlangung der absoluten Mehrheit Siles Suazo gute Aussichten hatte, eine relativ stabile Regierung zu bilden, was für die Linke eine erhebliche Verbesserung ihrer Kampfbedingungen bedeutet hätte.

Die Militärs, insbesondere, die hinter ihnen stehende Kokain-Mafia, sahen spätestens beim guten Abschneiden der UDP ihre Pfunde in Gefahr, hatte die UDP der Korruption doch den Kampf angesagt.

70% der bolivianischen Wirtschaft sind verstaatlicht. Damit verfügt Bolivien derjenige, der die staatliche Macht hat, auch über einen großen Teil der ökonomischen Macht.

Bolivien, das die höchste Kindersterblichkeit auf dem Kontinent aufweist, dessen 60% indiobevölkerung zu zwei Dritteln aus Analphabeten besteht, und dessen Pro-Kopf-Einkommen bei monatlich 90 DM liegt, gehört mit Paraguay und Haiti zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas.

Gefährlich an diesem Putsch ist die offensichtliche Geschlossenheit der Armee, gefährlich ist auch der härtere außenpolitische Kurs der USA. Sicher ist auch, daß die bolivianischen Militärs acht Monate nach dem Putsch den Oberst Natusch Busch jetzt nicht zugeschlagen hätten, wenn sie sich nicht die Unterstützung im Cono Sur zugesichert hätten. Faschistische Diktaturen ihres Schlages gibt es derzeit fünf: Argentinien, Chile, Uruguay, Paraguay und Brasilien.

Auch wenn die USA die Wirtschaftshilfe vorerst eingestellt haben, ist abzusehen, daß sie das Regime unterstützen werden, wenn es eine Stabilisierung im Sinne des internationalen Währungsfonds (IMF) verspricht.

Die Bundesregierung, die zwar den Militärsputch verurteilt, schweigt bislang diskret zu dem in Bolivien stattfindenden Völkermord. Lateinamerika-Kommission

Ein von zahlreichen demokratischen und ant imperialistischen Gruppen gebildetes Solidaritätskomitee, das am 23.7. aus Protest gegen den Putsch die bolivianische Botschaft in Bonn besetzte, bittet um Spenden auf das Konto der Bolivianischen Menschenrechtskommission: Elfrieda Kobut, Postfach Berlin, 1338087-108, Kennwort: BolivienSolidarität

Wohnungskampf

Neue Besetzungen

RADOLFZELL

Schneller als der Abrißbagger waren einige hundert Schüler, die mitten aus dem Unterricht heraus ein ausgedientes Feuerwehrgerätehaus besetzten und es damit vor dem Abriß retteten. Nach 8-jährigem Kampf um ein autonomes Jugendzentrum nahmen sich die Jugendlichen das, was ihnen immer wieder verweigert wurde.

Bis zu 200 Leute sind täglich dabei, das Gebäude zu renovieren und es zu einem Treffpunkt für Jugendliche zu gestalten.

Rückendeckung erhalten die Besetzer durch tatkräftige Unterstützung aus der Bevölkerung und durch feine Berichterstattung in der Lokalpresse, wofür mit einem erfolgreichen Ausgang der Aktion gerechnet wird.

GUMMERSBACH

Mit einer Besetzung am 5.6.80 konnte der Plan, ein seit Jahren unter Denkmalschutz stehendes Haus mit Büroräumen zu belegen, vorerst durchkreuzt werden. Die Besetzer machten damit auf die Wohnungsmisere in Gummersbach aufmerksam.

Inzwischen wurden mehrere Räume renoviert, was den Besetzern nun endlich als Sachbeschädigung auslegt wird.

Örtliche Presse und Anwohner unterstützen die Besetzer, und mit dem Denkmalschutzgesetz haben sie einen zusätzlichen Trumpf im Ärmel. Ob der jedoch reicht, ist angesichts der Machtverhältnisse in Gummersbach fraglich. Denn der Hausbesitzer ist nebenbei der dickste Brötchengeber im Ort und führt so lokale Größen wie den Bürgermeister auf seinen Gehaltsskizzen.

Ob das Recht auf eine Wohnung wohl dagegen ankommt? Kontakt zu den Besetzern: Initiative zur Erhaltung des Hauses Marktstr.15, 5270 Gummersbach

DARMSTADT

Die Besetzung eines seit zwei Jahren leerstehenden Hauses brachte das Ausmaß des Wohnungsmangels in Darmstadt in die Öffentlichkeit: allein bei der kommunalen Wohnraumvermittlung sind über 4000 Wohnungssuchende gemeldet; eine Folge davon: vollbewohnte, im Stadtbereich abgestellte Wohn- und Campingwagen! Ziel der Besetzer war es, ein Wohn- und Kommunikationszentrum für Minderheiten, Kinder und ältere Menschen einzurichten.

Doch schon nach einem Tag rückten hundert Bullen an und räumten das Haus. Die im Stadtrat vertretene Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD) solidarisierte sich mit den Besetzern, verurteilte den Polizeieinsatz und prangerte die skandalöse Wohnungspolitik der Stadt an.

STUTTGART

Eine außer vorbereitete und in dieser Größenordnung erstmalige Aktion begann Ende Juni in der Stuttgarter Innenstadt: 125 Leute besetzten mehrere leerstehende Häuser und richteten sich dort auf ein längeres Wohnen ein.

In einer Presseerklärung werden ausführlich die Spekulationspläne des Besitzers, der nach dem Kauf des Hauses sämtliche Mieter kündigte, aufgedeckt.

Über die Vorbereitungen und den weiteren Verlauf der Aktion schreiben die Besetzer:

Wir haben vor der Besetzung für jede freie Wohnung eine Gruppe gebildet aus Leuten, die zusammen wohnen wollen und jetzt schon eingezogen sind. Die anfallenden Arbeiten, wie Renovierung und Öffentlichkeitsarbeit werden wir natürlich gemeinsam angehen. Unser Ziel ist es,

so schnell wie möglich wieder zum Alltag überzugehen. Uns liegt sehr viel daran, zu den bisherigen Bewohnern der Gerberstr.6 und zu unseren Nachbarn ein gutes Verhältnis zu bekommen. Wir freuen uns, wenn sie uns besuchen und wollen nach der Renovierung einen „Tag der offenen Tür“ veranstalten. Die Renovierungsarbeiten wollen wir selbst erledigen...

Um diese Arbeiten durchführen zu können, sind wir auf die finanzielle Unterstützung von außen angewiesen und bitten alle, die uns helfen wollen zu spenden. Sollte es uns gelingen, längerfristig in den Wohnungen zu bleiben, wollen wir das Geld in den Fonds zurückzahlen. Dieser steht dann den nächsten Hausbesetzern als Startgeld zur Verfügung. „Mieter bleibt heiter - der Wohnungskampf geht weiter“ soll nicht eine leere Parole bleiben. Wir wollen, was Hausbesetzungen angeht auch auf diesem praktischen Weg eine Kontinuität herstellen und sehen in dieser Art, Wohnraum zu erhalten, eine längerfristige Perspektive.

Wir fordern mit unserer Hausbesetzung auch gleichzeitig dazu auf, das Gerberviertel als Wohngebiet zu erhalten. Wir wollen im Haus Nasenbachstr.49 ein Bürgerbüro einrichten, nach dem Vorbild im Bohnenviertel, und laden die Bewohner der Viertel dazu ein, mit uns gemeinsam eine Bürgerinitiative zum Erhalt des Viertels als Wohngebiet zu gründen. Wir wollen nicht über den Kopf der eingezogenen Bewohner hinweg entscheiden, sondern mit ihnen zusammen die weitere Vorgehensweise überlegen.

Unser Verhalten im Fall einer polizeilichen Räumung haben wir noch nicht einkalkuliert. Wir haben keinerlei Interesse an einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Polizei. Wir werden die Wohnungen aber nicht freiwillig verlassen.

Wohnungskommision



Neue Mieterhöhungswelle? Hamburger Landgericht lehnt Mietenspiegel ab.

Die Richter sprachen Recht, die Hausbesitzer ließen sich die Hände, die Mieter befürchten weitere Mieterhöhungen: Das ist das Ergebnis, nachdem die höchste Mieterrechtsinstanz, das Hamburger Landgericht, den Mietenspiegel als Beweismittel zur Ermittlung der „ortsüblichen Vergleichsmiete“ wegen „Unverhältnismäßigkeit“ ablehnte. Da der Hamburger Mietenspiegel nach Aussagen des Deutschen Mieterbundes als einer der besten und repräsentativsten gilt, besteht aus der Gefahr, daß alle anderen Mietenspiegel in der Bundesrepublik ebenfalls wackeln - inzwischen gibt es in rund 165 Städten solche Mietscheiben, die Aufschuß geben sollen über eine angemessene, ortsübliche Miete.

Das Instrument „Mietenspiegel“ wird erst seit kurzer Zeit angewandt. Es wurde ermöglicht durch das 1975 in Kraft getretene „Gesetz zur Regelung der Miethöhe“. Danach muß ein Vermieter, der die Miete erhöhen will, nachweisen, daß die verlangte höhere Miete die ortsüblichen Mieten für vergleichbare Wohnungen nicht übersteigt. Diesen Nachweis kann er nach dem Gesetz auf dreierlei Art führen: Erstens, indem er mindestens drei vergleichbare Wohnungen anderer Vermieter nennt, wo die Miete schon so hoch ist, wie er sie haben möchte; zweitens, indem er ein Gutachten eines öffentlich bestellten oder vereidigten Sachverständigen vorlegt; drittens, indem er einen Mietenspiegel präsentiert.

Die gut organisierten Hausbesitzer richteten sich schnell auf diese Möglichkeiten der Mieterhöhung ein. Der Hamburger Haus- und Grundeigentümerverband legte eine elektronische „Immobilien-Daten-Zentrale“ (IDZ) an, in der alle Mieters der Verbandmitglieder gespeichert wurden, inklusive aller Wuchermieten, die aus den Mietern gepreßt wurden. Will ein Hausbesitzer jetzt seine Mieten erhöhen, braucht er nur die gewünschte Miete einzugeben und die EDV spuckt dann die dazu benötigten Vergleichswohnungen aus. Auch mit der zweiten Möglichkeit, die Mieterhöhung mit einem Sachverständigen gutachten zu belegen, sind die Hausbesitzer bisher ganz gut gefahren: Die öffentlich bestellten oder vereidigten Sachverständigen sind in der Regel Makler, die normalerweise ihre Aufträge von den Vermietern bekommen. Und deren Objektivität ist hinlänglich bekannt: Je höher die Mieten, desto höher sind auch die Courtagen dieser Vampire des Wohnungsmarktes.

Also blieb nur der Mietenspiegel, auf den die Mieterverbände ihre Hoffnungen konzentrierten und an deren Erstellung sie sich aktiv beteiligten.

Ihre Hoffnungen schienen nicht unbegründet. In dem Mieterhöhungsprozeß in Hamburg, in dem der Mietenspiegel schließlich abgelehnt wurde, sah das so aus: Der Vermieter verlangte von einer Mieterin statt bisher rund 3,50 DM pro Quadratmeter jetzt 7,15 DM. Diese Verdoppelung der Miete lehnte die Mieterin natürlich ab und der Vermieter klagte vor dem Amtsgericht auf Zustimmung. Das Amtsgericht hielt eine neue Miete von 5,50 DM für angemessen - zwei DM mehr als bisher. Die Mieterin ist damit nicht einverstanden,

zumal der neue Hamburger Mietenspiegel für diese Wohnlage, Größe und Ausstattung der Wohnung nur eine Quadratmetermiete von 4,37 DM vorsieht. Und weil der Mietenspiegel als Beweismittel galt, rechnete sich die Mieterin gute Chancen für die Revision vor dem Hamburger Landgericht aus.

Doch die Richter des Landgerichts erfüllten die Wünsche der Hausbesitzer, die trotz ihrer Beteiligung an der Erstellung des Mietenspiegels diesen als viel zu niedrig ablehnten. Das Gericht begründete die Ablehnung des mit einem Aufwand von 750.000 DM von der GEWOS (Tochter der Neuen Heimat) erstellten Mietenspiegels damit, daß Neuvermietungen des zweiten Halbjahres 1978 nicht berücksichtigt seien und daß zu einigen Wohnungstypen keine Angaben gemacht wurden.

In der Tat war der Mietenspiegel ein „Kompromiß“ zwischen Hausbesitzerverband und dem Mieterverein. Da die meisten Miets der Altbauwohnungen in Hamburg vor Einführung des Weißen Kreises gesetzlich festgelegt waren, war diese gesetzlich festgelegte Miete theoretisch die „ortsübliche Vergleichsmiete“, von der ausgegangen werden mußte. Höhere Mieten konnten nur dann errechnet werden, wenn einerseits alle Miets berücksichtigt wurden, die gegen die festgelegten Mieten verstoßen hatten (also alle Wuchermieten, gegen die sich die Mieter nicht gewehrt hatten) und andererseits die Neuvermietungen einbezogen wurden, die „frei ausgehandelt“ werden konnten. Zusätzlich wurden die Mieten der Wohnungen mit mehr als fünf Zimmern erfaßt, die schon zu Zeiten des Grauen Kreises nicht preisgebunden waren. Damit die Mieterträge nicht zu gewaltig wurden, einigten sich die Vermieter- und Mieterverbände zunächst darauf, daß von den Neuvermietungen 1978 nur die Hälfte berücksichtigt werden. Gegen diesen faulen Kompromiß auf Kosten der Mieter (da nämlich alle Wuchermieten in den Mietenspiegel einfließen) protestierten lediglich die Hamburger Mieterinitiativen.

Mit seinem Urteil selbst gegen diesen Mietenspiegel unterstützt das Landgericht die Position der Hausbesitzer, die als „ortsübliche Vergleichsmiete“ die „erzielbare Marktmiete“ verstanden wissen wollen, während die Mieterverbände die „gesetzliche Vergleichsmiete“ als ortsüblich ansehen. Dieser Unterschied kann 50 bis 80 Prozent betragen, denn bei der Wohnungsmisere lassen sich heute hohe Mieten erpressen.

Die Hausbesitzer wollen die „Günst der Stunde“ nach dem mieterfeindlichen Urteil für sich nutzen und legen einen Forderungskatalog für einen neuen Mietenspiegel vor. Sie erwarten erstmalig 10 bis 15 % höhere Mieten und eine Begrenzung der Gültigkeit des Mietenspiegels auf zwei Jahre. Insbesondere fordern sie, daß die Angaben zur Miethöhe von Wohnungen, die einem neuen Mietenspiegel zugrundegelegt werden, von den Vermietern und nicht wie bisher von den Mietern gemacht werden. Und was Vermieter an Mieten angeben, muß nicht identisch sein mit dem, was Mieter tatsächlich zahlen.

Wohnungskommision

Eine Million Wohnungen fehlen

Einer Aufforderung zu noch viel mehr Hausbesetzungen kommt die kürzlich veröffentlichte Zahl fehlender Wohnungen in der Wohlfahrts-BRD gleich: Eine Million!

Besonders betroffen sind Großstädte, wo es nach Aussagen des Deutschen Mieterbundes teilweise bis zu 20.000 wohnungssuchende Familien gibt!

1979 wurden 360.000 Wohnungen gebaut. Das waren, um das Defizit nicht zu vergrößern, mindestens 100.000 zu wenig. Gleichzeitig waren es aber auch 8.000 weniger als 1978. Verschärft wird diese rückläufige Entwicklung noch dadurch, daß es bald mehr Abbruch- als Neubauwohnungen geben wird. Ursachen sei-

en, so Neue Heimat-Boss Albert Victor, gestiegene Baukosten und der zusammengebrochene, weil zu teure Sozialwohnungsbau. Eine Lösung des Problems haben Staat und Bauherren, ihrer Logik entsprechend, auch schon parat: drastische Mieterhöhungen in den nächsten Jahren!

Wohnungskommision



Radolfzell: In dem besetzten Feuerwehrgerätehaus wollen Jugendliche ein Jugendzentrum einrichten

Beschränkung von Informationsständen und Straßenmusik

Vor ca. 2 Jahren schränkte die Stadt Freiburg die Vergabe von Standplätzen für Informationsstände drastisch ein. Nachdem vorher keine Obergrenze festgesetzt war, sollten plötzlich nur noch 6 Stände in der Innenstadt Spielzeit, nur bestimmte Plätze sowie Verbot bestimmter Instrumente.

Es schlossen sich ca. 40 Freiburger Gruppen in der Aktionsinitiative für Informationsfreiheit in der Frei-

burger Innenstadt zusammen und verlangten die Aufhebung des Erlasses. Eine langfristige Unterschriftenaktion erbrachte mehr als 6000 Unterschriften. Das Musikhochschulorchester bereicherte einen verkaufsoffenen Samstag um eine spontane Solidaritäts-Symphonie: Durch zahlreiche Infostände, Pressearbeit und Briefe an die einzelnen Stadträte wurde immer wieder auf die Probleme hingewiesen.

Die Stadt reagierte mit einer Erhöhung der Platzzahl zunächst von 6 auf 9, später auf 11; zur Zeit

(Wahlkampf) werden 18 genehmigt. Die Kontrolle der Straßenmusikanten wird flexibel gehandhabt. Insgesamt verfolgt die Stadt die Taktik, durch kleine Zugeständnisse den Widerstand aufzuweichen.

Für Gruppen, die sich näher informieren wollen, weil sie die gleichen Probleme haben, empfehlen wir unsere Dokumentation der wichtigsten einzelnen Vorgänge. Zu bestellen gegen Voranmeldung von 4,- DM in Briefmarken bei: Aktion Dritte Welt, Kronenstr., 78 Freiburg

Wendland - Räumung: »... der Spoo kriegt noch erheblichen Ärger!«

Polizeisprecher Meyer saß während der Räumung zusammen mit dem niedersächsischen Innenminister, der Polizeieinsatzleitung und einem Vertreter des Bundesinnenministeriums („er ist ständig dagewesen, da wurde ständig telefoniert“) vor einem Fernsehschirm in Lüchow; über Hubschrauber wurde der gesamte Einsatz übertragen. Wie bei „Cronde II“ habe man „die psychologischen Auswirkungen bei der Einkreisung“ berücksichtigen müssen. Zudem habe es ganz „eindeutige Erkenntnisse“ für die Tatsache gegeben, „daß es sowohl eine Schußwaffe gegeben haben soll wie auch Molotow-Cocktails, und zwar in einer Größenordnung von mehreren 100 Stück“, die im letzten Moment rausgetragen worden seien. Daß Meyer seine Informanten hierfür im Dunkeln läßt, liegt auf der Hand. Wie A. Zumach von der „Neuen“ zu berichten wußte, bot nur einen Tag vor der Räumung „ein Mann, bei dem es sich nach bisherigen Erkenntnissen um einen Polizeibeamten handelte, Schußwaffen und billige Jointe an“ („Neue“ vom 6.6.80). Bei den „Molotow-Cocktails“ handelt es sich um beschlagnahmte leere Flaschen für eine Mosterei.

Meyer machte deutlich, daß für die Bullenführung von Anfang an feststand, daß die Personalien der Turmbesitzer ermittelt werden würden. Auf die empörte Frage von Pastor Mahle (einer der „Vermittler“ während der Räumung), worin dann überhaupt sein Verhandlungsspielraum bestanden habe, wies ihn Meyer zurecht:

„Ihre Verhandlungsposition bezog sich offensichtlich auf den gewaltfreien Abzug — unter gar keinen Umständen auf das Nennen von Bedingungen. Hätten Sie diese Prämisse zugleich genannt, wir verhandeln nur unter den Umständen, daß wir auch Bedingungen stellen, dann hätte Hannover mit Sicherheit Nein gesagt.“

Das Interview wurde am 13.6. in

Das Interview wurde am 13.6. in Lüchow aufgenommen. Entgegen Meyers einleitender Äußerung, mit-schreiben zu wollen, um „Vorwürfe“ gegen die Polizei „ernsthaft aufzunehmen und prüfen“ zu lassen, macht der folgende Auszug aus dem sechsstündigen Gespräch deutlich, daß der Staat seine Knüppelorgien in jedem Fall deckt. Die Aussagen dieses Polizeioffiziers müßten auch dem letzten Ideologen der „Gewaltfreiheit“ vor Augen führen, daß der Staatsapparat seine Gewaltmaschinerie völlig unabhängig von der Widerstandsform der Atomkraftgegner einzusetzen bereit ist. Es drängt sich der Schluß auf: Je friedlicher unsere Aktionsformen sind, desto niedriger setzt die Polizei die Schwelle, bei der sie ihre Gewaltmittel zum Einsatz bringt. Weitere Passagen dieses Interviews wird ein Buch von Günther Zint enthalten, das Anfang August im Verlag 2001 erscheint.

„Das ist legitim, das ist rechtens, das ist in Ordnung“

Meyer: Sie hätten den Platz verlassen müssen, und weil Sie das nicht getan haben, werden Sie mit Zwangsmitteln, die der Polizei zur Verfügung stehen, dort weggeräumt. Und daß es dabei zu solchen Dingen kommt, Einsatz von Pferden, von Hunden, von Schlagstock, das ist normal. D.: Mücklinghoff (niedersächsischer Innenminister — Anm. AK) hat sogar in der Zeitung gesagt: „Wir haben die Räumung als ganz gewaltfrei verstanden und jeder, der den Schlagstock angewandt hat — der Sechse werden wir nachgeben, das werden wir verfolgen.“

Meyer: Na und — sicherlich werden wir das verfolgen, das sage ich ja auch. D.: Nein, Herr Mücklinghoff hat etwas anderes gesagt als Sie. Sie sagen, der Schlagstock ist normales Organ des Vollzugs. Meyer: Richtig. D.: Und Mücklinghoff sagt, es ist ein Ausnahmefall einzelner Beamter, die gegen den Befehl gehandelt haben.

Meyer: Nein, nein, so hat er das nicht gesagt. Es ist nicht richtig, was Sie sagen. Er ist gefragt worden, ob übermäßiger Schlagstock angewendet und unrechtmäßig angewendet wurde. Und da hat er gesagt: „heute mittag ist mir gesagt worden, das sei nicht der Fall.“ Wenn das jetzt behauptet wird, werde ich diesen Dingen nachgehen. Und zwar diesen beiden Dingen: Übermaß ist nicht mehr rechtmäßig, unrechtmäßig ist auch ein Punkt, dem der Minister nachzugehen hat. Das sind zwei ganz entscheidende unterschiedliche Kriterien. Wir sprechen jetzt hier nur von der Situation, wo ich sage: es ist rechtmäßig. gar nicht zugestehen. Es ist doch noch mehr als bloß die Presse Öffentlichkeit. H.: Deswegen sind wir ja auch mitge-

gangen.

Meyer: Na ja bitte! Deswegen ist auch gestattet worden, Sie fünf: ja. Das reicht, das ist Öffentlichkeit.

H.: Das hatte sich alles so lange hingezögert, bis keiner mehr auf dem Boden war.

Meyer: Das ist eine Mutmaßung.

H.: Nein, eine Tatsache. Als wir hinkamen, war keiner mehr da.

Meyer: Ich komm nochmal drauf zurück. Ich sage ganz deutlich: Die Anwendung des Schlagstocks ist rechtmäßig. Ich sage nochmal, dort wo sich aneinandergekettert worden ist in dem Sinne von Festhalten, wenn dann Polizeibeamte kommen und wollen wegtragen, dann müssen sie zerrren und ziehen, und irgendwo ist das die Grenze, wo der Polizeibeamte zurecht sagt, wie kannst du das nun durchsetzen (heut mit dem Glas auf den Tisch) und dann nimmt er als nächstes (wumm) Mittel (klirr) den Schlagstock (schlager) und haut auf die Arme drauf, die den festhalten, den wir wegtragen wollen. Das ist legitim, das ist rechtmäßig, das ist in Ordnung und da würd' ich nicht der Meinung sein, daß das von anderen nicht gesehen werden darf. Anders gesagt: es gibt keinen Anlaß, diesen Schlagstockeinsatz in den Bereich des Dunklen, gar nicht Vorzeigbaren zu rücken.

H.: Dann hätte man doch die Presse da lassen können. Meyer: Nein, das sind grundsätzliche Entscheidungen. Das geht nicht, die haben doch genug gesehen. Das ist doch kein Schauspiel für die Presse. H.: Wer kontrolliert das polizeiliche Tun, wenn die Presse nicht da ist und keine Öffentlichkeit? Niemand! (...)

Meyer: Ich halte diese Maßnahme für richtig und sage immer wieder: die Presse hat keinen Anspruch darauf, nun ein, wie sie gerne möchte, Spek- H.: Nochmal zum Pferdeinsatz. den ich diesen Leuten so pauschal

Pferde sind auch noch eingesetzt worden, als wir per Megaphon eigenen Leute aufgefordert hatten, weiterzugeben, weil wir das für zu gefährlich hielten. Wir hatten uns auf den Boden gesetzt, und vor unseren Augen hatte einer der berittenen Polizisten sein Pferd umgedreht — es ist ja bekannt, daß Pferde nicht in eine geschlossene Gruppe reingehen — er hatte es umgedreht, damit es nicht sieht, und hat es rückwärts in diese sitzenden Leute hineingetrieben.

Meyer: Die Pferde sind Hilfsmittel der körperlichen Gewalt. Sie können bei solchen Gelegenheiten genauso angewendet werden wie der Schlagstock. Das ist legitim. D.: Das ist doch die bewusste Inkaufnahme von Verletzungen! Meyer: Die wird von Ihrer Seite ja auch in Kauf genommen. Er unterstellt, daß bei der Androhung des Rückwärtsgehens des Pferdes der gesetzmäßige ordnungsgemäße Zustand wieder hergestellt wird. Nämlich dadurch, daß die Demonstranten vorher den Platz verlassen, das war ja die Absicht.

H.: Das hat sich ereignet, als die Demonstranten vom Platz waren, es ist völlig unverstündlich, warum wir noch weitergedrängt worden sind. Er hat das Pferd als Hilfsmittel benutzt, um Demonstranten zu verletzen. Meyer: Das ist legitim. H.: Das halten sie für legitim? Meyer: Jawoll! (...)

H.: Meinen Sie, daß die Fälle des Schlagstockeinsatzes nicht an die Öffentlichkeit sollen? Meyer: Das brauchen wir nicht zu verheimlichen. H.: Warum darf dann die Öffentlichkeit nicht auf den Platz? Meyer: Die Presse ist doch nicht Öffentlichkeit. Wenn ich schon immer höre: wir, die Presse nehmen die Funktion der Öffentlichkeit wahr, dann ist das ein so großer Anspruch, den ich diesen Leuten so pauschal

telak unmittelbar zu beobachten. Das kann es nicht geben. (...)

Das, was dort Herr Spoo gesagt hat (Anm. AK: E. Spoo ist Korrespondent der Frankfurter Rundschau) in dieser Extra-3-Sendung, das ist so ungeheuerlich, daß der Spoo — ich sage ausdrücklich der Spoo — auch noch erheblichen Ärger kriegen muß. Ich hoffe es. Weil der Mann hier Rechte für sich in Anspruch nimmt, die er anderen nicht zubilligt. Er sagt: ich will dort stehen, wo ich es will, die Polizei hat das zu dulden. Denn steht ich dort nicht, dann geht die Polizei in die Anonymität, und dann werden dort noch mehr, wie er es wörtlich gesagt hat, noch mehr kriminelle Handlungen begangen, als wäre ich dabei. Eine unglaubliche Unterstellung. (...)

B.: Die Rechtsanwälte hatten zwei Stunden versucht, bei der Einsatzzentrale nachzufragen, ob Leute festgenommen waren. Zwei Stunden konnte da was passiert sein.

Meyer: Passiert? Aber doch bei der Polizei nicht.

B.: Die Rechtsanwälte wurden immer vertrieben und hin und hergeschoben. Da war ich echt geladen.

Meyer: Wissen Sie, wenn da jemand anruft und will 'ne Auskunft haben, der hat ja gar keinen Anspruch darauf. Bestehen bleibt die Praxis, wenn jemand festgenommen wird, kümmert sich die Polizei schon um einen Rechtsanwalt. Der braucht also keine Auskunft zu erhalten. Es gibt kein Recht auf Auskunftserteilung in diesen Dingen. Ich muß das mal ganz deutlich sagen. Ich seh' auch gar keinen Anlaß, ganz bestimmt nicht.

B.: Die Rechtsanwälte haben das doch versucht...

Meyer: Wissen Sie, was Rechtsanwälte für sich in Anspruch nehmen oder sich auch anmaßen, wie man das im Einzelfall beurteilen mag, das bedeutet noch lange nicht, daß das für uns eine Pflicht ist. Sie denken doch, deutet noch lange nicht, daß das für uns eine Pflicht ist. Sie glauben doch wohl nicht, Frau Kay, daß ein Polizeibeamter plötzlich ins Hüpfen gerät, weil am anderen Ende ein Rechtsanwalt Soundso da ist für seinen vermeintlichen Mandanten... Wenn also ein Rechtsanwalt was will, dann soll er solange warten, bis die Polizei auf ihn zukommt.

B.: Da hat man doch Angst um Menschen, wenn man hört, der ist auf 1003 gebracht worden. Ich fühle mich dann ganz einfach verpflichtet, für ihn einzutreten.

Meyer: Das tut der Polizeibeamte für den Betroffenen, der da vorläufig festgenommen ist, auch. Sie müssen davon ausgehen, Frau Kay. Ein bißchen Zutrauen in die Staat und seine Organe muß man haben.

(Anm. AK: Ein Demonstrant mußte nach seinem Polizeigewahrsam mit Verdacht auf Schädelriß ins Krankenhaus eingeliefert werden. Anders Demonstranten berichteten von Prügeleinsätzen während des Polizeigewahrsams).

H.: Deswegen sind wir ja auch mitge-

H.: Nochmal zum Pferdeinsatz.

den ich diesen Leuten so pauschal



Gleichschaltung der Presse

Nachdem bereits vor etwa einem Jahr die „Elbe-Jeetzel-Zeitung“ wegen ihrer Berichterstattung zu Gorleben vor den Deutschen Presserat gezt worden war — der ihr damals ausführliche und objektive Information bescheinigte —, versuchte am 11.7. der Kreistag von Lüchow-Dannenberg einen erneuten Angriff. Er hatte sich eine „Diskussion über die lokale Berichterstattung der Elbe-Jeetzel-Zeitung“ auf die Tagesordnung gesetzt.

Die „EJZ“ nennt sich Amtliches Kreisblatt Lüchow-Dannenberg und wird von etwa 80 % der Landkreisbevölkerung gelesen. Sie berichtet sehr detailliert über alles Geschehen um die Durchsetzung der Pläne der Atombetreiber und den Widerstand der Bevölkerung dagegen und stellt gleichzeitig ihre Leserbriefseiten als offenes, unzensuriertes Diskussionsforum zur Verfügung. Dadurch wurden schon häufig Atombetreiber und ihre Hilfskräfte im Kreistag durch aufgedeckte Fakten der Lächerlichkeit preisgegeben, und die wirkliche Breite der Ablehnung der Atompläne wurde deutlich. Kein Wunder, daß diese Zeitung ein Dorn in ihren Augen ist.

Der Tagesordnungspunkt des Kreistages rief sofort den Verband der Journalisten in Niedersachsen auf den Plan. Ein Protestbrief an den Kreistag wurde auf der Sitzung verlesen. U.a. heißt es darin: „Unabhängig von jeglichem Anlaß, der zu dieser Absicht geführt haben könnte, stellen wir fest, daß dieser Vorgang in der Bundesre-

publik Deutschland einmalig ist und nur der Intention folgen kann, Druck auf die inhaltliche Gestaltung der Zeitung auszuüben.“ Bereits in der Aufnahme der Diskussion auf die Tagesordnung sieht der Verband einen Verstoß gegen das Niedersächsische Pressgesetz und erklärt abschließend: „In jedem Fall werden wir den Gesamtvergang weiterhin verfolgen und gegebenenfalls alle gesetzlich möglichen Schritte gegen den Landkreis unternehmen. Wir fordern Sie auf, den Tagesordnungspunkt 15 ersatzlos von der Tagesordnung zu streichen.“

Selbstverständlich besitzten sich alle Redner der Sitzung zu versichern, daß ihnen nichts ferner läge, als die Presse zu gängeln oder Redaktionen die Meinung zu verbieten. Daß es ihnen aber genau um eine Pressekontrolle durch den Kreistag geht, machten dann ihre Diskussionsbeiträge klar.

CDU-Fraktionsvorsitzender Fischer unterstellte den AKW-Gegnern, sie seien bundesweit eine Minderheit, jedoch stark vertreten unter Lehrern und Journalisten. Daher erhielten sie in der Berichterstattung einen „überhöhten Stellenwert“. Es wurde auch eine Resolution der CDU-Fraktion verlesen, in der es u.a. heißt: „Die CDU-Fraktion vertritt die Ansicht, daß die Berichterstattung über die Ereignisse in und um Gorleben kein Hinweis zur Verschärfung der Diskussion in der Bevölkerung gewesen sind. Wir fordern daher den Verlag und Redaktion der EJZ auf, die Mei-

nungsbildung über die Probleme nicht dem Zufall (!) von Leserbriefen und Aktionen zu überlassen, sondern die Probleme systematisch aufzuarbeiten. Die CDU-Fraktion steht zu eventuellen Gesprächen mit den entsprechenden Gruppen zur Verfügung.“ Weg mit dem Zufall! — eine geradezu klassische Aussage zur Diskussionsfreiheit im Modell Deutschland.

Nach einer Zwangspause wegen einer Bombendrohung wurde der SPD-Abgeordnete Abraham deutlich: „Was wir hier eben erlebt haben, ist das Ergebnis einer jahrelangen Glorifizierung von Gewalt durch Presse und Rundfunk“. Dies solle zwar „keine Schelte“ sein, aber er erwarte von einer Zeitung eine sachliche Berichterstattung... Diese Art „Sachlichkeit“ demonstrierte derweilen der WDR.

Geplant gewesen war zunächst, am 17. August einen Gorleben-Abend im WDR-Fernsehen auszustrahlen. Im Mittelpunkt stehen sollte dabei der Dokumentarfilm „Die Herren machen das selber, daß ihnen der arme Mann feindt wird“, ein Film der „Wendlandischen Filmkooperative“ über die Entwicklung des Widerstands im Landkreis. Der 126-Minuten-Film sollte zunächst auf 90 Minuten gekürzt und zugleich um die Ereignisse in der „Freien Republik“ erweitert und „aufbereitet“ werden. Ohne Begründung wurde die Bewilligung durch den Intendanten von Söll zurückgezogen, dann aber die Sendung einer 45

Minuten-Fassung genehmigt. 23 Minuten vom eigentlichen Film, der Rest über die „Freie Republik“. „Damit ist unser Film kaputt“, so einer der Filmemacher.

Endgültig gekippt wurde dann der Abend vom Vorsitzenden des WDR-Verwaltungsrates, Konrad Grundmann. Er verweigerte eine „Vorabgenehmigung“, die laut veralteter Bestimmung dann notwendig ist, wenn eine Ausgabe von mehr als 30.000 DM notwendig ist, und diese Ausgabe vor der nächsten stattfindenden Verwaltungsratsitzung bewilligt werden muß. Ganz offensichtlich ist der Grund für diese Verweigerung in den kritischen Inhalten dieses Films zu suchen. Nachdem die Redaktion der Forderung nach Selbstzensur mit der Beschneidung der Laufzeit des Films bereits nachgegeben war, müssen weitere Kräfte an dem Gorleben-Abend gesät haben. Dazu braucht man dann nur noch zu wissen, daß eben dieser Grundmann CDU-Mitglied und außerdem Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor bei „Rheinbraun“ ist, einem Energiewirtschaftsunternehmen bei Köln.

Wegen solcher Praktiken sitzen die Filmemacher aufgrund der nicht eingehaltenen mündlichen Zusagen nun auch noch mit einem Schuldenberg von 50.000 DM da, was Leuten wie Grundmann sicher nicht unangelegen kommt.

AKW-Nein-Kommision

Schnelljustiz

In weniger als einer Woche gelang es der Staatsanwaltschaft Lüneburg, einen Gorleben-Prozeß zu beenden, noch bevor er begonnen hatte. Eingestellt wurde die Gemeinschaftsanzeige von Uelzener Prozeßbesuchern gegen die Polizei wegen Filmen und Fotografierens.

In der Vorwoche wollten nämlich etwa 40 Menschen einen Prozeß gegen einen Landwirt und eine Studentin besuchen, die wegen einer „Gülle (= Jauche)-Aktion“ angeklagt waren — diese darf nämlich nicht j e d e r einfach in die Gegend ablassen. An diesem Morgen des 10. Juli bemerkten nun die Prozeßbesucher einen „Dokumentationstrupp“ der Polizei auf dem Balkon eines dem Gericht gegenüberliegenden Hauses, ausgerüstet mit Filmkamera und Fotoapparat.

Auf die darauf eingehende Gemeinschaftsanzeige bemerkte ein Vertreter der Lüneburger Staatsanwaltschaft: „Der Prozeß läßt Störungen erwarten, daher ist Filmen gerechtfertigt.“ Die Anzeige habe wenig Aussicht auf Erfolg, da „es für die Polizei nicht uninteressant ist, wer zum Prozeß geht.“ In der Ablehnung heißt es dann, die Kamera sei nicht benutzt worden, da es nicht zu den erwarteten Störungen gekommen sei. Wie glaubwürdig.

Der Prozeß selbst mußte (wieder einmal wegen Widersprüchen und Geständnisangel beim BGH) eingestellt werden.

AKW-Nein-Kommision

BIBLIS von A bis C

Eine bemerkenswerte Teilniederlage mußten die AKW-Betreiber in der Frage der Kompaktlagerung abgebrannter Uran-Brennstäbe im AKW Biblis (Südhausen) hinnehmen. In zweiter Instanz hob der Verwaltungsgerichtshof Kassel für den Block A des Kraftwerks die sofortige Vollziehbarkeit der von Wirtschaftsminister Karry erteilten Genehmigung zur Kompaktlagerung auf. Im Block B allerdings darf das Abklingbecken für verbrauchte Kernladungen über das bisherige Maß hinaus angefüllt werden. Da die AKW-Betreiber momentan keine andere Möglichkeit mehr haben, als die hochradioaktiven Stäbe in den Reaktoren selbst zu lagern, liegt Block A damit vorläufig still. Denn in Biblis ist bereits die Situation erreicht, daß die Abklingbecken nach den bisher üblichen Sicherheitsmaßstäben voll sind. Der am 18.7. ergangene Gerichtsurteil regelt jedoch nur die aktuelle Situation, d. h. die Frage, ob in den Bibliser Kraftwerksblöcken die jetzt anstehenden Brennelementwechsel durchgeführt werden können. Das Hauptverfahren, also die endgültige gerichtliche Entscheidung über die Kompaktlagerung, findet im Herbst statt. Bis dahin freilich kann Block A nicht in Betrieb gehen — es sei denn, die RWE verschieben, auch diese Entscheidung zu unterlaufen (was nicht das erste Mal wäre).

Bereits im Januar gab die Kraftwerksleitung in Biblis bekannt, daß das AKW ohne die Genehmigung zur Kompaktlagerung stillgelegt werden müsse. Andernfalls könne der nächste Wechsel der Brennelemente in den beiden Reaktoren nicht mehr durchgeführt werden („Darmstädter Echo“ vom 25.1.80). Hintergrund sind die bekannten „Engpässe in der Entsorgung“: Zwischenlager-Kapazitäten bestehen (noch) nicht, und die französische WAA La Hague nimmt die deutschen Brennstäbe derzeit nicht mehr auf. Eigentlich hätte dies schon das „Aur“ z. B. für den Block B in Biblis bedeuten müssen, da dessen Betriebsgenehmigung ausdrücklich auf den La Hague-Vertrag beruht, d. h. unter der Voraussetzung erteilt wurde, daß die abgebrannten Brennstäbe in der französischen WAA wiederaufgearbeitet werden. Aber die Atomindustrie hat sich durchgesetzt, und es wurde, daß die abgebrannten Brennstäbe in der französischen WAA wiederaufgearbeitet werden. Aber die Atomindustrie setzt bekanntlich immer „neue Maßstäbe“. Da man nicht mehr weiß, „wohin mit dem Dreck“, werden einfach die Sicherheitskriterien „neu definiert“. D. h., es wird im Gegensatz zu den eigenen früheren Kriterien festgelegt, daß eine erweiterte Lagerung verbrauchter Brennstäbe in den Reaktor-Abklingbecken „gefahrlos“ sei. Konkret bedeutet das: Bisher waren die Abklingbecken auf 5/3 einer Kernladung ausgelegt (jährlich wird 1/3 des Kerns ausgewechselt). Von diesen 5/3 mußte jedoch stets 1/3 für eventuell eintretende Notfälle freigehalten werden. Eine Kompaktlagerung bedeutet, daß in denselben Becken 9/3 einer Kernladung gelagert werden, indem die Brennstäbe enger zusammengepackt werden. Durch die verlängerte Lagerdauer soll die Zeit ausgeglichen werden, die durch die Verzögerung beim Bau von Zwischenlagern, WAA etc. verlorengegangen ist. Dies macht einen erheblichen Unterschied aus und erhöht entsprechend das Gefahrenpotential in den Reaktoren.

In Biblis waren die RWE so unverfroren, daß sie die Gestelle für eine Kompaktlagerung gleich einbauten, ohne daß es ein Genehmigungsverfahren nach dem Atomgesetz gegeben hatte. Dies ging dann doch zu weit. Aufgrund der öffentlichen Proteste sah sich Wirtschaftsminister Karry (der von dem Coup voll informiert war) genötigt, ein Verfahren einzuleiten. Daraufhin brachten über 10.000 Personen Einwendungen gegen die Kompaktlagerung in Biblis vor, natürlich vorübergehend. Anfang des Jahres gab die Reaktorsicherheitskommission beim Bundesinnenministerium grünes Licht, woraufhin die Unterschrift der zuständigen Minister der Landesregierung nur noch eine Formache war. Einzige Sorge in Wiesbaden: Die Genehmigung nach allen Richtungen rechtlich abzusichern, da es klar war, daß die Auseinandersetzung vor Gericht weitergeführt werden würde. Was in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden sollte: Auch der ehemalige Umweltminister Görlich (SPD), der von seinen Parteifreunden krampfhaft als „Grüner“ präsentiert wird, unterschrieb ohne weitere Umstände die Genehmigung. Karry ordnete die sofortige Vollziehbarkeit der Genehmigung an, erteilte diese jedoch nicht für die gesamte vorgesehene Lagerkapazität von 9/3, sondern lediglich für ein weiteres Drittel. Auf diese Weise sollte der im Sommer an-

stehende Brennelementwechsel gewährleistet werden (ausgewechselt wird ja nur 1/3 der Kernladung).

Gegen diese sofortige Vollziehbarkeit setzten die Kläger im April erfolgreich einen Stoppantrag für beide Reaktoren vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt (1. Instanz) durch. Das Gericht befand im Eilverfahren, daß „der Schutz der Gesundheit und des Eigentums der Kläger ... Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber des Kraftwerks habe“ („Darmstädter Echo“, 6.5.). Eine andere Entscheidung, so der Richter, hätte die Kläger vor vollendete Tatsachen gestellt, da die Benutzung der Lagerung im Hauptverfahren natürlich nicht mehr rückgängig gemacht werden kann — wohin mit dem Dreck?

Gegen dieses vollkommen schlüssige (und gerade deshalb für bundesdeutsche Verhältnisse ungewöhnliche) Urteil legten die Landesregierung und die Betreiber Widerspruch bei der 2. Instanz ein. Dort entschieden die Richter unterschiedlich für die beiden Kraftwerksblöcke — ein Urteil, das offensichtlich von der drohenden Stilllegung beider AKWs beeinflusst ist, falls eine zusätzliche Lagerung nicht unmittelbar ermöglicht wird. Dazu heißt es in der „Frankfurter Rundschau“ vom 19.7.: „Die unterschiedliche Beschäftigung des Verwaltungsgerichtshofs bei den beiden Blöcken ergibt sich aus einer unterschiedlichen Beurteilung des Gefährdungsgrades. Beide Blöcke liegen in gleicher Entfernung zum Rhein und damit laut einer Verordnung ... in einer sehr „kritischen Zone“. Sollte es auf dem Rhein, der auch von Schiffen mit explosionsgefährdeter Ladung befahren wird, zu einem Unfall kommen, so läge Biblis im Gefahrenbereich. Die Richter meinten, daß Block A zu sehr gefährdet sei, und geben daher dem Kläger, der Gefahr für sein Leib und Leben geltend gemacht hat, recht. Dort sei der Schutzmantel nur 65 Zentimeter dick ... Das Gericht sehe sich außerstande zu entscheiden, ob Block A bei einem solchen Unglück standhält oder nicht. Das Risiko sei zu groß und könne nicht verantwortet werden. Im Block B sind die Mauern hingegen einen Meter dick. Unter weiterer Berücksichtigung der Tatsache, daß zwischen diesem Reaktor und dem Rhein die Kühltürme mögliche Druckwellen abmildern können, entschied der Verwaltungsgerichtshof zugunsten der RWE.“

Diese Argumentation der Richter kam wohl für alle Verfahrensbeteiligten überraschend und ist nicht ganz verständlich. Anscheinend war das das Einzige, was den Richtern eingefallen ist, um die unterschiedliche Verfahrensweise bei den beiden Blöcken irgendwie logisch (?) zu begründen. Denn der Hinweis auf die Gefährdung des AKWs durch die Rheintalschifffahrt war in allen bisherigen Genehmigungsverfahren um Block A und B abgelehnt worden. Wenn aus einer Gefährdung von Block A (für B trifft das natürlich im Prinzip ebenfalls) durch eventuelle Tankerungfälle o.ä. zugegeben wird, dann hat das mit der Kompaktlagerung primär gar nichts zu tun, sondern der Reaktor müßte selbstverständlich insgesamt stillgelegt werden. Dies wäre ohnehin höchste Zeit. So mußten bei der letzten Inspektion in Block A 20 gebrochene Schrauben ersetzt werden. Der Öffentlichkeit wird verschwiegen, wie es zu diesen Schäden kommen konnte, und wie hoch die dadurch entstandene Gefährdung war/ist.

Block A betriebsbereit?

Fragen wir eine Formulierung in dem bereits zitierten Artikel der „Frankfurter Rundschau“ vom 19.7. auf, der Block A sei seit dem 15.7. „betriebsbereit“. Denn Block A war schon seit einiger Zeit abgeschaltet, um die routinemäßige jährliche Inspektion durchzuführen. Dabei findet, wie jedermann weiß, auch der Austausch der Brennelemente statt. Wenn Block A demnach jetzt wieder „betriebsbereit“ sein soll, so legt das die Interpretation nahe, daß die Kernladung bereits erneuert ist, wie von den RWE geplant. Wo aber sind die abgebrannten Stäbe geblieben, wenn eine zusätzliche Lagerung im Abklingbecken doch gerichtlich gestoppt worden ist? Hierzu gibt es nur zwei Erklärungen: Die eine Möglichkeit ist, daß unter „betriebsbereit“ lediglich gemeint war, daß Reparaturen durchgeführt wurden, die Schäden beseitigt sind, und der Brennelementwechsel jetzt unmittelbar vorgenommen werden könnte. Die andere (wahrscheinlichere) Möglichkeit ist, daß die Betreiber im Vertrauen auf die Kasseler Richter den Wechsel vornehmen ließen und

jetzt im Hemd dastehen. So jedenfalls lautet die Information aus Kreisen der Kläger. Demnach würde die jetzt ausgetauschte Ladung denjenigen Teil des Abklingbeckens besetzen, der nach der alten (für Block A immer noch gültigen) Lagergenehmigung für Notfälle freigehalten werden muß (siehe oben). Anscheinend kann man dagegen aber rechtlich nichts unternehmen, solange Block A nicht in Betrieb geht. Dieses Verfahren würde ganz auf der Linie der RWE (Einbau der Kompaktgestelle ohne vorheriges stromrechtliches Verfahren etc.) liegen: Entgegen einem eindeutigen Stopp-Erscheid der Darmstädter (und dann auch der Kasseler) Richter für Block A werden einfach vollendete Tatsachen geschaffen!

Es wäre völlig fehl, aus den genannten Gerichtsurteilen vorschnelle Schlüsse zu ziehen, etwa daß Block A

jetzt „erledigt“ wäre o. ä. Sie signalisieren nur, daß die Kompaktlagerung derzeit eine Art Nadelöhr für die AKW-Betreiber ist, durch das sie zum Teil nicht ganz problemlos durchkommen. Deshalb sollte die Anti-AKW-Bewegung über den Kampf gegen die WAA-Pläne, gegen den Neubau bzw. Weiterbau zusätzlicher AKWs usw. die Frage der Kompaktlagerung nicht „vergessen“, sondern die darin enthaltenen Widersprüche und Ungerechtigkeiten nutzen.

KB-Gruppen
Darmstadt und Frankfurt



Vorbereitungsarbeiten laufen auf vollen Touren

Nach Aussagen des hessischen Wirtschaftsministers und Atombeauftragten Nr. 1, Karry, soll die Baugenehmigung für Block C in Biblis im Frühjahr 1981 erfolgen. Dies erklärte Karry bei einer Tagung der hessischen Unternehmerverbände in Frankfurt Anfang Juli. Was noch zu den Landtagswahlen 1978 eine gewisse Zurückhaltung in Sachen Atompolitik in Hessen zu sehen — damals erklärte vor allem Börsen, an einen Bau von Block C sei nicht zu denken — werden die hessischen Landespolitiker vor den Bundestagswahlen immer hemmungsloser.

Parallel zu den Vorbereitungen einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Hessen und der Einrichtung bzw. Genehmigung der Kompaktlager in Block A und B in Biblis denkt die Landesregierung über einen weiteren Block C nicht nur laut nach, bei genauerem Hinsehen fällt auf, daß derzeit in Biblis ein reges Treiben zu beobachten ist.

- Das Gelände, auf dem Block C errichtet werden soll, wird derzeit abgetragen bzw. auf Höhe des Schutzdamms zur Rheinschleife hin aufgeföhrt. Diese Arbeit ist schon weitestgehend abgeschlossen.
- Ferner wird der Betonzaun um das AKW zur Rheinschleife hin weitergebaut; dort war bisher nur ein einfacher Drahtzaun.
- Der Gleisanschluß für Block C wurde im Mai dieses Jahres stillschweigend beantragt, die öffentliche Auslegung des Antrages in Biblis war selbst der örtlichen Bürgerinitiativen mitgeteilt.
- Zusätzlich wird noch eine dritte Überlandstromleitung installiert, in Richtung Offenbach-Urberach.
- Lagerhallen für „schwach- und mittelradioaktiven“ Atom Müll werden unter Umgehung eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens gebaut. Angeblich sollen dort „leichtversuchte“ Arbeiterlager und Werkzeuge deponiert werden.

Bisher war von Seiten der Landesregierung keine Stellungnahme zu den

Bautätigkeiten in Biblis zu bekommen. AKW-Leiter Meyer ließ allerdings verlauten, er denke noch an eine Genehmigung vor den Bundestagswahlen. Karry sah sich wahrscheinlich daraufhin veranlaßt, den Sachverhalt auf der Tagung in Frankfurt richtigzustellen. Wie weit die hessischen Landespolitiker in Sachen Atompolitik sich auf die Seite der AKW-Betreiber stellen, macht eine Äußerung aus dem hessischen Wirtschaftsministerium deutlich. Ein Herr Thormann meinte mit Blickrichtung auf Biblis, die RWE sei die einzige Firma, die konsequent am Atomgeschäft festhält.

Für die Anti-AKW-Bewegung in Südhausen und Rheintal-Pfalz gilt es, sich wieder stärker mit Biblis zu beschäftigen. Ein kleiner Anfang wird Anfang August ein einwöchiges Zeitlager in Biblis sein, mit dem einige Bürgerinitiativen auf den drohenden Baubeginn von Block C hinweisen wollen.

KB/Gruppe Darmstadt

Kurzmeldungen

WAA Hessen in Rabenau

Letzte Woche wurde ein weiterer, möglicher Standort für die hessische WAA bekannt: Rabenau bei Gießen. Der Bürgermeister hatte — im Rahmen seiner Dienstschweigepflicht — Informationsmaterial erhalten, daß bei der Standortsuche auch Rabenau im Spiel ist. Hierzu der SPD-Bürgermeister: „Wir werden uns mit allen Mitteln gegen ein solches Projekt wehren.“ („Frankfurter Rundschau“, 15.7.1980). Schon seit einigen Monaten ist bekanntlich die hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft auf der Suche nach möglichen Standorten.

Die Bekanntgabe des Standorts hat in der Gemeinde schon zu einiger Aufregung geführt. Die dort amtierenden Sozialdemokraten führten als Gegenargumente ins Feld: „Die Gemeinde sei schon durch andere schwerwiegende Projekte, Sammelstelle für radioaktive Abfälle in Roßberg, geplanten NATO-Lager, der vorgesehene Bau der Autobahn und der Einfahrtzone für Militärflugzeuge, über Gebühr belastet.“ („Frankfurter Rundschau“, 15.7.80).

So hofft der SPD-Ortsverein, daß auch die Bundesbehörden dieses „zum Wohle der Gemeinde“ berücksichtigen werden. Wie wäre es mit konkreten Aktionen „zum Wohle der Gemeinde“, um dieser „Hoffnung“ etwas mehr Nachdruck zu verleihen?

Vorschlag für eine Anti-AKW-Bundeskongferenz

Wie aus der „taz“ vom 25.7. zu entnehmen ist, schlagen die BI Lüchow-Danzenberg und einige Vertreter des Atommüllagertreffens ein Auswertungstreffen für die Aktion bei 1004 statt einer Fortführung des Trebeler Treffens vor. Das Trebeler Treffen habe gezeigt, daß aus der BI immer die Gleichen die Vermittler zwischen Auswärtigen und Einheimischen spielen müßten. Es habe zu viele fruchtlose Auseinandersetzungen gegeben. Trebeler sei nicht zentral genug, und außerdem müßte man wegblicken von der Fixierung der Bewegung auf Gorbelen.

Vorgeschlagen wird ein Vorbereitungstreffen am 16./17. August, eventuell in Kassel, mit folgenden The-

men: Strategie der Betreiber, zukünftige Widerstandsformen, Verhältnis Anti-AKW- und Friedensbewegung, sowie über die Frage eines gesonderten Auswertungstreffens und Bundeskongferenz oder nur Bundeskongferenz.

Katastrophenreaktor Brunsbüttel soll wieder eingeschaltet werden!

Der schleswig-holsteinische Sozialminister kündigte an, daß der berüchtigte und unfallträchtigste Reaktor an der Elbe am 7. August wieder eingeschaltet werden soll. Nach angeblich enormen Aufwendungen für die Sicherheit könne nun grünes Licht gegeben werden. Eigentlich Hintergrund dieser Einschaltung ist, daß auf alle Fälle (und wenn es nur für Tage ist) der Reaktor wieder laufen muß, da Anfang nächsten Jahres der Brennelementwechsel fällig ist. Läge der Reaktor bis zu dieser Zeit still, müßte ein ganz neues Genehmigungsverfahren eröffnet werden, und dieses würde Brunsbüttel nach den geltenden Bestimmungen des Atomgesetzes nicht überleben.

AKW-Standort seit sechs Wochen besetzt

Frankfurt-Fechenheim: Als Solidaritätsaktion mit den Gorbelen-Besetzern und als Protest gegen die Pläne der hessischen Landesregierung, möglicherweise auch zwischen Frankfurt und Offenbach ein AKW (zwei Blöcke der Biblis-Größe mit je 1.300 MW) zu errichten, haben seit dem 8. Juni ca. 20 bis 25 Leute — größtenteils Fechenheimer und Offenbacher — das im hessischen Standortentwicklungsplan ausgewiesene Kraftwerksgelände besetzt. Mittlerweile haben die Besetzer und Freunde der Aktion mehrere Gebäude aus Holz errichtet: eine Küche, ein Schlafhaus, mehrere weitere Hütten und ein größeres geräumiges Erntedankfesthaus.

Das kleine Dorf auf dem möglichen AKW-Standort befindet sich in direkter Nachbarschaft zu Großanlagen verschiedener Mineralölgesellschaften (Tanks von BP etc.) und ist nur zwei Kilometer von den nächsten Wohngebieten entfernt.

Die Forderung der Besetzer ist, Fechenheim aus dem Standortentwicklungsplan zu streichen. Dieser soll

endgültig im September vom hessischen Landesparlament beschlossen werden (Rechtsfolge des Standortentwicklungsplanes: Die Gemeinde muß das Gelände in ihren Flächennutzungsplänen ausweisen und abrufen; auf diese Weise werden Einzelgenehmigungsverfahren umgangen).

- Den Aberwitz eines Standortes Fechenheim sehen die Besetzer u. a. auch darin, daß
- er im Überschwemmungsbereich (Main-Nähe) liegt, die Besiedlungsdichte im Nahbereich sehr hoch ist, und das Gelände inmitten konzentrierter Wohn-, Gewerbe- und Industriebebauung liegt;
- die Luft durch stark emittierende Industrie bereits übermäßig vorbelastet ist;
- der Main keine weitere Aufreicherung verkräftet;
- die zulässigen Standards für radioaktive Belastungen bereits erreicht sind;
- negative klimatologische Auswir-

kungen für ganz Frankfurt zu erwarten sind.

Die Reaktionen der Behörden ließ nicht lange auf sich warten. Täglich wird das Gelände von Streifen kontrolliert, und die ersten Räumungsdrohungen sind auch schon ausgesprochen worden. Die Besetzer schätzen diese nicht als inhaltslos ein und wollen teilweise auch durch ein regelmäßiges Programm verstärkt an die Öffentlichkeit gehen.

In der Presse und Lokalberichterstattung hat die Besetzung ein verhaltend-wohlwollendes Echo gefunden, wohl auch deshalb, weil vor einigen Jahren die Planung eines Gas-Großkraftwerks an der gleichen Stelle zu heftigen Reaktionen in der ansässigen Bevölkerung geführt hat (40.000 Unterschriften), so daß die kommunalen Körperschaften ablehnende Beschlüsse faßten. Bedauerlich ist eigentlich, daß die Besetzung bisher recht wenig Unterstützung und Aufmerksamkeit in Frankfurter BI-Kreisen gefunden hat.

KB/Gruppe Frankfurt

Im Wendland am Räumungstag: immerzu UKW ...

eine notwendige Radio-Sendung von *Radio Freies Wendland*

Unser Modell war die erste Life-Sendung von Radio Freies Wendland, 1978 hat die Lokalantenne Colmar mehrmals direkt aus einer bestreikten und besetzten Fabrik heraus gesendet. RWF hielt es für notwendig, daß die Einwohner von Colmar unmittelbar von den Streikenden selbst informiert wurden. Eigentlich sehr naheliegend. Wozu muß dann immer ein professioneller Journalist dazwischen geschaltet werden, mit seiner gewundenen Ausdruckweise, seiner Rücksichtnahme nach Oben, seiner Angst in der Host und seiner professionellen Ahnungslosigkeit?

Alle, die in der Freien Republik Wendland werkten und sich auf den Aufmarsch der Staatsgewalt vorbereiteten, hatten ein Interesse daran, daß die Bevölkerung im Landkreis möglichst viel mitkriegt, und die rechte die Elbe-Jetztzeit-Zeitung und der NDR wirklich nicht aus. (Die Berichte von Stern, Zeit, FR, AZ usw. waren nicht unmissbar. Bloß: sie spielen für die regionale Öffentlichkeit keine Rolle, und sie bleiben eben doch gefüllte Mittelteil. Der Journalismus ist eine Mühschleise.)

Vergleich mal diese Life-Sendung mit dem Tages-Schau-Bericht. In der Tages-Schau sah man, die Demonstranten, ein uniformer Haufen, der aussieht, wie Demonstranten immer aussehen. So einheitlich und längst gehabt wie eine Fußball-Mannschaft, die immer im selben Vereinsstrikot einläuft. Artikulierbar durfte sich von uns aus niemand. Stattdessen kamen zwei Berufsdressen zu Wort, Herbert Grubel und ein Juso-Chef, genaugenommen zwei Personen, die aber den Journalisten gutmachbarlich bekannt sind. Das war dann gewesen. Wir waren entzündet und unbekannt gemacht.

In der Radio-Wendland-Sendung haben denn viele von uns den Mund aufgemacht und wurden erkannt: Frank, der Wanderer zwischen Polizei-Barrieren, die Frau aus der Musik-Gruppe, die Lachow-Dannenberg-Rebecca, Gaby, Wolf, Lilo Wolny, die ihren Landstern etwas zu sagen hatten, oder später die von der Presse so idiotisch mystifizierten Türmer... Na ja, hörte auch selber an. Dieses Dokument auf der Kassette ist eine gewaltige Ohrfeige für den heruntergekommenen deutschen Journalismus, ich hoffe, einige Hörer werden rot und gehen mal in sich. (z.B. dieser unglückliche Aspekt-Moderator, der kürzlich anlässlich der Zürcher Opern-Revolution gedankenschwermig sagte: „Die Jugendlichen müssen sich aber auch darüber klar werden, daß Gewalt ihre Ziele diskreditiert!“ — Mensch, Junge, sag das doch auch mal dem Herrn Baum und dem Herrn Albrecht und den Managern der Atom-Industrie! Du bist doch Journalist, es gibt keine Zensur, also Mann, keine Angst! Dann entsiehst du dem Staat sofort die Kredit-Würdigkeit und zahlst keine Steuern mehr, o.k.?)

Vergleiche auch mal den Aufwand für unsere notwendige Direkt-Übertragung mit den Kosten/Nutzen-Verhältnis bei den offiziellen Medien. Geld gekostet hat uns die RWF-Sendung überhaupt nur deshalb, weil das Funk- und Fernseh-Monopol jede Konkurrenz kriminalisiert. Und uns kostet (unz, die Gebührenzahl!) eine Life-Übertragung, wenn sich in Neapel nun gelangweilte Millionäre um einen Fußball streiten, wenn ein Papst eine Krone auf Haupt gedrückt kriegt, wenn in Bonn Macht- und Diktator-hungrige Wahlkämpfer ihre Reklame-Slogans aufhängen, wenn in Wiesbaden ein Showmaster vor jungen Frauen herumguckt? Macht auch das doch mal klar! Bemerkt doch bitte schön, daß in unserer Gesellschaft das Medium Funk/Fernsehen nur parodiert wird. Wir haben uns daran gewöhnt, Albernheiten für selbstverständlich zu nehmen. Das Zeitalter der demokratisch genutzten Medien hat noch gar nicht angefangen, daß die Pioniere des Freien Radio eure Unterstützung brauchen. Was müßten denn eure ironischen bis melancholischen Sprüche über die Glotze, vor der ihr klebt, wenn für die Protestmänner auch nur gelangweilte Achselzucken übrig bleibt?

Die Life-Sendung am 33. Tag der Republik Freies Wendland war aber noch aus einem anderen Grund wichtig: Sie war für die möglichen Opfer politischer Putz-Notwehr so eine Art von Lebensversicherung m.b.H. Zu dick aufgetragen? Ich glaub nicht.

Hätte es im Dorf 1904 am 4. Juni überhaupt keine Öffentlichkeit gegeben, wir die Staatsgewalt mit uns umgesprungen nach Belieben. Wir konnten die Aktion überhaupt nur machen, weil die Medienleute da waren. Aber konnten wir denn wissen, wie lang sie dableiben (dableiben dürfen)? Radio Freies Wendland jedenfalls ist immer dageblieben, der letzte Zeuge, der auch gehört wurde.

Gut, das wäre zunächst noch keine Sache auf Tod und Leben gewesen. Aber was ist, wenn niemand mehr auf dem Gelände ist außer den paar Leuten vom Turm. Und wenn es Nacht wird? Hat die offizielle Propaganda nicht ständig behauptet, Terroristen wären auf dem Platz? Hat der Staat nicht ein Interesse dran, aus Anti-AKW-Demonstranten Terroristen zu machen, um sie vom Volk absondern und abknallen zu können?

Ich habe folgendes Szenarium nie ausschließen können: Der Platz ist von der Staatsgewalt besetzt, die Stimmung angeheizt. Irgendwoher ist ein Stein geflogen, oder ein Molot (alles schon mal dagewesen). Die Polizei meldet im Laufe des Tages: Ein toter Polizist, einer, der ums Leben ringt. BILD interviewt die Anverwandten. Die Tagesschau zitiert einen Polizeibericht, wonach der Turm ein Waffenlager ist (alles schon mal dagewesen). In der Nacht — meldet dpa — versuchen einige heroische MEK- oder GSG-Leute, den Turm zu nehmen. Sie mußten leider durch die Holzwand „zurückschließen“. Hinter der Tür war zwar nur ein nackter Mann (alles schon mal dagewesen). Oder: Bei genauer Durchsuchung findet sich in einem Schlafack eine Knarre, die noch raucht. Sowas läßt sich machen, alles schon mal dagewesen.

Wer dieses Szenarium unnötig findet, hat die letzten 5 Jahre im Modell-Deutschland verschlafen. Ich jedenfalls konnte es nicht ausschließen. Deshalb hat die Turmgruppe noch am Vorabend der Räumung eine Presseerklärung veröffentlicht, die zwei Fernsichtteams aufgezeichnet haben. Deshalb haben wir dafür gesorgt, daß ein dpa-Fotograf als Zeuge auf den Turm ging. Und deshalb hat Radio Wendland bis zum Schluß gesendet. Ein Radio als Putz-Notwehr? Jedenfalls weniger „putz“ als die Schlüsse auf den nackten Schotten in Stuttgart, und Leben wurde vom Radio wohl nicht gefährdet. Die südlichen Atom-Schützen in Stuttgart kamen straflos davon. Das lebendige Radio Wendland soll strafbar sein?

Wenn wir uns das gefallen ließen, wären wir nicht mehr zu retten.

Grohnde-Demonstranten zur Zahlung verurteilt

Das Landgericht Hannover hat 14 Teilnehmer der Grohnde-Demonstration vom 19.3.77 verurteilt, jene Schäden zu bezahlen, die nach Angaben der Landesregierung den Bullen entstanden sind. Die von der Regierung angegebene Summe beläuft sich auf 233.000 DM, über die Höhe hat das Gericht nicht verhandelt.

Im Gegensatz zur Zahlungsklage gegen die Bewohner des Grohnde-Dorfes, die nach einer friedlichen Räumung die Einsatzkosten bezahlen sollten, war dies ein regelrechter Schadenersatzprozeß. Es wurden also keine Gebühren für Dienststunden oder Sprit zur Anreise usw. in die Summe mitaufgenommen, sondern zerbrochene Gummiknöpfe, angeblich geklaute Pistolen, Kosten für die eingesetzten Kampftroffe, die — wie wir ja alle wissen — von der so friedliebenden Polizei nur bei Gewalttätigkeiten der Demonstranten zum Einsatz kommen.

Der wichtige Aspekt bei diesem Prozeß ist die Tatsache, daß hier grundsätzlich von einer Gesamtschuld-

nerschaft derjenigen ausgegangen wird, die bei einer unfriedlichen Entwicklung der Demo nicht weggehen, sondern durch „Duldung“ militante Demonstranten unterstützen und damit mithelfen. Begründet wird dies damit, daß es für die Bullen unzumutbar sei, in dem Getümmel die Richtigen zu greifen. Über die Schwierigkeit, nachher im Prozeß die erhobenen Vorwürfe zu beweisen, braucht eigentlich kein Wort mehr verloren werden.

Eine weitere grobe Sauerei in dieser Sache ist die Art, wie das Geld hereingeholt werden soll. Die Summe, die ja noch erst festgestellt und gerichtlich bestätigt werden muß, wird nachher von den Leuten gezahlt, bei denen etwas zu holen ist. Entzieht sich also jemand irgendwie der Zahlung, dann müssen die anderen seinen Anteil mitbezahlen; die Summe wird nicht durch 14 geteilt (Schuppenhaft nannte man das seinerzeit).

Bleiskandal Goslar: Kein Grund zur Panik?

„Bleivergiftungen bewirken, besonders wenn sie öfter auftreten, die Erkrankung und Entzündung anderer Organe, so der Nieren, der Blutgefäße, der Augen und des Gehirns. Manchmal tritt Blindheit, manchmal Geistesstörung ein. Die Krankheiten fallen dann in der Statistik nicht mehr unter die Rubrik der Bleivergiftungen, obwohl sie eigentlich dahin gehören. Das Blei bedeutet somit eine größere Gesundheitsgefahr, als dies die Statistik der gewerblichen Ertränkungen erkennen läßt.“

So beschreibt Otto Rühle in seinem Buch „Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats“ den Schadstoff Blei vor 90 Jahren. Übrigens hatten schon die alten Römer mit dem Blei unliebsame Bekanntschaft machen müssen, als sie ihre Weinfässer damit versiegelten.

Eine kleine Auswahl von Beispielen soll die heute von den Behörden geduldete Gesundheitsgefährdung durch das Schmelzen von Bleierzen und deren Verarbeitung verdeutlichen.

Im Frühjahr 1972 starben in Nordhamm ca. 130 Kinde infolge einer Bleivergiftung, nachdem bei der Preumag ein Staubfilter wegen Korrosionsschäden ausgefallen war. Nach dem Unglück wurden in unmittelbarer Nähe des Werkes zwei Kindergärten (I) eröffnet.

In Krautsthal hatte die Bleivergiftung durch eine nahegelegene Fabrik ein solches Ausmaß angenommen, daß 1973 sieben Kinder in der Kinderklinik St. Augustin stationär behandelt werden mußten (Koch/Vahrenholt, „Severo ist überall...“, S. 138ff.).

In Stolberg bei Aachen hat die Bahlung der Schwermetallindustrie (hier gibt es zwölf Bleibetten) zu einer solchen Dauerverseuchung der Umwelt geführt, daß die Kinder jedes Jahr auf ministerielle (I) Anordnung zum „Urlaub vom Blei“ auf Land geschickt werden („Spiegel“, 35/76).

In Meckernich bei Bonn führt das ehemalige Blei-Abbaugelände in der Nordeifel heute noch zu ständigen Vergiftungen. Jährlich (I) sterben ca. 20 bis 30 Kinde an Bleivergiftung. Mittlerweile ist für die Bauern ein spezieller Entschadigungsfonds eingerichtet worden, aus dem 1979 rund 20.000 DM gezahlt wurden. Die Grube, die Ende der fünfziger Jahre stillgelegt wurde, ist bisher nicht einmal untersucht worden, so Engels, der Leiter des Umweltbundesamts im Kreis Euskirchen. Und die Stadt Bonn trägt ihren Beitrag hierzu bei, indem sie in die nicht mehr genutzten Abraumhal-

den ihren Klärschlamm einlagert („Vorwärts“, 19.6.80).

Anfang der sechziger Jahre kam es zu dem bisher schlimmsten bekannt gewordenen Vergiftungsunfall infolge Blei. Etwa 400.000 Kinder in amerikanischen Slums erkrankten, 200 starben, 800 trugen bleibende geistige Schäden davon. Die Kinder hatten Bleifarben aufgenommen, mit denen die Häuser gestrichen waren. Daraufhin wurde von der amerikanischen Gesundheitsbehörde 1973 der Bleigehalt in Farben drastisch reduziert (Walter L.H. Moll, „Taschenbuch für Umweltschutz I“, S. 190).

Goslar Bevölkerung „angefährdet“?

Als das Öko-Institut Freiburg im Frühjahr dieses Jahres durch Untersuchungen feststellte, daß in Goslar 22 Kinder von 100 untersuchten Testpersonen Blei im Blut hatten, war von Panikmache, unerhöhter Berichterstattung etc. die Rede. Um die Diskussion zu „versachlichen“, hatte der Sozial- und Gesundheitsminister Schnipkow (CDU) im „Gästehaus“ der niedersächsischen Landesregierung eine Anhörung von Sachverständigen — hinter verschlossenen Türen, versteht sich — organisiert, um die „Emotionalisierung“ in der Bevölkerung abzubauen. An dem Fachgespräch nahmen 20 Wissenschaftler und Ärzte teil; das Öko-Institut wurde gar nicht erst eingeladen. Diese „Wissenschaftler“, von deren Sorte sich bekanntlich immer welche finden lassen, bescheinigten anhand von Untersuchungen von 350 Personen die Unbedenklichkeit der jetzigen Situation und be-

schlüssen die Schutzmaßnahmen der Landesregierung als „genügend“. Um welche illustre Herren es sich handelte, sei nur am Beispiel von Prof. Lehner aus Hamburg erwähnt, der im Boehringer-Skandal den Schadstoff HCH kurzerhand für ungefährlich erklärt hatte. Mittlerweile sind vom niedersächsischen Landesministerium 1.580 Bürger untersucht worden. Die Ergebnisse werden mit dem Hinweis auf die ärztliche Schweigepflicht und den Datenschutz verschwiegen („Süd-deutsche Zeitung“, 12.7.).

Im Gegensatz zu den offiziellen Untersuchungen hat das Öko-Institut bei 32 Bürgern von insgesamt 115 untersuchten Personen, die in unmittelbarer Nachbarschaft der Schwermetallverarbeitenden Hüttenindustrie wohnen, eine Beeinträchtigung festgestellt. 76 % der Betroffenen hatten übermäßige Cadmiumausscheidungen im Urin („FR“ und „Die Neue“, 28.6.).

Die Bürgerinitiative Oker/Harlingerode hat bisher unterlassene Untersuchungen und Maßnahmen gefordert. Sie fordert auch eine systematische Untersuchung der Begabung der Kinder. „Der Leiter der Orientierungsstufe habe mitgeteilt — so die BI — daß die Kinder seiner Schule den schlechtesten Intelligenzquotient im ganzen Regierungsbezirk aufwiesen.“ Ferner gebe es in Oker/Harlingerode „viele frühvalde Hüttenarbeiter, deren Krankheit von den Ärzten im Interesse der Berufsgenossenschaften abgewiegelt werde“ („SZ“, 12.6.).

Kinder sind überhaupt besonders durch das Umweltgift Blei betroffen. So erklärten Mitglieder der BI, daß bereits eine verminderte Widerstandskraft bei Infektionskrankheiten zu verzeichnen sei. „Innerhalb eines halben Jahres seien in Oker sechs Säuglinge an Atemstillstand gestorben. In derselben Zeit habe es in der ganzen Bundesrepublik nur hundert solcher Fälle gegeben“ (ebenda).

Ferner wird die mangelhafte Koordination beim Umiedlungsprogramm der Betroffenen in anderen Städte beklagt. Zwar sei ein Umiedlerlehen von 10 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden; jedoch gibt es zwischen Stadt und Landesregierung kein Konzept für diese Umiedlungsmaßnahmen.

Auf der anderen Seite nehmen es die Politiker bürokratisch genau. Auf die Klage der BI, daß bisher nicht einmal der bleiverseuchte Sand in den Spielplätzen der Kinder ausgewechselt worden sei, erklärte der Goslarische Stadtdirektor Scholz, „...man habe erste den Sand aus 20 Kilometer Entfernung herangeholt und untersuchen lassen, damit nicht wieder bleidurchsetzter Sand benutzt werde. Das Auswechseln des Sandes würde die Stadt 100.000 DM kosten“ „...der untersuchte Sand zeige zwar geringe Werte, aber die Stadtverwaltung kenne nicht die Grenzwerte und habe daher das Auswechseln bisher unterlassen“ (ebenda). Wenn schon der Boden in 20 Kilometer Entfernung versucht ist, so daß der Sand von dort ebenfalls noch gefährlich sein könnte, ist die Situation in Goslar wohl doch nicht so „unproblematisch“, wie es die Behörden glauben machen wollen.

übermäßige Cadmiumausscheidungen im Urin („FR“ und „Die Neue“, 28.6.).

Die Bürgerinitiative Oker/Harlingerode hat bisher unterlassene Untersuchungen und Maßnahmen gefordert. Sie fordert auch eine systematische Untersuchung der Begabung der Kinder. „Der Leiter der Orientierungsstufe habe mitgeteilt — so die BI — daß die Kinder seiner Schule den schlechtesten Intelligenzquotient im ganzen Regierungsbezirk aufwiesen.“ Ferner gebe es in Oker/Harlingerode „viele frühvalde Hüttenarbeiter, deren Krankheit von den Ärzten im Interesse der Berufsgenossenschaften abgewiegelt werde“ („SZ“, 12.6.).

Kinder sind überhaupt besonders durch das Umweltgift Blei betroffen. So erklärten Mitglieder der BI, daß bereits eine verminderte Widerstandskraft bei Infektionskrankheiten zu verzeichnen sei. „Innerhalb eines halben Jahres seien in Oker sechs Säuglinge an Atemstillstand gestorben. In derselben Zeit habe es in der ganzen Bundesrepublik nur hundert solcher Fälle gegeben“ (ebenda).

Ferner wird die mangelhafte Koordination beim Umiedlungsprogramm der Betroffenen in anderen Städte beklagt. Zwar sei ein Umiedlerlehen von 10 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden; jedoch gibt es zwischen Stadt und Landesregierung kein Konzept für diese Umiedlungsmaßnahmen.

Auf der anderen Seite nehmen es die Politiker bürokratisch genau. Auf die Klage der BI, daß bisher nicht einmal der bleiverseuchte Sand in den Spielplätzen der Kinder ausgewechselt worden sei, erklärte der Goslarische Stadtdirektor Scholz, „...man habe erste den Sand aus 20 Kilometer Entfernung herangeholt und untersuchen lassen, damit nicht wieder bleidurchsetzter Sand benutzt werde. Das Auswechseln des Sandes würde die Stadt 100.000 DM kosten“ „...der untersuchte Sand zeige zwar geringe Werte, aber die Stadtverwaltung kenne nicht die Grenzwerte und habe daher das Auswechseln bisher unterlassen“ (ebenda). Wenn schon der Boden in 20 Kilometer Entfernung versucht ist, so daß der Sand von dort ebenfalls noch gefährlich sein könnte, ist die Situation in Goslar wohl doch nicht so „unproblematisch“, wie es die Behörden glauben machen wollen.

AKW-Nein-Kommission

Kurzmeldungen

Kurzmeldungen

Stolzenberg; Weitere Giftgasfunde

Hamburg. Mit einer roboterähnlichen Spezialmaschine gehen derzeit auf dem Stolzenberggelände die Räumungsarbeiten voran, in deren Verlauf es mittlerweile zweimal zu Gasausbrüchen auf dem Werksengelände gekommen ist. Ferner wurde eine 500 Kilo-Kampfstoffbombe gefunden, die sogleich der Bundeswehr übergeben wurde. Gegen den Einsatz der Fräsklader hatte es Proteste gegeben, weil durch die Erschütterungen das noch auf dem Gelände vorhandene Nitroglycerin (höchstexplosiver Sprengstoff) explodieren könnte.

Der Vorsitzende der Bürgerinitia-

ve „Notgemeinschaft“ hatte aus diesem Grunde beim Hamburger Verwaltungsgericht Klage hiergegen erhoben und eine Räumung von Hand — wie Bürgermeister Klose sie auf einer Bürgerversammlung versprochen hatte — gefordert. Ferner beantragte er wegen der Gefahr des Gasausbruchs die Auslieferung von Gasmasken. Dieser Antrag wurde jedoch fast vollständig abgelehnt. Schließlich, so das Gericht, seien Bundeswehr und Feuerwehr bei der Räumung präsent. Eine meteorologische Beratung (Windrichtung etc.) sei inzwischen auch gewährleistet, und der Hamburger Senat habe sogar technische Berater von der britischen Atombehörde aufgrund ihrer „jahrelangen weitverbreiteten Erfahrungen“ angeheuert.

Währenddessen sind die Opfer des Stolzenberg-Giftes noch nicht einmal entschädigt worden. So klagt die Mutter, deren Sohn bei der Explosion am 6.9.79 die rechte Hand verlor, auf eine Entschädigung, die bis heute noch nicht entschieden ist!

Giftgasfunde in Westberlin

In den früheren „Loma“-Werken, die im Zweiten Weltkrieg Kampfgas herstellten, sind zwei Phosgen-Ampullen gefunden worden. Erste Hinweise auf den Fundort hatte es bereits 1971 gegeben, als mehrere Arbeiter im Krankenhaus eingeliefert werden mußten, nachdem sie Kampfgas eingeatmet hatten! 1979 wurden in der nur 1,5 km entfernten Spandauer Zitadelle bei Ausgrabungsarbeiten insgesamt 2.800 Giftgasbehälter gefunden!

Es ist schon ein besonderer Skandal, daß solche Kampfgase erst so spät geborgen werden, zumal hier offiziell das „Gaseuchtelaboratorium“ der Nazis untergebracht war. Obwohl ein britischer Militärexperte Anhaltspunkte für Giftgas bei den neueren Funden verneinte, konnte nicht ausge-

schlossen werden, daß hier in unterirdischen Tunnelsystemen weitere Gasgranaten lagern („faz“, 4.7.80).

AKW-Nein-Kommission

4000 in Gundremmingen

Am 20.7. fand in Gundremmingen eine Demonstration gegen das im Bau befindliche AKW (zwei Blöcke) und das für dort beantragte Kompaktlager statt, zu der 3 - 4.000 AKW-Gegner kamen.

Die Leute wurden von einem Polizeiaufgebot empfangen, das nicht gerade üblich für Demos von diesem Ausmaß ist. Genauso provokant waren die Auflagen, die den Veranstaltern gemacht wurden: so durften keine Transparenten, die länger als 1,50 m waren, getragen werden. Außerdem mußten sich einige Leute abschminken etc.

Wesentliche Forderungen auf der Kundgebung waren: KEIN ATOMMÜLLLAGER IN GUNDRAMMINGEN UND AUCH NICHT ANDERSWO!

STILLLEGUNG ALLER AKW's! WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG!

Außerdem sollte die Aktion die Solidarität mit Orlieben ausdrücken, da dies der gleiche Widerstand sei. Die ganze anschließende Demo war dann begleitet von Provokationen der Bullen. So wollten sie durchsetzen, daß sich der Zug in Blöcken von je 300 aufstellte. Kurz darauf wurde eine Flugblattverleiherin festgehalten, weil sie angeblich ein Flugblatt verteilt, in dem die Polizei verurteilt wurde. VS-Bullen versuchten uns, am allen Lagen zu fotografieren, bis sich ein paar Leute ein Herz nahmen und sie behinderten.

Ein Genosse aus Reutlingen

AKW-Nein-Kommission

Wer verdient an steigenden Ölpreisen?

Bei der letzten OPEC-Konferenz konnten sich die beteiligten Staaten wieder nicht einigen, die Ölpreise in Zukunft in gleichem Maße wie die Industriepreise heraufzusetzen. Doch in der bürgerlichen Propaganda heißt es dazu, daß die Ölpreise den Westen „strangulieren“ würden. Ein neuer „Ölschock“ wird schon jetzt prophezeit.

Zwar ist die Zeit des billigen Öls seit 1973 vorbei. Bis dahin wurde das Öl zu ständig steigenden Mengen und vergleichsweise Schleuderpreisen angeboten, was zur Verdrängung anderer Energieformen und zur enormen Steigerung des Energieverbrauchs führte. Hauptverdränger an der Ölpreisteigerung waren jedoch stets die Imperialisten selbst. Das soll hier an einigen Beispielen und Zahlen verdeutlicht werden.

Die OPEC setzt die Preise hoch – Angleichung an die Industriegüter

Im Juni dieses Jahres fand in Alger die 57. Konferenz der OPEC statt (Saudi-Arabien, Iran, Venezuela, Irak, Nigeria, Libyen, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), Indonesien, Algerien, Katar, Gabun, Ecuador). Im Abschlußkommuniqué wurde erklärt, daß die Ölpreise der Mitgliedsländer einheitlich auf 32 Dollar pro Barrel (159 Liter) festgesetzt werden sollen. Doch schon einen Tag später dementierte die saudi-arabische Vertretung. Saudi-Arabien will weiterhin bei einem Preis von 28 Dollar bleiben, was den absoluten Tiefpunkt der Preisskala darstellt.

Im Vorfeld der Konferenz wurden zwischen den OPEC-Staaten drei Problemkreise erörtert:

1. Preiserhöhung und Wiedervereinheitlichung der Ölpreise der OPEC;
2. Bindung der Ölpreise an die Preise der Industriegüter bzw. an die Steigerung des Bruttosozialproduktes der Industrienationen;
3. Drosselung der Förderung.

In allen drei Fragen gab es heftige Kontroversen zwischen den mehr auf Unabhängigkeit vom Imperialismus drängenden Lager (Algerien, Iran, Libyen) einerseits und den Statthaltern des Imperialismus (Saudi-Arabien und VAE) andererseits.

Diese Auseinandersetzung spielt seit der ersten „Ölkrise“ 1973/74 die entscheidende Rolle innerhalb der OPEC. Während die Mehrheit der Mitgliedsländer für eine Angleichung der Ölpreise (d.h. der Preise, die an die Förderländer bezahlt werden) an das Niveau anderer Waren auf dem Weltmarkt und für einen größeren Anteil der Förderländer an dem Verkaufspreis, den die Ölkonzerne erheben, eintrat, machten insbesondere Saudi-Arabien und der Iran (unter dem Schah) diese Forderungen durch Erhöhung der Produktion und Billigpreise zunichte.

1973/74 hatten die OPEC-Länder die Ölpreise drastisch von 2,5 auf ca. 10 Dollar pro Barrel heraufgesetzt. Bis Ende 1978 wurde dieser Preis schrittweise auf 12,7 Dollar angehoben. Mit dem Sturz des Schah-Regimes (Anfang '79) ist dann eine enorme Bewegung in die Ölpreise gekommen. Sie stiegen von 12,7 über 18, 23 und 28 schließlich auf 35 Dollar pro Barrel Mitte dieses Jahres. Einen Einschnitt gab es jedoch, als Anfang 1980 die Preisbindung innerhalb der OPEC aufgegeben wurde (genauer: Saudi-Arabien die Preisbindung aufkündigte), sodaß es heute eine Spanne von 28 Dollar (Saudi-Arabien, VAE) bis 35 Dollar (Algerien, Libyen, Venezuela) gibt.

Allein diese Preisentwicklung zeigt schon, welche enorme Bedeutung der Iran unter dem Schah für die Imperialisten und die Ölkonzerne hatte. Zusammen mit Saudi-Arabien förderte der Iran Ende 1978 44% des gesamten Öls der OPEC. Dieser Umstand und die Weigerung des Iran, und Saudi-Arabien, die Preise hochzusetzen, sind die Ursache dafür, daß die Ölpreise der Förderländer zwi-

schen 1974 und 1978 nur von 10 auf 12,7 Dollar pro Barrel stiegen. Mit dem Zusammenbruch des Schahregimes fiel ein wesentlicher Garant für die Imperialisten weg, was auch von Saudi-Arabien nicht unmittelbar wettgemacht werden konnte. Dies gab den anderen Ländern zeitweilig die Freiheit, einen höheren Anteil am Weltmarktpreis zu verlangen. Anfang 1980 schwankten die OPEC-Preise zwischen 23 und 28 Dollar, während der durchschnittliche Preis in den USA bei 30 Dollar lag und sogar Spitzenpreise bis 41 Dollar erzielt wurden („FR“, 10.1.80). Auf dem Rotterdam Spotmarkt wurden zum gleichen Zeitpunkt 35 Dollar verlangt.

Aber schon im Mai dieses Jahres war der Ausfall Irans wieder weitgehend „bereinigt“. Zwar ist die Förderung im Iran auf 2 Mio. Barrel pro Tag zurückgegangen, wovon 0,8 Mio. Barrel ausgeführt werden (Anfang 79: 4 Mio. Barrel Export), aber dies wurde von Saudi-Arabien mehr als wettgemacht. Offiziell werden hier pro Tag 9,5 Mio. Barrel gefördert, nach Angaben des iranischen Ölministers soll die Förderung jedoch heimlich sogar auf 14,5 Mio. Barrel hochgeschraubt worden sein (das wäre fast eine Verdoppelung gegenüber 78).

Saudi-Arabien hat damit allein die Funktion übernommen, die es früher zusammen mit dem Iran gespielt hat. Es hat aber nicht nur für den Ausgleich des iranischen Öls gesorgt, sondern durch Billigpreise inzwischen für eine Herabsetzung der Preise insgesamt gesorgt.

Dies hat die Spannungen innerhalb der OPEC und den Druck auf Saudi-Arabien verschärft. Diesem Druck trug die saudi-arabische Regierung Rechnung, indem sie kurz vor der OPEC-Konferenz den Ölpreis von 26 auf 28 Dollar anheob. Dies wirkte als Signal für die übrigen Mitgliedstaaten, die durchschnittlich ebenfalls 2 Dollar zulegten, sodaß die alte Differenz bestehen blieb. Vom Irak kam der Vorschlag, die Preise einheitlich auf 32 Dollar festzulegen (plus Zulagen bei den Ländern, die extrem günstige Bedingungen für die Ölkonzerne bieten, wie z.B. kurze Lieferwege usw.). Dieser Preisvereinheitlichung entzogen sich wiederum Saudi-Arabien und die VAE. Danach besteht heute folgende Preisskala:

Land	Dollar/Barrel
Algerien	35,4
Ecuador	34,0
Indonesien	34,75
Irak	29,96
Iran	33,5
Katar	31,2
Kuwait	29,5
Libyen	36,12
Nigeria	34
Saudi-Arabien	28,0
VAE	28,0
Venezuela	34,25

Anderer Staaten	Dollar/Barrel
Mexico	33,5
England	34,0

Überhöhte Preise der OPEC-Staaten?

Allenthalben ist nun von den Imperialisten zu hören, die OPEC-Staaten würden ihr Öl zu überhöhten Preisen verkaufen und könnten dies nur, weil sie über ihre Monopolstellung die westlichen Industrienationen „erpressen“ könnten. Nun ist es schon skurril genug, daß dieser Vorwurf ausgerechnet von denjenigen kommt, die seit Jahrzehnten ihre ökonomische Macht ausnutzen, um der übrigen Welt die Preise zu diktieren, bzw. Hauptverdränger jeder Preiserhöhung waren.

Von 1950 bis 1973 war der Abgabepreis weitgehend konstant. Real sank er sogar durch die in dieser Zeit stattgefundenen Dollarabwertung von ca. 4 DM (für einen Dollar) auf 2,5 DM (die Ölpreise werden bis heute an den Dollar gebunden). In dieser Zeit stellten die westlichen Industrienationen den Großteil ihres Primärenergiebedarfs von Kohle auf Öl um. Während z.B. die BRD 1955 ganze 10 Mio. Tonnen Rohöl verbrauchte, stieg dies bis 1973 auf 120 Mio. t., womit Öl über 50% der Primärenergie ausmachte, während Kohle in diesem Zeitraum von ca. 85% auf 25% sank. Im gleichen Maße wurde die Weltförderung von Rohöl von 1945 bis 1973 von 73 Mio t auf ca. 1.500 Mio t pro Jahr gesteigert. Die enormen Gewinne, die damit gemacht wurden, gingen fast ausschließlich in die Taschen der Ölkonzerne.

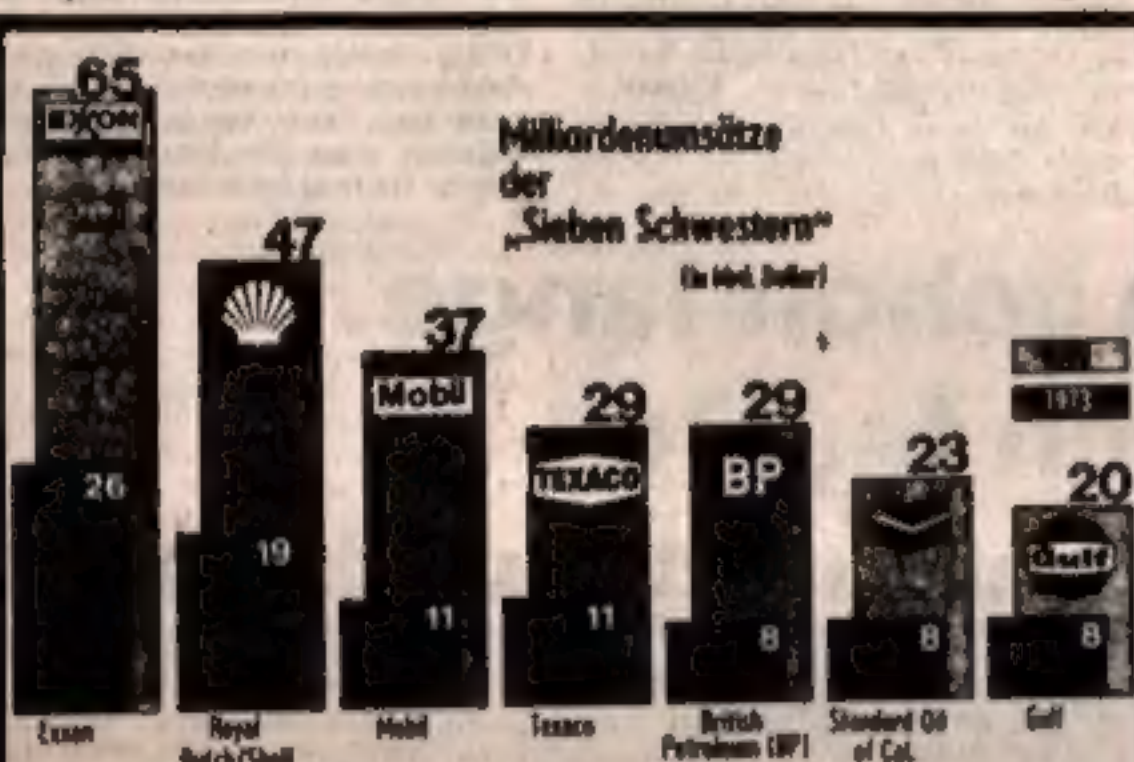
Moschen Maserad („Weltenergieproduktion und Neuordnung der Weltwirtschaft“, Campus-Verlag) hat berechnet, daß sich die Ölkonzerne in diesem Zeitraum einen Gewinn von über 100 Milliarden Dollar angeeignet haben. Zum Vergleich der Größenordnung: Die gesamten Direktinvestitionen der US-imperialistischen Konzerne im Ausland in diesem Zeitraum haben etwa die gleiche Höhe, d.h. sie hätten allein von den Ölkonzernen getätigt werden können.

Aber nicht nur die Ölkonzerne schöpften enorme Gewinne ab, sondern in noch größerem Maße die westlichen Industriestaaten. Über die Mineralölsteuer floß noch einmal der vier- bis fünffache Betrag der Konzerngewinne in die Staatskassen, während die Förderländer mit 11% bis 15% abgespeist wurden. Dieser Anteil wurde mit der Preiserhöhung 1973 schlagartig auf über 40% erhöht.

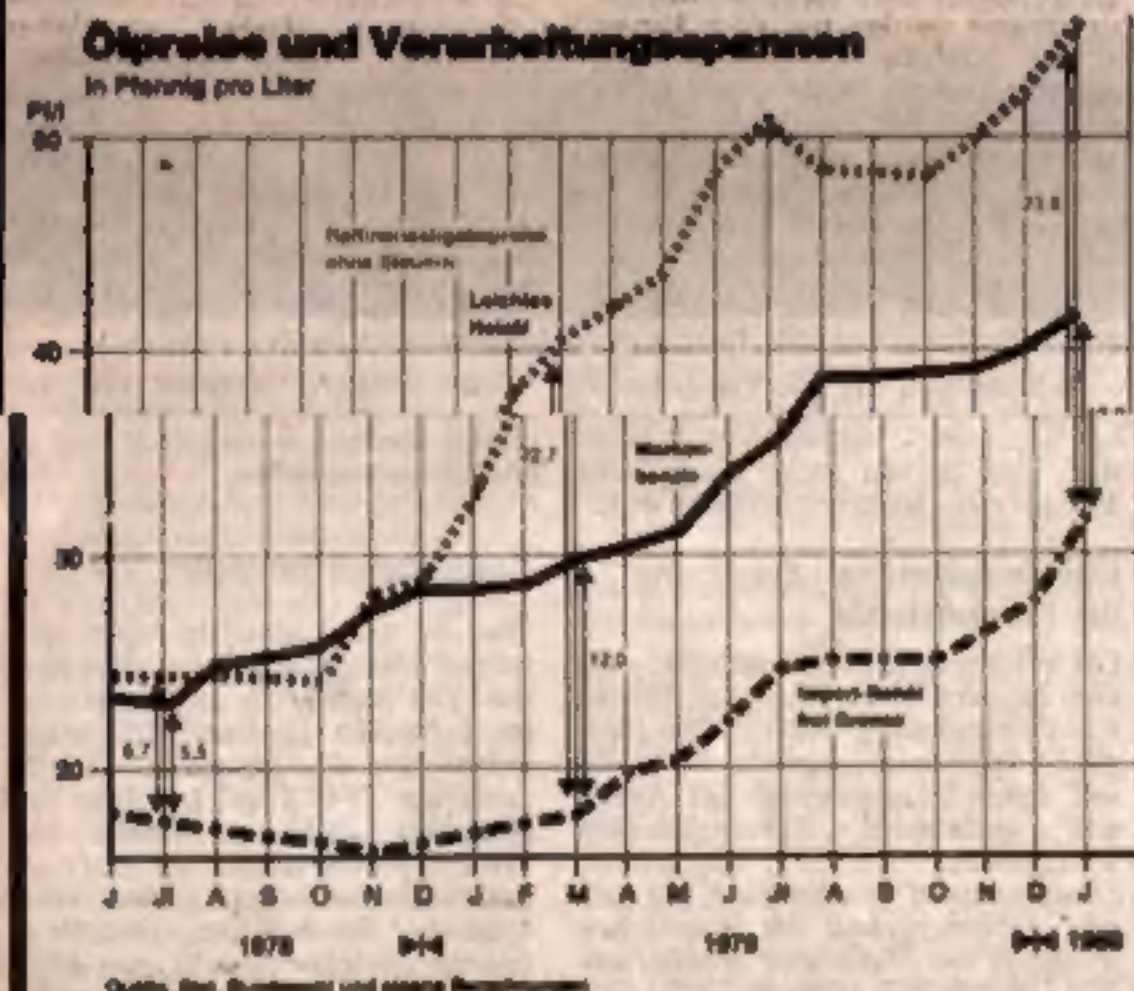
In den folgenden Jahren (nach '73) gelang es den Imperialisten jedoch, die Ölpreise wieder real zu senken. Dies geschah im wesentlichen über zwei Hebel:

Einerseits wurde hierzu die Abwertung des Dollars eingesetzt. 1974 hatte er noch einen Gegenwert von 2,5 DM, Ende 1978 nur noch einen von 1,8 DM. Schon dies allein bewirkte, daß z.B. die BRD 1978 real weniger für das Öl zahlte als 1974 (1974: 25 DM, 1978: 22,86 DM). Zugleich konnten die Ölförderländer durch diese Abwertung für die „erwirtschafteten“ Dollar weniger an Gegenwerten in den Industrienationen kaufen.

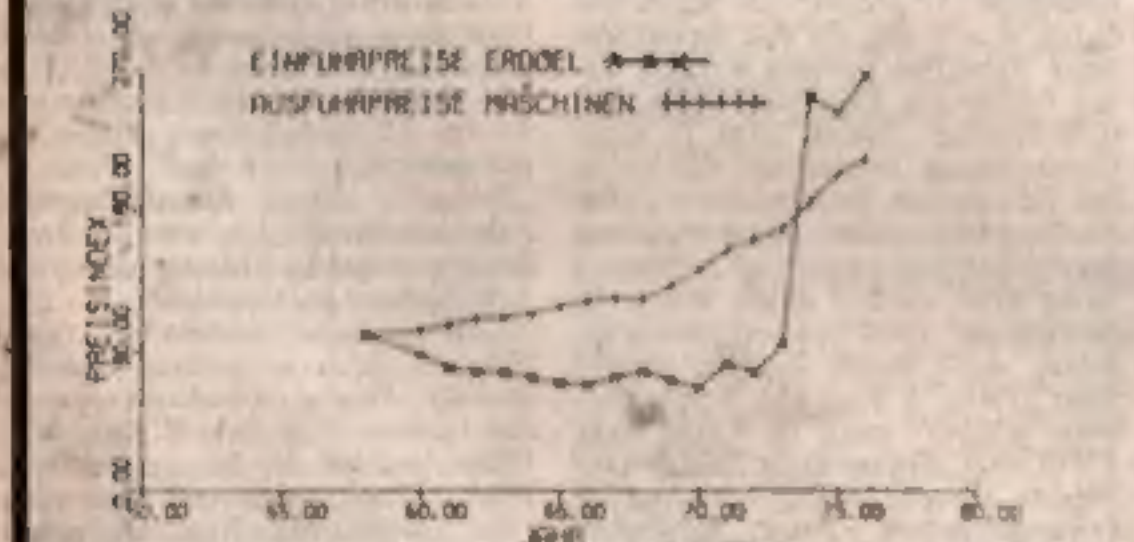
Der zweite Hebel war eine außerordentliche Steigerung der Preise für Industriegüter. Während der Ölpreis zwischen 1974 und 1978 um 26% anstieg, kletterten die Preise für Industriegüter um 37%. Die demagogische Begründung der Kapitalisten, die Steigerung der Ölpreise sei die Ursache für die Inflation in den Industrieländern, hat umgekehrt seine Richtigkeit: Mit den inflationären Preiserhöhungen für die Wirtschaftsgüter aus den Industrienationen wurden wiederum real die Ölpreise für die imperialistischen Länder gesenkt. Hierzu kommt noch, daß im gleichen Zeitraum die Erdöleinfuhren z.B. der BRD gesenkt wurden und erst Ende 1978 wieder den Stand von 1973



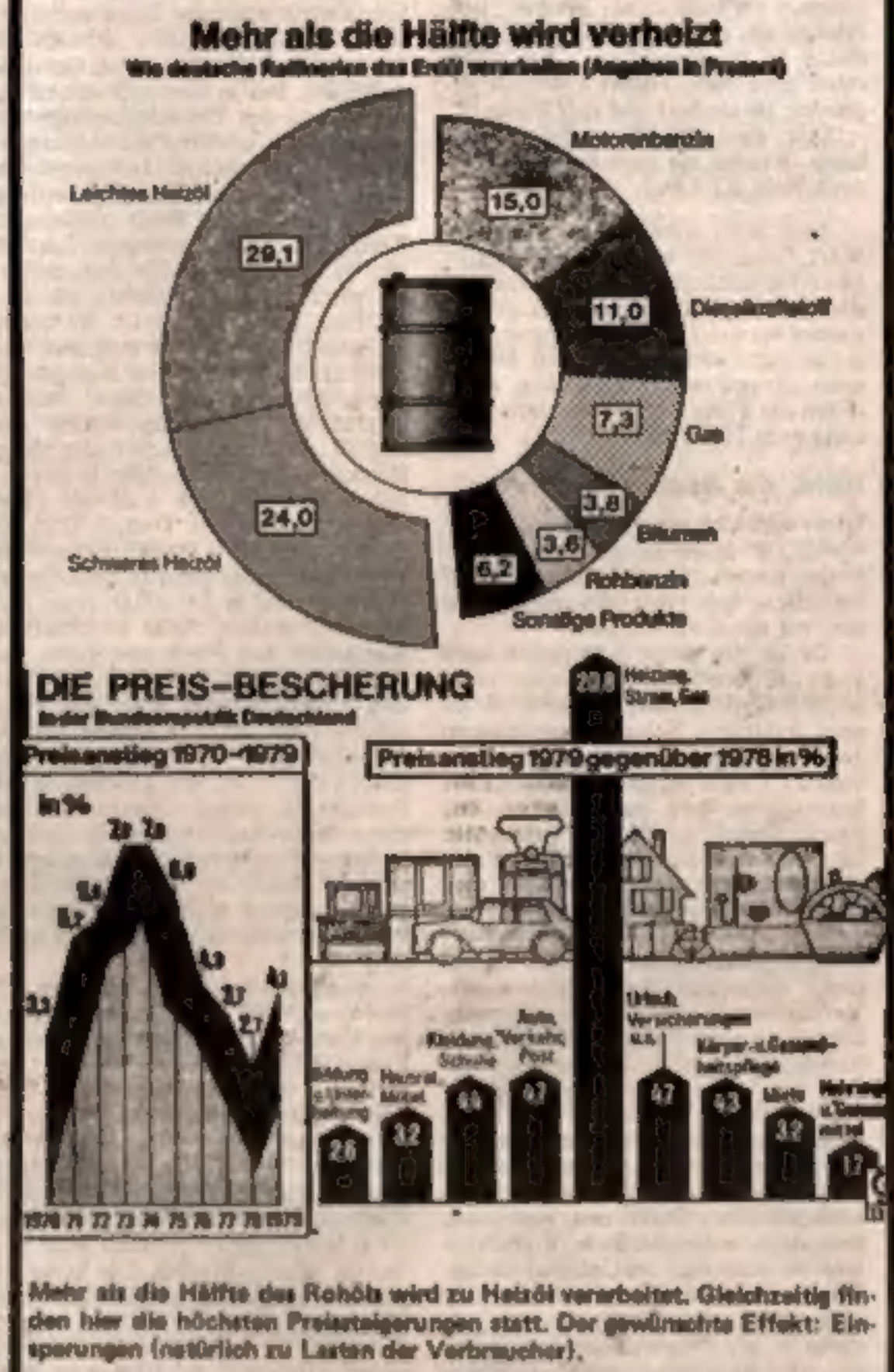
So wird „unsere Wirtschaft“ von den „Ölscheichs“ „stranguliert“ (= erwürgt!). Die Tabelle vergleicht die Umsätze der imperialistischen Ölkonzerne von 1973 und 1978 (aus „die tat“, 25.1.80)



Es ist bekanntlich „zum Weinen“. Die „Scheiche“ machen uns „die Stabilitätspolitik kaputt“ und „zwingen uns, die Preise für die Raffinerieprodukte anzuheben“. Interessanterweise steigen jedoch die Preise der Raffinerieprodukte weit schneller als diejenigen des importierten Rohöls. So haben die Ölkonzerne innerhalb von nur einhalb Jahren ihre „Verarbeitungsspanne“ bei leichtem Heizöl um das dreieinhalbfache, bei Markenbenzin knapp um das zwölfwache erhöht (aus „Neue“, 29.4.80).



Um zu beurteilen, ob es den OPEC-Staaten gelingt, sich mit Hilfe von Ölpreiserhöhungen gegenüber den imperialistischen Ländern Vorteile zu verschaffen, reicht es natürlich nicht, nur die Ölpreise zu betrachten. Sondern man muß dies in Beziehung zu denjenigen Produkten setzen, die diese Länder wiederum von den Imperialisten beziehen. Setzt man die Erdöleinfuhrpreise und die Maschineneinfuhrpreise für 1967 gleich 100, so zeigt sich, wie die OPEC-Staaten mit ihren Preiserhöhungen lediglich den gestiegenen Preisen derjenigen Produkte hinterherlaufen, die sie von den kapitalistischen Ländern beziehen (aus „Heute f. Demokratie und Sozialismus“, Nr. 3/80).



Wer verdient an steigenden Ölpreisen?

Fortsetzung von Seite 7

erreichten. Dies alles hat dazu geführt, daß die Ölförderländer zwar in der Zeit zwischen 1974 und 78 nominal Mehreinnahmen zu verzeichnen hatten, real ihre Einnahmen jedoch gesunken sind.

Gleichzeitig haben die Ölkonzerne und die imperialistischen Staaten (über die Steuern) die Gewinne nochmals enorm steigern können. Als Beispiel seien hier die Preise für leichtes und schweres Heizöl herangezogen. Im April 1974 kostete in Hamburg eine Tonne schweres Heizöl frei Betrieb 196 DM bei einem Tonnenteil am Rohöl für die Förderländer von 175 DM. Im Januar 1978 war der Preis auf 220 DM hochgetrieben worden, bei einem gesunkenen Anteil von 167 DM (verursacht durch die Dollarabwertung). Gleichermassen verhält es sich beim leichten Heizöl, das vom April '74 bis zum Januar '78 von 24,56 DM auf 30 DM stieg. Allein über diese beiden Faktoren wurde ein Mehrer Gewinn von ca. 2 Milliarden DM in der BRD erreicht, von dem die Förderländer nicht einen Pfennig gesehen haben.

Diese Gewinnexplosion machte auch nach den neuesten Preisteigerungen seit 1979 nicht halt. Allein die großen amerikanischen Ölkonzerne

steigerten ihren Umsatz 1979 um ca. 30-40% auf ca. 250 Milliarden Dollar, der Gewinn liegt bei ausgewiesenen 14 Milliarden Dollar (nach Abzug aller Unkosten, Investitionen und Steuern). Spitzenreiter ist Exxon mit 85 Milliarden Dollar Umsatz und 4,3 Milliarden Gewinn. Zum Vergleich: Die Jahresförderung aller OPEC-Staaten zusammen macht 147 Milliarden Dollar aus, Saudi-Arabien als größtes Förderland kommt auf 43 Milliarden Dollar.

Schon diese wenigen Zahlen zeigen, daß die imperialistischen Staaten nach wie vor die größten Nutznießer der Ölpreiserhöhungen sind. Die OPEC-Staaten haben es zwar geschafft, einen höheren Anteil zu erzwingen, werden jedoch durch die Preispolitik der westlichen Industrienationen immer wieder ins Hintertreffen geworfen.

Diese imperialistische Wirtschaftspolitik hat zu der Forderung des Iran geführt, die Preise für Öl an die Steigerung der Preise der Industriegüter zu binden. Auch hier sprang Saudi-Arabien wiederum den Imperialisten zur Seite. Allenfalls wollte es einer Bindung an die Erhöhung des Bruttosozialprodukts zustimmen, womit die Ölststaaten jedoch fast leer ausgehen würden, da die Zuwachsraten in allen westlichen Industrieländern stagnieren.

Die OPEC und die 3. Welt

Demagogisch werden die OPEC-Länder von den Imperialisten heute auch für den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der Länder der 3. Welt verantwortlich gemacht. Allein in diesem Jahr wird eine Neuverschuldung dieser Länder um 120 Milliarden Dollar erwartet. Größtenteils sind diese Länder nicht einmal mehr in der Lage, die Zinsen für alte Kredite zu bezahlen. Aber auch in diesem Fall liegen die Verhältnisse genau umgekehrt.

Der größte Teil der Verschuldung kommt durch die Erhöhung der Preise für Industriegüter zustande, für den allein die Imperialisten verantwortlich sind. Die Öleinfuhren in die Länder der 3. Welt werden nur zu einem minimalen Teil von den Förderländern selbst übernommen, sondern durch die imperialistischen Staaten bzw. ihrer Konzerne getätigt. Und auf diesem Wege werden diese Länder zusätzlich benachteiligt. Während das billige Öl aus Saudi-Arabien größtenteils in die Industrieländer gepumpt wird, wird teures Öl aus anderen OPEC-Staaten in die Länder der 3. Welt geschleust. Dies ist von diesen Ländern kaum zu durchbrechen, da sie gar nicht die Möglichkeiten haben, Öl selbst zu beziehen, zu verarbeiten usw. (Tankerflotte, Pipelines, Raffinerien usw.). Die Krokodilstränge der Imperialisten über die Ausplünderung der Länder der 3. Welt durch die OPEC sollen davon ablenken, daß die

Imperialisten derzeit deren wirtschaftliche Lage in bedrohlichem Ausmaß verschlimmern.

Preisteigerungen als Mittel zur Verbrauchsdrosselung

Die imperialistischen Länder haben sich darauf geeinigt, den Ölverbrauch in den eigenen Ländern auf das Maß von 1978 zu drosseln. Der entscheidende Hebel hierfür ist eine weitere drastische Preisanhebung. Wirtschaftsminister Graf Lambdorff drückt das so aus: „Wenn man Öl sparen will, muß die Preiserhöhung akzeptiert und an den Verbraucher weitergegeben werden“ („Hamburger Abendblatt“, 24.6.80). Um dies wiederum verkaufen zu können, wird gleichzeitig die Mär von den „Versorgungsschwierigkeiten“ aufgetischt. Noch niemals zuvor war jedoch die BRD so gut mit Öl versorgt wie jetzt. Innerhalb eines Jahres wurden die Reserven von 32,2 Mio. Tonnen auf 39,3 Mio. Tonnen (ein Drittel des Jahresbedarfs) aufgestockt (Stand 31.3.80), bei gleichbleibenden Einfuhren. Es gibt also keinen Versorgungsengpaß, sondern eine Überproduktion von Öl. Ein weiteres Beispiel belegt, daß der angeblich zu hohe Grundpreis der OPEC-Länder für die Kapitalisten nicht die entscheidende Größe ist. So ist Großbritannien mit 3,9 Mio. Tonnen im ersten Quartal 1980 an die dritte Stelle der Lieferländer für die BRD gerückt (nach Saudi-Arabien mit

4,5 Mio. Tonnen und Libyen mit 4,3 Mio. Tonnen), obwohl dieses Öl an der Spitze der Preiskala liegt (35 Dollar pro Barrel). Diese Umgestaltung der Versorgungsstruktur geschieht (natürlich) unter der Voraussetzung, daß die Kosten voll an die Verbraucher, d.h. im wesentlichen an die arbeitende Bevölkerung, weitergegeben werden. Schon jetzt macht das teure Nordseeöl 17,2% der Rohölversorgung der BRD aus, während das gleich teure Öl aus Algerien von 10 auf 7%, aus Nigeria von 15 auf 9% sank. Deutlich, in welchem Maße die Imperialisten die Ölländer damit unter Druck setzen können, wird dies am Beispiel Iran. Nach dem Sturz des Schah-Regimes war die monatliche Durchschnittslieferung von 1,44 Mio. Tonnen auf 0,96 Mio. Tonnen gesunken. Anfang 1980 steigerte sich diese auf 1,28 Mio. Tonnen (13,9% der BRD-Einfuhren) und ging nach dem Boykottbeschluss gegen den Iran auf 0,36 Mio. Tonnen zurück. Demagogisch wird dies im Bericht der Mineralölwirtschaft (Mai 80) mit „Unsicherheiten über die Lieferbereitschaft des Iran“ gerechtfertigt.

Über diese beiden Hebel, Preisteigerung und damit Verbrauchsrückgang und Verlagerung der Einfuhren auf andere Länder, versuchen die Imperialisten Druck auf einzelne OPEC-Staaten auszuüben. Erfolgreich kann dies gegenwärtig jedoch nur sein, weil Saudi-Arabien als Hauptlieferant seine absolut proimperialistische Haltung beibehält.

»Satt sind die Deutschen schon lange. Werden sie jetzt auch faul?«

Wie die Bourgeoisie die nächste Konjunkturkrise vorbereitet

Ein Adliger in Japan. Otto Graf Lambdorff, FDP-Bundeswirtschaftsminister, nutzte seinen Japan-Besuch anlässlich der Beerdigung des verstorbenen Ministerpräsidenten Ohira, um die Vorzüge des japanischen Arbeitslebens für die dortige Kapitalistenklasse zu studieren. Zurückgekehrt in die Bundesrepublik, verkündete er das Ergebnis seiner Studien: „Mehr arbeiten, weniger krankfeiern, die Produktivität steigern“. Adressiert war diese Aufforderung an die arbeitende Bevölkerung, deren Arbeitsweise Großverdiener Lambdorff (monatlich mindestens 20.000 DM) so genau zu kennen vorgibt.

Lambdorffs Äußerung sollte allerdings nicht als zufällige Impression einer Fernreise abgetan werden.

Sie hat eine Vorgeschichte und ist Programm. Bereits im Mai dieses Jahres erzielten der bundeswirtschaftsminister und der Präsident des BDI, Rodenstock, auf der Jahrestagung des „Bundesverbandes der deutschen Industrie“ Übereinstimmung, daß „mit Umverteilung die Schwierigkeiten nicht zu lösen“ seien (mit „Umverteilung“ ist die Forderung nach höheren Löhnen und sozialen Leistungen gemeint). „Die Umverteilung bezogen jetzt andere in reproduzierenden Ländern. Und bei uns hat künftig vor der Umverteilung die Leistung zu stehen, ohne die wir schlechter leben müßten als bisher“. Stattdessen, so Lambdorff, müsse dafür gesorgt werden, „daß wir für den Rest dieses Jahrhunderts die Herausforderungen um so besser bestehen werden, je mehr das unternehmerische Element in unser aller wirtschaftlichen Verhalten gestärkt wird“ (FAZ, 21.5.80). Rodenstock assistierte zur „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ müsse „eine weitere Stärkung der Produktivität – nicht zuletzt mit Hilfe neuer Technologien“ erreicht werden (Welt, 21.5.80).

Erhöhung der Arbeitsleistung („mehr arbeiten“) und Rationalisierung (neue Technologien), dieses Programm für die bevorstehende Konjunkturkrise wird zur Zeit propagandistisch vorbereitet.

Lambdorffs Aufforderung fand prompt ein reges Echo in den bürgerlichen Medien. „Bild“ verkündete: „Wir müssen uns in Zukunft stärker ins Gesicht legen. Nur dann können wir wieder besser sein als die Japaner“ (13.7.). Am schärfsten hat sich bisher die FDP-Spitze für dieses Programm in die Breche geworfen (logisch, daß die SPD sich dabei weniger die Finger schmutzig macht). Außenminister Genscher forderte, den Blick zurück in die „Pionierzeit“ der BRD zu richten: „Wir können diese Herausforderungen bestehen, wenn wir uns ihnen mit dem gleichen Willen zur Pflichterfüllung und dem gleichen Mut zur Verantwortung stellen, wie in der schweren Aufbauphase“ (FR, 19.7.). Heußens FDP-Wirtschaftsminister Karry („Bild“ am 17.7., „Minister: Wir Deutsche müssen mehr

und besser arbeiten“) weiß: „Krankfeiern ist doch für viele zur lieben Gewohnheit geworden“. Auch Karry, privilegierter Minister, weiß, was für Arbeiter gut ist – Tag und Nacht arbeiten: „Warum sollten die Maschinen nicht auch nachts arbeiten? In Amerika gibt es heute schon viele Arbeitnehmer, die zwei Berufe haben – einen Halbtagsjob tagüber und einen für den Abend“.

Und schließlich wollen wir noch das CDU-Blatt „Rheinischer Merkur“ zitieren, das den „Untergang des Abendlands“ voraussieht, weil deutsche Arbeiter zu faul sind: „Niemand will Vat am Samstag an die Werkbank zurückholen. Aber auch von Montag bis Freitag läßt sich die Produktivität steigern. Wer da von Ausbeutung spricht, ist ein Idiot“ (zitiert nach Welt, 22.7.80).

Und auch Strauß meldet sich zu Wort, wenn er eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Forderungen der letzten Zeit ins Spiel bringt und darauf verweist, man solle zwar nicht unbedingt mehr Zeit arbeiten, aber es gebe „Grund zum Nachdenken, wenn es um die Frage der Arbeitszeitverkürzung geht“ (SZ, 15.7.).

Satt sind die Deutschen schon lange. Werden sie auch faul? (zitiert nach Welt, 22.7.80).

Und auch Strauß meldet sich zu Wort, wenn er eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Forderungen der letzten Zeit ins Spiel bringt und darauf verweist, man solle zwar nicht unbedingt mehr Zeit arbeiten, aber es gebe „Grund zum Nachdenken, wenn es um die Frage der Arbeitszeitverkürzung geht“ (SZ, 15.7.).

Hilfe, die Japaner kommen ...

Ist es vielleicht schon zu spät? „Bild“ weiß: „Wir können die Japaner einholen, wenn ...“, wenn, ja was wohl? Natürlich, wenn wir alle mehr arbeiten, vor allem die Arbeiter.

Damit die ganze Kampagne auch noch den nationalen Ehrgeiz jedes einzelnen mobilisiert, wird sie mit einem kräftigen Schuß Chauvinismus gemixt. Muster: „Spiegel“-Titelbild vom 21.7.: die japanische aufgehende Sonne über dem europäischen Teil der Erdkugel, darüber ein gelbes Auto mit Lampen als Schlitzaugen und grinsenden Zähnen als Kühler; so sind sie, die Japaner, und die sollen besser sein als wir Deutsche?

Etwas nüchterner und zweckmäßiger formuliert der Präsident des Verbandes der deutschen Automobilindustrie die Interessen der BRD-Automobilkonzerne: „Das Vordringen der japanischen Autos bedeutet aber auch, daß innerhalb der deutschen Gesellschaft ein Kontext notwendig ist, der dem Leistungsdenken und der Leistungsbereitschaft wieder einen höheren Stellenwert einräumt. Mit dem sozialpolitisch Erreichten werden man sich erst einmal zufriedengeben müssen und die Japaner aufschließen lassen, um so den Abstand in der Produktivität zu verkleinern. Der japanische Vorsprung gegenüber der deutschen Industrie liegt



Automatische Fertigungsstraße und ein Schweißroboter bei VW: Immer mehr Arbeitsplätze werden vernichtet

hier nach Bachmanns Schätzungen bei 20 bis 25 Prozent“ (FAZ, 10.7.).

Fünf Jahre lang hat die Automobilindustrie nach der Krise von 1974 hohe Profite gemacht, ständig die Produktion, Umsätze und Gewinne gesteigert. Der in diesen Jahren erfolgte Ausbau der Produktionskapazitäten war auf weitere Produktionssteigerungen ausgerichtet. In diesem Jahr läuft die Entwicklung allerdings anders. Die in der BRD aufziehende Konjunkturkrise verringert den Absatz (13 % weniger PKW-Zulassungen im ersten Halbjahr 1980), die Produktion sinkt (minus 8% im ersten Halbjahr), der Export stagniert. Die Konkurrenz unter den Automobilherstellern verschärft sich. Billiger produzierte japanische Klein- und Mittelklassewagen stechen die übrige Konkurrenz aus. Die Krise in der Automobilindustrie ist weltweit (Massenentlassungen in Detroit/USA, in Großbritannien), angekündigte Massenentlassungen bei FIAT in Italien (15.000) und in der BRD: Opel Rüsselsheim entläßt 5000 Beschäftigte; Kurzarbeit bei Ford und Opel und demnächst auch bei den Audi-Werken (VW-Konzern) sind die Folge für die Arbeiter. Die japanische Autoproduktion ist hiervon derzeit noch nicht betroffen. Sie konnte ihre Produktion weiter steigern. Sie steigerte ihren Export nach Europa im letzten Jahr um fast 30 % und erhöhte ihren Marktanteil in der Bundesrepublik von 5,6 % im letzten Jahr auf voraussichtlich 11 % am Jahresende (FR, 12.7.).

Ähnliches spielt sich auf dem US-Automarkt ab. Im Zusammenhang mit diesem verschärften Konkurrenzkampf droht ein neuer Handelskrieg zwischen den imperialistischen Ländern. In den USA werden derzeit Importbeschränkungen geplant; in der BRD läuft die Diskussion um „protektionistische Maßnahmen“ gegenüber den Konkurrenten, wobei die BRD-Imperialisten hierbei sehr vorsichtig agieren müssen. Die hohe Exportabhängigkeit der BRD-Wirtschaft (Exportanteil am Bruttosozialprodukt: 26 %) würde für die BRD bei einem offenen Handelskrieg zu ihren Ungunsten zumachen.

Lambdorff hat daher in Japan die dortigen Wirtschaftsleute zur „Selbstbeschränkung“ aufgefordert. Ansonsten wird derzeit mehr beschworen und gedroht, als ernsthaft gehandelt.

Des Zaubermittel: Erhöhung der Produktivität

Die Erhöhung der Produktivität wird zum Zaubermittel im imperialistischen Konkurrenzkampf erklärt. Der japanische Vorsprung (angeblich 20-25%) soll durch Intensivierung der Arbeit und gesteigerte Rationalisierung wettgemacht werden. Lambdorff: „Entscheidend ist aber auch das bessere Arbeitsergebnis des japanischen Arbeiters pro Mann und Arbeitsstunde“ („Spiegel“-Interview, 21.7.). Bereits auf der BDI-Jahrestagung wurde angegeben, in welche Richtung dabei gearbeitet wird: „Für das neue Jahrzehnt wird von den neuen Technologien ein entscheidender Produktivitätspuls erwartet. Vor allem auf die Mikroelektronik werden dabei Hoffnungen gesetzt“ (FR, 16.5.). Zunehmende Ersetzung der Menschen durch Maschinen, die von immer weniger Menschen bedient werden, davon träumt das Kapitalistenherz. Die IGM-Zeitung „metall“ hat in einer Untersuchung festgestellt, daß so in der japanischen Autoindustrie „eine Verdopplung oder Verdreifung der Produktion möglich ist. In Nissan-Zam-Werk werden heute schon 96 Prozent der 3000 Schweißpunkte an jedem Auto durch Roboter ausgeführt“ (Nr. 12, Juni 80). Solche Roboter gibt es bereits im Wolfsburger VW-Werk: „Gegenwärtig sind 250 im Einsatz, zumeist im Präwerk und für Schweißarbeiten. Beim Schweißen der Karosserie etwa wird die schwere Arbeit von 50 Schweißern, Schloßern und Hilfsarbeitern von sieben Handhabungsautomaten übernommen, die von nur noch zehn Mann kontrolliert und gewartet werden“ (ebenda).

Dies muß man sich merken, wenn von mehr und besserer Arbeit die Rede ist: Vernichtung von Arbeitsplätzen z.B. durch die Mikroelektronik und die Dequalifizierung der Tätigkeit auf reine Hilfs- und Wartungsdienste sind die Folge, allen zum

Wohle höherer Profite und nicht etwa der Arbeiter, die durch die derzeitige Kampagne eingeklinkt und geködert werden sollen.

Sozialabbau gefordert

Was hat Lambdorff in Japan so gefallen? Der „Spiegel“ hat dies in seiner Titelgeschichte ausführlich und im typischen „Spiegel“-Stil zynisch aufgeführt: der japanische Arbeiter „arbeitet 246 Tage im Jahr (sein deutscher 205), er streikt nie... Trotz hoher Qualität wird (er) eher bescheiden entlohnt... eine lebenslange Beschäftigungsgarantie zu haben, genießen jeweils nur 40 bis 50 Prozent der Gesamtbelegschaft. Die anderen sind „Beschäftigte auf Zeit“, die oft weniger verdienen und im Krisenfall fristlos entlassen werden können... Für Gewerkschaften ist in diesem System kaum Platz... obwohl der Urlaub mit 14 bis 20 Kalendarstagen nur knapp bemessen ist, taucht der verantwortungsbewußte Arbeitnehmer drei oder vier Tage vor Feriendeckung wieder an seinem Arbeitsplatz auf“. Während in der BRD in den Autofabriken die Krankheitsrate bei 10-15 % liegt, sei sie „Japan praktisch gleich Null“. Fazit des „Spiegel“: „Trotz der oft brutalen Arbeitsmethoden scheinen die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern paradisiatisch“.

Die „Spiegel“-Redaktion erweist sich mit ihrer zynischen, chauvinistischen Propaganda wieder einmal zur rechten Zeit als willfähriger Erfüllungshelfer der bundesdeutschen Monopolbourgeoisie und ihrer nicht minder willfährigen Bundesregierung.

Dem „Konjunktur-Programm“ der Bundesregierung (dem Lambdorff mit seiner Losung „Mehr arbeiten, weniger Krankfeiern, die Produktivität steigern“ auf kurze und prägnante Weise Ausdruck verliehen hat) gibt es von Seiten der Gewerkschaften und Arbeiterlinken ebenso entschiedenen Widerstand zu leisten, wie der auf die werktätige Bevölkerung zurollende Propagandaoffensive der Bourgeoisie.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Einige Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung oder — die nächste Krise kommt bestimmt



In Großbritannien und den USA wird bereits mit Minuswachstum gerechnet, in den meisten übrigen Ländern gerät das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr ins Minus (siehe Abbildung). Die japanische Wirtschaft macht dabei eine seltlich verwachene Ausnahme. Ihrer Rekordwachstumsrate von 6,2% im letzten Jahr wird gebremst eine von ca. 4% in diesem Jahr folgen. Aber auch für Japan wird bereits 1981 das „Nullwachstum“ erwartet. Die Grenzen der japanischen Exportoffensive werden durch den konjunkturellen Niedergang in den imperialistischen Absatzmärkten spürbar gezogen. Auch das „japanische Wunder“ entpuppt sich als nichts weiter, als das schlichte Ausnutzen profitabler Faktoren.

Die japanische Industrie konzentriert sich auf wenige Produkte, Massenkonsumwaren vor allem in der Automobilindustrie und der Unterhaltungselektronik. Für diese Produkte werden gezielte Marktanalysen erstellt, riesige Kapazitäten aufgebaut, entsprechend den miesen Arbeitsbedingungen, schlechten sozialen Leistungen und geringen Löhnen wird mit relativ geringen Kosten produziert. Darin erschöpft sich dieses „Wunder“.

Das Geschrei der Kapitalisten in der BRD sollte nicht täuschen. Die großen Exporterfolge des BRD-Imperialismus lagen halt in den Jahren vorher und sind Anfang der 70er Jahre nach dem Konzept der Konzentration auf „high sophisticated technology“ (hochwissenschaftliche Technologien) aufgebaut worden. Investitionsgüter spielten beim BRD-Export eine größere Rolle als bei den Japanern. Heute neidet der BRD-Kapitalist den Japanern verständlicherweise die großen Exporterfolge. Andererseits zeigt ein Blick auf die Leistungsbilanzen der beiden Länder, daß auch die vielzitierte japanische Sonne nur auf dem Papier so strahlend scheint: mit einem Defizit von 17 Milliarden Dollar liegt sie sogar etwas höher als die der BRD (16 Mrd. Dollar — die Leistungsbilanz besteht im wesentlichen aus der Differenz von Ex- und Importen).

was höher als die der BRD (16 Mrd. Dollar — die Leistungsbilanz besteht im wesentlichen aus der Differenz von Ex- und Importen).

Für die arbeitende Bevölkerung hat die derzeitige Entwicklung vor allem eine weitere Verelendung und zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge. Hier ein kurzer Überblick:

In den USA sind derzeit 8,1 Millionen Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosenrate von 7,8% (Juni 1979) wird nach Schätzungen zum Jahresende auf 8,5% bis 10% anwachsen. Die Inflation lag von 2% 1979 auf 7,7% in diesem Jahr angestiegen.

In Großbritannien wächst die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam und hat den höchsten Stand seit dem 2. Weltkrieg erreicht. Allein von Juni bis Juli '80 stieg sie von 1,6 Millionen (6,9%) auf 1,9 Millionen (7,8%). Besonders hart betroffen sind Schottland, Wales und vor allem Nordirland.

Die Inflationsrate ist zur Zeit auf 22% angestiegen. Die Regierung Thatcher betreibt gegenüber der britischen Arbeiterklasse eine brutale „Stabilitäts“politik, die auf den heftigen Widerstand der britischen Arbeiterbewegung stößt. Die Bank von England hat die Drolse ausgegeben: „Wenig Hoffnung besteht auf kurze Frist... bezüglich größerer Produktivitätsfortschritte. Der beste Weg um die Teuerung abzubauen... besteht in einer vorübergehenden Akzeptierung vorübergehender Einkommenseinbußen“ (NZZ, 20.6.80).

Auch in Frankreich hat der konjunkturelle Aufschwung ein Ende. 6,2% Arbeitslose mit steigender Tendenz sind ein Ausdruck, ebenso wie die steigende Inflationsrate, die mit 10,4% 1980 geschätzt wird.

In Italien liegt die Arbeitslosigkeit bei 7,5%, die Inflation bei 22%. Auch hier wird ein scharfer Kurs gegen die Arbeiterklasse gefahren. Das Regierungsprogramm sieht eine zusätzliche Belastung des Staatshaushalts um 2000 Milliarden Lira vor (vornehmlich für Subventionen) und eine Entlastung der Unternehmen um 3200 Milliarden Lira. Die Regierung verfolgt ein Konzept, „das mit umfangreichen Bechnungen der Einkommen der Arbeitnehmer der Wirtschaft etwas größeren Spielraum verschaffen will“ (NZZ, 5.7.80). Die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel wurde auf 8% erhöht, für sogenannte Luxusgüter sogar auf 35%. In Italien hat der Anpassungskurs der KP an den Regierungskurs zu heftigen Kontroversen in den Gewerkschaften geführt.

(Alle nicht näher bezeichneten Daten sind der aktuellen Presse, speziell der FAZ vom 14.7.80 entnommen)

Krisenentwicklung in der BRD

Das Wirtschaftswachstum in der BRD hat sich in diesem Jahr erheblich verringert (Prognose: + 4,5%; voraussichtliche Steigerung: + 2,5%), für das nächste Jahr wird sogar ein Minus von ein Prozent befürchtet. Bürgerliche Wirtschaftsforschungsinstitute sagen eine Konjunkturkrise voraus, die das Ausmaß der letzten Krise 1974/75 erreichen wird. Nach Jahren der Produktionssteigerung machen sich in verschiedenen wichtigen Branchen erste Anzeichen der Krise bemerkbar.

— Die Automobilindustrie hat Produktionsrückgänge (1. Halbjahr 1980: - 10%), Entlassungen (Opel) und Kurzarbeit (Ford, Opel, Audi) stehen bevor.

— Auch in der Unterhaltungselektronik hat es im zurückliegenden Jahr einen Produktionsrückgang um 12% gegeben. Massenentlassungen (AEG) und demnächst auch Kurzarbeit stehen bevor.

— Die Stahlindustrie hat für die zweite Hälfte des Jahres Kurzarbeit angesagt, obwohl die Produktion weiter gestiegen ist. Eine Übermenge produzierten Stahls hat in der EG zu verschärftem Konkurrenzkampf um die Preise des Stahlhandels untereinander geführt.

— Auch die Baukonjunktur ist abgesunken. Obwohl erst kürzlich festgestellt wurde, daß in der BRD eine Million Wohnungen fehlen, nimmt die Bautätigkeit ab, stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Bauindustrie vom Juni letzten Jahres bis zum Juni dieses Jahres um 23.500 (41%) zusätzliche Arbeitslose.

Die letzten Jahre wurden von den BRD-Konzernen für große Profite genutzt. So konnten sie 1978 die Nettogewinne um 13,4% steigern, im ersten Halbjahr 1979 um 15% (1). Die Gewinne der großen Konzerne liegen sogar noch höher, sind in diesen Statistiken doch auch Kleinproduzenten und Gewerbetreibende erfaßt. Neue Zahlen über die Nettogewinne liegen uns nicht vor. Wohl aber über die Umsatzsteigerungen der 25 größten Industrieunternehmen der BRD im Jahre 1979: bei 2,5% mehr Beschäftigten wurde der Umsatz um ca. 15% gesteigert. 12 der Unternehmen hatten sogar gleichbleibend viele oder weniger Beschäftigte. Die Verteilung der Umsatzentwicklung war sehr unterschiedlich. Besonders die Mineralölindustrie (BP +85%, Shell +39%), die Chemieindustrie (VEBA +18%, BASF +21%) sowie die Ruhrkohle AG (+30%), aber auch der VW-Konzern (+15%) und die Hoesch-Stahlwerke (+17%) machten große Umsatzsteigerungen. (2).

Eines der Hauptprofiteure ist der Warenexport. Mit geschätzten 9 Mrd. DM Exportüberschuß für 1980 sind die Überschüsse gegenüber den Warenimporten erheblich geringer gestiegen als in den Vorjahren. Allerdings wird dabei gern schamhaft verschwiegen, daß in den Jahren davor enorme Überschüsse gemacht wurden (1976: 34,5 Mrd.; 1977: 38,4 Mrd.; 1978: 41,2 Mrd. und 1979 22,5 Mrd. DM) (3).

Während heute die Arbeiter als faul und gleichgültig beschimpft werden, ließ es am Jahresende 1979 noch so: „Deutschland Nr. 1 im Export — „made in Germany“ ist einname Klasse“. Die BRD hatte mit dem Warenexport der USA gleichgezogen. Demals ließ der Grund: „Weil deutsche Waren in aller Welt wegen ihrer besonderen Qualität und als technisch ausgereift geschätzt werden... weil die deutschen Firmen pünktlich liefern, weil die deutsche Industrie nicht nur Waren liefert, sondern auch die Finanzierung und den Service mit anbietet“ (4). Und das alles mit faulen Arbeitern?

Kapitalexport auf Rekordhöhe

Die Klagen der BRD-Kapitalisten müssen vor dem Hintergrund ihres Kapitalexportes in andere Länder gesehen werden. Dieser Export ist besonders mit Beginn der Krise 1973 beschleunigt worden und hat 1979 mit 7,8 Mrd. DM eine Rekordhöhe erreicht (Anstieg gegenüber dem Vorjahr: 29,1%). Im Schnitt wuchs der Kapitalexport seit 1973 pro Jahr um 13,5% (5). Wie expansiv der BRD-Imperialismus auf diesem Gebiet ist, soll folgender Zahlenvergleich belegen: 2/3 der Gesamtsumme exportierten Kapitals wurden von 1973 — 1979 getätigt, das restliche Drittel in den 20 Jahren davor von 1952 — 1972.

Auch international konnten die BRD-Konzerne im Vergleich ihre Stellung verbessern. Unter den 50 weltumstärksten Multis konnten die BRD-Unternehmer ihren Anteil von 1957 bis 1978 von 0 auf 10% steigern (die USA sanken von 84,8% auf 54,4%, Japan stieg von 0 auf 7,2%) (6).

Das „Institut der deutschen Wirtschaft“ hat gerade in diesen Tagen eine „wissenschaftliche Studie“ veröffentlicht, in der behauptet wird, daß Auslandsinvestitionen Arbeitsplätze schaffen. Die Tatsachen sehen allerdings anders aus. In den Jahren seit 1973 ist der Anteil der Auslandsinvestitionen von 4-5% in den 60er Jahren auf 10% gewachsen (7). Stolz verweist die Industrie darauf, daß ja auch ihre Belegschaftszahlen gewachsen seien. Die „Neue“ hat eine vergleichende Gegenüberstellung der Entwicklung der Belegschaft im In- und Ausland von acht BRD-Konzernen veröffentlicht. Danach sind die Inlandsbelegschaften um 2% geschrumpft, während sie im Auslandsbereich der Konzerne um 76% wuchsen. (AEG: Inland -18%, Ausland +69% / VW: Inland -10%, Ausland +93%) (8).

Fortschreitender Konzentrationsprozeß

Fortschreitender Konzentrationsprozeß

Auch der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft zeigt, daß nicht die Konzerne diejenigen sind, die unter der Krise leiden werden. Auf der einen Seite ist die Zahl der Firmenpleiten unverändert hoch (1980: ca. 8620 Pleiten, Höchststand 1977: 9444) (9).

Demgegenüber war 1979 das Rekordjahr der Fusionen: 602 Firmenzusammenschlüsse, an denen die größten Konzerne der BRD zu 50% beteiligt waren. Gegenüber 1967 ist die Zahl der Fusionen um 900% (1) gestiegen, beschleunigt seit 1975 (10).

Wichtig sind vor allem folgende Entwicklungen:

- Die 15 größten Industrieunternehmen erreichten 1978 schon fast 25% des Gesamtumsatzes der Wirtschaft. Sie beherrschen dabei die sechs wichtigsten Industriezweige: die Elektrotechnik, die Chemie, Eisen-, Stahl- und Automobilindustrie und den Maschinenbau. Innerhalb dieser Wirtschaftszweige — die die Hälfte des Gesamtumsatzes der BRD-Wirtschaft ausmachen — beherrschen die 15:
 - 48% des Exports
 - 42% des Umsatzes
 - 40% aller Beschäftigten (11).

Die Krisenlasten sollen wieder auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden

Die Kapitalistenklasse will die Krise nutzen, um die Sozialleistungen abzubauen. Strauß hat in seinem Wirtschaftsprogramm die Richtung dieses Sozialabbaus angegeben: er hat den

... wichtig ist, daß wir den Sozialismus beseitigen“ (Lambdorff)

Kapitalisten unter seiner Regierung eine Senkung der Staatsausgaben im Bruttoinlandsprodukt von heute 47% unter einer „sozialistischen“ Regierung Schmidt auf 40% versprochen. Unabhängig davon hat Lambdorff (FDP) mit seiner „Faulheits“-Kampagne diesen Ball aufgenommen. In einigen Bereichen zeichnet sich dieser Sozialabbau bereits ab:

Steuerpolitik. Noch in diesem Jahr soll über eine Erhöhung der Mineralöl- und der Brantweinsteuer, vermutlich auch der Tabaksteuer entschieden werden. Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ist wegen der Konjunkturlage und der mit der Erhöhung verbundenen allgemeinen Preiserhöhung zunächst verschoben worden.

Renten. Zum einen wird eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung geplant. Andererseits sollen die Rentner selber zur Kasse gebeten werden. Umstritten ist nur wie. Die Vorstellungen tendieren zwischen: Anpassung der Renten an den Nettolohn, was bei steigender Steuer- und Sozialabgabenlast einem Rentenabbau gleichkommt; und Rentenberechnung nach den Bruttolöhnen. Für diesen Fall sollen die Renten entweder besteuert oder aber die Rentner an den Krankenversicherungszahlungen beteiligt werden.

Die Rentner gehören in der BRD zu den sozial am schlechtesten gestellten Teilen der Bevölkerung. 45,1% aller Bezieher von Erwerbsfähigkeits- und Altersrenten (das sind 3,2 Millionen) müssen mit weniger als 600 DM monatlich leben, 432.000 45,1% aller Bezieher von Erwerbsfähigkeits- und Altersrenten (das sind 3,2 Millionen) müssen mit weniger als 600 DM monatlich leben, 432.000 Witwen erhalten nicht einmal 300 DM Rente.

In der Arbeitslosenversicherung ist durch die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes der Abbau bereits forciert worden: Umzahlungen können nur unter schwierigeren Bedingungen durchgeführt werden; durch die Herabsetzung der „Zumutbarkeitsklausel“ werden Arbeitslose schneller in geringer bezahlte Stellen vermittelt. Gleichzeitig haben die Summen, die als kostenlose „Ausbildungsbeihilfen“ an die Kapitalisten gezahlt werden, zugenommen, zu Lasten derjenigen, die die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen.

Auf dem Wohnungsmarkt stiegen die Mieten, die Wohnungsnot nimmt zu (offizielle Statistik: eine Million Wohnungen zu wenig, während der Wohnungsbau in diesem Jahr den tiefsten Stand seit zehn Jahren erreicht).

Löhne und Preise

Nach 1975 sind die Löhne jährlich wieder leicht angestiegen, 1979 real unter Abzug der Preissteigerungen um ca. 2%. Anders wird es voraussichtlich schon 1980 aussehen. Die gewerkschaftlichen Lohnplaner gingen bei Lohnabschlüssen zwischen 6,3% und 7,1% in diesem Jahr von einem Preisanstieg von 4,5% aus. Be-

reits im Juni sind die Preise aber schon um 6% gestiegen. (Im ersten Quartal 1980 im Durchschnitt um 5,4%), am Jahresende dürfte ein durchschnittlicher Preisanstieg von 6% stehen (wobei beispielsweise viele Lebensmittel um 10% gestiegen sind, Benzin sogar um 20%). Real wird am Jahresende vermutlich ein Lohnminus stehen (12).

Nach wie vor ist es so, daß aller Gerede von zu viel Wohlstand vielleicht für die 1% aller Haushalte gelten mag, die mehr als 10.000 DM monatlich verdienen, nicht aber für die 15% von 3,5 Millionen Haushalten, die mit weniger als 1.000 DM auskommen müssen (13).

Hauptproblem: steigende Arbeitslosigkeit

Zum ersten Mal seit 20 Jahren ist in einem Monat Juni die Arbeitslosigkeit wieder gestiegen, statt gesunken. Die Arbeitslosigkeit betrug im Juni offiziell 781.000 (3,4%). Bereits für das Jahresende sagen die bürgerlichen Konjunkturforscher einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 1,2 Millionen voraus. Dieser Anstieg ist rein konjunkturell bedingt. Nicht enthalten ist darin der Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund verstärkter Rationalisierung. Das Kapitalistenziel, Hebung der Produktivität vor allem durch Einführung der Mikroelektronik und die damit verbundene Arbeitsplatzvernichtung, führte in einer kürzlich veröffentlichten Studie mehrerer

Einführung der Mikroelektronik und die damit verbundene Arbeitsplatzvernichtung, führte in einer kürzlich veröffentlichten Studie mehrerer wirtschaftswissenschaftlicher Institute, die für 1985 1,65 Millionen Arbeitslose unabhängig von einer Konjunkturkrise voraussagen (siehe AK 180). Bis zum Ende der 80er Jahre werden durch die Einführung der Mikroelektronik 4-5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet sein. Die Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichte im November letzten Jahres eine Untersuchung, in der sie voraussagt, daß in den nächsten Jahren 50% aller Erwerbstätigen in irgendeiner Form von der Einführung der Elektronik betroffen werden. Und der internationale Metallarbeitergewerkschaftsbund stellt in einer Studie folgende Entwicklung fest:

„Eine Autokonzern hatte mit einem Schweiß- und Montagearbeiter 123 Facharbeiter durch 25 Arbeiter sehr unterschiedlicher Qualifikationen ersetzt. Bei der Herstellung von Fernsehgeräten wurde ein zentraler Montagevorgang auf einen Roboter übertragen. Die Stundenleistung beträgt 73.000 Stück, wobei statt vorher 240 Arbeiter jetzt nur noch elf beschäftigt werden.“

Ergebnis der Studie: „Durch das Vordringen der Mikroelektronik (wird) für fünf weggefallene Arbeitsplätze nur ein neuer geschaffen“ (14).

Gegenüber dieser bedrohlichen Entwicklung antworten die Kapitalisten und die Bundesregierung einzig und allein mit der Begründung, zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit sei die Einführung neuer Technologien erforderlich. Die Bundesregierung verliert sich schwerpunktmäßig auf die Finanzierung neuer Forschungsprogramme und widerspricht solchen Studien mit der Hoffnung, daß „die technologische Entwicklung ein beträchtliches Potential an arbeitsplatzschaffenden Innovationen“ (Erneuerung) freisetze (15).

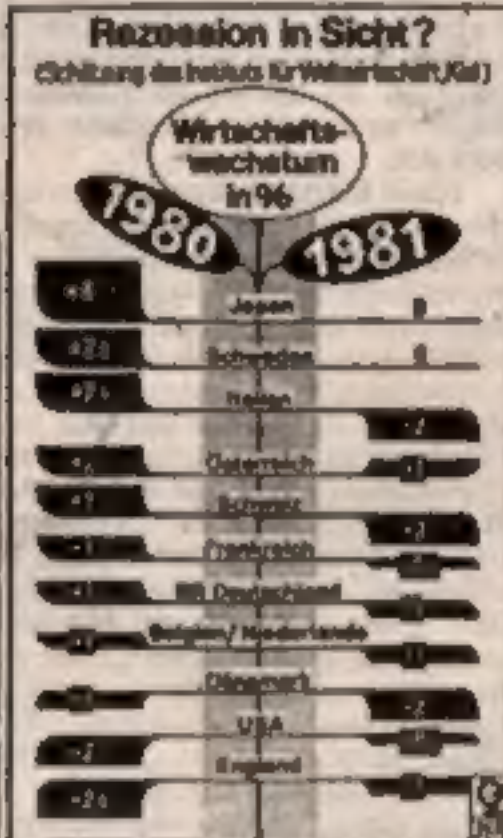
Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkungen

- (1) IPW-Berichte 3/80
- (2) Zeit, 23.8.80
- (3) FAZ, 3.7. und 4.8.80
- (4) Hamburger Abendblatt, 29.12.79
- (5) Welt, 11.2.80
- (6) IPW-Berichte 4/80
- (7) IPW-Berichte 3/80
- (8) News, 24.12.79
- (9) Welt, 11.7.80
- (10) Der Gewerkschafter 6/80
- (11) IPW-Berichte 10/79
- (12) FR, 19.3. und 19.7.80, Der Gewerkschafter 7/80
- (13) FR, 16.11.79
- (14) Vorwärts, 19.6.80
- (15) FAZ, 19.6.80



Erkennbar nehmen die Wachstumsraten in der BRD ab, die großen Konzerne konnten sich trotzdem schadlos halten.



Prognose des Kleinen Weltwirtschaftsinstituts über die Entwicklung des Wirtschaftswachstums

HBV Oldenburg: Es wird weiter gehetzt

Löwenthal ZDF-Magazin, Springer „Hamburger Abendblatt“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ haben die Hetze gegen die HBV wegen deren „kommunistischer Unterwanderung“ weitergeführt. Anlaß: Der vom Oldenburger HBV-Sekretär Horst Albers initiierte UVB gegen die DKP und die dann folgenden Ereignisse, die u.a. zu Albers Entlassung und Suspendierung vom Dienst führten (siehe AK 180 und 181). Diese Medien sind bemüht, Albers als Opfer undemokratischer Praktiken darzustellen. Mittlerweile läßt sich aber kaum verbergen, daß Albers direkte Kontakte zum ehemaligen HBV-Sekretär Thomas Heyll, der heute hauptamtlich für die DAG arbeitet, unterhält. Heyll wiederum ist engster Informant des Rechtsanwalts Löwenthal:

- Bereits im Fernsehreiben vom 2.7. an Löwenthal (siehe AK 181) kündigt Heyll eine Demonstration der „Freunde des Horst Albers“ am 5.7. gegen die HBV an. Diese antikomunistische Aktion sollte „spontane Protest“ der Gewerkschaftsmitglieder darstellen. DAG-Agent Heyll war frühzeitig in die Vorbereitung dieser Demonstration einbezogen und natürlich auch anwesend.
- Albers selbst muß in einem Interview mit der „Nordwest-Zeitung“ vom 7.7. zugeben, Kontakte zu Heyll zu haben: „Nach seinem Ausscheiden haben sich unsere Familien zweimal privat besucht“.
- Albers Rechtsanwalt im Prozeß gegen die HBV ist der gleiche, den Thomas Heyll gegen die HBV engagiert hat, Josef Augstein, Löwenthal-Freund.



2. Übertritt zur Gewerkschaft DAG. In diesem Fall übernimmt die DAG die Beiträge bis zum 30.9. und gewährt ab sofort gewerkschaftlichen Schutz.“ Weiter schlägt Ehler in dem von ihm unterschriebenen Brief vor, „keine Einzelaktionen zu unternehmen“, sondern Aktivitäten über das Büro des Gesamtbetriebsrats zu koordinieren. Der HBV-Vorstand beabsichtigt nun, dem Treiben der Albers-Mafia ein Ende zu bereiten. So soll der Oldenburger Ortsvereins-Vorstand (am 19. Juni 1980 gewählt) nicht bestätigt werden wegen „satzungswidriger Tätigkeit und gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ („NWZ“, 21.7.80). Der HBV-Hauptvorstand hofft über eine Neuwahl die Mehrheit der Albers-Mafia im Bezirksvorstand Weser-Ems zu brechen.

Der HBV-Vorstand ist seinem bisherigen Verfahren treu geblieben und reagiert überwiegend bürokratisch. Die Mitgliederinformationen sind schlicht primitiv gehalten und pochen

auf den Rechten des Vorstands, bzw. verengen das Problem der antikomunistischen Kampagne auf Löwenthal und Thomas Heyll. Mit dem Unvereinbarkeitsantrag gegen die DKP soll das ganze nach wie vor nichts zu tun haben. Ein nennenswerter Aderlaß in der HBV scheint unausweichlich. Allein bei Horten in Oldenburg sollen 80 Mitglieder ausgetreten sein („NWZ“, 8.7.). Sicher vertrauten die HBV-Führer darauf, daß sich die Wogen glätten und alles wie gehabt läuft. Bei aller Freude darüber, daß es dem reaktionären Kreis um Albers an den Krügen geht, bleibt die Befürchtung, daß die Säuberung in Oldenburg keine wesentliche Änderung bedeutet. Die HBV-Führer Vietheer und Volkmar, die die Aktion persönlich leiten, sind der Gewerkschaftslinken nicht unbekannt, haben sie doch (ebenfalls persönlich) die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen die Linke in der HBV praktiziert.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Vor dem IG Chemie-Gewerkschaftstag: „Dreierbände“ gegen Hauenschild

Der Thron des IG-Chemie-Führers Hauenschild wackelt bedenklich. Mittlerweile sind drei Kandidaten ausdrücklich als Gegenkandidaten zur heutigen Hauptversammlung nominiert worden:

- Die Bezirksdelegiertenkonferenz Rheinland-Pfalz hat auf Antrag der Verwaltungsstelle Mainz Hauenschilds Kontrahenten Paul Plumeyer nominiert. Plumeyer war vom Hauptvorstand wegen seiner Kritik an der mangelnden Demokratie in der IG Chemie das Mißtrauen ausgesprochen worden.
- Die Delegiertenkonferenz Mainz hat ihren Geschäftsführer Dieter Kreuschmar — der Plumeyer unterstützt hat — aufgestellt.
- Die Delegiertenkonferenz der Verwaltungsstelle Hannover-Münden hat ihren Geschäftsführer Ferdinand Patschkowski nominiert. Patschkowski war im Frühjahr letzten Jahres vom Hauptvorstand entlassen worden, weil er eine im Geheimen geplante Satzungsänderung zur Entdemokratisierung der Vertrauensleutewahl veröffentlicht hatte, mußte aber später wieder eingestellt werden.

Diese „Dreierbände“ steht einem Vorschlag von Hauenschild und seinen Anhängern gegenüber, den diese am 9.7. der Presse bekannt machten: — Der bestische Bezirksleiter Horst Meitzke, der nordrhein-westfälische Bezirksleiter Schäfer und Wolfgang Schulze (alle Hauenschild treu ergeben) sollten nachrückten. Schulze ist in letzter Zeit zu trauriger Berühmtheit gelangt. Er ist stellvertretender DGB-Landesvorsitzender in Niedersachsen, SPD-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der gewerkschaftlichen Bildungsstelle Arbeit und Leben. In dieser Funktion war er verantwortlich für die Entlassung des Bildungsreferenten Jürgen Danielowski, der auf scharfen Protest bei Gewerkschaften (u.a. auch bei Plumeyer) stieß.

Hauenschild mußte eine weitere Schlappe hinnehmen, die seine Gewerkschaftstags-Regie bedroht: nach

Informationen der „Frankfurter Rundschau“ vom 17.7. hat die Satzungscommission in den meisten umstrittenen Fragen der letzten Zeit gegen Hauenschild entschieden. Dem kommt deshalb große Bedeutung zu, weil solche Kommissionen in der Regel mehr oder weniger Erfüllungsorgane des Vorstands sind. Sie sichten die eingehenden Anträge, stellen sie zusammen und sprechen Annahme- oder Ablehnungsempfehlungen aus. Anträge, die auf diese Weise mit dem Vermerk Annahme versehen sind, haben erfahrungsgemäß einen Mehrheitsbonus im voraus, Anträge, die zur Ablehnung empfohlen werden, haben kaum Chancen.

Gegen Hauenschild entschied die Kommission beim Beschwerde-ausschuß: dessen Funktion wollte Hauenschild beschneiden (u.a. hatte der Beschwerdeausschuß im Fall Patschkowski interveniert). Die Satzungscommission empfiehlt einen Antrag, der die Rechte des Ausschusses sogar zugunsten der Mitglieder erweitert.

Einen ähnlichen Konflikt gibt es mit dem Beirat, das höchste beschließende Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen. Er ist zunehmend zum ausführenden Organ der Hauenschild-Mafia verkommen, die sogar wesentliche Satzungsänderungen durch den Beirat vorsehen ließ. Als Zugeständnis an die Opposition hatte Hauenschild schon auf das Recht des Beirats verzichtet, die Vorsitzenden der Gewerkschaft zu wählen, was üblicherweise nur der Gewerkschaftstag darf. Nach Hauenschilds Plan wollte er auf dem Gewerkschaftstag nur noch kandidieren, um die Opposition kleinzuhalten (als Integrationsfigur, die er längst nicht mehr ist). Anschließend wollte er zurücktreten und über den Beirat einen Mann seines Vertrauens an die Spitze der IG Chemie hieven. Die Satzungscommission empfiehlt jetzt einen Antrag aus Wuppertal, der einschätzt, daß der Beirat „nicht den

Minimalforderungen demokratischer Mitgliederrepräsentanz“ entspricht („FR“, 17.7.). Künftig soll der Beirat stimmberechtigt nur noch aus gewählten Delegierten der Bezirke bestehen (bisher waren die Hauptamtlichen auch stimmberechtigt). Satzungsänderungen sollen nur noch mit 2/3 Mehrheit (bisher einfache Mehrheit!) vorgenommen werden. Änderungsanträge an den Beirat müssen acht Wochen vorher in der Mitgliederzeitung veröffentlicht werden.

Auch in der umstrittenen Regelung der Vertrauensleute empfiehlt die Kommission einen Antrag, der als Übergangsbestimmung nur noch bis 1983 im Ausnahmefall die Berufung von Vertrauensleuten durch den Vorstand zuläßt. Delegierte dürfen nur von solchen Vertrauensleuten gewählt werden, die durch Mitgliederwahl bestimmt wurden. Die Vertrauensleute, die als sogenannte betriebliche Vertrauensleute auch von Unorganisierten gewählt werden, sollen nicht mehr automatisch anerkannt werden. Hier müßte also eine zusätzliche Gewerkschaftswahl eintreten.

Alles in allem bedeuten diese Entwicklungen für den Maßstab IG Chemie eine erhebliche Demokratisierung, bekämen sie auf dem Gewerkschaftstags Mehrheit. Für Hauenschild würde dies vermutlich das Ende — in jedem Fall aber eine schwere Niederlage bedeuten. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß dieser Konflikt auch typisch für die BRD-Gewerkschaftsszene ist: da ist man schon fast zufrieden, wenn nur minimale, formal-demokratische Rechte existieren, die überhaupt noch nichts über das Funktionieren der innergewerkschaftlichen Demokratie aussagen. Ähnliche Rechte existieren in anderen Gewerkschaften, ohne daß es dort wesentlich anders zugeht als in der IG Chemie.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DGB-Landesvorsitzender Sickert: UVBs auf die DKP ausdehnen!

Er gehört mit zu den reaktionärsten Typen, die als DGB-Führer amtieren: der Westberliner DGB-Landesvorsitzende Walter Sickert, der erst im März in einem Interview mit der CDU seine reaktionäre Ansichten kundtat. Jetzt konnte Löwenthal ihn als Kronzeugen gegen „kommunistische Unterwanderung“ präsentieren, wiederum im ZDF-Magazin am 17.7.

Dort beklagt Sickert sich, daß die existierenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse die DKP ausnehmen und daß die Westberliner Delegiertenversammlung der HBV sogar gänzlich den Wegfall der UVBs gefordert habe. Im folgenden das weitere Interview im Wortlaut:

„Frage: Das heißt, Sie zweifeln daran, daß es treue und brave DKP- und SEW-Mitglieder in den Gewerkschaften gibt?“

Sickert: Ich glaube aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu wissen, daß jemand, der parteipolitisch so streng gebunden ist, sogar Mitglied der Gewerkschaft sein zu müssen, daß der auch Aufträge hat, in den Gewerkschaften etwas zu bewegen.

F.: Wurden Sie sagen, die Berliner HBV sei kommunistisch unterwandert?

S.: Ich würde nicht sagen, daß die Mitgliedschaft, die ist ja nicht klein, es sind über 10.000 Mitglieder, nur aus Kommunisten besteht, aber ich bin der Meinung, daß mehr als in anderen Gewerkschaften schon einige Kommunisten dort Führungspositionen mit erreicht haben. Ich sage ausdrücklich legal, denn sie sind legal Mitglied der Gewerkschaft, eben aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

F.: Die Schwierigkeiten, die Sie jetzt haben, wären zurückzuführen auf diese Beschlüsse?

S.: Das ist das, wer in der Satzung stehen hat, daß Kommunisten Mitglied der Gewerkschaft sein können, der muß sich mit solchen Dingen auseinandersetzen, die dann auf ihn zufließen.

F.: Halten Sie es für möglich, daß diese Beschlüsse geändert werden?

S.: Ich könnte mir vorstellen, daß es langfristig dazu kommen könnte. Im Augenblick sehe ich bei einigen Gewerkschaften noch keine Ansätze dafür.

Bereitet Frister den UVB gegen die DKP vor?

Der GEW-Vorsitzende Erich Frister haßt Linke, das ist spätestens seit den Auseinandersetzungen in der Westberliner GEW bekannt. Frister hat auch Ambitionen. Das ist spätestens bekannt, seit sein Name als möglicher Nachfolger des DGB-Vorsitzenden Vetter ins Gespräch kam. Will er sich seine Lorbeeren nun damit verdienen, daß er sich für einen Unvereinbarkeitsbeschuß gegen die DKP stark macht? ZDF-Moderator Löwenthal zumindest behauptet dies. In seinem Magazin vom 17. Juli las er aus einem privaten Brief von Frister an den Vorsitzenden der NOG, Günter Döding, folgende Passage vor:

„Immer mehr Verantwortliche im DGB erkennen, daß Kommunisten in den Gewerkschaften spezielle Parteaufträge zu erfüllen haben. Das schreiben Programm und Statut der DKP

zwingend für jedes Mitglied vor. Man wird also um die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im DGB mit der DKP gar nicht herumkommen“. Löwenthal wußte sogar, daß Frister den Brief an Dödings Privatadresse gesandt hat, „um linke Indiskretionen zu vermeiden“.

Vielleicht läßt er ja, der ZDF-Moderator, wundern sollte es nicht. Vielleicht hat er Frister aber wahrheitsgemäß zitiert. Auch das sollte uns nicht wundern. Am besten, der Vorgang wird aufgeklärt. Frister muß diesen Brief bestätigen oder dementieren, z.B. mit einer Klage gegen den Verleumder (?) Löwenthal. Dieser hätte dann die Gelegenheit, der interessierten Öffentlichkeit seine Beweise zu unterbreiten. Wir sind gespannt!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Göttingen:

Göttingen:

Verfassungsschutz im Kleinbetrieb

Die Firma REFAO ist ein Großhandelsbetrieb mit mehreren Filialen in Südniedersachsen und Nordhessen und insgesamt 140 Beschäftigten. In ihrem Göttinger Betrieb wurde ein Kollege entlassen, als er in den Betriebsrat nachrückten sollte. „Aus betriebsorganisatorischen Gründen“, wie es hieß.

Der Kollege klagte und dabei kam vor Gericht Wunderliches heraus. Die Firma gab vor, über seine Vergangenheit bestens informiert zu sein:

- Seit 1973 sei er Mitglied des „Kommunistischen Studentenverbandes“ gewesen.
- Er habe bis heute von den Zielen der „K-Gruppen“ nicht abgeschworen.
- In der HBV laufe ein Ausschußverfahren gegen ihn.
- Seine Freundin sei im KBW, er wohne in einer KBW-Wohngemeinschaft.
- Er habe seine Vergangenheit verschleiert.

Richtig ist, daß der Kollege 1973 für den KSV auf der Liste für das Studentenparlament kandidiert hat, ohne daß er dort Mitglied war.

Interessant ist nun, woher diese kleine Firma ihre detaillierten Kenntnisse hat. Sie entsprechen den Schnüffelpraktiken des Verfassungsschutzes. Das hannoversche Innenministerium hat zwar dementiert, aber was heißt das schon. Der REFAO-Anwalt wogerte sich vor Gericht beharrlich, die Quelle für seine Informationen preiszugeben.

Der Kündigungsschutzprozeß des Kollegen läuft weiter und man darf gespannt sein, ob die Verbindung zum Verfassungsschutz noch aufgedeckt werden kann (nach „Göttinger Betriebs-Express“, 15.7.80).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Rotbuch

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Originaldokumenten

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschußverfahren praktiziert. Die Zahl der Ausschlüsse steigt heute bereits in die Tausende — und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandsaktion zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenverbündung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Epitaph der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungs-gewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

ISBN 3-88305-011-3
650 Seiten DM 22,-

buntbuch

verlag kreuzver 75 2000 hamburg 50

»Die Gewerkschaftsjugend« eine große Bürgerinitiative?



Die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaftsjugend ist positiv. Aber immer weniger Jugendliche haben Bock, sich auch in der Gewerkschaft zu engagieren. Dieses Problem wird seit der DGB-Bundesjugendkonferenz 1977 im Rahmen einer sogenannten „Strategie-Debatte“ in den Funktionskreisen der Gewerkschaftsjugend diskutiert. Daß es notwendig ist, die arbeitende Jugend wieder in die Gewerkschaften zu integrieren, darüber gibt es unter den Gewerkschaftsführern keinen Zweifel. Umstritten ist bloß, inwieweit man die Politik der DKP/SDAJ in der Gewerkschaftsjugend für diese „Entfremdung“ von der Basis verantwortlich machen soll. Während die Führer der IG Bergbau und der IG Chemie sich seit Monaten immer mehr auf die DKP einschließen, nehmen z. B. die zuständigen Leute von der IG Metall oder der HBV relativ energiegeladene Stellungen gegen diesen kommunistischen Kurs. In unserem Artikel wollen wir darstellen, wie sich diese Debatte, seit sie auch außerhalb der Gewerkschaften geführt wird, entwickelt hat und auf welchem Stand sie heute ist.

Duckmäuser-Jugend?

Duckmäuser-Jugend?

Auf einer Jugendmachbarbeiter-Tagung der IG Metall Anfang Januar in Bochum wies der Leiter der Abteilung Jugend bei der IG Metall, Horst Richter, darauf hin, daß sich seit der kapitalistischen Krise die Bedingungen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit erheblich verändert hätten. Anpassung, Resignation, Unterordnung und Duckmäusertum seien die Folgen von Jugendarbeitslosigkeit und der verschärften Auswahl von Ausbildungsstellen-Bewerbern. (nach „Frankfurter Rundschau“, 18.1.80). Diese Situationsbeschreibung wurde auch auf vielen Jugendkonferenzen gebracht.

Nicht zuletzt die vielen Meinungsforschungsinstitute beschäftigen sich seit Jahren mit diesem Thema.

Im März wurde eine Studie des Instituts für Jugendforschung veröffentlicht, die der Shell-Konzern (!) im Auftrag gegeben hatte. Diese Studie ist in der bürgerlichen Presse groß ausgeschlachtet worden unter dem Motto: die Jugend - eine Generation von Duckmäusern. Auf einmal erheben besorgte Politiker, Kirchenfürsten und Gewerkschaftsführer die Stimme und meinen, daß man für eine lebendige Demokratie doch eine engagierte Jugend brauche. Der Zynismus ist kaum zu überbieten. Dieselben Herren die unaufhörlich einschüchtern und unterdrücken, fordern uns nun plötzlich zum Engagement auf? Manchmal möchte man fast ermahnen, die Umfrageergebnisse kommen diesen Leuten ganz gelegen, sind die Jugendlichen doch danach selbst Schuld, wenn sich vieles rückwärts entwickelt.

Berechnenderweise hat auch der neue DGB Jugendsekretär Hans Brauer in der „Solidarität“ (Gewerkschaftsjugendzeitung) 5/80 die Shell-Studie unter der Schlagzeile kommentiert: „Anpassung nimmt zu!“ In der Shell-Studie heißt es: „Fast jeder zweite Jugendliche hält es für sinnvoll, in Schule und Beruf lieber nicht zu sagen, was er denkt. Dies in dem Glauben und der Hoffnung, Nichts tun aus dem Weg zu gehen.“ Wenn man sich jedoch die

Fragestellung, mit der das Institut an 1235 Jugendliche herangegangen ist,

Fragestellung, mit der das Institut an 1235 Jugendliche herangegangen ist, ansieht, erkennt man, daß es sich bei der Duckmäuserthese offensichtlich um einen Propagandastück des bürgerlichen Staates handelt. Folgende Frage wurde gestellt: „Hier unterhalten sich zwei über freie Meinungsäußerung, wenn würden Sie eher zustimmen. Ich finde, daß man ruhig in der Schule und im Beruf sagen kann, was man denkt, ohne dadurch gleich Nachteile zu haben“ - oder: „Ich finde, daß es nicht günstig ist in Schule und Beruf zu sagen, was man denkt, weil man dadurch Nachteile haben kann.“ 43 % der Befragten gaben die letztere Antwort. Daraus zu schlußfolgern, es handle sich bei uns um eine Generation von Duckmäusern erscheint doch höchst fragwürdig. Besonders wenn man sich die Haltung der befragten Jugendlichen im Bezug auf die Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Kampfmittel ansieht. 83 % sind der Meinung, daß Gewerkschaften ein „Eckpfeiler dieses bürgerlichen Wirtschaftssystems“ sind. Der Streik wird von 83 % der Jugendlichen als Kampfmittel der Gewerkschaften bejaht. Aussperrung von 73 % abgelehnt. Nur 25 % der Jugendlichen halten die Aussperrung für wichtig. Brauers Kommentar: „Die wohlwollende Bewertung über Funktion und Aufgaben der Gewerkschaften ist sicher positiv. Nur reicht dieses Wohlwollen keinesfalls aus, wenn die Schwelle zum eigenen Engagement in den Gewerkschaften - und auch den Parteien - immer größer wird.“

Diese Abstinenz ist den Sozialdemokraten unheimlich. Das Ausweichen aus den von ihnen kontrollierten Zusammenhängen birgt die Gefahr eines unkontrollierten Ausbruchs.

»Die Gewerkschaftsjugend« - Bürgerinitiative der Jugend?

Ungefähr ein Jahr nach der Bundesjugendkonferenz des DGB erscheint in der Zeitschrift „deutsche Jugend“ (Heft 7/78) ein Beitrag von Reinhard Crumius und Manfred Wilke unter der

Fragestellung „Gewerkschaft ohne Jugend?“ In ihrem Beitrag gehen die beiden Autoren (beide übrigens Veteranen der Hamburger Lehrlingsbewegung) auch auf die eingefahrene, trockene Jugendarbeit ein und entwickeln Vorstellungen, wie ihrer Meinung nach die Krise in der Jugendarbeit überwunden werden kann. So meinen sie u. a.: „Gewerkschaftsorganisation als Selbstorganisation muß heute überall die Aktivitäten ihrer Mitglieder möglich machen, wo der Kapitalismus uns bedrückt, muß tageliche Anlaufadressen sein, Hilfestellung geben, Selbsthilfe ermöglichen. Die Gewerkschaftsjugend - was denn sonst? - muß die Bürgerinitiative für die 80 Prozent der jungen Generation werden, die muß deren Lebensumstände wirklich zum Gegenstand ihrer Politik und damit überhaupt erst Perspektive erfahrbar machen... Warum überlassen wir zum Beispiel die Jugendlichen ohne Auszubildungsvertrag sich selber, der Polizei oder den Pfarrern? ... Warum überlassen wir die Umweltprobleme anderen? Warum arbeiten viele Jugendliche mehr aktiv in solchen Gruppen, aber nicht in den Gewerkschaften? Weil zum Beispiel Gremienhocker ihnen den Spaß verderben! Der Erfolg der „Grünen Listen“, das fast totale Fiasco der bürokratischen Schwärze des Klassenkampfes bei den letzten Landtagswahlen gerade bei den Jugendlichen sollte die Gewerkschaften hellhörig machen, wo ihre Chancen, ihre Zukunft und ihre Verantwortung liegen.“

Oetjen: Jugendliche zurückgewinnen!

Einige Monate nachdem durch den Beitrag in der „deutschen Jugend“ eine Diskussion auch außerhalb der Gewerkschaftsjugend über die Krise der Jugendarbeit und mögliche Ursachen begann, wurde von einigen Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule Oberursel ein Papier herausgegeben, welches in der Öffentlichkeit hohe Wellen schlug, weil es sozusagen von Leuten geschrieben worden war, „die es ja wissen müssen“. Besonders die Rechtspresse sowie reaktionäre Gewerkschaftsführer z. B. von der IG Bergbau griffen das Papier heftig auf, wurde dort doch die Krise in der Jugendarbeit im wesentlichen auf die „Kaderpolitik“ der DKP/SDAJ zurückgeführt.

Krise in der Jugendarbeit im wesentlichen auf die „Kaderpolitik“ der DKP/SDAJ zurückgeführt. Auf die Frage, aus welchen Gründen die Oberurseler das Papier geschrieben haben, antwortet Heinrich Oetjen (Leiter der Schule) in einem „faz“-Interview am 30. April 1979: „Das Potential (Jugendliche, die weder in der SPD noch in der DKP integriert sind) ist in der Gewerkschaftsjugend weitgehend nicht mehr vorhanden, sondern bezieht sich in Jugendzentren, in irgendwelchen Initiativen, in der Bürgerrechtsbewegung oder wo weißt wo. Wir wollen dieses Potential für uns zurückgewinnen und müssen jetzt die konkreten Probleme dieser Leute aufnehmen, thematisieren und versuchen, das wieder in die Gewerkschaftsjugend hineinzunehmen.“

Peter Glotz, Westfälischer Wissenschaftsminister und SPD-Sprecher für Fragen der „Aussteigerjugend“, hält die momentane Situation nicht für ungefährlich für diesen Staat. „Ich weiß, das ist noch keine Massenbewegung. Aber ich warne davor, diese Symptome eines neuen Kulturkampfes einfach abzutun und sich mit den Millionen von Schülern und Lehrlingen zu beruhigen, die unauffällig und strebsam ihre Arbeit tun. Erstens können auch Minderheiten eine Gesellschaft in Unordnung bringen, und zweitens verdrängt sich auch hinter Unauffälligkeit, Strebsamkeit und Anpassung zuweilen Unzufriedenheit, unausgesprochenes Unglück und unterdrückte Aggression. Und das ist dann nicht mehr nur ein Problem der Kinder der oberen Mittelschicht; auch hinter dem Gruppenverhalten leistungsfähiger Arbeiter-Jugendlicher, die die Sozialdemokratie überhaupt nicht mehr erreicht, steckt ein Maß von politischer Entfremdung, das uns nicht gleichgültig sein darf.“ Und etwas später im Hinblick auf die Bundesjugendwahl: „Diese Minderheiten können wehlentscheidende Bedeutung erlangen in einer Situation in der zwei politische Lager fast gleich stark sind und sich bekämpfen.“ (Glotz auf dem Landesparteitag der baden-württembergischen SPD, zitiert nach „FR“, 6.9.79)

Im internen Kreis von Funktionären kann man dann sogar einige selbstkritische Töne von den Gewerkschaftsführern hören. So sagte Hans Freise (IGM-Vorstandsmitglied) auf einer Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Frankfurt anlässlich der Vorbereitung der antifaunistischen Kundgebung am 17. Juni 1980: „... von Redakteuren gehen, Stoß kommt“ - dieser Eindruck, einmal entstanden, könnte gerade weiter denen verheerend wirken, um die es uns hier in erster Linie geht. Ich meine unsere jungen Kolleginnen und Kollegen. Ich meine jene skeptische Generation, um deren Herzen und Hirne heute der Kampf ausgefochten wird. Die Frage ist: Können wir diesen jungen Menschen glaubhaft machen, was wir in unsere Reden und Programme hineinschreiben? Leben wir ihnen glaubwürdig vor, was wir sein wollen: Bollwerk der Demokratie, Verteidiger der Arbeitnehmerinteressen? Denn immer noch gilt: Wer die Bereitschaft der Jugend, sich für Ideale einzusetzen, mißbraucht, was diese Jugend erst lobt und dann durch ein prinzipienloses Taktieren enttäuscht, der braucht sich nicht zu wundern, wenn sich diese Jugend von ihm abwendet. Da hilft es dann auch nicht, die Kommunisten, den lieben Gott - Koalitionen sind ja immer zwiespältig - oder gar alle beide für diese Entwicklung heftiger zu machen“ (nach „lat“, 13.6.80).

Ähnliche Töne konnte man auch von Christian Götz hören. Götz ist Chefredakteur der HBV-Zeitung und SPD-Mitglied. Auf der Bundesjugendkonferenz der HBV-Jugend erklärte er die Distanz der politisch engagierten Jugendlichen zu Staat, Parteien

und Gewerkschaften mit der „Glaubwürdigkeitskrise“. Sie könne sich zu einer „Bedrohung“ für die Demokratie entwickeln. „Auch die Gewerkschaften sind nicht außerhalb dieser Gefahr.“

Auf dem Jugendtag der IG Bergbau und Energie in Hamm sprach der oben zitierte Götz zum Thema Krise der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Im Gegensatz zu Götz, der im gewerkschaftlichen Spektrum mehr der „orthodoxen Linie“ um die IGM-Führer Benz und Freise zuzurechnen ist, entwickelte Götz mehr Gedanken, die ähnlich auch schon bei den Verfassern des „Oberurseler Papiers“ zu lesen waren: Weder bei den Parteien noch bei den Gewerkschaften sei ein vergleichbar starkes Engagement festzustellen, wie es sich bei „Rock gegen Rechts“, bei Antikernkraft-Trecks oder bei Kirchentagen zeige. Der Lösung des Problems komme man aber nicht näher, wenn man immer nur frage, was man „organisatorisch“ tun könne, um Jugendliche anzusprechen „oder gar einzufangen.“ Einen Grund für die Abwehrhaltung von Jugendlichen gegen politische Großorganisationen sieht Götz darin, „daß wir allzu dogmatisch von uns aus festlegen, was die eigentlich wichtigen Themen sind, daß wir die anderen mit unseren Wichtigkeiten und unserer Sprache konfrontieren und dabei allzuoft ihre Wichtigkeiten und ihre Sprache aus dem Auge lassen.“ Götz nannte diejenigen „einstufig und blind gegenüber den Lebensbedürfnissen“ von Jugendlichen, „die mit Entschlossenheit und Realismus in der Stimme immer wieder feststellen, daß es der jungen Generation eigentlich überhaupt nicht um irgendwelche Sinnfragen, sondern eben um Berufsbildung, Jugenderwerbschutz und Jugendvertreterarbeit usw. geht.“ Es

Vorwärts zu neuen Formen

Gefahr hat der SPD/IGM Nachwuchs zu verlieren

Abrechnung mit der liberal-konservativen Orientierung

Die Zukunft liegt in unserer Hand - Gewerkschaftsjugend Widerstand!

HBV kritisiert Schwab

Götz gegen neue Formen von Jugendarbeit

Christian Götz (HBV) entwirft die Grundlinien gewerkschaftlicher Innenpolitik

Tosender Beifall für die Kampfansage an den Kapitalismus und seine Folge

Toleranz Offenheit

Nur wenige Positionen in der Hand von Kommunisten

Dank für Mut und Offenheit Rappe-Lob für Heinrich Oetjen

11. Bundesjugendkonferenz der DGB mit mehr als 1000 Teilnehmern

und Gewerkschaften mit der „Glaubwürdigkeitskrise“. Sie könne sich zu einer „Bedrohung“ für die Demokratie entwickeln. „Auch die Gewerkschaften sind nicht außerhalb dieser Gefahr.“

Als Beispiele nannte er unter anderem die Aufweichung des Einheitsgewerkschaftsbegriffs im Entwurf für ein DGB-Grundstatutprogramm (Götz sprach sich gegen Bestrebungen aus, DKP aus gewerkschaftlichen Funktionen zu drängen) („FR“, 4.6.80).

Auch zur Auseinandersetzung um die Inhalte und Methoden gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit verteilten Götz und Freise ähnliche Positionen. Offensichtlich als Antwort auf die Oberurseler meint Freise im „Gewerkschaftler“ (7/80): „Die Gewerkschaftsjugend braucht keine politischen Bestimmungslinien, die immer neue Potentiale anmelden. Was wir brauchen, ist die Bestimmung auf un-

sel, so sagte Glotz weiter, die schülerhafte Anwendung von alten Lehrrezepten. Man tue so, als ob diese konkreten materiellen Interessen die einzigen Fragen wären, die junge Menschen bewegten und interessierten.“ („FR“, 4.6.80).

1. Glotz sowie Freise und Götz pakten das Problem zwar von unterschiedlichen Seiten an. Allen gemeinsam ist aber das taktische Verhältnis, welches sie zu den Bedürfnissen und dem politischen Bewusstsein der Jugend haben. Es geht ihnen eben darum, die Gewerkschaften trotz Rechtswendigung für die Jugendlichen wieder struktural zu machen. Wenn das bedeutet, daß der DGB positive Aktionen beschließt und durchführt so wie zum 17. Juni oder zum Antifaschistentag, findet das unsere volle Unterstützung, ohne daß wir dabei aus dem Auge verlieren, daß es mit solchen positiven Ansätzen schon bald

wieder vorbei sein kann. Dann nämlich, wenn die Gewerkschaftsführung keinem Profilierungs- oder Bestandsdruck mehr ausgesetzt ist. 2. Alle Vorschläge laufen im Grunde auf eine gewisse Öffnung der Jugendarbeit hinaus. Doch soll eine Öffnung nicht bei dem heutigen gesellschaftlichen Rechtsklima, der ja bekanntlich auch in den Gewerkschaften nicht an überhöhen ist - enge Grenzen gesetzt. Wie will man auf der einen Seite kritische Potentiale, AKW-Gegner etc. zurückgewinnen bzw. überhaupt erst einmal gewinnen, wenn man auf der anderen Seite die „ran-Redaktion“ entläßt, den Bundesjugendsekretär rauchmaßt, die Arbeit der Jugendgruppen immer mehr einschränkt usw. um 11

Nach den Jugendkonferenzen

Die Debatte um die gewerkschaftliche Bildungsarbeit stand im Mittelpunkt aller Jugendkonferenzen in diesem Jahr. Es fällt jedoch schwer, die Funktionärsjugend, die auf diesen Konferenzen debattiert hat, einfach in zwei Gruppen aufzuteilen (z.B. „pro-Oberursel“ und „anti-Oberursel“). Denn allen Jugendkonferenzen ist gemein, daß Beschlässe gefaßt worden sind gegen die Hetze gegen DKP und SDÄJ. Das meiste waren Beschlässe gegen die Kündigung der Jan Redakteure oder z.B. bei der Chemie-Jugend ein scharfer Protest gegen die Machtpolitik, die der IG Chemie Hauptvorstand betreibt. Besonders aber die Hauptredner bei der IGM, HBV und DPG haben sich gegen das Oberurseler Konzept und gegen die antikomunistische Stimmungsmache ausgesprochen. Bei der DPG hat deren Vorsitzender Mahlein zwar eine sehr radikale, linke Rede gehalten, die Delegierten waren aber mehrheitlich der Meinung, daß das Oberurseler Papier ein wichtiger Beitrag ist. Bei der IG Chemie und der IG Bergbau nahmen die Hauptredner für Oberursel Stellung. Bei der ÖTV wurde ein Jugendsekretär gewählt, der das Oberurseler Papier für einen wichtigen Beitrag hält und bei der BSE hat sich Vorstandsmitglied Köbele im Sinne der Oberurseler geäußert.

Wo die Führungsspitzen der Einzelgewerkschaften in den Jugendreligionen ihren politischen Standpunkt haben, wurde jedoch schon bei der Diskussion um das Oberurseler Papier in der Funktionärzeitung der DGB-Jugend „Solidarität“ deutlich. Dort gab Willi Kaminski, Bundesjugendsekretär der IG Bergbau Mitte '79 bekannt (ein Bundesjugendsekretär, der den ehemaligen DGB-Bundesjugendsekretär Hawreluk wegen seiner Anti-Oberursel Haltung kritisiert) welche Jugendsekretäre sich außer ihm noch für die Diskussion des Oberurseler Papiers ausgesprochen hatten. Es waren die Sekretäre der ÖTV, der Bau-Stolpe-Erden, der Eisenbahner, der IG Druck sowie von Leder.

Welch ein Zufall! Genau dieselben Funktionäre finden sich alle feinsäuberlich unter einem Wahlaufdruck („Wahlinitiative arbeitende Jugend für die SPD“). Derwegen wollen wir

(„Wahlinitiative arbeitende Jugend für die SPD“ - Derwegen wollen wir für die SPD stark machen - Nur die SPD“). Im einzelnen stehen dort Namen wie Wolfgang Röhlich (neuer Redakteur der „Solidarität“), Hinz-Oetjen, Gerd Andre (Bundesjugendsekretär der IG Chemie), Bernd Böwing (Polizei), Peter Höger (BSE), Willi Kaminski (IG Bergbau), Ingo Lehmann (Druck und Papier), Klaus Lehmann (Leder) und Hans Peter (Eisenbahn) und noch Hanns Brauser (neuer DGB-Bundesjugendsekretär).

Einschränkend muß außerdem gemerkt werden, daß viele Delegierte z.B. bei der DPG sicherlich auch nur aus ehrlicher Überzeugung - ohne die antikomunistische Hetze mitzutragen - für das Oberurseler Papier sind.

Auch wir sind ja der Meinung, daß gewisse Aspekte (so z.B. was die Öffnung der Jugendarbeit angeht) durchaus richtig sind. Die Frage ist eben nur, was die Haupttendenz in dieser Debatte ist und was diese Debatte momentan führt. Und das sind leider die offenen Antikommunisten vom Schlage Karl Schwab, denen es weniger um die Öffnung der Jugendarbeit, sondern mehr um das Wegdrängen antikapitalistischer Grundpositionen und um das Rausdrängen der DKP/SDÄJ aus den gewerkschaftlichen Funktionen geht.

Georg Benz und Karl Schwab: Feuer und Wasser?

Am 25. März fand ein Gespräch aller für die Jugendarbeit zuständigen Vorstandsmitglieder der Einzelgewerkschaften statt. Diskutiert wurde über Form und Inhalt gewerkschaftlicher Jugendarbeit. Schon bei diesem Gespräch zeichnete sich ab, daß es zwischen den beiden „Lagern“ keine unüberwindlichen Barrieren zu geben

die Positionen der beiden „Lager“ wiedergeben.

So sagte Hermann Rappe, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie, schon auf der IG-Chemie-Jugendkonferenz das „Überstülpen von Inhalten“ nach dem Prinzip des Nürnberger Trichters sowie Bildungsarbeit nach „starr vorgegebenen Leitfäden“, mit dem „ausschließlichen Zweck“, die „gewerkschaftliche Beschäftigung zu vermitteln“, werden von der IG-Chemie-Jugend abgelehnt. Die Ideologie vom „richtigen“ und „falschen“ Bewußtsein habe „prinzipiell etwas Diskriminierendes an sich“ (nach „FR“, 23.2.80). Das ist aus dem Munde von Rappe, der sich auf derselben Konferenz mit aller Macht gegen Anträge gestemmt hat, die sich kritisch mit der diktatorischen Politik des IG-Chemie-Hauptvorstandes auseinandersetzen, natürlich nicht gerade glaubwürdig.

In eine ähnliche Richtung argumentiert Bruno Köbele, Vorstandsmitglied der Bau, Steine, Erden. Er meint, daß „angereicht der Erfolge der Jugendgruppenbewegung und alternativer Gruppen offene Formen der Jugendarbeit entwickelt werden müssen, die Jugendliche nicht nur auf ihre Erfahrungen im Betrieb reduziert. Es müssen Bereiche werden, die schon in den 50er Jahren mit der engagierten in politischen Jugendgruppenarbeit, die auch die Freizeitbedürfnisse berücksichtigt habe, mehr Jugendliche gewonnen werden sollen als von allen Leitfädenfehlern der letzten zehn Jahre mit angeblich politischer Jugend(schulungs)arbeit“ (nach „Grundstein“, 3/80).

Auf der anderen Seite des „Lagers“, bei der IG Metall, konnte man schon während der einseitig erwähnten Jugenddebatte der Tagung von Georg Benz Töne hören, die vermuten lassen, daß es durchaus gemeinsame Denkanstöße gibt. So sagte er u.a.: daß man die „beständige, untrübsame Anwendung aller Konzepte“ in Frage stellen müsse. „Wir haben uns zu fragen, ob unsere Jugendarbeit gerechtfertigt ist, neu und oft noch untergeordnet Jugendlichen den Weg zur Mitarbeit zu öffnen.“ Jugendarbeit, so Benz, müsse „Spaß machen, zum Nachdenken anregen und zum Mitmachen auffordern“ („FR“, 18.1.80).

Auf einer Promekonferenz nach dem Spitzengespräch im März erklärte Benz sogar, daß die „angeblich unüberwindlichen Kontroversen so gravierend nicht sind.“ Er sei überzeugt, daß die „konstruktiven Gegensätze“ zwischen der IG Metall und dem DGB demnächst ausgeräumt werden könnten. Dem Spitzengespräch vom März sollte im Mai ein zweites zur endgültigen Klärung folgen (nach „FR“, 17.4.80).

Auch Mahlein, den man wohl eher als „orthodoxen Lager“ rechnen kann, pflichtet dem IG Chemie Jugendsekretär Gerd Andre bei, „der einmal festgestellt hatte, daß zentrale Aktionen ohne Verknüpfung mit der betrieblichen Arbeit und ohne Verarbeitung durch die Mitglieder aufgesetzte Sachen seien und wirkungslos bleiben“ (ebenda).

setzte Sachen seien und wirkungslos bleiben“ (ebenda).

Scheinbar versöhnlich läßt sogar Karl Schwab auf der IG Metall Jugendkonferenz Ende April verlauten, „daß im DGB-Bereich die Erprobung und Bewertung unterschiedlicher Konzepte der Jugendbildungsarbeit möglich sein müsse, daß endlich Schluß damit gemacht werden müsse, die eine Methode als reine Indoktrination“ oder die andere als „chaotische Bildungsarbeit“ zu verdammen“ („Metall Pressedienst“, 24.4.80).

Schwab immer noch in der Offensive

Durch solchen Wortgeklüngel sollte man sich nicht täuschen lassen. Immerhin hat Schwab erst kürzlich durch die Berufung und das anschließende Durchdrücken des neuen Bundesjugendsekretärs Brauser bewiesen, daß ihn die Beschlässe der Jugendkonferenzen der großen Einzelgewerkschaften wie IGM, HBV und DPG nicht viel kümmern. Diese Jugendkonferenzen waren ziemlich energisch gegen die Oberurseler aufgetreten und hatten dann im Bundesjugendausschuß den Kandidaten Brauser, der den Oberurselern nahesteht, abgelehnt. Kurs darauf hat Schwab ein Theseenpapier vorgelegt, welches auf Grundlage von „Erfahrungsberichten von Einzelgewerkschaften und DGB-Landesbetrieben“ zustande gekommen sein soll (nach „FR“, 1.7.80). „Es soll dazu beitragen, den seit Jahren währenden Streit über die Jugendarbeit und den Einfluß von Einzelgewerkschaften zu beenden. Eine dafür eingesetzte Kommission wird im Juli zusammenkommen.“ Das Gespräch ist offensichtlich von Mai auf Juli verschoben worden. Nach den Thesen bestehe die Gefahr, daß sich gewerkschaftliche Jugendarbeit „von der Masse der arbeitenden

Mannesmann contra Montan-Mitbestimmung

Eine Ohrfeige für die Sozialpartnerschaft



Egon Overbeck, Mannesmann - Vorstandsvorsitzender der ehemaligen Generalstabesprechung

Trotz lautharter Proteste seitens der Gewerkschaftsführung und der SPD hat der Mannesmann-Konzern seine Pläne, die Stahlzeugung in die Rohrenwerke zu integrieren, nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Für den September ist jetzt die entscheidende Aufsichtsratsitzung angesetzt. Die Mannesmann-Kapitalisten beabsichtigen mit ihrem Manöver zweierlei. Zum einen soll die Zusammenarbeit der Rohrenwerke mit der Stahlzeugung Rationalisierungen den Weg bereiten, zum anderen soll so der gesamte Konzern aus dem Geltungsbereich der Montan-Mitbestimmung entfernt werden, die nur für stahlzeugende Konzerne gilt.

Entsprechend hatte die Belegschaft der betroffenen Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen auf Belegschaftsversammlungen am 24. und 25. 6. „gegen die beschlossene Liquidierung der Montanmitbestimmung bei Mannesmann u.a.d. gegen die geplante Vernichtung von 2.500 Arbeitsplätzen in den nächsten zwei Jahren in diesem Mannesmann-Werk“ („Die Neue“, 26.6.80) protestiert. Die Gewerkschaftsführung hingegen betont ausschließlich den Angriff der Mannesmann-Bosse auf die Montan-Mitbestimmung und erklärte mehrfach, daß man über Rationalisierungen selbstverständlich reden könne. So wußte die „FR“ am 30.6.80 zu melden: „Der IG-Metall-Chef gab zu erkennen, „nachgewiesene“ betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten bei Mannesmann mittragen zu wollen.“ Und der „Vorwärts“ schrieb am

10.7. „Die Unterhändler der Metaller unter Führung von IGM-Vorstandsmitglied Rudolf Judith haben am Montag der Konzernspitze vorgeschlagen, die Verwaltungssitze der Hütten- und Rohrenwerke zusammenzulegen. Damit würde die Mitbestimmungsfrage gelöst und vielleicht noch mehr Geld gespart als nach den Plänen des Vorstands“.

Schon auf der Stahlkonferenz im Januar 1980 hatte die IG-Metall „konstruktive Vorschläge“ zur Lösung der Krise in der Stahlindustrie gemacht, die jedes Kapitalistenherz höher schlagen lassen: „Die IG-Metall strebt an, den Stahlunternehmen öffentliche Mittel für Zwecke der Umstrukturierung zur Verfügung zu stellen“ („Gewerkschaftliche Monatshefte“, 3/80, vgl. dazu auch AK 172, 9.21). Aber auch derartige Rationalisierungsvorschläge der Gewerkschaftsführung konnten die Mannesmann-Bosse nicht überzeugen. Sie beharren darauf, auch die Montan-Mitbestimmung zu Fall zu bringen.

Nun haben die Gewerkschaftsführer (im Sinne der Kapitalisten) gute Argumente, die Montan-Mitbestimmung schmackhaft zu machen, mit denen jetzt auch nicht hinter dem Berg gehalten wird. „Obwohl ihnen (den Unternehmern, Anm. AK) die qualifizierte Mitbestimmung wirtschaftlich gar keine Nachteile eingebracht hat - ganz im Gegenteil - waren und sind sie gegen eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens“ (Loderer in „Der Gewerkschaftler“, 3.80). Und die „Welt“ schreibt am 12.7. „Nach Darstellung der IG-Metall-Vorstände hat die Montan-Mitbestimmung die Voraussetzungen für

stalt-Vorzügen hat die Montan-Mitbestimmung die Voraussetzungen für einen Interessensausgleich bei Umstrukturierungen und Rationalisierungen überhaupt erst geschaffen“ (...). Weiter bezeichnete die Montan-Mitbestimmung als einen „Grundpfeiler“ für das Vertrauen der Belegschaft in den Staat“.

Aus diesen Äußerungen Loderers spricht förmlich das Unverständnis darüber, wie die Kapitalisten ein so bewährtes Instrument der Desorientierung der Arbeiterklasse auf die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ einfach über Bord werfen und - scheinbar ohne Grund - den Klassenkampf anheizen. Dabei müßte Loderer einsehen, daß die Mannesmann-Kapitalisten noch so viel von sozialpartnerschaftlichen Spekulationen gehalten haben. Der Vorstandsvorsitzende des Konzerns, Egon Overbeck, hat seine Sporen immerhin als Generalstabesprezident in der fauchtschönen Wehrmacht verdient. Aus der gemeinsamen Arbeit im Aufsichtsrat der Essener Stahlwerke AO prägte der ÖTV-Chef Klunker den Satz über Overbeck: „Es fehlten nur noch die Uniformen, und die Generalstabesprechung wäre formvollendet gewesen“ (nach: „Handelsblatt“, 27.6.80). Entsprechend rade wird Mannesmann die Mitbestimmung gehandelt, wobei inzwischen schon 13 Arbeitsdirektoren verschluckt wurden. Auch an Versuchen, die Montan-Mitbestimmung loszuwerden, hat es nicht gemangelt. Der erste Angriff wurde 1953 gestartet. Die Konzernleitung hatte mit der Gewerkschaftsführung bereits einen Kompromiß zur Wahl des Aufsichtsrates ausgehandelt, als - für die Gewerkschaftsführer völlig überraschend - eine Gruppe von Aktionären vor Gericht zog, da sie die Gültigkeit des Montan-Mitbestimmungsgesetzes für den Konzern anzweifelte. Theo Pirker

(„Die blinde Macht“ II, S. 74) kommentiert dazu: „Die Unwillkommen-Agreements zwischen den Managern der Gewerkschaften und den Managern an Rhein und Ruhr waren zu wertlos geworden. Trotz dem hielten die Gewerkschaften die Gewerkschaften in den Aufsichtsräten bis zum bitteren Ende an der Fiktion dieses Abkommens fest“.

Der nächste Angriff wurde 1954 gestartet. Eine Aktionäreinigung hatte gegen einen Beschluß einer Hauptversammlung geklagt. Im klagesabweisenden Urteil wurde vom Gericht festgestellt, daß der Mannesmann-Konzern nicht zum Geltungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes gehöre. Da die Aktionäre gegen diesen Beschluß keinen Widerspruch einlegte, war den Gewerkschaften der Rechtsweg blockiert. Dazu Theo Pirker (S. 101): „Die Vertreter der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten und besonders ihre wichtigsten Vertreter wie Posthoff und Deist sowie der Justiziar des DGB, Dr. Kruse, waren bei diesem Geniestreich glatt hereingelegt worden und verurteilt. Trotzdem waren die Mitbestimmungsspezialisten des DGB davon überzeugt, daß sie die Frage doch noch ohne Kampf hindringen würden.“ Die Angriffe des Mannesmann-Konzerns auf die Mitbestimmung führten 1956 zur Verabschiedung eines Ergänzungsgesetzes, das Einschränkungen des Montan-Mitbestimmungsbereichs beinhaltete.

Während die Gewerkschaftsführung mit anderen Unternehmen, die aus dem Geltungsbereich der Montan-Mitbestimmung herausfielen, Vereinbarungen abschloß, die zur Beibehaltung der Mitbestimmung führten, haben sich also die Mannesmann-Kapitalisten nie für diese Form sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit erwärmen können. Das hat nun auch auf der anderen Seite - bei einigen Arbeitgebervertretern im Aufsichtsrat - zu Verärgerung geführt. Die „FAZ“ berichtet dazu: „Denn gerade bei Mannesmann sind durch Indiskretionen aus dem mitbestimmenden Teil während der vergangenen Jahre immer wieder Störungen entstanden, die zu Gedanken über den Sinn der Mitbestimmung Anlaß gaben“ („FAZ“, 27.6.80; die „FAZ“ hat völlig recht - es widerspricht dem „Sinn“ und den Paragraphen des Mitbestimmungsgesetzes, wenn Aufsichtsratsmitglieder oder Arbeitsdirektoren Informationen über geplante Entlassungen u.a. an die Belegschaft weitergeben). Kein anderer Konzern ist also so sehr geeignet, beim Angriff auf die Montan-Mitbestimmung eine Vorteilrolle zu spielen.

Die Gewerkschaften haben in dieser Auseinandersetzung von vorher ein schlechtes Karten. Zwar hat der DGB-Landesvorsitzende von NRW, Bleicher, in einem offenen Brief an alle Belegschaften in den Eisen- und Stahlbetrieben in NRW dazu aufgerufen, „vielfältige Aktivitäten, damit der Fall Mannesmann ein ‚Reinfall‘ für den Konzern wird“, zu ergreifen,

der Fall Mannesmann“ ein „Reinfall“ für den Konzern wird“, zu ergreifen, jedoch haben die Gewerkschaftsführer in ihren eingangs zitierten Äußerungen deutlich zu verstehen gegeben, daß die Mitbestimmung für die Selbstzweck ist - allenfalls geeignet, einige Posten der Gewerkschaftsbürokratie zu sichern - und keineswegs für den Kampf gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und gegen die Rationalisierungsmaßnahmen in der Stahlindustrie informiert wurde, stand der Aufruf Egon Loderers, „eine breit angelegte und von allen Ebenen der Organisation getragene öffentliche Kampagne (zu starten), um zu verdeutlichen, daß in der Stahlindustrie die Mitbestimmungsfundlagen stimmen“. Sinnigerweise fragte Loderer hinzu, die Kampagne müsse „vor allem aber die eigene Mitgliedschaft erfassen“ („Gewerkschaftliche Monatshefte“, 5/80).

Die Kapitalisten haben da weitergehende Ziele. Nachdem es ihnen gelungen war, den Arbeiter im Stahlbetriebsbereich Ende 1978 eine Niederlage beizubringen, fühlen sie sich jetzt stark genug, Masseneinstellungen auch ohne sozialpartnerschaftliche „Absicherung“ vornehmen zu können. Daran wird deutlich, daß die Mitbestimmung für die Kapitalisten - im Gegensatz zur Gewerkschaftsführung - keineswegs Selbstzweck ist. Schließlich wollen sie ja bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe noch etwas zuzusetzen haben.

Nach Rock gegen Rechts: Nazis verstärken ihren Terror

Nach dem Prozeß in Bückeburg gegen die Köpfe der 'Hanse-Bande', nach dem Verbot der 'Hoffmann-Bande' und einigen kleineren Urteilen gegen neonazistische Provokateure konnte der Eindruck entstehen, als sei es nun um die Neo-Nazi-Szene stiller geworden. Der Eindruck täuscht. Die tatsächlich gegen die Nazis verhängten Strafen sind in der Regel gering, das Verbot gegen die Wehrsportgruppe hat kaum konkrete Folgen (siehe AK 181), der terroristische Naziumpf ist nach wie vor fruchtbar: insbesondere im Zusammenhang mit nach "Rock gegen Rechts" scheint die NPD-Zusammenkunft (JN) in trauter Gemeinsamkeit mit Nazi-Terroristen diverser "Wehrsport"-Gruppen auf Rache für die erlittenen Niederlagen zu sinnieren. Im Folgenden einige Berichte, die — im weitesten Sinne des Wortes — den schlagenden Beweis dafür liefern:

Die vorliegenden Berichte sind allerdings sehr lückenhaft. Wir fordern alle unsere Leser/innen auf, die neueren Entwicklungen und Gruppenbildungen der Nazis nach bewährter antifaschistischer Manier unter die Lupe zu nehmen, um diesen Leuten ein wenig ihr Mütchen zu kühlen, um die Öffentlichkeit vor der Täuschung zu bewahren, der "Spuk" sei nun nach dem "Durchgreifen" seitens der SPD/FDP-Regierung zuende, und um die Staatsorgane durch öffentlichen Druck zu ein wenig mehr Konsequenz bei der Verfolgung des Nazi-Terrors zu veranlassen.

Antifa-Kommission

Rinteln: Überfälle und Molotow-Cocktail

Mitte Juli kam es in Rinteln zu Provokationen im Zusammenhang mit einer Antifaschismus-Veranstaltung. "Erwa 20 Mitglieder der Jugendorganisation der NPD aus Rinteln werden von der Polizei beschuldigt, für die Zwischenfälle verantwortlich zu sein" (Göttinger Tageblatt, 15.7.). Auf das Konto der Schläger geht: — Ein 16-jähriger, der sich an einer Plakat-Aktion der Antifa-Initiative für die geplante Veranstaltungsreihe beteiligte, wurde von zwei Maskierten niedergeschlagen. — Während einer Veranstaltung im Rinteler Schulzentrum warfen zwei junge Männer, die auf einem Motorrad mit verdecktem Kennzeichen fuhren, einen Molotow-Cocktail unter ein parkendes Auto und setzten es in Brand. — "Während einer Filmvorführung des Films 'Nazi' — gibt es die noch überfall ein Trupp schwarzgekleideter junger Männer die Teilnehmer. Die Neonazis schlugen mehrere Mitglieder der Initiative mit Stöcken nieder. Ein Mitglied der Initiative erlitt Gesichtsverletzungen und eine schwere Gehirnerschütterung und liegt seitdem im Krankenhaus" (Angaben nach FR, 18.7.). "Der Polizeisprecher bestätigte, daß seit mehr als zwei Jahren in Rinteln und Umgebung öfters Klagen über neonazistische Umtriebe laut geworden sind. Gegen die Quasler-Gruppe brachte ein junger Lehrer schon 1978

ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren in Gang..." (FR).

Verantwortlich: Die "Fiedler-Bande"

Bei der Döhr-Quasler-Bande, die nach den beiden Anführern Jürgen Döhr und Lothar Quasler benannt wird, handelt es sich um eine Bande, die in engstem Zusammenhang zur Nazi-Zentrale des Göttinger NPD-Funktionärs Hans Michael Fiedler steht.

Am 30.10.78 überfiel eine Gruppe Neonazis in Hannover-Münden eine Filmveranstaltung des AFAKs und der VVN; Fiedler und Döhr gehörten zu den bekannten Tätern.

Nach demselben Muster wurde die Aktion anlässlich einer Veranstaltung des AFAKs Rothenburg am 31.1.79 wiederholt, wiederum beteiligt Döhr!

"Die Göttinger Koordinierungsstelle von Fiedler verfügt über eine umfangreiche Kartei mit Daten von Personen, darunter auch Kommunalpolitiker, die irgendwann einmal gegen NPD und Neonazis aufgetreten sind" ("Rechtsweg zum Abitur" S. 64). Im JN Kurier Nr. 6 (interner Informationsdienst) vom 20.8.79 "Abteilung Organisation Sudetenweg 2 — 3260 Rinteln I Telefon 05751/74460" heißt es dazu: "Alle Kameraden werden hiermit aufgefordert, Bildmaterial, Adressen und Begebenheiten an obige Adresse zu senden, um eine Zentralkartei über linke Vögel zu erstellen". Bei der Adresse handelt es sich um die Wohnung Döhrs!

Brandanschlag in Paderborn —

Brandanschlag in Paderborn — Rache für Philippstal?

Der diesjährige 17. Juni wäre eine solche Schlapppe, daß man sich unbedingt dafür rächen müßte — solche und andere Sprüche fliegen auf einer NPD-Kundgebung am Nachmittag des 17. Juni in Paderborn vor dem Rathaus. Nach Augenzeugenberichten bleibt Gerlach (stellvert. NPD-NRW Landesvorsitzender) eine geladene Hetzrede vor seinen Kumpanen, die gerade aus dem Raum Eschwege/Philippsthal in Nordhessen zurückgekommen waren. Die zudem noch schwache Paderborner Linke war von der Kundgebung, für die von der NPD vorher nicht öffentlich mobilisiert worden war, total überrascht. Deshalb konnten die Nazis ungehindert ihre Kundgebung abhalten.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni wurde ein Brandanschlag auf die Autos einer linken Wohngemeinschaft in Paderborn-Eisen verübt. Eine "Lute" brannte total aus, bei einem Fiat 500 wurde das Dach aufgeschlitzt und von innen mit Benzin getränkt, ein VW wurde ebenfalls mit Benzin übergoßen. Diese offensichtlich minutiös geplante und durchgeführte Aktion ließ bei den WG-Bewohnern den Verdacht aufkommen, daß hier NPD'ler aus Paderborn-Eisen selbst am Werk waren. In der Tat läßt sich hier seit zwei Jahren eine gewisse Konzentration von NPD-Aktivitäten feststellen. Der Aktivist der Harting-Bande, Josef Bohle, hatte lange hier gewohnt und war auch als Briefträger tätig gewesen. Die Bewohner der WG dürften den Nazis auch persönlich als Linke und AAW-Gegner bekannt sein. Ein wichtiges Argument für die Vermutung, daß die Nazis hier Rache suchen, ist die Tatsache, daß der beschuldigte VW am 17. Juni in Philippsthal längere Zeit vorne an

einer Sperre geparkt hatte, sodas wahrscheinlich die PKW-Nummer von ebenfalls in Philippsthal anwesenden Paderborner Nazis aufgeschrieben und auch "benutzt" worden ist (vergl. AK 181 - internes NPD-Rundschreiben: "Wir brauchen Namen der Gewalttäter, zumindest Beschreibungen, Kfz-Nummern (!) ..."). Zutun wäre die Aktion den Paderborner Nazis allemal. Die Palette ihrer Aktionen der vergangenen Jahre reicht von Anpöbeln über gewalttätige Angriffe bis hin zu Morddrohungen gegen bekannte Linke und BI-Aktivisten. Interessant war auch noch das Verhalten der Kriminalpolizei. Trotz ständiger Anrufe der WG wegen Spurensicherung etc. wurde ein WG-Bewohner erst am 26. Juni, also knapp eine Woche später, von der Kripo vorgeladen, aber dann sogleich vom 14. (Politischen) Kommissariat. Das Gespräch ergab, daß der leitende Beamte offenbar mehr über die "WG" und deren Kenntnisse wissen wollte als über den Brandanschlag selbst. Eine von der Kripo vier Tage nach dem Anschlag initiierte Befragung der Anwohner ergab angeblich keine Anhaltspunkte. In der örtlichen "Neuen Westfälischen" vom 23.7.80 stand ein erstaunlich guter Artikel, so daß die "WG" ein von ihr geplantes Flugblatt nicht mehr veröffentlichte. Dieser Anschlag muß ein neuer Anlaß für einige Linke in Paderborn sein, sich mit der "Nazi-Szene" im Paderborner Land zu beschäftigen kontinuierlich zu arbeiten und viel leicht den eingeschlagenen "Antifaschistischen Arbeitskreis" mal wieder zu reaktivieren.

Ein Bewohner der WG und ein WG-Bewohner

— Ein weiterer Beweis für die engen politischen Beziehungen zwischen Fiedler und der JN Schaumburg ist der Aufruf Fiedlers in seiner Zeitung "Deutscher Hochschulzeiger" (Sommer 79): "Der DHA wird eine Initiative ins Leben rufen, die der materiellen und geistigen Förderung rechter Jugendpresse dient." Es geht um die Zeitung "Megaphon — Sprachrohr der nationalistischen Jugend in Schaumburg, 326 Rinteln, Sudetenweg 2". Fiedler erfüllt diese Aufgabe der ideologischen Schulung und politischen Anleitung für eine ganze Reihe von Organisationen, vor allem allerdings für die Arbeit der JN. Er ist Studienleiter des Projekts "Nationale Bildungsarbeit".

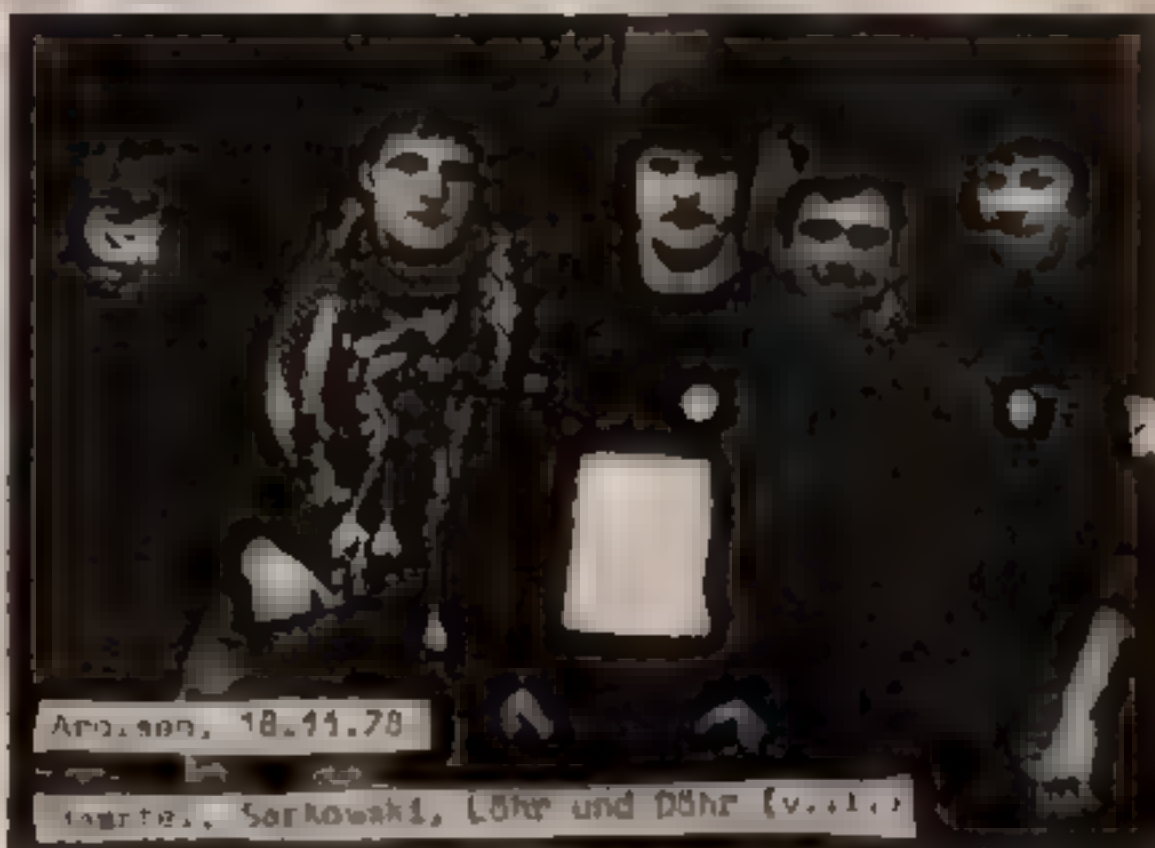
Celle: Überfall auf Wohngemeinschaft

Erinnert sei an den Brandanschlag auf eine linke Wohngemeinschaft in Celle, bei dem die Wohnung völlig ausbrannte und ein Gesamtschaden von 200.000 DM entstand war "Die bekannten Fakten, die auf den Täterkreis schließen lassen, sprechen für sich

— Der WG, die in Celle aktiv für die "TAZ" arbeitet, wurde ein paar Tage vor dem Brandanschlag massiv gedroht (s. Faktum).

— Der Drohung vorausgegangen waren Hakenkreuzschmierereien auf der Wohnungstür (AK 176).

Kürzlich wurde aus die Existenz einer neonazistischen "WSG" nach dem Vorbild der Hoffmann-Bande im Raum Celle bekannt. Lauterberger Antifaschisten beobachteten am 2./3. Mai die Manöver einer paramilitärisch auftretenden Gruppe, uniformiert mit Bundeswehr-Kampfschuhen und ausgestattet mit umfangreichem Fahrzeugpark und Material (KFZ-Kennzeichen: CE-DE 730, CE-AX 561, CE-CA 262, H-RD 278). Nachforschungen in Lauterberg ergaben, daß die Polizei über die Aktivitäten der Neonazis unterrichtet war. Danach handelte es sich um eine "technische Bereitschaft", die in Celle im Vereinsregister eingetragen ist. Inzwischen steht fest, wer sich hinter der Truppe verbirgt: eine als "Nottechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V." getarnte "WSG" eines Dr. med. Uwe Jürgens aus Bergen bei Celle (nach "Info"-Zeitung des AFAK Lauterberg). Der Herr ist kein Unbekannter: "Wegen unberechtigter Zeugnisverweigerung hat das Gericht im Bückeburger Neonazi-Prozess am Freitag die Inhaftierung des 48 Jahre alten Arztes Uwe Jürgens aus Bergen [...] angeordnet. Er war geladen worden, um Auskünfte über eine Autofahrt mit den Angeklagten Uwe Rohwer, Lothar Schulte und [...] gegeben worden, um Auskünfte über eine Autofahrt mit den Angeklagten Uwe Rohwer, Lothar Schulte und Lutz Wegener zu machen. Im Prozeß [...] war bereits mehrfach seine Rolle zur Sprache gekommen. Der Arzt soll vorgehabt haben, eine WSG zu bilden und sie als Katastrophenschutzorganisation im Vereinsregister



schutzorganisation im Vereinsregister eintragen zu lassen" (FR, 18.8.79).

Die WSG Jürgens tauchte inzwischen bereits schon ein zweites Mal — in Hannover — auf:

"Nächtlicher Neonaziumpf auf dem Übungsplatz Bothfeld - Feldjäger, Schutz- und Kripo haben in der Nacht zum Sonntag auf dem Bundeswehr-Truppenübungsplatz an der Bothfelder Straße einen Schlag gegen neonazistische Jugendliche geführt. Ein Mitglied der 'Nottechnischen Übungs- und Bereitschaftsstaffel e.V.' wurde vorläufig festgenommen. In einem sichergestellten VW-Bully fand die Polizei außer einer Gaspistole mehrere Plakate mit neo-

nazistischen Parolen. Gegen den Verhafteten bei der Staatsanwaltschaft Hannover seit einiger Zeit ein Ermittlungsverfahren" (HAZ, 30.6.). Die WSG Jürgens soll während eines Bl-waks von Einheiten des Fernmeldebataillons 1 auf dem erwähnten Übungsplatz mit ca. 6 Leuten angerechnet sein — es handelte sich um einen Truppenabend! Sie sollen außerdem zu jener Gruppe gehören, die wiederholt Schießübungen auf dem Platz durchgeführt hat.

dem zu jeder Gruppe (genoten, die wiederholt Schießübungen auf dem Platz durchgeführt hat. Wohl wegen des gar zu offensichtlichen Zusammenhangs der WSG zur Bundeswehr haben Schutz- und Kriminalpolizei eine Nachrichtensperre verhängt (HAZ).

Wie geht's weiter mit RGR?



In der Berichterstattung zu Frankfurt und Eschwege habe ich wesentliche Aspekte zur RGR-Bewegung vermisst. Deswegen habe ich mir ein paar Gedanken gemacht aus der Sicht eines Musikers und RGR e.V.-Mitgliedes.

Die Darstellung des politischen Erfolgs, den wir alle in Eschwege und Frankfurt erzielt haben, teile ich mit Festivals und Demonstrationen, waren das Ergebnis eines breiten, antifaschistischen Bündnis-

ses (mit all seinen Schwächen).

Man muß trotz dieses Erfolges die meisten Musiker und Musikkreise Frankfurt und Eschwege eher skeptisch gegenüberstehen, so hat das mehrere Gründe. Kritisiert wird vor allem, daß sich die politischen Organisationen zwar der Etikette "Rock gegen Rechts" bedienen, um auch Neonazis anzulocken, um ansonsten Beziehungslänge mit explizit politischen Veranstaltungen und Aktionen haben, auf der anderen

Seite aber dieselben Organisationen die Beweggründe, warum Musiker Rock gegen Rechts machen, und was das für sie bedeutet, total vernachlässigen.

Zunächst einmal ist für die Musiker RGR die (angestrebte) organisatorische und politische Selbstorganisation von Musikern und Musikkreisen, wichtigster Punkt dabei. Die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 13

RGR-Initiativen müssen selbst Ziele und Inhalte ihrer Veranstaltungen entwickeln und ausführen können. Inzwischen ist das anders: Die RGR-Musikbewegung kann nur noch auf die Initiativen der politischen Organisationen hin reagieren, die inzwischen fast alle „Rock gegen ...“ nennen. Die RGR-Inis können sich nur noch einklinken, ihr Name wird im Interesse der Politfreaks funktionalisiert, ohne daß diese etwas mit den Zielen der Musiker, nämlich Selbstorganisation, am Hut hätten. Klönt RGR sich nicht ein, wird ohne mit der Wimper zu zucken, trotzdem der Name mißbraucht (ständige Praxis der DKP), was vor zwei Jahren noch „Veranstaltung gegen Strauß“ geheißen hätte, wird heute „R o c k gegen Strauß“ genannt, ohne daß sich am Konzept, am Inhalt, an der Durchführung etwas geändert hätte (Musikgruppen spielten auch damals schon auf Veranstaltungen) nur, „Rock gegen ...“ ist eben attraktiver. Die RGR-Initiativen müssen jedoch die Möglichkeit zur Einflußnahme haben, bevor mit ihrem Namen in der Öffentlichkeit für politische Veranstaltungen etc. geworben wird. Wir sind nicht nur ein Motto per Unterschrift, sondern eine eigenständige Bewegung, die nur den „Fehler“ gemacht hat, sich statt „Selbstorganisation der Musiker“ „Rock gegen Rechts“ genannt zu haben.

RGR bedeutet für viele Musiker nicht zwangsläufig ein Eingreifen in die Auseinandersetzungen der politischen Organisationen untereinander oder ein konkretes Engagieren in antifaschistischen oder sonstigen Aktionen. Viele sehen es ganz anders: Für sie ist das „Zusammen & Draußen-Fest“ mit seiner bunten Vielfalt praktizierter Antifaschismus. Dem „Leben in der Todeszone“ wird ein Lebensgefühl entgegen gesetzt, das zunächst einmal stark auf die individuellen Bedürfnisse nach Musik, Gemeinschaft, Zärtlichkeit eingestellt ist, die schon jetzt praktiziert werden und nicht in einer fernen Zukunft. Diese menschlichen Bedürfnisse und Eigenschaften vermissen die Musikfreaks bei eigentlich sämtlichen politischen Organisationen, die ihnen von Bürokraten und hierarchischen Herrschaftsstrukturen („Die Leitung gibt die Politik an“) wohl nicht ganz zu Unrecht als verkrustet erscheinen. Diejenigen, die es wollen, bemerken natürlich auch, daß der KB dabei zuweilen eine positive Ausnahme ist. Aller-

dings wollen, bemerken natürlich auch, daß der KB dabei zuweilen eine positive Ausnahme ist. Allerdings sind Herangehensweisen wie in Frankfurt nicht gerade geeignet, diesen positiven Ansatz zu verbreitern.

Die Kritik zu Frankfurt muß zweigleisig geführt werden. Auf der einen Seite die Unfähigkeit aller politischen Organisationen, die Chance der offenen Konfrontation des Publikums mit den Widersprüchen innerhalb des Aktionsbündnisses Frankfurt, die ja Widersprüche der gesamten Antifaschisten sind, deutlich zu machen und damit den bei allen im Munde geführten Anspruch der Offenheit endlich einmal praktisch unter Beweis zu stellen, anstatt zu powern. Darauf mußten wohl erst Musiker kommen.

Auf der anderen Seite Tatbestände und Verhaltensweisen, die einer völligen Mißachtung der RGR-Ideen gleichkommen:

- eine Bombastikbühne für 52.000 DM (damit machen wir ein ganzes Festival in Hamburg), die die Distanz Publikum - Musiker nur zu gut unterstreicht,
- doppelte Absperungen, die ein freies Bewegen unmöglich machen,
- unglaubliche und freche Behandlung der Musiker - diese durften nach den Auftritten die Bühne nicht mehr betreten, sie hatten ja funklioptiert,
- unterlassene Erklärung des Programms. Dies ist ein ganz wesentlicher Punkt für die RGR-Bewegung. Mann/Frau im Publikum hätte dann/für ein Publikum können, daß RGR ein Zusammenschluß von autonomen Initiativen aus der gesamten BRD ist, und daß allein neun auftretende Gruppen von neun RGR-Initiativen delegiert worden waren, die Selbstorganisation der Musiker also klappt,
- Konsumstraßen mit horrenden Preisen,
- typisch deutsche Ordner, die menschlich völlig zu wesen und eigenständige Entscheidungen nicht mehr treffen konnten. So wurde nach einem Anschlag auf den RGR-Stand, bei dem einer von uns am Fuß verletzt wurde, von uns tatsächlich verlangt, den Verletzten zur Bühne zu bringen, was uns geblieben wäre, und wir eine entsprechende Warnung über die Bühnenanlage abgeben könnten; nur durch Powern haben wir es dann

auch ohne geschafft, j. Unterdrückung des Rederechts für die Hausbesitzer aus Frankfurt und die Gorlebenleute, die aus Solidarität mit allen dreizehn Turmbesatzern anwesend waren und einen 5-minütigen Redebeitrag halten wollten.

Daß diese Tatbestände, die mit Selbstorganisation nicht viel zu tun haben, das Vertrauen der Musiker in die in Frankfurt von den Politfreaks verwaltete RGR-Bewegung nicht eben stärken, ist wohl kein Wunder. Das führt dann einerseits dazu, daß Gruppen wie Embryo sagen, „Okay, wir spielen jetzt auch in Mannheim auf einem RGR-Konzert, organisiert und funktionalisiert von der DKP, und bekommen dafür 2.500 DM“, andererseits zu dem Beschluß, gefaßt auf dem letzten RGR-Bundeskongreß in Hannover, keinerlei Mammutveranstaltungen wie in Frankfurt mehr mit dem Namen RGR zu unterstützen. Sätze wie: „Immer diese Politarie“ oder „Demos können die Politfreaks ja veranstalten, aber Festivals, das sollten sie lieber uns überlassen“, haben hier ihren Ursprung.

Ich hoffe, daß zumindest die Menschen im KB dies nicht von vornherein als unpolitisches Individuum-Trip verurteilen, sondern sich inhaltlich damit auseinandersetzen. Sonst werden innerhalb kürzester Zeit die Funks aus der RGR-Bewegung verschwunden sein, und unsere disziplinierten Freunde aus der DKP-Riege brauchen nur die Hand aufzuheben. Dann wird's nicht nur verdammt langweilig werden, sondern erst recht unpolitisch.

Gründe für das Mißtrauen der Musiker gegenüber den Organisationen lassen sich weitere finden. Da setzt vor dem 17. Juni ein wahrer Boom ein, der erregte Musiker könnte zu dem Schluß kommen, bei der TAZ, der NEUEN, der SAG, der SDAJ, der DKP usw. würde Druckerschwärze nur noch zur Erstellung von RGR-Artikeln und -Zeichen verwendet, das könnte nach dem Jahr des Kindes mal das Jahr von Rock gegen Rechts werden. Doch weil gefeilt: Welche politische Organisation bezieht denn schon den Kampf an der Kulturfront in ihre Arbeit mit ein, wenn dies nicht gerade mal publikumswirksam zu verwerfen ist? - Scheitern! Ist das nicht etwa auch Rock gegen Rechts, sich für menschenwürdige Übungsräume einzusetzen, akupresselose Vermieter unschädlich zu machen, Auftrittsräume ohne horrendes Mietpreis zu besorgen, alternative Festivals durch-

schädlich zu machen, Auftrittsräume ohne horrendes Mietpreis zu besorgen, alternative Festivals durchzuführen, die genau so politisch sind, wie die Organisationen sie durch ihre tatkräftige Unterstützung machen, sowohl mit Hand & Herz als auch mit Kopf, politischem Beitrag und Büchertisch. Die Türen stehen dafür offen - siehe Zusammen & Draußen-Festival Hamburg.

Ohne Fazit kein gelungenes (?) Artikel, also bitte: Wenn die fortschrittliche linke Bewegung auf weitere Zusammenarbeit mit der RGR-Bewegung wartet (wir tun's), dann sollte folgendes passieren: Gebt die Funktionalisierung der RGR-Idee auf zugunsten einer gleichberechtigten Beteiligung von RGR-Inis mit all ihren eigenständigen Bedürfnissen. Konkret: Beteiligt RGR nicht erst, wenn eine unterschrittwerte Plattform zu einer Aktion bereits fertig und ausdiskutiert ist! Laßt uns von vornherein gemeinsam an Projekte herangehen. Alles andere führt zum Abbruch der RGR-Bewegung und ...

Bürger, DRUCKKNÖPFE - Rock und RGR e.V./HH - Mitglied

• • •

Ohne uns aus der Verantwortung stehlen zu wollen, ein paar (zusätzliche - eingehandelt) Infos zu den Punkten a) bis g)

- die Bühne kostete ca. 47.000 DM, die Anlage noch mal 12.800 (das ist vergleichsweise „billig“!)
- Zu den leidigen Absperungen ein Zitat aus den Vertragsbedingungen: „Zum Schutz des Equipments hat der Mieter genügend Ordner und Schutzhelfer zu stellen ...“ Die doppelte Absperung entspricht in der Planung freilich nicht einem „besonderen Sicherheitsbedürfnis“, sondern der (leider nicht verwirklichten) Idee, ganz vorne Platz für Kinder freizubehalten
- Der Anschlag auf den Info-Stand des RGR e.V.: Dies war genau so ein Punkt, wo die jeweiligen Nervenzentren, die für die Faken und die SDAJ in der Festivalleitung saßen, wieder mal durchdröhren „Stimmt doch gar nicht!“ - „So was kann man hier nicht durchschauen“ usw

KB/Gruppe Frankfurt

»Ein Damm gegen die Ausländerflut«

Hintergründe der Rassismus-Renaissance



„Die Deutschen sind bedroht“ - Asylantenmassen sind angeblich dabei, sie zu erstickten: „Ein Damm gegen die Ausländerflut“ muß her („Zeit“, 13.6.80). So und ähnlich tönt die tagtägliche Medienbotschaft, egal ob für paar Groschen oder Mark, egal ob im ersten oder zweiten Programm. SPD/FDP und CDU/CSU überbieten sich gegenseitig in Forderungen und Beschlüssen gegen die „Ausländergefahr“: Rechtsabschneidungen, „kurzer Prozeß“, Auslieferung an Terror-Regimes, Einrichtung von Konzentrationslagern.

Verbunden mit der Asylanten-Hetze wird das Schreckbild „ausländischer Extremisten“, die „die Bundesrepublik ... zum Schlechtfeld“ machen („BarnS“, 15.6.80). Auf dem Buchmarkt tauchen in schneller Folge Abhandlungen über Rassen, Vererbung, Intelligenz-Erblichkeit und ähnliche Themen auf.

Ein in Teilen noch immer liberales Meinungsmacher-Blatt für Intellektuelle wie „Die Zeit“ bringt eine große Serie über Erb-, Verhaltens- und Intelligenzforschung. Grundtenor: die „Ungleichheit der Menschen“.

In Organen der konservativen „Tendenzwende“ wird systematisch das Ende und Scheitern sozial-orientierten Denkens (z.B. in Erziehungsfragen) verkündet und stattdessen auf biologische Theorien gesetzt.

In einer konzertierten Aktion quer durch die ganze braune Szene der BRD macht sich eine NPD-organisierte „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ daran, bislang für Neofaschisten kaum mögliche Massenwirkung anzusteuern (siehe dazu AK 178).

Was tut sich hier?

Was tut sich hier?

Allen Anzeichen nach wird gegenwärtig auf breiter Front ein Klima der Ausländerfeindlichkeit, des Fremdenhasses und des Rassismus geschürt, dessen Dimensionen die rassistische Ausländerhetze während der „Ölkrise“ 1973 („Jetzt spielen die Scheiche ganz verrückt“) weit in den Schatten stellen (siehe dazu: „Krieg gegen die dritte Welt?“ in: Droht ein neuer Faschismus?, 1976).

In den Massenmedien, von Regierung und allen bürgerlichen Parteien vorangetriebene Renaissance rassistischer Verhetzung geht in Richtung Vervollständigung des traditionellen Dreigespanns imperialistischer Massenideologie: Militarismus, Chauvinismus und Rassismus.

Im Zeichen der konservativen „Tendenzwende“ (an der die staatstragende SPD, samt FDP, nicht weniger beteiligt als CDU/CSU) ist bislang das Aufleben von Nationalismus und Militarismus im vollen Gange; die neue Ausländerfeindlichkeit ist nun der Boden, auf dem verschiedene rassistisch-biologische Vorstöße gemacht werden können.

Auf der Ebene „seriöser“ Wissenschaftlichkeit und „intellektueller“ Diskussionen werden Verhaltensforscher, Vererbungsbiologen etc. „neu“ entdeckt, deren biologische Theorien noch vor wenigen Jahren allgemein abgelehnt wurden, woraufhin sie zumeist im Abseits recht radikaler Werturteilung verschwanden. Heute dagegen gibt es eine acrobatische Lese- und Augen-Diskussion, Konrad Lorenz wird als „revolutionärer Denker“ entdeckt usw.

Ideologiestützen wie rechte Verlage, CDU/CSU-nahe Zeitschriften usw. verbreiten zunehmend biologische Theorien besonders der Neuen Rechten Frankreichs und der neurechten „Nationalrevolutionäre“ aus der BRD. Über ihr Hineinwirken in die Grüne Bewegung und durch die Aufnahmebereitschaft von Teilen der alternativen Szene dient sich der Neue Biologismus geradezu als zukunftsweisende „Alternativ“-ideologie an (weder traditionell rechts noch links).

Die neofaschistische Szene bekommt durch das allgemeine Klima Aufwind. Was von den Rechtsextremen propagiert wird, ist im Kern allerdings nichts anderes als alter, nationaler Rassismus, der in der braunen Szene schon seit eh und je gehandelt wird. So ist der gegenwärtige neofaschistische Vorstoß in Sachen Ausländerhetze/Rassismus weder inhaltlich neu, noch besonders radikal.

Eine Aktion wie die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ ist jedoch als Symptom dafür interessant, wie groß der Spielraum heute für solche Propagandaschübe (auch und gerade von Neonazis) ist.

Im Folgenden beginnen wir mit einer Darstellung der Kontinuität des neo-nazistischen Rassismus und einiger seiner heutigen Manöver. In einem zweiten Teil werden wir dann im Vergleich dazu die anderen genannten Stränge der Rassismus-Renaissance genauer vorstellen, einschließlich ihrer Widerspiegelung in der alternativ-linken Szene. Wir halten eine gründliche Auseinandersetzung mit dieser ideologischen Entwicklung für dringend geboten.

Rassismenwege nach 1945

Die Niederlage des Faschismus 1945 diskreditierte jede Form offenen Rassismus zunächst so vollkommen, daß seinen Propagandisten und Mordpraktikern nichts als Untertauchen und Tarnen übrigblieb - sei es durch Absetzen ins Ausland, sei es durch „Abachwören“ und Verpflichtung auf „demokratische Prinzipien“.

Ein Rest hartnäckiger Rassismusbesessener - im wesentlichen wohl solche der „zweiten Reihe“ - blieb dagegen bei der Stange und sammelte sich in zunächst opportunistischer Zerkübelung. Verschiedenste Vereine und Gesellschaften taten sich auf - so eine „Deutsche Gobines-Gesellschaft“ (genannt nach einem der Väter des Nazi-Rassismus), so eine „Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege“. Am Herzen lag den dort versammelten Ärzten, Biologen, Heilkundlern etc. die „Erneuerung von Art und Gestalt“, weshalb sie sich in einem gleichnamigen „Arbeitsring Deutscher Gesellschaften“ zusammenschlossen.

Als die neofaschistische Szene ohnehin nach neuen Gestalten Ausschau hielt (NPD-Gründung 1964), schenkte auch die Zeit gekommen, eine eigene Zeitschrift herauszugeben. 1963 erschien erstmals „Erbe und Verantwortung“ - Eugenische Rundschau, später umbenannt in „Biologische Zukunft - Erbe und Verantwortung“. Auf den Seiten dieses Blattes fand der Ruf nach Erbgutpflege, Ausmerzen minderwertigen Erbmaterials, die Warnung vor der drohenden rassistisch-völkischen Degeneration des Deutschen etc., wie es in unverändertem Nazi-Jargon hieß, seine unbarmherzigen Verfechter.

Auch daraus, woher diese Rassenpropaganda stammte, wurde kein Hehl gemacht. So wurde, neben Goebbels, auch anderer Vorläufer der faschistischen Massenideologie gehuldigt, z.B. Francis Galton („Schöpfer der Eugenik“). Verehrt wurde vor allem der aller-offenkundigste Nazi-Rassist, Hans F.K. Günther, berühmt-berüchtigt als „Rassen-Günther“ (siehe z.B. „Biol. Zuk“, 3/70) - einer der ganz wenigen, die nach 45 Berufsverbot erhielten. Oder es wurde die Sache diskreditierter Nazi-Mediziner vom Schlage eines Ernst Rüdin verfochten (u.a. Kommentator des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, 1933, ein Grundstein der Nazi-Ausrottungsprogramme). Die „Biologische Zukunft“ der Erb-Pflege sah das so: „Rüdin, wenn er noch lebte, würde uns ermahnen, niemals beim Errichten solcher zu bleiben, sondern rasches Weiter zu forschen. Und er würde uns, energiegeladener und von dem ehrlichen Wunsch besetzt zu helfen, wie er war, unermüdlich darin vorangehen.“ („Biol. Zuk“, 2/71).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 14

Kein Wunder, daß die „energiegeladene“ und „rastlose“ Schlager und Heizer der militanten Neofaschistischen Szene („Aktion Widerstand“) alsbald im Kreis dieser Spezialfraktion der braunen Szene auftauchten. Unter ihnen einer der damals allerorts bekannten Krawallhais Jürgen Rieger (inzwischen Rechtsanwalt in Hamburg) der als „junger Freund“ voll ins Rasse-Geschäft einsteigen sollte.

Neuer Rassismus mit Imagepflege

Riegers 1969 verfaßte – später als jugendgefährdend idiomatisiert – Rassen-Schrift „Rasse – ein Problem auch für uns!“ ist ein Produkt dieser Erbschafts-Schulung. Rieger schien damals zweierlei zu garantieren. Zum einen, den knallharten Nazi-Rassismus nicht aus dem Auge zu verlieren, zum anderen aber genügend Energie und Ranküne aufzubringen, ihn als nicht-nazistisch, als „modern“, insbesondere als „streng wissenschaftlich“ tarnen zu können.

Was das erste angeht. Das inhaltliche Programm der Rasse-Gesellschaft läuft in der Tat auf nichts anderes als eine Renaissance der nazistischen „Rassenkunde“ hinaus, wie sie, neben anderen, von den zwei führenden NS-Rassisten Clauß und Günther repräsentiert wurde. Das untergründige Motiv verschiedenster Aufkätze der Rassist-Zeitung ist gerade, die angebliche Richtigkeit, sprich „Wissenschaftlichkeit“, der alten Nazi-Rassenideologie herauszuarbeiten. Mittlerweile beschränkt sich die Rassen-Gesellschaft nicht mehr auf Hul-

Wissenschaftler leuchte als Autoren, Beirats-Mitglieder etc. auf. Unzweifelhaft am prominentesten Dr. Arthur R. Jensen, Psychologie-Professor in Berkeley/USA und internationaler Top-Experte in Sachen Intelligenzforschung.

Funktionen der Rassen-Zentrale

Die Aktivitäten der Rassen-Gesellschaft kristallisierten sich an drei Schwerpunkten.

Die Zeitschrift verfolgt nach 1979 (d.h. in die neofaschistische Szene) insbesondere die Strategie der Popularisierung „wissenschaftlicher Erkenntnisse“ mit dem Ziel, aktuelle Argumentationshilfen zu bieten. Diese „Wissenschaftlichkeit“ ist zugleich die nach außen gerichtete Strategie, um an „seriösen“ Leserkreise zu gelangen und um Kontakte zur offiziellen Wissenschaft sowie zur „seriösen“ Rechte aufbauen zu können. In diesem Rahmen bewegen sich auch gezielte Werbekampagnen bei Ärzten, Lehrern, Eltern u.ä. gelegentlich tritt die „Gesellschaft“ sogar mit Informationsständen in der Öffentlichkeit auf. Eines der jüngsten Anschreiben an „alle Lehrer und Erzieher des deutschen Sprachraums“ enthält etwa folgende Passage: „Unsere biologische Substanz ist durch Geburtenarmut und Masseneinwanderung von Ausländern gefährdet.“ (lat., 1.2.80).

Über die Zeitschrift hinaus organisiert die „Gesellschaft“ alljährlich Veranstaltungen mit Schulungscharakter. Engagiert arbeitet sie dabei mit dem von NPD-Ideologen Rolf Koelek geleiteten „Arbeitskreis Südwest“ zusammen, der die gleiche Art

„Gesellschaft“ spielt das traditionelle Zentralorgan des westdeutsch/europäischen Neofaschismus, „Nation Europa“ in Coburg. Ihr war bereits 1969 Riegers Rassen-Schrift wohlwollend aufgenommen („wissenschaftlich solide untermauert“, NE 12/69). Die Bemühungen des NE-Chefs Peter Dehmel, den „Nation Europa“-Kreis ins rechts-konservative Lager der CDU/CSU zu öffnen, um den Makel des „Rechtsextremismus“ loszuwerden, schien eine öffentliche Kooperation mit Rassist wie denen der Rieger-„Gesellschaft“ allerdings lange auszuschließen. Die jüngste Entwicklung zeigt aber, daß das Gegenteil der Fall ist.

Ende 1978 legte in Göttinger wieder einmal die „Gesellschaft für biologische Anthropologie“ und Rieger hielt einen – politisch brisanten – Vortrag „Evolution, Eigennutz und Gruppe“. Gedruckt erschien er in der folgenden Nummer der „Neuen Anthropologie“, Jan.-März 1979. Interessanterweise lag dieser Nummer auch eine Werbbeilage für „Nation Europa“ bei. Nicht verwunderlich, erschien doch das April-Heft des Coburger Faschistenblattes unter dem Thema „Nationalismus als Naturgesetz“ – und zwar mit dem Aufmacher und Schwerpunkt-Artikel „Evolution, Eigennutz und Gruppe“ aus Riegers Feder. Debutant gab dazu folgende Erklärung ab: Es handele sich hier um einen „für unser Selbstverständnis grundlegenden Beitrag“, der unwiderlegbar die Richtigkeit der Prinzipien des „ethnopluralistischen Nationalismus“ als „lebensgerechter Ordnung“ beweise. Es gehe aktuell um folgendes: „Geburtschwund“, „Invasion von Asiaten, Arabern und

Kampf“ angekündigt, das Verbot von „Mischen“ gefordert; hatte verlangt, „die Einwanderung weiterer Gastarbeiter abzu stoppen; die hier lebenden ... abzuschieben und helle verachsteten „Rassenkampf“ vorhergesagt.

Sein Auftritt in der „Neuen Anthropologie“ bzw. in „Nation Europa“ wiederholt Wort für Wort diese Rassenhetze. So „begründet“ er die Nützlichkeit und „Lebensrichtigkeit“ von (und jetzt wörtlich) Rassentrennung, rassistischen Vorurteilen, Rassendiskriminierung, Fremdenhaß.

Sein aktueller Hinweis: „Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, unseren Lebensraum zu behaupten und nicht durch Gebietsabtretungen und Verzicht zu verkleinern, den Zusammenhang als Volk zu bewahren und die Rassenmischung zu verhindern. Wir sollten uns nicht scheuen, auf diesem Gebiet Kassandra zu sein, wenngleich dies sicher nicht populär ist – aus Verantwortung vor den Lebenden.“

Da hin zum faktisch-aktuellen Argumentationsmuster (z.B. Hinweis auf die NRW-Meinungsumfrage) ist also vom dem Gespann „Gesellschaft für biologische Anthropologie“/„Nation Europa“ die Aktion der folgenden Monate „vorgedacht“ worden.

Die Aktion läuft an

Der Kassandra-Warnruf der Rasse-Vordenker wurde, wie erwartet, alsbald gehört. Die NPD/JN-eigene Produktion lief an (Droses programmatische Statements, „profil“ 10/79; die Broschüren „Chicago droht“ und „Völkerschlag in Deutschland“, seit Anfang 1980 vertrieben) und organisatorische Schritte wurden eingeleitet (Anti-Ausländer-Entscheidung beim NPD-Bundesparteitag in Ketsch, Ende 1979). Ab Februar 1980 operiert die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ in Bochum. Als deren überregionales Sprachrohr – abgesehen von der NPD-Presse – wurde wiederum unverzüglich „Nation Europa“ eingesetzt. Sie verbreitete den Aufruf der BI sowie einen Bericht über den Stand der Aktion (NE 5/80) (Siehe zu den Einzelheiten der BI, AK 178, S. 18/19).

Das wohlwollende Auge der „Gesellschaft“ ruht natürlich auch auf dieser Entwicklung, so meldet die „Neue Anthropologie“ (1/80) festsinnig über die „BI Ausländerstopp“, daß „zwischen der NPD begeistert ist“.

Freys „National-Zeitung“, um das zu ergänzen, steht selbstverständlich nicht abseits, warnt vor der „Überfremdung Deutschlands“ und schreibt: „Was wir benötigen, ist zunächst ein Ausländer-Stopp“. Natürlich fehlt auch hier nicht der Hinweis auf die NRW-Umfrage („National-Zeitung“ und „Deutscher Anzeiger“, 18.7.80). Freys wortwörtliches Mitziehen mit der Nazi-Rassismus-Aktion ist um so verständlicher, als auch er „seinen Mann“, nämlich den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der „Deutschen Volkswacht“, Dr. Bernhard Steidle, im „Wissenschaftlichen Beirat“ der „Gesellschaft“ sitzen hat!

Neuer Rassismus – Neuer Biologismus

Der rassistische Kern des neofaschistischen Lagers kann die anlaufende Aktion zweifellos als Durchbruch betrachten, das Zusammenspiel der bislang eher aus dem Hintergrund operierenden „Gesellschaft“ mit dem Kreis um die „seriös“-faschistische „Nation Europa“ zeigt, welches Gewicht der Rassenpropaganda derzeit bei den Manövern des Rechtsextremismus zukommt. Dennoch bleibt der Makel des Neonazismus. Der rechtsextremistische Rassismus sucht deshalb die Verbindung zu rassistischen Bemühungen auf anderen Ebenen, von anderen Kräften, die weitestgehend erfolgreiche Dimensionen versprechen.

Dies sind vor allem verschiedene Varianten eines Neuen Biologismus (dazu gehören der sogenannte „Jenenismus“, der „Ethnopluralismus“ etc.), wie er gegenwärtig zusehends als Bestandteil der konservativen „Tendenzwende“ salonfähig gemacht werden soll. Anknüpfend an den Neuen Biologismus läuft außerdem zur Zeit in der interkulturellen Öffentlichkeit – wie ein Blick auf die Verlagsprogramm- oder Meinungsmacher-Journale wie „Die Zeit“ zeigt – eine biologisch-rassistische Renaissance an, die in Teilen der links-alternativen Szene offene Ohren finden dürfte.

(Siehe dazu „Raus aus der Krise der Linken! – Aber wohin?“, AK 175). Diese Aspekte werden demnächst im

Antifa-Kommunisten KB/Gruppe HH



1 Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung. Verdrehung und Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945-1977

Drei Jahrzehnte nach 1945 ist in der BRD von dem damals gemachten Ansatzen zur Bekämpfung des deutschen Militarismus und Nazismus kaum noch etwas vorhanden. Stattdessen sind die von den Alliierten 1945/46 erlassenen Vorschriften in den Weisungen und später in der BRD sehr schnell abgeschwächt, zurückgenommen und in ihr Gegenteil verkehrt worden.

In dieser Dokumentation wird der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierungsverfahren, die massive Wiederangliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleichende und beginnende „Verfolgung“ von Nazi-Verbrechern exemplarisch aufgezeigt. 184 Seiten, Buchformat DM 10,- ISBN 3-88305-001-4

3 „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und nazistischen Aktionen von Manfred Roder, Thies Christophersen und Erwin Bahnbach am provokativsten. Seit Jahren betreibt dieser Kreis offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“, dabei sind sie keine isolierten „Einzelgänger“, sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt. Die Entwicklung der Umtriebe dieser Nazi-Bande, ihre Tolerierung und Unterstützung durch Stadtverwaltungen, Regierungsstellen, Gerichte und Polizei, wird in dieser Dokumentation detailliert und umfassend dargestellt. 208 Seiten, Buchformat DM 13,50 ISBN 3-88305-003-1

4 „Jeder kann der nächste sein“ Erste umfassende Dokumentation der polizeilichen Todesurteile seit 1971 und ihre Legitimation.

Über 150 Menschen sind seit 1971 in der BRD durch unmittelbare Gewaltanwendung seitens der Polizei – u.a. durch den Todesschuß – ums Leben gekommen. Ist das die neuerdings propagierte „Bürgerhilfe“ der „Ordnungskräfte“? Wir haben 140 Fälle dokumentiert und untersucht, inklusive der gesetzlichen Grundlagen. Und wir müssen erste Fälle beschreiben, wo Kritik am Todesschuß diffamiert und sogar unterdrückt wird. Erscheint im November 1978. ISBN 3-88305-004-0

ISBN 3-88305-004-0

5 Nach Schleyer: „Sonderkommando“ in der BRD – Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo

In der BRD kam während der Fahndung nach dem Schleyer-Entführer ein Apparat zum vollen Einsatz, der seit der Verabschiedung des Notstandsgesetzes 1968 von der SPD/DP-Koalition als „Reformprogramm“ in der „Sicherheit“ plamäßig aufgebaut wurde. Der Krisenstab, den es dem Gesetz nach gar nicht geben darf, setzte – unter Berufung auf die Notlage – für zwei Monate die Demokratie außer Kraft. Die parlamentarische, juristische und öffentliche Kontrolle waren für diese Zeit ausgeschaltet. Die Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei wurde im Krisenstab definitiv angeordnet. Das Bundeskriminalamt wurde über Nacht zur Rassenzentrale der gesamten Polizei. Polizei war nicht mehr Landesmacht. Das Bundeskriminalamt setzte in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt und dem Deutschen Presserat die Pressefreiheit faktisch außer Kraft und instrumentalisierte im Anschluß daran sämtliche Medien zur Fahndung. Polizeiliche Sonderkommandos, per se geheim und unkontrollierbar, standen an der Spitze der Fahndung. Knapp zwei Monate lang herrschte in der BRD der „freiwillige Notstand“ – ohne daß der Notstand entsprechend dem Grundgesetz ausgerufen worden wäre. In der Folge der Einführung gab es eine wahre Schwemme von Gesetzentwürfen sogenannter „Anti-Terror-Paketen“ mit deren Durchführung der „Notstand“ alljährlich zu werden droht. Der Vergleich mit der Struktur und Arbeitsweise des im Reichsarchivhauptamt zentralisierten Terrorapparates des Faschismus zeigt ebenfalls, daß wir einem Vorbild diese Aufklärung konstatieren geht, zeigt andererseits, was die westdeutsche Bevölkerung in Zukunft noch erwarten kann. Diese Analyse des Polizeisystems stützt sich auf umfangreiche Dokumente. 240 Seiten, Buchformat DM 14,- ISBN 3-88305-005-9

zu beziehen über: buntbuchverlag, Lärchenstr. 75, 2 HH 50



ditionen insbesondere an Günthers Adresse (zusatz „Neue Anthropologie“ 4/78 zum 10. Todestag Günthers), sondern sie druckt seitdem Nazi-Rassenschriften, getarnt als Belegzitate, nach (NA 1/78, folgende). Ein „Hans F.K. Günther Kreis“ innerhalb der „Gesellschaft“ kündigte 1977 die Sammlung aller Schriften Günthers in einem Archiv und eine Neuherausgabe seiner Schriften an (NA 4/77).

Zugleich mit Riegers Wahl zum ersten Vorsitzenden der Rassen-Gesellschaft, 1972, setzte die Imagepflege ein. Fortan hieß der Verein „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“, die Brd-Zeitschrift hieß mit dem „Neue Anthropologie“. Die „Wissenschaftlichkeit“ des Neuen Rassismus wurde hergeputzt. So erhielt die „Gesellschaft“ bzw. die „Neue Anthropologie“ einen „Wissenschaftlichen Beirat“, nahezu ausschließlich Doktoren und Professoren, und das Netzwerk internationaler Faschistenkontakte steuerte das Seine bei. Eine Reihe ausländischer, scheinbar unla-

Veranstaltungen durchführt. Auf diesen Tagungen wird, zumeist von den Ideologen der „Gesellschaft“, der jeweils neueste Themen- und Argumentationsstand aufbereitet.

Übershaupt besteht die ideologisch zentrale Funktion der „Gesellschaft“ darin, als Spezialfraktion die jeweils relevanten, aktuell möglichen Rassenpropaganda „vorzudenken“. Zum Kern der Rieger-Mannschaft gehören Vertreter entscheidender Sektoren der Rechtsextremen Szene: Rolf Koelek als Chef-Ideologe der NPD, also des traditionellen, organisierten Neofaschismus, eine Gruppierung des Rechtsaußenflügels der Ökologeszenen (Braker, Mommen, Schwab), ein Verbindungsmann zur CDU/CSU-Rechten, Dr. Werner Freytag (Vorstandsmittglied der CDU/CSU-nahen Ludwig-Frank-Stiftung).

„Bürgerinitiative Ausländerstopp“: ein Beispiel aus der Praxis

Eine besonders Rolle für die „Ausstrahlung“ der Rassen-Gesell-

„Schwarzafrikanern“ bedrohten das „deutsche Volk“ und das „weiße Europa“. Daß dies auch die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung sei, belege eine Repräsentativumfrage des Innenministeriums in NRW. Folgende Forderungen seien angebracht: „die Wanderung von Gruppenfremden in den Raum anderer“ müsse unterbleiben, solche „Gruppenfremden“, besonders „außereuropäische Völker“ gehörten „in ihre Heimat zurückgeführt“, „statt in Europa integriert“ zu werden, schließlich müsse „die Flut der pseudo-Asiaten gestoppt“ werden (NE 4/79).

Riegers Aufsatz aus der Rassen-Zentrale lieferte dazu die „wissenschaftlichen Argumente“. Im Kern stellt er natürlich eine Zusammenfassung bestimmter Bestandteile rassistischer Hetze dar, wie sie seit eh und je in der gesamten braunen Szene gang und gäbe und Breitenweiser Schrift von 1969 hatte Rieger beispielsweise gegen „Rassenmischung“ und „Rassengefährdung“ den „bedingungslosen

Faschistoides aus der Feder des Bremer Polizeipräsidenten

Der 6. Mai im Bremer Weserstadion gibt weiterhin die Kulisse für massive Versuche ab, den Polizeistaat zu verwirklichen. Während über eine Ausrichtung der Polizei mit Gummigeschossen und Wasserkanonen gegen Demonstranten diskutiert wird, und diese Waffen inzwischen getestet werden, ist jetzt ein „Strategiepapier“ des Bremer Polizeipräsidenten Diekmann an die Öffentlichkeit gelangt, in dem zu einem Rundumschlag gegen das „schlechte Staat“ und die jahrelange „Nachgiebigkeit“ gegenüber „Rechtsbrechern“ und „Kriminellen“ ausgeholt wird.

Waher war es in erster Linie das (Wahlkampf-)Konsortium der CDU/CSU gewesen, die Proteste gegen Klagsvorbereitung und NATO als Ergebnis der SPD-Politik anzugreifen. Mit Diekmann hat die prominente Schützenhilfe aus der Bremer SPD selbst bekommen.

Wer das Papier des Polizeipräsidenten liest, kann tiefes Mitleid mit der Polizei bekommen (siehe „Weser-Kurier“, 16.7.): Das schlechte Image der Ordnungshüter habe das „Gruppendenken der Polizisten reduziert“, „tiefe Verunsicherung“ und „das Gefühl der Orientierungslosigkeit“ habe sich ausgebreitet, „weil jede Richtungsweisung fehlt“. Die Gesamtleistung der Polizei werde „etwa von fünf Prozent der Beamtenschaft entscheidend geprägt“, wobei 80 Prozent „durchschnittlich engagiert“ ist, und man von etwa 15 Prozent Null-Arbeitern ausgeht.

Die Ursache: Heute rufe jeder hergelaufene Bürger „nach mehr Recht“, und dahinter stehe „immer weniger ein Besinnen auf die der gegenwärtigen Rechtsunsicherheit zugrunde liegenden gesetzlichen Regelungen“. Ja, „Rechtsstaatlichkeit wird empfun-

— Da ist (noch) die Tatsache, daß Bremen Asylbewerber aufnimmt, obwohl „bei den Asylbewerbern eine bis zu 600-fache Steigerung krimineller Aktivität gegenüber den Normaldeutschen (III) feststellbar ist“, und diese „latente kriminelle Energie“ die „eigene nationale Existenz“ gefährdet. (Diese Ausführungen decken sich inhaltlich haarklein mit entsprechender Ausländerhetze der Faschisten.)

— Da ist die „Moderschneidung, Straßenfeste abzuhalten ... auch dann, wenn es praktisch gar keine Gründe für ein Straßenfest gibt, wie das Beispiel in der Buchstraße am 1. Mai beweist“. (Zum Verständnis: Weil die Polizei einen vorher ordnungsgemäß angemeldeten Parkplatz nicht von Autos räumen ließ, feierte die Naturfreundejugend notgedrungen vor ihrem Haus auf der Straße; die

des Gesetzes [verläßt]“ — Und da sind schließlich diejenigen, die „widerrechtliche, wenn nicht sogar strafbewehrte Nutzung fremden Eigentums“ betreiben: die Haus- und Parkanlagenbesitzer. Sie werden laut Diekmann nicht kurzerhand verhaftet, sondern mit ihnen werden „sozusagen offizielle oder sogar offizielle Verhandlungen aufgenommen ... In Einzelfällen ist es zu regelrechten Duldungsverträgen gekommen“, wie am Beispiel der Botschaft der Freien Republik Wendland aufgezeigt wird, die tatsächlich einen einjährigen Nutzungsvertrag für ein städtisches Rasenstück von der Stadt bekommen hatte.

Alles in allem — so das Resümee — kann die Polizei „ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen“, weil die Bremer SPD-Regierung „den Rechtsbrecher hoffähig macht“, weil „aus Gründen des taktischen Kalküls darauf verzichtet [wird], den Rechtsstaat durchzusetzen ... um sozusagen auf der Welle der Gruppenempfindungen Sympathiepunkte für sich selbst oder für die vertretene politische Partei zu erhalten“.

Um diesem Zustand abzuhelfen, fordert Diekmann in erster Linie eine stramme Rechtswendung in der Politik des Bremer Senats. Oder, vornehmer ausgedrückt: Zu fragen sei, „ob Prioritäten in der gesamten Politik der Stadt nicht anders zu setzen sein werden müssen“.

Zusätzlich verlangt er die Aufstockung des Personals und bessere Ausrüstung, denn „dem Bereich „innere Sicherheit“ [muß] heute mindestens die gleiche Aufmerksamkeit zuteil werden, wie dem Bereich der äußeren Sicherheit“. Das müßte heißen: Die Polizei soll endlich bundesweit ausgebaut werden, um den inneren Feinden genauso wirksam wie den Russen beikommen zu können.

Garniert ist das Papier noch mit einer speziellen Drohung an linke Sozialdemokraten: Diekmann schreibt, bei soviel „schlappem Staat“ gebe es „auch bei uns (der Polizei, Anm. AK) Tendenzen, die eine ... Rechtswendung der Polizisten signalisieren“. Damit meint er mit Sicherheit auch sich selber.

Was steckt dahinter

Jeder halbwegs demokratisch denkende Mensch in Bremen weiß, daß von Schwäche oder gar Untätigkeit der Polizei leider nicht gesprochen werden kann. Ebensowenig zielt sich der Senat und seine Verwaltung, wenn es darum geht, fortschrittliche Initiativen und Aktionen zu unterbinden oder zu behindern. Was die „Schwäche“ der Polizei betrifft, so können zuletzt die zahlreichen, von eben dieser Polizei verletzten Demonstranten des 6. Mai Genaues berichten. Am 17. fand eine Pressekonferenz zahlreicher Demonstranten statt, die in brutaler Weise von Polizisten ohne erkennbare Gründe zusammengeschlagen worden waren. Sie haben jetzt außer Strafanzeige auch eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Polizeipräsidenten gestellt, denn, so eine Verletzte:

„Ich hatte bei dem Vorgehen nicht den Eindruck, als ob da einige Polizisten einfach „durchgedreht“ sind. Vielmehr kam es mir so vor, als wären die Angriffe eine gezielte Aktion gewesen.“ („Bremer Nachrichten“, 18.7.)

Wenn wider besseren Wissens die höchsten Polizeibeamten ein solches „Strategiepapier“ verfassen, dann muß dahinter eine klare politische Absicht stecken. Diekmann gehört der SPD an. Die SPD steht aber seit dem 6. Mai unter schwerem Beschuß der CDU, weil der Protest gegen die öffentliche Verdrängung bis weit in die Reihen gegangen war, so also als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft werden müsse. In den Untersuchungsausschüssen in Bremen und Bonn hat die SPD versucht, mit einer Art Doppelstrategie ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen: einerseits kompromissloses Bekenntnis zur NATO und Kriegsvorbereitung der BRD, andererseits die notwendige Wahrung des demokratischen Scheins, also die Verteidigung des Rechts, eigene Gedanken zu solchen Militärparaden zu haben. Der Grund dafür liegt wohl in der Angst, gerade vor der Wahl die Linken in der SPD und um sie herum nicht allzu forsch vor den Kopf stoßen zu wollen.

Hinter verschlossenen Türen betreibt aber die SPD selbstverständlich verstärkt reaktionäre Politik. Das

beweisen die geplanten Gummigeschosse und Wasserkanonen ebenso wie die künftig erweiterte Spitzelkompetenz der Geheimdienste.

Das Papier der Polizeiführung ist offenbar der Versuch, eben dieser law-and-order-Politik noch mehr Dampf zu machen. Dem entspricht auch sein Zustandekommen: Das Papier gibt einen Vortrag wieder, den der Polizeipräsident am 4. Juli vor den SPD-Deputierten des Innenresorts gehalten hat. Seine Veröffentlichung liegt sicher nicht im Interesse der SPD-Doppelstrategen.

Entlassen wird Diekmann aber trotz seiner faschistoiden Gedankengänge keineswegs. Zwar kritisiert die SPD das Papier als „Dokument des 19. Jahrhunderts“ und als Beweis für ein „längst überwundenes, abgeklatschtes Bewußtsein“, aber auf der anderen Seite müsse man „noch über etliche Details des Diekmann-Papiers reiten“ („Weser-Kurier“, 21.7.).

Sehr zu begrüßen ist dagegen eine Initiative des „Kulturplatz“, der „Gruppe schreibender Frauen“ und des „Verbandes Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier“ auf Entlassung Diekmanns aus dem Dienst, „weil der Polizeipräsident nicht die Gewähr bietet, jederzeit für die FDGO einzutreten“.

KB/Gruppe Bremen

Polizeistrategie Stümper will »Weltfriedenspolitik«

In der Juni-Ausgabe der Polizeifachzeitschrift „Kriminalistik“ steckt der baden-württembergische Landespolizeipräsident Alfred Stümper wieder einmal seine Ziele ab. Stümper gilt als Mitbegründer der „Mobilen Einsatzkommandos“ (MEK), er empfahl dem Bonner Krisenstab während der Schleyer-Entführung u.a. die Liquidierung der Stammheim-Häftlinge und fordert seit geraumer Zeit die Errichtung einer „Generaldirektion Innere Sicherheit“ am Bundesinnenministerium.

Sein aktuelles Thema ist „eine nicht nur ressortübergreifende, sondern die gesamten menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse einbeziehende Kriminalstrategie“. Stümper formuliert in diesem Aufsatz Gedanken, die stark an das berühmte Bild Horst Herolds von einer Polizei als „gesellschaftsmittler Einrichtung“ erinnern. So versteht Stümper unter „Sicherheit“ das Zusammenwirken mehrerer Faktoren:

- innere Sicherheit
 - äußere Sicherheit
 - psychologische Sicherheit
 - soziale Sicherheit
 - wirtschaftliche und speziell energiepolitische Sicherheit
 - gesamtpolitische Sicherheit.
- Gezielte Vorbeugungsmaßnahmen müßten deshalb auch über den rein polizeilichen Bereich hinausgehen. Sie umfassen „oft auch außerpolizeiliche Tätigkeiten im Bereich der Gesundheit und Sozialresorts, des Schulresorts, des Wirtschafts- und Finanzresorts usw.“ Dafür müsse die

Polizei zunehmend ressortübergreifend initiativ werden oder andere Ressorts in ihren Aktivitäten unterstützen. Am liebsten und Stümper allgemein „ordentliche und gesunde Verhältnisse“. „So wird es für mich beispielsweise zunehmend deutlich, daß die allgemeine Sicherheitslage ganz entscheidend von einer gesunden Familienpolitik abhängt.“

Der Aufsatz endet mit der (fiktiven) Errichtung mehrerer „Fronten“ (Originalton Stümper), an denen für die Sicherheit gekämpft werden müßte: Angriffe könnten ja von der finanziellen, wirtschaftlichen speziell energiepolitischen Seite ebenso kommen, wie im Bereich des sozialen Friedens, der allgemeinen Sozialpolitik, im psychologischen Bereich, im Vertrauen der Bevölkerung zur Regierung, im Sicherheitsgefühl usw. Und weiter Stümper Originalton: „Auch insoweit erscheint es mir erforderlich, permanent ein Weltlagebild mit möglichen Auswirkungen und möglichen Gegenmaßnahmen zu erstellen, um daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen zu können. Vielleicht ergäbe eine solche Einrichtung sogar einmal die Möglichkeit, eine praktische Friedensforschung einzuleiten, der man sogar sehr Verwirklichungschancen zuschreiben könnte.“ Für diese Art „Frieden“ — vielen Dank! Das werden wir hoffentlich zu verhindern wissen.

(Nachzulesen in „Kriminalistik“ 6/80, S. 242).

Antifa-Kommision KB/Gruppe Hamburg



3KA-Rasterfehldungsprogramm „Masken“

den als Freiheit vom „Staat“, der Bürger bekomme direkt „das Gefühl der Allmacht“ gegenüber der Verwaltung. „Die Folge ist eine zunehmende Respektlosigkeit und damit ein Autoritätsverlust der Politiker“ — und der Bürger.

Der über solche paradiesischen Zustände in Bremen unglaublich verwunderte Leser erfährt auch die Hintergründe für die Klage:

- Da sind einmal die Demonstrationen wie am 6. Mai, bei denen sich, ohne vorher Bescheid zu sagen, nicht alle den „polizeilichen Maßnahmen“ ohne Widerstand beugen. Damit wird die Versammlungsfreiheit „offenkundig mißbraucht“.
- Da ist die Bremer Universität, für Diekmann ein „Naturschutzpark für mindestens Verbalradikalismus“. Gerade die aber ist angeblich zu großen Teilen für die „Tätigkeit des Verfassungsschutzes“ tabu.

Das ungewöhnliche Buch:

»Lieber stören als hören!«

Hamburgs Buchmarkt hat eine Sensation: Hamburgs Staatschutz seine Blamage und seinen Schaden, Hamburgs Linke hat ihre klanunheimliche Freude und sehr viel nützliche Informationen herausgegeben: „von ganz tollen Leuten“, die „leider anonym bleiben (mußten)“ (Originalton) erschien kürzlich auf Hamburgs Straßen eine 126 Seiten starke Dokumentation mit dem Titel: „Die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel Hamburg“.

In der Dokumentation werden aufgrund zweijähriger — verbotener, versteht sich — Analyse des mitgehörten

Funkverkehrs von politischer Polizei und Verfassungsschutz die Struktur, Arbeitsweise, technische Ausrüstung, personelle Zusammensetzung usw. der politischen Polizei, des VS bis ins Einzelne enttarnt — bis hin zu einer Dokumentation darüber, welche Personen/Gruppen im Lauf der letzten zwei Jahre Objekt von „Observationen“ wurden. Darüber hinaus enthält die Dokumentation einige sehr plastische Beschreibungen alltäglicher „Observationsarbeit“, an denen auch skeptischen Leuten klar werden muß, wie die Staatschutzorgane mit kriminellen Methoden den Alltag der BRD-

Demokratie unterhöheln: die politische Polizei „observiert“ — entgegen gesetzlichen Bestimmungen — wie der VS, der VS seinerseits beobachtet ebenso ungesetzlich polizeiliche Befugnisse.

Über die Enttarnung hinaus will die Dokumentation auch Mittel an die Hand geben, sich gegen die Schnüffelpolitiken des Staatschutzes konkret zu wehren: „Uns ist bewußt, daß durch die Veröffentlichung dieser Informationen der Schnüfflapparat nur einige Monate irritiert ist. Das Funk-Hören wird evtl. erschwert, aber wir finden das [aktive] Stören viel effektiver als das Funk-Hören, bei dem wir immer nur die Reagierenden sind. Ihre Kanäle sind bekannt und wenn sie ausweichen, folgen wir ihnen. Ein Netz von ca. 20 kleinen Störern verhindert einen großen Teil ihrer Schnüffelfarbeit. OHNE FUNK KEINE OBSERVATION!!!“

In diesem Sinne enthält die Dokumentation eine Fülle technischer Daten und Ratschläge — nicht minder qualifiziert als die bereits vorliegenden „Erkenntnisse“ über die Bullenarbeit der letzten zwei Jahre.

Die Dokumentation hat in den Medien bereits ein erfreuliches Echo gefunden. Allen voran brachte der freie Sender „Radio Klubautermann“ schon vor Erscheinen des Büchleins eine Vorabsendung — bemerkenswerterweise nach Vorankündigung pünkt-



BULEVARD

lich auf die Minute auf dem öffentlichen Rundfunknetz, ohne von unseren sauberen Staatschnefflern ausgepöbelt worden zu sein! Am 17.7. erschien der Text der Sendung daraufhin in der „faz“, ein Auszug aus der Dokumentation erschien in der „faz“ vom 27.7. Nach Kommentaren in der Hamburger Lokalpresse wurde von allem der „Spiegel“ (30/1980) mit einer zweieinhalbseitigen Buchbesprechung für die gehörige Publizität — in der auch der bannierte Hamburger Staatschutz erstmals in der Sache um Wort kam. Statistat Jörgen Franzel, in

Vertretung von Innensenator Stank, wird zitiert. Er bewertete den Erfolg des Büchleins als „schwerwiegend“ und meinte: „Wir haben einiges umstellen müssen.“ Ein „Hamburger Spitzenbeamter“ soll „gequält“ gesagt haben: „Da waren Profile am Werk.“

Nun ja, den Eindruck haben wir auch Unser Tip: sehr lesenswert, eine Lektüre, die Spaß macht und anregt

Antifa-Kommision KB/Gruppe Hamburg



DIE PRAKTIKEN VON STAATS- UND VERFASSUNGSSCHUTZ AM BEISPIEL HAMBURG

Prozeß gegen die Bewegung 2. Juni

Laßt die Genossen raus!

Die Urteile gegen die 6 Genossen im 2.-Juni-Prozeß werden nun doch erst nach der Sommerpause – voraussichtlich im September – gesprochen. Damit hat die Linke die Chance, die jetzt angelaufenen öffentlichen Proteste gegen diesen Unrechtsprozeß und ihre Forderung nach Freilassung der Angeklagten entscheidend zu verstärken.

Nutzen wir Fritz Teufels A- und B-Ibi, um die terroristischen und kriminellen Methoden der Justiz in diesem Verfahren und anderen „Terroristenprozessen“ deutlich zu machen. Durchbrechen wir die Mauer der Entsolidarisierung! Wenn im folgenden die juristische Haltlosigkeit der gesamten Anklage in diesem 2.-Juni-Prozeß noch einmal dargelegt wird, darf das nicht heißen, daß unsere Solidarität mit den Gefangenen von der „Unschuldvermutung“ oder gar einem A- bzw. B-Ibi abhängt. Nach wie vor lautet unsere Forderung: „Freiheit für alle politischen Gefangenen“. In diesem Sinn muß mit dem Kampf um die Freilassung von Fritz Teufel und selbstverständlich auch der anderen fünf angeklagten Genossen ein Anfang gemacht werden (dieses sei auch durchaus selbstkritisch zum „Fritz-Teufel-Artikel“ im AK 181 angemerkt).

Mitgliedschaft und Unterstützung der „kriminellen Vereinigung“ 2. Juni.

Noch bevor der Lorenz-Drenckmann-Prozeß im Sommer 78 überhaupt angefangen hatte, waren die sechs Angeklagten bereits verurteilt: im Prozeß gegen Christina Dörmel und Waltraud Siepert wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ hatte das Gericht schon „festgestellt“, daß es sich bei der „Bewegung 2. Juni“ um eine „kriminelle Vereinigung“ handelte (eine „terroristische Vereinigung“ gab es damals im Strafgesetzbuch noch nicht). „Festgestellt“ wurde auch, daß Fritz Teufel „zweifelsfrei“ zu den Mitgliedern dieser „Vereinigung“ gehöre. Im Prozeß gegen Eberhard Droher wurde auch Andreas Vogel so nebenbei zum Mitglied der „Bewegung 2. Juni“ erklärt. Damit war aus der Vorverurteilung durch die Medien nun auch eine juristische geworden.

Mit dem selbständigen Strafstatbestand der Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung“ ist aber nicht nur die Möglichkeit geschaffen, ohne konkrete Beweise Menschen aus dem „Dunstkreis“ des „Terrorismus“ für Jahre in den Knast zu stecken. Wer einmal einer „kriminellen/terroristischen Vereinigung“ zugerechnet worden ist, der wird bei weiteren Indizien und mit vorrückenden Konstruktionen auch für alle Taten verantwortlich gemacht, die dieser „Vereinigung“ vorgeworfen werden. Diese Praktiken bemängelt sogar die bürgerliche Berichterstattung: „In Prozessen gegen vermeintliche oder wirkliche Terroristen wird einseitig belastend ermittelt, gilt statt der rechtsstaatlichen Unschulds- oder der verbotenen Schuldvermutung, wird Täterschaft mehr unterstellt als nachgewiesen. Die simple Methode mitzugesen, mitgefangen hat sich in politischen Strafverfahren zunehmend politisiert: war einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung zuzurechnen ist, muß für die Taten aller Gruppenmitglieder einstehen“ („Spiegel“, 2.6.80). Und der „Stern“ (30/80): „Im 2. Juni-Prozeß scheint sich eine Methode der Beweislastvereinfachung endgültig durchzusetzen. Jeder Angeklagte der nachweislich zu der Gruppe gehört, muß sich als Haupttäter der Bewegung zurechnen lassen. Einzig Voraussetzung: irgendein Indiz für die persönliche Beteiligung, mag es auch noch so schwach sein“.

Diese „simple Methode“ ist durch Fritz Teufels Alibi und B-Ibi überdeutlich geworden, sie gilt aber für die gesamte Anklage. Ausdrücklich formuliert hieß es zum Teufel-Alibi denn auch in der „Zeit“ (6.6.): „In der Tat gerät jetzt, nach Abschluß der Beweisaufnahme, durch sein Alibi nicht nur die Anklage gegen ihn, sondern auch gegen seine Mitangeklagten Andreas Vogel, Tili Meyer, Roland Fritzsche und Gerald Klöpfer ins Wanken“.

Es ist schlimm genug, daß es erst eines Alibis bedurfte, um die gesamte Anklage „ins Wanken“ zu bringen. Denn wie ein roter Faden zieht sich durch Version der Bundesanwaltschaft die Devise: Hiner von Euch muß es doch gewesen sein! Sie behauptete in ihrem Plädoyer: Es gebe – so Erklärungen der Genossen – keine Führer, sondern es würden alle Aktionen in gleichberechtigter Partnerschaft gemacht. So werde das jedenfalls bei der Bewegung 2. Juni gehandhabt. Die Bewegung setze ohne Kenntnis aller Kämpfer über die Politik voraus. Jeder Kämpfer übernehme die politische Verantwortung. Deswegen sei jedem der Angeklagten zumind. ... p a y e h - l o c h e B e i h i l f e (Heinrich Heine AK) vorzuwerfen (Prozeßdepesche Nr. 18/13.6.80).

Frau/man vergleiche, welche „Schwierigkeiten“ die Bundesanwaltschaft Justiz hat, alte KZ-Schergen einzusperren, weil angeblich der „Einzelne“ für Folter und Mord nicht geführt werden kann.

Wie Zeugenaussagen zustandekommen

Frau von Drenckmann will Ralf Reinders nach ihrer Aussage im Prozeß als „Blumenboten“ bei dem Attentat auf ihren Mann erkannt haben.

Ihre erste Identifizierung erfolgte in Form einer (bislang immer noch) unzulässigen Einzelgegenüberstellung. Unmittelbar nach dem Attentat jedoch beschrieb sie den „Blumenboten“ so:

- schmales Gesicht
- schlanke Finger und Hände
- gepflegtes Hochdeutsch
- Ralf Reinders jedoch hat ein „Mondgesicht“ (sorry, Ralf), seine Hände sind eher Pranken (so mancher Nazi-Bulle kann davon ein Lied singen). Und als West-Berliner Proletatler spricht Ralf auch schönsten Berliner Dialekt.

Und als West-Berliner Proletatler spricht Ralf auch schönsten Berliner Dialekt.



Das Phantombild



Die nach Angaben von Frau von Drenckmann angefertigte „Phantomzeichnung“ ist zwar ein Phantom, nicht jedoch Ralf ähnlich! Und wenn das noch nicht genügt, „Im Abstand von zwei, zehn und vierzehn Tagen nach der Tat sind ihr (Frau v. Drenckmann, AK) Lichtbildmappen vorgelegt worden. Als wichtigste ist die erste, mit dem kürzesten Abstand zur Tat, also zwei Tage nach der Tat zu nennen. Hier will Frau von Drenckmann in einem Baum unter fest 40 Personen den Teletyp erkannt haben. Der dem Blumenboten am meisten ähnelt. Unter diesen Personen war auch Ralf Reinders, zu dem sie jedoch nichts sagen konnte“ (TAZ, 17.7.80).

Auch als ihr Hendrik Reinders gegenübergestellt wird, der seinem Bruder sehr ähnlich sieht, ist vom Blumenboten nicht die Rede.

Nicht daß Frau v. Drenckmann bewußt Lügen unterstellt werden soll, aber welche Verwertbarkeit hat ihre Prozeßausgabe? Wo es doch zwischen durch auch noch (bei einer ausnahmsweise korrekten Gegenüberstellung) einen Polizeibeamten zum Blumenboten „gekört“ hatte.

Wir erinnern: auch die Witwe Ponto wollte Nora Poesgen mit Sicherheit erkannt haben.

Die „Säule“ jedes „Terroristenprozesses“: ein Kronzeuge

Hochstein heißt er, ist nachweislich chronischer Alkoholiker und von Zeugen und Gutachtern als Hochstapler gekennzeichnet. Daß Hochstein zum Zeitpunkt des Attentats auf Drenckmann überhaupt in Berlin war, „bezeugte“ der mittlerweile im Schmückerverfahren ermittelnde Staatsanwalt Prystarski. Er weiß es von Götz Tünger, seinerzeit Kronzeuge im Schmückerverfahren und höchstwahrscheinlich auch VS-Agent, gerade rechtzeitig verstorben, um eine von ihm angekündigte Aussage zur Verwicklung des VS in diesen Fall nicht mehr machen zu können.

Ansonsten hat Kronzeuge Hochstein keine Ahnung, dafür aber einen missionarischen Auftrag: „Er habe seine Aussagen auch deshalb gemacht, weil sie es ermöglichen, diese in seinen Augen falsche Politik des bewaffneten revolutionären Kampfes zu bekämpfen“ (Plädoyer der Verteidigung).

Das ist ja nun einmal die Herzensangelegenheit eines jeden Kronzeugen, weniger fällt dagegen ins Gewicht, – daß Hochstein so um eine Verurteilung in einem Raubüberfall-Verfahren herumgekommen ist, – daß Hochstein so um eine Verurteilung in einem Raubüberfall-Verfahren herumgekommen ist.

Das Ermittlungsverfahren in Sachen v. Drenckmann gegen ihn eingestellt wurde, eine von einem Hamburger Gericht gegen ihn verhängte Sicherheitsverwahrung (Prozeß u.a. wegen RAF-Mitgliedschaft) nicht durchgeführt wird.

Zur Sache hatte Hochstein Folgendes beizubringen: Andreas Vogel hat ihm nach dem Attentat angeblich erzählt:

- daß er (Vogel) geschossen habe und zwar in die Decke
- Ralf Reinders ebenfalls geschossen habe (was Hochstein in einer anderen Aussage zurücknimmt),
- daß Andreas der Blumenbote gewesen sei (was er nicht mehr aufrechterhält nach Frau v. Drenckmanns Aussage über Ralf Reinders),
- daß der Flüchtling ein Fiat 127 gewesen sei (was auch nicht mehr stimmt, nachdem andere Zeugen von einem Peugeot sprechen),
- daß er nicht an der Aktion teilgenommen habe, da er per Losentscheid rausgefallen sei (Version 1),
- daß er einfach auf der Straße stehengelassen worden sei (Version 2),
- daß Mord geplant gewesen sei (Version 1),
- daß lediglich Entführung geplant gewesen sei (Version 3),
- daß er an der Observierung eines anderen Richter-Hauses beteiligt gewesen sei (nur beschreibt der betreffende Richter sein Haus völlig anders als Hochstein).

Wahrhaft blendendes Beweismaterial, auf das sich die Bundesanwaltschaft stützt! Wie sagte doch Fritz Teufel in seinem B-Ibi: „Je nach Schuhgröße soll man gehörig in dieselbe geschoben werden“.

Die „Rechts“staatlichkeit in diesem Verfahren

Dieses Verfahren wird nach einem speziell entwickelten „Sonderrecht“ geführt, vergleichbar dem „Stammheim-Landrecht“. Einen kleinen Ausschnitt dieses „Sonderrechts“ wollen wir hier präsentieren. Es gibt im bundesdeutschen Strafrecht den Grundsatz der Waffengleichheit zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Davon kann hier nicht im entferntesten die Rede sein.

Bereits im Vorfeld des Prozesses wurden 15 (in Worten: fünfzehn) Anwälte von der Verteidigung ausgeschlossen.

Anwälte aus Westdeutschland wurden gar nicht erst zugelassen. Andere (wie z.B. RA Spangenberg)



wurden mit Strafverfahren überzogen. Mittlerweile hat jeder Verteidiger mindestens ein Ehrengerichtungsverfahren. Die gezielte Verdächtigung und Hetze gegen „Terroristenanwälte“ hat auch dazu geführt, daß einige Verteidiger ihr Mandat aufgaben. Das Verbot der Mehrfachvertretung (§ 146 StPO) wird in Westberlin derart extensiv ausgelegt, daß jeder Anwalt, der einmal in einem Verfahren Terroristenverfahren verteidigt hat, für alle Zeit aus solchen Verfahren ausgeschlossen bleibt (das betrifft in Westberlin mittlerweile ca. 80 Strafverteidiger).

den Angeklagten wurde bis heute kein vollständiger Aktensatz zur Prozeßvorbereitung ausgehändigt.

Gespräche zwischen Verteidigung und Angeklagten finden mit Trennscheibe statt, was bedeutet, daß jedes Blatt Papier an die Trennscheibe abgegeben werden muß, von der Angeklagten finden mit Trennscheibe statt, was bedeutet, daß jedes Blatt Papier an die Trennscheibe abgegeben werden muß, von der Gegenpartei gelesen zu werden.

– zudem wird eine Verteidigung beinahe unmöglich gemacht, indem das Gericht kontrolliert und bestimmt, was „vernehmungsrelevant“ ist.

Darüberhinaus haben die Anwälte den Verdacht geäußert, daß im Hochsicherheitstrakt die Gespräche mit ihren Mandanten abgehört werden (eine bereits aus dem Stammheim-Verfahren bekannt gewordene Praxis).

– Die Bundesanwälte (selbstverständlich verliert im „Terroristenprozeß“) führen nur Akten in das Verfahren ein, die ihnen opportunistisch erscheinen. Andere Akten und insbesondere belastendes Beweismaterial wird zurückgehalten.

– Staatsanwälte erhalten keine Ausnahmegenehmigung über von ihnen durchgeführte Observierungen, andererseits werden die „Ergebnisse“ eben dieser Observierungen als Beweismaterial gewertet.

– Die Beweisanträge der Verteidigung werden in der Regel abschlägig beschieden, z.B. ein Antrag, das Drenck-

mann-Attentat an Ort und Stelle zu rekonstruieren, um nachzuweisen, daß die im Prozeß von der Bundesanwaltschaft behandelten Tatschlüsse nicht der Wahrheit entsprechen können.

– Noch einmal hingewiesen sei auf das Folterwochenende im Mai '77, an dem die Angeklagten ca. 140 Zeugen vorgeführt wurden (hinter einem „venezianischen“ Spiegel, d.h. die Gefangenen konnten die Zeugen nicht sehen). Ihnen wurden zwangsweise die Haare und Bärte geschneitten, durch Knebelketten an den Handgelenken, Reißern in den Haaren, Triften wurden die Gefangenen gezwungen, die Köpfe hochzunehmen, keine Grimassen zu schneiden, diese Art der Gegenüberstellung „mitzumachen“.

Selbstverständlich war die Bundesanwaltschaft anwesend, ebenso selbstverständlich war die Verteidigung Gegenüberstellung „mitzumachen“.

Selbstverständlich war die Bundesanwaltschaft anwesend, ebenso selbstverständlich war die Verteidigung nicht informiert. Bleibt noch nachzutragen, daß die Gefangenen erhebliche Verletzungen davontrugen und daß der Bundesgerichtshof diese Praktiken als „rechtswidrig“ abgesegnet hat.

In einem Interview mit vier Angeklagten vom Nov. 78, ursprünglich vom Stern gewünscht, dann aber doch nicht abgedruckt, heißt es auf die Frage, wie für Andreas Vogel (der damals keinen Vertrauensanwalt mehr hatte) nun noch eine Verteidigung möglich sei: „Mit ein bisschen gutem Willen ist alles möglich. Ein Raumpflug ohne Rakete, eine juristische Verteidigung ohne Verteidiger. Die Gegenparteie ist noch schlechter dran. Sie muß den Prozeß führen ohne Moral, ohne Menschlichkeit, ohne Verstand.“

Freiheit für Fritz Teufel, Ralf Reinders, Ronald Fritzsche, Gerald Klöpfer, Andreas Vogel und Tili Meyer.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

»Und wie stehen Sie das durch?«

»Man muß«

Interview mit der Mutter von Angelika Goders und Ralf Reinders

Dieses von uns hier abgedruckte Interview mit der Mutter Angelika Goders und der Mutter von Ralf Reinders brachte der SFB am 3.7.80 in seiner Sendung „Zeitpunkte“. Wir nahmen lediglich einige stilistische Korrekturen vor, ansonsten blieb das Interview in seiner ursprünglichen Form erhalten.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

SFB. Die Interviewerin fragt zuerst Frau Dreimig: Wie Sie und Ihre Tochter die Situation überhaupt ausblenden.

Frau Dreimig (Mutter von Angelika Goders): Man wundert sich selbst, daß man das aushält, weil man immer im Herzen das Bild des Kindes hat, wie es einmal als junger Mensch war und wir haben versucht, ihr eine freie Erziehung zu ermöglichen. Daß unsere Tochter nun den Weg gegangen ist, der ihr diese bittere Erfahrung bescher, das hatten wir natürlich auf keinen Fall erwartet oder gehofft. Am schlimmsten ist die Begrenzung, wenn man eine so kurze Besuchszeit hat und man kann so wenig miteinander sprechen, daß überhaupt

ein persönlicher Kontakt nicht hergestellt werden kann.

SFB. Wie oft dürfen Sie Ihr Kind neben ein Monat und für wie lange? Frau Dreimig: Ja, wir dürfen ja nur eine halbe Stunde Besuchszeit haben. Ich bin nicht jeden Monat drin. Es gibt zum Glück noch einige andere Leute, die sie besuchen. Und man muß vorher einen Antrag stellen beim Kammergericht und kriegt dann eine Genehmigung und dann muß man beim Staatschutz anrufen, einen Termin ausmachen. Und dann muß man eben die ganzen Sperrn durchlaufen, man wird erst beim Eingang der Haftanstalt durchsucht und abgelept und dann durchs ganze Haus geführt, seit sie im Hochsicherheitstrakt sind, und man kommt dann oben noch mal in so einen Raum, wo man noch mal abgelept wird. Und dann ist es ja im Gegensatz zu früher jetzt ein sehr kleiner Besucherraum ohne Fenster, wo man nur einen Durchbruch in der Wand hat. In dem Raum, wo sie sich aufhält, da sind dann noch zwei Beamte der Anstalt und auf meiner Seite und dann noch Leute vom Staatschutz. So daß man also weiß, jedes Wort wird mit gehört, jedes Wort wird auf die Waagschale ge-

Fortsetzung von Seite 17

legt und dadurch ist natürlich der Kontakt ohnehin gehemmt.

SFB: Wissen Sie genau, unter welchen Bedingungen Ihre Tochter gefangengehalten wird?

Frau Dreimig: Ja, genau weiß ich das nicht. Ich weiß wohl, wie die Öffnungszeiten sind, daß sie nachmittags Umkleiß haben und oben zusammen sein können. Weil der Aufenthaltsraum so unheimlich ist durch seine Ausstattung und nur über künstliche Belüftung verfügt, halten sie sich wohl in irgendeiner Zelle auf. Aber sie darf ja gar nicht darüber sprechen. Manchmal schreibt sie auch, daß sie Kopfschmerzen hat und daß die Luftverhältnisse sehr schlecht sind und daß da eine Überprüfung stattfinden soll.

SFB: Warum darf sie nicht darüber sprechen?

Frau Dreimig: Ja, das soll eine Anstaltsordnung sein.

SFB: Und wenn sie darüber sprechen würde, würde dann der Besuch abgebrochen werden? Sind die Fälle bekannt?

Frau Dreimig: Ja, ich habe das persönlich erlebt, daß gesagt wurde, sie darf nicht darüber sprechen, als sie mir irgendwas erzählen wollte. Die Schwierigkeit kommt dazu, daß durch die Isolationshaft bei den Gefangenen natürlich auch eine Verspannung entsteht, zu dem was draußen in der Welt stattfindet. Und das ist überhaupt das schlimmste, daß man die ganzen optischen Eindrücke weitgehend abschottet und daß sie sozialen Kontakt eben nur unter sich haben können und dadurch, meiner Ansicht nach, für die Zukunft unwahrscheinlich geschädigt werden. Ganz davon abgesehen, daß in dem jetzigen Zustand natürlich auch die Gesundheit in Mitleidenschaft gezogen wird. Vor allen Dingen sind es die schlechten Luftverhältnisse, daß die Frauen viel über Kopfschmerzen klagen, meine Tochter besonders. Daß sie Konzentrationschwäche hat, das sagt der Rechtsanwalt auch, daß sie dann auf einmal den Faden verliert bei dem Gedenkgang, der nötig ist. Und klagen tut sie von sich aus eben grundsätzlich nicht.

SFB: Und warum nicht? Um Sie nicht zu belasten?

Frau Dreimig: Nein, das ist ihr in der halben Stunde die Sache nicht wert, hat sie gesagt. Wir wollen uns nicht unser Leid erzählen.

SFB: Und wie ist das beim Ralf (Reinders)?

Frau Reinders: Ja, er hat auch unter Kopfschmerzen gelitten, Schlaflosigkeit; er konnte sich nicht mehr so konzentrieren wie früher. Man merkt das auch an den Briefen. Er hat auch da geklagt, daß es ihm nicht besonders gut geht nach der Verlegung in den Hochsicherheits-Trakt.

SFB: Wie ist das, wenn Sie Ihre Tochter sehen, können Sie auf sie zugehen, sich richtig umarmen und richtig mit ihr reden?

Frau Dreimig: Früher war das so, als sie noch nicht im Hochsicherheits-Trakt war, da hatten wir eine Genehmigung.

Frau Dreimig: Früher war das so, als sie noch nicht im Hochsicherheits-Trakt war, da hatten wir eine Genehmigung, daß wir uns umarmen durften und jetzt seit neuestem ist ein Beschluß heraus, daß es verboten ist. Das heißt, es ist insofern verboten, als meine Tochter wenn wir das weitermachen, sich nachher total entkleiden muß, den Mund aufmachen zum Untersuchen. Das ist natürlich gegen alle Menschenwürde und es ist natürlich auch völlig nutzlos, weil natürlich vier Beobachter da sind, daß man, was ich ja nie beobachtet-

gen würde, wirklich auch gar nichts machen könnte, wenn man ihr irgendwas zustecken wollte.

Ich sehe also in der Anordnung überhaupt keinen Sinn. Und man hat auch in dieser Öffnung den Tisch vorbereitet, so daß es auch praktisch nicht mehr möglich ist, sich zu umarmen.

SFB: Sind die Kontakte bei Ihrem Sohn ähnlich Frau Reinders?

Frau Reinders: Ich muß dazu sagen, ich bin noch nie im Hochsicherheits-Trakt gewesen, weil mein Sohn es nicht wünscht. Er ist der Meinung, diesen Strapazen soll ich mich nicht aussetzen, und daß er nicht hinter einer Glascheibe von den eigenen Müttern wie ein Tier im Zoo betrachtet werden will. Und ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich wohl das Recht habe, mein Kind in den Arm zu nehmen, wenn ich ihn besuchen will. Ich lasse mich daher nach der Gerichtsverhandlung des Ofteren bei ihm in der Anklagebank einschließen, und da kann ich ihn drücken und wir können uns unterhalten. Er fragt meistens nach der Familie, wie es uns geht, wie ich das durchstehe.

SFB: Und wie stehen Sie das durch?

Frau Reinders: Man muß.

SFB: Hat es Ihr Leben sehr verändert, die Arbeit, den Kontakt zu Verwandten und Freunden nicht und zu meinen Nachbarn auch nicht, denn sie kennen die Kinder von der Geburt an. Ich wohne da schon sehr lange Jahre. Es gibt natürlich auch sehr viel Arbeitskollegen, die zu mir halten, die mich anrufen. Ich war jetzt sehr lange krankgeschrieben. Die Kollegen haben mir dann gesagt, hör zu, wir halten zu dir.

SFB: Gab es von Seiten der Behörden und der Polizei Repressionen, weil Sie die Mutter von Ralf Reinders sind?

Frau Reinders: Ja, das empfinde ich besonders. Wenn ich ins Ausland fahre, dann erkundigt man sich bei der Arbeitsstelle, wo ich hinfahre, werde nicht aus den Augen verloren und es werden Erkundigungen eingelesen. Und auch früher, als man meinen Sohn noch gesucht hatte, wurden Hausdurchsuchungen gemacht mit mehreren Hundertschaften von Polizei mit Maschinenpistolen. Die ganze Siedlung wurde abgeriegelt auf dem Rasen haben sie gelegen, usw. Und daß sogar Kriminalbeamte mir gesagt haben, von der Familie Reinders könnten wir noch mehr verhaften lassen, das war als sie Hendrik verhaftet hatten. Aber da habe ich ihm gesagt, das stinkt auch wohl zu sehr nach Sippenhaft und da hat der nur gelächelt und gelächelt. Und daß so Bemerkungen mal fallengelassen werden, das war zur Gerichtsverhandlung das letzte Mal, da bin ich reingegangen. Und man muß natürlich dort unten auch sich fitzen lassen, man muß die Arme spreizen, man wird hinter den Ohren abgetastet und unter den Haaren, ob man nicht was hätte. Und da hat ein anderer Beamter gehustet und daraufhin sagt ein anderer Beamter, du wirst doch wohl nicht etwa krank werden. Und was hätte. Und da hat ein anderer Beamter gehustet und daraufhin sagt ein anderer Beamter, du wirst doch wohl nicht etwa krank werden. Und er antwortet, bei so viel Druck, wie wir hier haben und was hier kommt, wird es wohl nicht der Fall sein. Und weiß es leider Gottes ohne Zeugen war, denn Polizisten werden ja wohl nicht bereit sein, für mich Zeugen zu sein, konnte ich leider nicht dagegen vorgehen, was ich natürlich normalerweise getan hätte. Und das empfinde ich eben als große Diskriminierung, denn ich bin seine Mutter und nicht Druck.

Zur Geschichte der „Bewegung 2. Juni“

Referat auf der Veranstaltung zum Lorenz-Drenckmann-Prozeß

Als ich aufgefordert wurde, was zur Geschichte der „Bewegung 2. Juni“ zu erzählen, ermahnte mich das nicht besonders schwierig - aber ja mehr Papier ich dazu gelesen habe und je länger ich am Kugelschreiber gekaut hab, desto deutlicher ist mir geworden, daß es sozusagen eine „GESCHICHTSSCHREIBUNG“ der Bewegung nicht gibt; es gibt allenfalls verstreute Kommandomeldungen einiger Gruppen über Aktionen - oder Artikel der bürgerlichen Presse. Außerdem ist die „Bewegung 2. Juni“ nicht eine historische Phase oder sozusagen, kein endgültig abgeschlossener Prozess, sondern eine immer noch lebendige Bewegung, deren Spuren sich in allen Basisbewegungen finden: in der Frauenbewegung genau wie in der Anti-AKW-Bewegung, Basisbewegungen, die unabhängig voneinander, und unabhängig auch von ihren „Vorläufern“, zu denselben Inhalten und Kampfformen gekommen sind wie der „2. Juni“.

Keine Geschichtsschreibung also, das heißt, es gibt keine wechselnden Vorsitzenden, an deren Wahl oder Sturz sich Jahreszahlen festmachen lassen, es gibt keine verbindlichen Vorstandsbeschlüsse über die politische Linie, keine Stabsanweisungen, keinen Kommando und niemand, der speziell für die Kalashnikoff-Ausgabe zuständig wäre, stattdessen läßt sich eine politische Linie über alle Jahre hinweg verfolgen, wenn wir uns die Aktionen der Bewegung anschauen: es sind fast immer Aktionen, die von den EIGENEN, DIREKTEN Betroffenen ausgehen und sich als Widerstandskaktionen auszusagen „VON SELBST“ vermitteln, weil sie nur & a s ausdrücken, was viele ganz machen WÜRDEN, aber noch nicht tun.

Die Genossen sagen heute dazu, daß „der Unterschied zwischen Terrorismus, der undifferenziert jeden treffen kann, und revolutionärem Kampf der ist, daß eine revolutionäre Aktion sowohl im Stoßrichtung als auch in der Art der Durchführung eindeutig ist - gezielt gegen den Klassenfeind und seine Handlanger - und den Bullen keine billigen Argumente liefert.“ Das ist kennzeichnend von Anfang an, daß sich die Aktionen nie gegen das Volk richten, daß sie aber auch nicht so einen „belehrenden Charakter“ haben nach dem Motto: die Avantgarde zeigt der bewußtseinsverkrüppelten Masse mal, wo's politisch/militärisch lang geht - sondern daß hier Teile des Volkes angesprochen haben, sich für i h r e Sache entschieden einzusetzen und dabei d i e Mittel einzusetzen, die s i e für richtig und erfolgversprechend halten haben, sich für i h r e Sache entschieden einzusetzen und dabei d i e Mittel einzusetzen, die s i e für richtig und erfolgversprechend halten. Welche Mittel das sind, wird jeder selbst zu entscheiden haben. Das können die Schläge für die Kölner Verfassungsschützer sein, die sie '77 bezogen, als ihnen ein Kommando vor ihrer Stammbaube aufzuwachen - das kann aber auch eine Broschüre über die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel - sagen wir mal - Hamburg sein... - das kann ein Einziehen von Revolutionssteuern bestehen, wie '69 bei zwei Restaurants der Drei-Sterne-Kategorie einer westdeutschen Großstadt - das kann aber auch die freundliche Bitte einer Landesregierung an ihre Regierten sein, wie jüngst in Bremen oder Niedersachsen, doch zukünftig ein wenig Atomkraft zuhause zu lagern, weil kleine Mengen bekanntlich weniger gefährlich sind. Kurz: es gibt keine VORSCHRIFTEN, keine BEFEHLE, wie es in einem Papier einer anderen westdeutschen Guerillagruppe heißt - ihr Name ist mir leider entfallen. Diese Gruppe legt Wert darauf, daß Aktionen UNTER HALB eines bestimmten militärischen Niveaus nicht mehr unter ihrem Markenzeichen zustande kommen dürfen. Der „Bewegung 2. Juni“ dagegen gehören alle an, die sich ihr zugehörig fühlen. Das sind nicht wenige.

Es sind nicht wenige, weil die „Bewegung 2. Juni“ nicht so entstanden ist, daß sich einige Denker zusammengeschockt haben, und die Gründung der bundesrepublikanischen Guerilla beschlossen haben, sondern die Entwicklung zu militanten Widerstandskernen entstand

ÜBERALL in der BRD innerhalb der Jugendbewegung nach '60 und aufgrund ihrer Zusammenfassung und ihres in erster Linie antiautoritären Inhalts konnte sich in diesem Gemisch aus Arbeitern,



abgebrochenen Schülern und Studenten, Lehrlingen usw. auch nie sozusagen eine FÜHRUNG entwickeln, kein Politbüro.

Für Berlin gibt ein Teil der „Bewegung 2. Juni“ die Entstehung so wieder (Zitat aus „Zu der angeblichen Auflösung der Bewegung 2. Juni“):

So weit Berlin. In HAMBURG entwickelte sich - wie in vielen anderen Städten auch - zur gleichen Zeit ähnliches. Ich war dabei und erlebte leicht schaff ich das ja, die Verbindung klarmachen, die zwischen dem Sturm auf das Pan-Am-Büro 1960 und dem Sturm auf das Pan-Am-Büro 1968 bestehen, dann schon '68 wurden im Verlauf einer antiamerikanischen Demo neben portugiesischen und griechischen, auch amerikanischen Einrichtungen zerstört.

Als die Studenten 1966 immer öfter auf die Straßen gingen und als immer mehr langhaarige Freake in der Innenstadt auftauchten, wurde was ganz Neues eingeführt: man redete plötzlich zusammen. Das ganze Klima, die Atmosphäre änderte sich, politisierte sich. Überall in der City standen Gruppen von Leuten rum und diskutierten. Vorher war es so, daß - keiner mit dem anderen was zu tun hatte. Ob das nun 'ne speziell hiesige Erscheinung ist, weiß ich nicht. Jedenfalls wurde erst nur geredet bzw. sich gegenseitig beschimpft, und dann wurden die Gespräche bestimmt von den politischen Aktionen und Diskussionen der Studenten.

Wer aus seinem Alltagsmuß rauswollte, traf sich automatisch, immer wieder an bekannten Orten: am Alsterhaus am Mönckebrunnen oder -

Wer aus seinem Alltagsmuß rauswollte, traf sich automatisch, immer wieder an bekannten Orten: am Alsterhaus, am Mönckebrunnen oder - vom Senat schnell errichtet, um die Politik wieder aus der Stadt ins Ghetto zu holen auf der „Meckerweide“, dem Platz vor dem Bahnhof Dammtor, wo pervertierende auf Schülern stand, daß h i e r jeder sagen kann, was er will.

Dort, im RC, auf dem Campus, bzw. im Keller des SDS traf man die, mit denen man dann bei den Demonstrationen gemeinsam einen in die Fremde kriegte, bzw. mit denen man gemeinsam zurückschlug - oder warf. Diese Gemeinsamkeit in der Aktion führte irgendwann z w a n g s l a u f i g dazu, daß sich so langsam sozusagen Kollektive bildeten, die dann auch nicht mehr nur zu irgendwelchen teach-ins oder Demos kamen, sondern auch s o z i a l zusammenhängen, im Alltag, und der Alltag war eben oft anders als der der Studenten, die der Anziehungs- oder Orientierungspunkt waren. Das was bei Zugereistenreklame „Geschmack von Freiheit und Abenteuer“ heißt, haben wir bei vielen, was „die von der Uni“ gesagt und getan haben, wiedergefunden; sie haben uns einen genaueren Begriff von dem gegeben, was es mal für uns alle sein könnte.

Und diese völlige Veränderung des alten Daseins, des Zerfallens der bisher hingenommenen Autoritäten des Alltags, daß man also ERLEBT, wie man selbst Teil einer Bewegung von vielen ist, die ein greifbar nahe und besseres Ziel zu haben scheint, daß man einen Vorschub auf das Ziel nimmt und auch jetzt schon mal lebt - diese völlige Veränderung hat ganz sicher bei allen, die diese Phase mitgemacht haben - und sie nicht nur betrachtet haben - ihre Spuren hinterlassen.

Viele von uns sind deshalb noch nicht ausgeflippt ins Bürgerdasein oder sonstwohin, weil wir wissen, WOFÜR wir hier eigentlich kämpfen

Wir haben das Licht am Ende des Tunnels gesehen und haben deshalb eine Ahnung von dem, wie es sein könnte - wenn die Schweine nicht

Daß es nie gibt, die Schweine, und daß man nicht gegen sie ankommt, wenn man sich nicht organisiert, daß man nicht gegen sie ankommt, wenn man sich an i h r e Spielregeln hält, war '67 die Schlussfolgerung aus den Erfahrungen vieler Genossinnen und Genossen bei ihren Auseinandersetzungen mit dem Apparat des Staates. Die Konsequenz war die Bildung von kämpfenden Kollektiven, die sich nicht nur bei Aktionen trafen, sondern zusammen lebten und kleine oder große, bewaffnete oder unbewaffnete Aktionen planten und durchführten.

Ein Beispiel für die Kontinuität dieser Kampfform und ihres Inhalts ist die von vielen vergessene Aktion einer Hamburger Gruppe gegen eine portugiesische Freigattin. Dieses in den Jahren '68/69 bei der Werft Blohm & Voß gebaute Kriegsschiff war für den Einsatz gegen die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien bestimmt. Ein aus Westdeutschen und Kämpfern der Befreiungsbewegung zusammengesetztes Kommando brachte eine Sprengladung am fast fertig ausgerichteten Schiff an und - nachdem durch eine Vorwarnung für den Schutz der Werftarbeiter gesorgt war - jagten es in die Luft: die Bordelektronik wurde völlig zerstört, die Geschütze im Eimer - der Schaden belief sich auf einige Millionen, die Auslieferung des Schiffes war um etliche Monate verzögert worden.

Was ich damit sagen will, ist folgendes: die „Schwarze-Retten-Internationale“ in Hamburg, die „Tupamaros“ in München oder die „Rat- und Ruhesten Wehrmuts-Rebellen“, eine Splittergruppe der „Umherschweifenden Hasch-Rebellen“ aus Berlin, sind die Vorläufer der „Grundeinheiten“ der „Bewegung 2. Juni“. Ihre Politik findet sich nicht zuletzt in Bremen wieder, im Angriff auf eine provokatorische Rekrutenverleumdung - und ihre Politik wird sich zwangsläufig in j e d e r Basisbewegung wiederfinden, die an einen bestimmten Punkt ihrer Entwicklung kommt: die Basis bestimmt - unabhängig von einer Führung - den Grad der Militanz ihrer Aktionen und ihrer Stoßrichtung.

Der Staat und seine Medien haben zwar immer wieder versucht, die „Anführer“ der „Bewegung 2. Juni“ zu präsentieren, haben versucht, vergessen zu machen, aus welchem Zusammenhang diese Bewegung kommt, nämlich aus einem Zusammenhang ohne Anführer und Gefolgschaft, aus einem Zusammenhang der völligen Gleichwertigkeit aller Genossinnen und Genossen - und fast wäre es ihnen ja auch zumindest teilweise gelungen, aber dann ist ihnen das Alibi von Fritz Teufel, dem einzigen Intellektuellen der in Berlin Angeklagten, dazwischengekommen.

Das Eingeständnis, das der von den Medien immer als „Chefschäfer“ aufgebaut „Kopf der Bewegung 2. Juni“, gar nicht mitgedacht hat, sich an den Aktionen, die er angeblich geplant hat, gar nicht beteiligt hat, hat die Verbindung zum Ursprung der Bewegung mit einem Schlag wieder hergestellt: die Namensteile bestimmen die Politik des „2. Juni“.

Wernfried Reimers



„Ich kann beim besten Willen nichts bei ihm finden.“

Ermittlungsgruppe Rettinger gebildet Martin Meehan seit 60 Tagen im Hungerstreik

Für die restlose Aufklärung der Praktiken der Sicherheitsgruppe unter Chef Rettinger in der Strafanstalt II in Fuhlsbüttel

Mit Empörung haben wir zur Kenntnis genommen, welche Praktiken der Sicherheitsgruppe in der Strafanstalt II (Fuhlsbüttel) im Hamburger Amtsgericht zur Sprache gekommen sind. Einen „Spitzelskandal“ nannte Marion Lorenz (Umkehr am Abend, 18.6.) das, was sich vor und im Prozess ereignete.

Worum geht es? Als Angeklagter stand der Gefangene Wolf-Dieter S. wegen Haschisch-Besitzes vor Gericht. Er sagte aus, ihm sei von dem Mitgefangenen R. ein verschlossener Briefumschlag mit der Bitte um Aufbewahrung übergeben worden. Aus Gefälligkeitsgründen und in der Annahme, es handle sich um Tabletten, habe er den Umschlag an sich genommen und bei sich getragen. Kurze Zeit später habe er eine Kontrolle der S-Gruppe bei ihm gegeben. Dabei sei das Erscheinen des Briefumschlages mit den Worten kommentiert worden: „Da ist er ja!“ Da sei ihm klar geworden, daß die S-Gruppe bereits über den Briefumschlag informiert gewesen sein muß. Daraus schloß er – und andere –, daß der Briefumschlag Wolf-Dieter S. gezielt zugespielt wurde, um dann bei ihm „gefunden“ zu werden. Demgegenüber sagten die drei Beamten der S-Gruppe und ihr Chef Rettinger aus, Kontakte zu dem Mitgefangenen R. – der wegen eines Drogendeliktes verurteilt wurde – bestünden nicht, er sei kein V-Mann (im Volksmund Spitzel) der S-Gruppe.

beitragen, daß hier tatsächlich die ganze Wahrheit ermittelt wird.

Dazu wollen wir:

- uns darum kümmern, daß die gestellte Strafanzeige gegen die S-Gruppe, Rettinger und ... intensiv verfolgt wird,
- anregen, daß – solange damit schwerwiegende Vorwürfe gegen die S-Gruppe pp. bestehen – das Verantwortliche beurlaubt werden,
- wissen, worin der Aufgabenbereich der S-Gruppe überhaupt besteht;
- weitere Informationen sammeln und Beschwerden von Gefangenen nachgehen, die immer wieder von Übergriffen berichten.

Kontaktadresse:

Ermittlungsgruppe / Rettinger
c/o Medienzentrum e.V.
Schumannstraße 57 – 2000 HH 76

Ich unterstütze die Forderung der „Ermittlungsgruppe / Rettinger“ nach restloser Aufklärung der Vorfälle in der Strafanstalt II in Fuhlsbüttel. Insbesondere verlange ich Auskunft darüber, welche Aufgabe eigentlich die S-Gruppe unter Rettinger im Gefängnis hat und welche sie tatsächlich

(Unterschrift)

Seit dem 19. Mai 1980 – das heißt seit 60 (!) Tagen – befindet sich der Genosse Martin Meehan aus Ardoyne in Belfast im Hungerstreik, um damit gegen das gegen ihn ergangene Urteil und die dabei angewandten Praktiken der britischen Okkupanten zu protestieren. Martin Meehan war im April zu 12 Jahren Haft verurteilt worden. Er soll ... Kidnapping eines Informanten der britischen Armee begangen haben. Obwohl mehrere Zeugen Martin Meehan klar und eindeutig entlasteten – Martin Meehan war am fraglichen Tag im Folkmuseum in Kulture – schenkte Richter Gibbons nicht und allein die Aussagen eines jenseitigen Kollaborateurs der britischen Armee Glauben; es störte dabei nicht, daß diese Aussagen in sich selbst widersprüchlich waren, neuere des älteren Aussagen widersprachen.

Sinn Fein schreibt in einer in Dublin veröffentlichten Erklärung: „Martin Meehan wurde von einem jener berüchtigten DIPLOCK COURTS abgeurteilt, jene Sondergerichte, die ohne Geschworene operieren. Einzige Grundlage für das Urteil sind die Behauptungen eines Kollaborateurs und Informanten der britischen Armee, der seine Loyalität öffentlich eingestanden und nach dem Prozess mit Hilfe seiner Meister außer Landes geschafft wurde. Martin Meehan ist ein sehr bekannter und geschätzter Genosse in seiner Heimatstadt Belfast, in der er seit den Tagen der Civil Rights Bewegung aktiv ist. 1971 war es ihm gelungen, aus dem Crumlin Road Knast abzuhausen.“

Später war er der letzte Internierte, der aus Long Kesh entlassen wurde, als die jüngste Phase der Internierungskampagne der Briten ein Ende hatte. Martin Meehan ist einer jener vielen, die unter der britischen Herrschaft zu leiden haben, sein Protest erfordert die Aufmerksamkeit aller.“

In der Tat. Denn heute ist Martin Meehan wieder in Long Kesh. Seit seiner Verurteilung sitzt er in einem der H-BLOCKS, wo er sich zunächst sofort dem „Blanket-Protest“ zur Wiedererlangung des politischen Status angeschlossen hatte, dann aber im Mai seinen Hungerstreik begonnen hat.

Die Nordirlandadministration des Gouverneurs Atkins hört nicht auf zu beteuern, daß es Martin Meehan bestens gehe. Die letzten Berichte von seiner Frau) belegen anderes: Martin Meehan hat mittlerweile nahezu 20 Kilo Gewicht verloren, jede Bewegung schmerzt ihn, er hat Schwierigkeiten überhaupt zu gehen, leidet an Seh- und Hörstörungen und bedarf täglicher medizinischer Betreuung. Der Arzt seines Vertrauens, McKee, darf Martin Meehan nicht aufsuchen, um sich jenseits von britischer Militärmedizin der Gesundheit von Martin anzunehmen.

Freunde von Martin erklärten, er werde den Hungerstreik erst dann abbrechen, wenn eine „unabhängige Institution“ oder prominente, aber „neutrale“ Persönlichkeiten sich seiner Sache annehmen und den Fall untersuchen. In einem Telefonat mit Genossen in Belfast am vergangenen Donnerstag erklärten uns diese, daß die Briten

Meehan eher sterben lassen, als seinen Forderungen nachzukommen. So wie die Briten auch bislang nicht auf die Forderungen nach Gewährung des politischen Status für Gefangene aus der IRA und der Irish National Liberation Army eingegangen ist, obwohl einige nun schon seit fast 4 Jahren im BLANKET-PROTEST sich befinden – gegen das Tragen von Knastklamotten, gegen Isolation, Briefverbot, Besuchsverbot, erschwerte Lebensverhältnisse und Abschottung von jeglicher Kommunikation mit draußen. Auch der seit Monaten andauernde „Dreikettstreik“ der Gefangenen in den H-BLOCKS Long Kesh, dem sich die gefangenen Frauen in Armagh angeschlossen haben, bewogte die britische Nordirlandadministration bislang nur zur weiteren Verschärfung der ohnehin im wahrsten Sinne des Wortes „schweinischen“ Haftbedingungen.

Aktivisten, die die Gefangenen draußen per Angehörigenkomitees, Pickets, Demos unterstützen, sind nicht nur permanenter Verfolgung, Bedrohung und häufigen Arrestierungen ausgesetzt, sondern werden auch – wie jüngst Miriam Daly – ermordet. Sinn Fein schrieb uns in einem Brief, daß nur der Druck internationaler Öffentlichkeit etwas erreichen wird. Nicht nur im Falle Martin Meehan, sondern bei allen Gefangenen.

Genauere Informationen über WISK, Postfach 35 637 Oberumel 5

»Liberalisierung« der Berufsverbotspraxis? — Der Fall Wolfgang Bansemer —

Bis hierher also anscheinend ein alltäglicher Vorfall: „Schutzbehauptung“ eines Angeklagten gegen die „uneigennütigen Aussagen“ der S-Gruppe – bis Anstaltsleiter Stark folgendes vor Gericht aussagt:

- Zwischen Rettinger und dem Mitgefangenen R. gab es einen „Fehl“, der Informationen über Drogengeheimnisse in der Strafanstalt Fuhlsbüttel betrifft. Dies weist er von Rettinger persönlich.
- Die Kontrolle von Wolf-Dieter S. sei so arrangiert worden, daß dieser nicht an Verrat denken sollte.
- Rettinger habe sich öfter mit R. am Ohlsdorfer Bahnhof getroffen, dies müsse der stellvertretende Anstaltsleiter Schmude bestätigen können.
- Von Schmude wisse er – Stark – auch, daß der Gefangene R. in dieser Sache Informant gewesen sei.
- Ein Mitglied der S-Gruppe habe ihm – Stark – gegenüber erklärt, den Briefumschlag selbst aufgerissen zu haben.

Obwohl der S-Gruppe die Gelegenheit gegeben wurde, ihre Aussagen zu korrigieren, blieben sie dabei.

Am Ende des Prozesses blieben weitere ungewöhnliche Vorfälle im Raum.

- Erst bei seiner zweiten Aussage fiel S.-Chef Rettinger wieder ein, daß sich tatsächlich am Ohlsdorfer Bahnhof mit dem Gefangenen R. getroffen hätte. Informationen habe er aber nicht erhalten.
- Wie der S-Mann St. mit dem einzigen Beweisstück – dem Briefumschlag – umgegangen war, vorsetzte das Gericht in Empörung. Einfach weggeschmissen, aus „hygienischen Gründen“, habe er den Umschlag. St. hatte sich dann ein ähnliches Kuvert genommen, dies samt Unterschrift mit dem Vermerk „Originalumschlag“ versehen und den Strafverfolgungsbehörden übergeben.
- Widersprüchliche Aussagen machte ein S-Mann darüber, ob der Briefumschlag nun verschlossen war oder nicht.

Anzeige gegen die S-Gruppe, Rettinger und Schmude erstattete er im Prozess anwendender Referendar u.a. wegen des Verdachts der unethischen Einschätzung bzw. des Meineides, nicht die Staatsanwaltschaft!

Zwar wurde der Angeklagte Wolf-Dieter S. freigesprochen, Richter Göbel bezeichnete die Aussagen der S-Gruppe schlicht als „unglaublich“ und bedauerte, „daß es in vorangegangenen Verfahren zwei von Rettinger belastete Drogen-Delinquenten verurteilt hatte“ (nach Spiegel, 23.6.). Damit sind aber noch keineswegs die Praktiken der S-Gruppe, für die Rettinger verantwortlich zeichnet, aufgedeckt. Da Gefangene bekanntlich keine starke Lobby haben, wenn wir es als unsere Verpflichtung an, mit dazu

Als der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Giergens am 19.6.1976 seine Post durchsuchte, fand er darunter auch den Brief eines sozialdemokratischen Genossen, seines Zeichens Mitglied des Deutschen Bundestages. Unter der Adresse „Lieber Jürgen“ wurde er darin um Hilfe für den 26-jährigen Bonner Lehramtskandidaten Wolfgang Bansemer gebeten, dem die Düsseldorf-Einstellungsbehörde die Anwendung einer besonderen Variante der bundesdeutschen Berufsverbotspraxis androhte: das Ausbildungsverbot – die Nichteinstellung in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien. Der Briefschreiber bemühte sogar seine eigene Vergangenheit, um den Chef des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums für die Hilfe zu gewinnen. „Ich tue das“, hieß es in dem Brief, „sicherlich auch in der Erkenntnis, daß ich in meiner eigenen „Sturm- und Drangzeit“ ebenfalls auf die Straße gegangen bin, um gegen Atom-Tod, Spiegel-Affäre usw. zu demonstrieren.“

Nun, der „Lieber Jürgen“ hat ganz offensichtlich selbst nie eine „Sturm- und Drangzeit“ gehabt, die erbetene Hilfe blieb aus, wenige Monate später ordnete er höchstpersönlich das Ausbildungsverbot für Wolfgang Bansemer an. Er leitete damit eine gerichtliche Auseinandersetzung ein, die in diesen Tagen vor dem Oberverwaltungsgericht Münster zu Ende gegangen ist – mit einer juristischen Absegnung der Entscheidung des Kultusministers. Wer nach den jüngsten Urteilen in Berufsverbotsprozessen gegen DKP-Mitglieder immer noch an die „Liberalisierung“ oder gar die Beendigung der Berufsverbotspraxis geglaubt hat, der dürfte spätestens nach dem Bekanntwerden dieses Münsteraner Urteils seinen Glauben verlieren.

„Beleidigung“

Wolfgang Bansemer hatte sich im März 1976 für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien beworben. Vier Monate später erhielt er vom Schulkollegium beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf die Anweisung, am 1.9.76 im Seminar Duisburg die Erneuerung zum Studienreferendar entgegenzunehmen und seinen Dienst anzutreten. Einen Tag vor dem 1.9.76 erreichte ihn per Post die Aufforderung, bei der Einstellungsbehörde zu einem „klärenden“ Gespräch zu erscheinen! Wolfgang Bansemer erschien dort am nächsten Morgen in Begleitung eines Rechtsanwaltes.

Klärenswert befand die Einstel-

lungsbehörde, warum die Frage auf dem Bewerbungsformblatt, ob ein Ermittlungsverfahren gegen ihn laufe, mit „Nein“ beantwortet wurde, obwohl ein solches Verfahren wegen „Beleidigung“ nach § 185 laufe. Wolfgang Bansemer gab zu, hier aus Flüchtigkeit einen Fehler begangen zu haben. Ein Grund, ihm die Einstellung zu verweigern, könne das aber kaum sein! Er sollte Recht behalten. Als das Schulkollegium ihm vierzehn Tage später bekanntgab, der Kultusminister könne einer Aufnahme in den Vorbereitungsdienst nicht zustimmen, wurde dies mit dem laufenden Verfahren begründet. Eine Entscheidung könne erst nach rechtskräftigem Abschluß erfolgen.

„Klassenjustiz“

Wolfgang Bansemer war zu diesem Zeitpunkt angeklagt, den Bonner Richter Fritz Hase beleidigt zu haben. Fritz Hase, mittlerweile auch durch seinen Prozeß gegen die Bonner Stadtzeitung DE SCHNÜSS zu zweifelhaftem Ruhm gekommen, hatte im Jahre 1975 einen Prozeß gegen sechs Bonner Links wegen deren Beteiligung an einer Demonstration anläßlich des Besuchs der japanischen Kaisers Hirohito in der Bundeshauptstadt vorgesehen („Tenno-Prozeß“). Während dieses Prozesses erschienen zwei Flugblätter, für die Wolfgang Bansemer presserechtlich verantwortlich genannt wurde. Aus diesen Flugblättern pickte sich die Bonner Staatsanwaltschaft ein halbes Dutzend Wörter heraus, um eine Anklage wegen Beleidigung zusammenzusetzen. Beleidigend sollte beispielsweise gewesen sein, daß Fritz Hase Gericht „Sondergericht“ genannt worden war, daß es dann hieß, er verurteile „Gesinnungstäter“ und er sei als „Kommunistenjäger“ bekannt.

„Charakterlich nicht geeignet“

Am 21.10.1976 verurteilte die 5. kleine Strafkammer des Bonner Landgerichtes Wolfgang Bansemer wegen der beiden Flugblätter zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30 DM. Obwohl damit die Bedingung für eine Entscheidung des Kultusministers über die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst gegeben war, unterblieb es. Als eine solche Entscheidung Anfang 1977 immer noch auf sich warten ließ, beantragte Wolfgang Bansemer im Februar 77 über seine Rechtsanwältin vor dem Kölner Verwaltungsgericht den Erlass einer einstweiligen Anordnung, um somit die Entscheidung und die Übernahme in den Vorbereitungsdienst zu erzwingen. „Die

Tatsache“, so der Bonner Rechtsanwalt Ernst Johann in seiner Begründung für den Antrag, „daß der Antragsteller (Wolfgang Bansemer) vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 30,- DM wegen einer Beleidigung verurteilt worden ist, ist offensichtlich nicht geeignet, den Anspruch des Antragstellers auf Einstellung in den Vorbereitungsdienst zu verneinen.“

Erst daraufhin sah sich die Düsseldorf-Einstellungsbehörde überhaupt genötigt, für ihre „unerträgliche“ (Rechtsanwalt Johann) Verzögerung des Verfahrens eine Begründung zu liefern. Darin wurde von ihrer Seite zum ersten Mal das Landesbesetzungsgesetz (LBG) von NRW eingeführt an der von jedem Bewerber für das Beamtenverhältnis geforderten „besonderen geistigen und charakterlichen Eignung“ müsse bei Wolfgang Bansemer bezweifelt werden. Dazu gebe nicht nur die Verurteilung wegen der Beleidigung des Richters Fritz Hase Anlaß, sondern zwei weitere, inzwischen bekannt gewordene Verfahren. In dem einen Verfahren war Wolfgang Bansemer im Februar 1974 wegen „gemeinschaftlichem Hausfriedensbruch“ zu 200 DM (!) Geldstrafe verurteilt worden, in dem anderen, zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenen Verfahren, ging es um eine „gemeinschaftliche Widerstandsleistung“, die ebenfalls im Zusammenhang mit dem „Tenno-Prozeß“ stand.

Hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem nicht gerade rühmlichen Urteil vom 22.5.1975 („Radikalen-Beschluß“) immerhin das Recht auf Ausbildung bestätigt – auch für Bewerber, bei denen „Zweifel an ihrer Verfassungstreue“ bestünde – so versuchte in diesem Fall das sozialdemokratisch geführte Düsseldorf-Kultusministerium unter Berufung auf das LBG auch dieses Recht noch weiter auszuhöheln. Dies in einem Fall, wo es sich ganz unzweifelhaft um politische „Delikte“ handelte. Der Vergleich unserer sozialdemokratischen Bundesgesetzgebungen mit denen „Sturm und Drangzeit“ kam nicht von ungefähr.

An der Haltung der Düsseldorf-Einstellungsbehörde sollte sich auch nichts ändern, als am 24.3.1977 Wolfgang Bansemer in dem noch nicht abgeschlossenen Verfahren freigesprochen wurde!

Im April 77 kam es deshalb zu einem ersten Verwaltungsgerichtsurteil. Das beschied zwar positiv, daß die Einstellungsbehörde umgehend über die Einstellung zu ent-

scheiden habe, es bestätigte aber gleichzeitig, daß es rechtmäßig sei, wenn der Kultusminister einen Bewerber ablehne weil er „charakterlich“ nicht geeignet sei. Welche Maßstäbe dafür anzulegen sind, darüber schweigt sich das Gericht aus, es gab lediglich zu bedenken, „daß nicht schlechthin jede strafgerichtliche Verurteilung einen Bewerber ungeeignet macht.“

Mit einem solchen Freibrief ausgerüstet, ist es denn auch nicht weiter verwunderlich, daß das Düsseldorf-Schulkollegium Wolfgang Bansemer am 12.7.77 mitteilte, daß im Einvernehmen mit dem Kultusminister „leider“ von einer Einstellung abgesehen werden müsse. „Wir bedauern, Ihnen keinen günstigeren Bescheid erteilen zu können.“

Acht Tage später legte Wolfgang Bansemer gegen diesen Bescheid Widerspruch ein. Ein Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes vom 12.9.77 sorgte daraufhin noch einmal für einen Lichtblick. Es verlangte die erneute Entscheidung der Einstellungsbehörde. „Bedenklich“ sei es, „ob der Antragsgegner (die Einstellungsbehörde) die Anwendung seines Beurteilungsspielraumes einfach mit dem pauschalen Hinweis auf „Zahl und Umfang der Vorstrafen“ erläutern konnte, ohne dabei klarzustellen, warum die beiden Vorstrafen aus den Jahren 1974 und 1976 (...) ohne weiteres die Ablehnung gem. § 7 Abs. 2 LBG nahelegen können... Allein die Zahl (21) und der verhältnismäßig geringe Strafmaß der Verurteilungen vermögen die Ablehnung nicht zu rechtfertigen.“

Der „Lieber Jürgen“ überprüfte die Angelegenheit nach diesem Urteil – wie verlangt – erneut und beschied am 17.11.77, daß auch nach dieser Überprüfung eine Einstellung nicht in Frage komme. Zwei Wochen später legte Wolfgang Bansemer dagegen Widerspruch ein. Am 28.6.78 wurde der Widerspruch abgelehnt. Danach Berufung und schließlich – der Tragödie letzter Akt – Abweisung der Berufung durch das Oberverwaltungsgericht in Münster am 10. Juni 1980.

Folgt Jürgen Giergens, sozialdemokratischer Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, kann sich heute rühmen, verantwortlich für eines der wenigen Ausbildungsverbote zu sein, die es (vorher?) in der BRD gibt. Bleibt am Schluß nur noch die Frage, wofür wir eigentlich noch Franz Josef Strauß brauchen?

Hans Weingarten

Öffentliches Gelöbnis von Bundeswehrgelöbnissen in Kamen

Laut eines mit einer Gegenstimme gefällten Beschlusses des Rates der Stadt Kamen ist die Bundeswehr am 11.9. eingeladen, auf einem öffentlichen Platz in Kamen ihr mittlerweiliges zum ferialen Bestandteil unseres „demokratischen RECHTS Staates“ avancierte Militärschau abzugeben.

Es wäre zu überlegen, ob nicht der SPD endlich eine besondere Auszeichnung verliehen werden sollte, da sie sich doch in vorbildlicher Weise um eine feste Verankerung der Bundeswehr im öffentlichen Bewußtsein verdient gemacht hat.

Aus diesem Anlaß hatte der „Klängelkerl“ (Dortmunder Alternativzeitung) zu Treffen am 14. und 21.7. eingeladen. Es sollte überlegt werden, was denn Antimilitarismus und Antimilitarismus zum 11.9. machen könnten. Neben einer Menge Einzelpersonen waren Mitglieder bzw. Vertreter/innen folgender Gruppen erschienen: SODZL, Rote Garde, ESIS, DFG/VK, IFAU, MSB (ASTen PH und Uni), Antifa-Aktion, KB, Klängelkerl, FAD, Aumil-AB 3. Mai, Abrüstungskomitee Dortmund, DKP und SB — sowie zwei Leute aus Kamen.

Als erstes Ergebnis dieser Runde liegt ein offener Brief vor, der den Rat der Stadt Kamen auffordert, die Einladung zurückzunehmen. Mit einer Reihe von Unterschriften soll der Brief zum 5.8. dem Rat zugeleitet werden. Auf den nächsten Treffen soll darüber beraten werden, was an konkreten Aktionen im Vorfeld und am 11.9. selbst gemacht werden soll.

Alle Interessierten aus der näheren und weiteren Umgebung von Kamen sind aufgerufen, sich an den Vorbereitungen eines antimilitaristischen 11.9. zu beteiligen. Regelmäßiger Treffpunkt ist das „Klängelkerl“-Büro, Adlerstr. 12 - 84, 46 Dortmund 1. Jeden Montag um 19 Uhr.

Krieg dem Krieg!
Stoppt die Kriegsgefahr!
Verhindern wir das öffentliche Gelöbnis am 11.9. in Kamen!

In diesem Sinne
ein Genosse aus Dortmund

AUFRUF gegen Rüstung und Atom

Der folgende Aufruf wurde am 12./13.7. in Bonn u.a. von BBU und DFG/VK verabschiedet (s. dazu auch AK 181, S.11).

Dieser Aufruf kam unter Mitarbeit von BBU und dem BBU zustande, und unterscheidet sich wohltuend von sonstigen Aufrufen, die die Rüstung fabrizieren. Nichts desto trotz waren ca. 20 BI-Vertreter ausgezogen, um nicht Fassade für die von den Rüstung durchgeputzten Vorstellungen der Durchführung abgeben zu müssen.

Die Kalkar-Aktion wird am 10.8. in Kalkar selbst auf einem Treffen vorbereitet, zu dem die Landeskonferenz der BI in NRW einlädt. Dort sollte auch bei großer Beteiligung die Möglichkeit bestehen, anders als in Bonn tatsächlich gleichberechtigt über die Aktionen zu beraten.

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern wird auch wahrscheinlicher:

— In Europa, dem Hauptschauplatz der Ost-West-Auseinandersetzungen, geht der wahnwitzige Rüstungswettlauf ungebrochen weiter und wird durch neuartige Atomraketen zusätzlich beschleunigt;

— durch den Export von Rüstungsgütern und atomaren Technologien in die Länder der Dritten Welt werden neue Krisengebiete geschaffen und die Kriegsgefahr erhöht;

— die ungerechte Verteilung des Wohlstands, die Ausbeutung der 3. Welt und der wirtschaftliche Konkurrenzkampf drohen zu einem militärischen Konflikt um die realen Rohstoffe auszuarten. Die derzeitige vorbereitete Aufstellung „Mobiler Einsatzgruppen“, um die Ölfelder im Nahen und Mittleren Osten zu besetzen, droht Europa in einen Krieg hineinzuziehen.

Ökologische Krisen und weltweite Aufrüstung gefährden den Frieden und unsere Lebensgrundlagen. Wir leben schon jetzt auf einem atomaren Pulverfaß. Auf dem Boden der Bundesrepublik lagern über 7000 Atom Sprengköpfe. Im Rahmen des sogenannten „zivilen“ Atomprogramms sollen noch weitere atomare Anlagen hinzukommen, von Anreicherungsanlagen über Brennelementfabriken, Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen bis zu Atomwaffenlagern. Wie die militärische Atomforschung die Grundlage für das „zivilen“ Atomprogramm war, so können diese Anlagen heute wieder den Grundstoff für die Herstellung von Atombomben liefern.

Die Gefahren eines katastrophalen Unfalls durch technische Mängel oder durch menschliches Fehlverhalten erhöhen sich ständig. Allein in den letzten Monaten hat die Welt durch Computerfehler in der amerikanischen Raketenzentrale dreimal für einige Minuten am Rande eines atomaren Weltkrieges gestanden. Wie die Katastrophe von Harrisburg gezeigt hat, ist trotz aller Sicherheitsbetreibungen der Atomlobby ein Super-GAU bei atomaren Anlagen jederzeit möglich.

Viele Bürger sind nicht mehr bereit, die Risiken der Atomenergie und die Bedrohung durch das Weltwettrennen hinzunehmen und leisten Widerstand gegen das „zivilen“ und militärische Atomprogramm. Aber den Militärs und Berufspolitikern gelingt es immer wieder, durch eine ungeheure Manipulation des Denkens und die Erzeugung von Angst eine öffentliche Diskussion über die steigenden Kriegsgefahren und die anhaltende Aufrüstung zu verhindern. Mit falschen Formeln wie dem „Gleichgewicht des Schreckens“, daß Rüstung zur Friedenssicherung und Kriegsdienst als „Dienst für den Frieden“ erforderlich sei, wurde die Bevölkerung über die wachsende Bedrohung der gesamten Menschheit im unklaren gelassen.

35 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges haben die Militärböcke NATO und Warschauer Pakt ein unglaubliches Vernichtungspotential von 2,7 Millionen Hiroshima-Bomben angehäuft. Auf beiden Seiten werden ständig neue Atomwaffen produziert. Der Einsatz

auch nur eines Teils dieser Bomben kann die Vernichtung der gesamten Menschheit und allen Lebens zur Folge haben.

Entgegen allen Bekenntnissen zu Frieden und Abrüstung erhöhen die Regierungen tatsächlich Jahr für Jahr die Zahl der Waffen. Auch in der Bundesrepublik treiben die führenden Kräfte, Parteien und Politiker von Regierung und Opposition dieses alte Spiel weiter. Durch massive Unterstützung seitens der Bundesregierung wurde mit der demagogischen Formel „Nachrüstung“ in der NATO durchgesetzt, in den Jahren 1981–1983 neue Atomwaffensysteme — Cruise-Missiles und Pershing II — in Westeuropa zu stationieren, den größten Teil davon auf bundesdeutschem Boden. Produktion und Stationierung dieser Mittelstreckenraketen begünstigen Strategien eines auf Europa begrenzten Atomkrieges.

Im Osten wie im Westen gilt: Frieden ist nur jenseits von Waffen und militärischer Gewalt möglich. Sicherheit ist im Atomzeitalter militärisch nicht herzustellen, das Weltwettrennen bleibt eine ständige Gefahr. Frieden läßt sich dauerhaft nur durch eine konsequente Entspannung und echte Abrüstungsschritte bei atomaren und konventionellen Waffen erreichen. Die Einführung neuer Waffensysteme, der Aufschub des SALT-II-Abkommens, der Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht, das Bestreben zur Rekrutierung von Frauen für den Kriegsdienst sind Versuche einflussreicher Kräfte, den kalten Krieg wiederzubeleben und internationale Krisen hemmungslos für eine weitere Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft auszunutzen.

Ökologie- und Friedensbewegung sind sich bewußt: Ein Krieg bedroht das Überleben der Menschheit. Rüstung und militärische Manöver sind zugleich die schlimmsten Formen der Rohstoffverschwendung, Umweltverschmutzung und Naturzerstörung. Die ungeheure Verschwendung von 900 Milliarden Mark für Rüstungsausgaben pro Jahr in der gesamten Welt ist mitverantwortlich dafür, daß Millionen Menschen durch Unterentwicklung, Krankheiten, Hunger oder durch Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden in ihrer Existenz gefährdet sind. Bürgerinitiativen wehren sich gegen Landschaftszerstörung und Lärmbelastung durch das Militär.

Die Sicherung des Friedens und der Lebensgrundlagen ist bei den herrschenden Politikern schlecht aufgehoben. — Wir müssen selbst die Initiative ergreifen! Der weltweiten Bedrohung allen Lebens stellen wir uns in internationaler Zusammenarbeit entgegen.

Unser Ziel, Leben zu schützen, drückt sich auch in unseren Widerstandaktionen aus. Wir wollen — wie die Platzbesetzer in Gorbien — gewaltfrei demonstrieren und damit Formen des zivilen Widerstands entwickeln.

Wir rufen alle Bürger zu Demonstrationen gegen das militärische und „zivilen“ Atomprogramm auf:

• Kommt zur Feier „750 Jahre phantasmagorische Kalkar“ am 13. September in Kalkar!

• Beteiligt Euch am bundesweiten Aktionstag am 25. Oktober mit einer Demonstration in Nordhorn/Lingen gegen ein atomares Emmland!

Wir rufen auf weitere gemeinsame Aktionen in anderen Regionen

Unter dem Motto: „Atomkraftwerke und Atomwaffen — gemeinsam abschaffen!“ fordern wir:

Abrüstung in Ost und West mit ersten vertrauensbildenden Schritten durch die Bundesrepublik Deutschland.

Keine Stationierung neuer Atomraketen auf bundesdeutschem Boden, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Stilllegung aller Atomanlagen, Einstellung des Exports atomarer Anlagen.

Keine Frauen in die Bundeswehr. Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Entgiftung der Umwelt, Keine Verschwendung von Rohstoffen und Energie.

Umstellung der Atomwirtschaft und der Rüstungsindustrie auf zivile und sozial nützliche Güter. Verstärkter Einsatz natürlicher Energiequellen.

Bundeswehrführung sucht Kraftprobe mit Kriegsgegnern

Absehrift

Der Generalinspekteur der Bundeswehr Bonn, 14. Juli 1980
25jähriges Bestehen der Bundeswehr Weisung für Veranstaltungen

1. Die Bundeswehr besteht am 12. November 1980 25 Jahre. Aus diesem Anlaß werden in Bonn und in einer herausgehobenen Veranstaltung in jedem Wehrbereich wehrpflichtige Soldaten ihr feierliches Gelöbnis vor der Öffentlichkeit ablegen. Außerdem ist das Geburtstages der Bundeswehr in allen Standorten zu gedenken.
2. Das öffentliche Ablegen des feierlichen Gelöbnisses ist keine militärische Machtdemonstration, sondern eine notwendige Begegnung zwischen „Auftraggeber“ und „Auftragnehmer“. Dabei wird die Aufmerksamkeit der Soldaten und der zivilen Bevölkerung auf den Sinn des militärischen Dienstes gelenkt. Das Ablegen des Gelöbnisses vor der Öffentlichkeit ist eine in der Bundeswehr gewachsene Tradition. Der Bundeskanzler hat in einem Brief an den Bundesminister der Verteidigung darüber die Veranstaltung als sinnvoll begrüßt und die Bundeswehr darin bestärkt, diese Tradition im bisherigen Umfang fortzuführen.
3. Bei einem öffentlichen Ablegen des feierlichen Gelöbnisses sind nicht nur Ansprachen der Kommandeure/Befehlshaber vorzusehen. In Bonn wird am 12. November 1980 der Bundesminister der Verteidigung sprechen. In den Wehrbereichen sind Vertreter des öffentlichen Lebens (Mitglieder der Landesregierungen, führende Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Gruppen) für die Ansprachen zu gewinnen.
4. Auch in den Standorten ist das „Geburtsfest“ der Bundeswehr zu gedenken. Veranstaltungen müssen nicht ausschließlich am 12. November stattfinden, ein geeigneter Termin ist von den Kommandeuren/Dienststellenleitern, Standortleitern zu bestimmen. Für die Veranstaltungen besteht größtmögliche Gestaltungsfreiheit. Jedoch ist die Öffentlichkeit einzubeziehen.
5. Die Dienstpläne aller Einheiten sollen am 12. November 1980 dem Geburtstag der Bundeswehr Rechnung tragen. Ein Tagesbefehl, den der Bundesminister der Verteidigung erlassen wird, ist bekannt zu geben.
6. Ziel aller Maßnahmen muß es sein, an die Leistung „25 Jahre Frieden für unser Land“ in würdiger Form zu erinnern.

gez. Brandt
General

Hamburg: Demonstration zum Antikriegstag beschlossen

Die Hamburger Friedenskoordination, an der sich zahlreiche Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen beteiligen, beschloß auf ihrer letzten Sitzung, am 1. September in Hamburg eine Demonstration durchzuführen. Falls der DGB sich doch noch zu einer Demonstration durchringen sollte, die schon lange im Gespräch, aber immer noch nicht beschlossen ist, soll auf jeden Fall eine eigene Kundgebung vorher durchgeführt werden, um sich anschließend an der (eventuellen) DGB-Demonstration zu beteiligen, da nicht davon auszugehen sei, daß der DGB überhaupt eine gemeinsame Aktion will.

Eine Minderheit im Bündnis meinte, die Hamburger Friedenskräfte seien überhaupt zu schwach, um eine so große Aktion tragen zu können, während andere, wie die „Volksfront“, meinten, man würde sich von den

Kollegen isolieren. Allerdings war auch dieser Teil bereit, die geplante Demonstration dennoch mitzuführen.

Außerdem sollen am Wochenende davor Stände und Agitation überall in der Innenstadt durchgeführt werden. Allerdings ist hier noch mit behördlichen Schikanen zu rechnen, da diese Aktivitäten mitten in den bürgerlichen Wahlkampf fallen. Anschließend soll es eine Friedenswoche und eventuell ein gemeinsames Seminar geben.

Auf dem letzten Treffen scheiterte wiederum der Versuch, zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der Hamburger Initiative „Beendet das Weltwettrennen“, d.h. den Rüstung, zu kommen, obwohl diese mit großer Mannschaft angetrückt waren.

Inhaltlich erklärten sie zur Vorbedingung, ein gemeinsamer Aufruf müsse die Aussage enthalten, daß es

zur „Entspannung“ keine Alternative gäbe. Außerdem müßten weitere „Abrüstungsverhandlungen“ propagiert werden.

Ansonsten boten sie zwar eine Beteiligung an ihrem Fest, allerdings auf der Grundlage ihres Aufrufes an. Aber solche Dinge wie etwaige Sympathiebekundungen für die Bremer Aktionen kämen nicht in Frage. Das wollten diese Apostel der „Gewaltfreiheit“ natürlich auch mit Ordnergehalt unterdrücken.

Anschließend bemühte sich die Initiative besonders intensiv um ein Bündnis mit den Hamburger Grünen, die allerdings erklärten, sie beteiligten sich an den Aktivitäten der Friedenskoordination. Dort könne man ja ein gemeinsames Vorgehen beraten.

Apel will Zivildienst verlängern

60.000 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung werden in diesem Jahr voraussichtlich gestellt werden. In den ersten drei Monaten reichten bereits 21.287 Wehrpflichtige ihren KDV-Antrag ein, das ist rund ein Viertel mehr als im letzten Jahr (=17.204, entspricht einer Zunahme von 23,7%, lt. Antimil-Info 6/80).

Mit Ausnahme der wenigen Monate, wo man ohne Gewissensinquisition und ohne Prüfungsverfahren verweigern konnte, ist dies die höchste Zahl in der Geschichte der BRD und damit gleichzeitig die Quittung für die steigende Aufrüstung.

Kriegsvorbereitungsminister Apel kontierte, daß für ihn nur dann eine „echte Gewissensentscheidung“ vorliegen würde, wenn der Betreffende eine „echte Erschwerung auf sich nimmt“ („Mopo“, 22.7.80). Er forderte eine Verlängerung des Ersatzdienstes von „30 Monaten aufwärts“

(die Dienstzeit beträgt zur Zeit 16 Monate, 15 bei der Bundeswehr). Damit setzte sich Apel nicht nur über einen Beschluß des SPD-Parteitages hinweg, die Zivildienstzeit nicht über 16 Monate hinaus zu verlängern, sondern er machte auch deutlich, daß er offensichtlich keine Skrupel hat, die Jugend auf einen Krieg vorzubereiten. Hohe KDV-Zahlen beeinträchtigen die „Wehrkraft“ der Bundeswehr. Kurz vorher hatte Apel gerade erklärt, daß auch Frauen zur Bundeswehr sollen, ja auch die „Wehrgerichte“ wieder eingeführt werden sollen, um mißbehagige Soldaten einfacher zur Raison bringen zu können, wie es schon lange von den Generälen gefordert wird.

Bisher hatte man nicht gewagt, diese Tradition wieder aufleben zu lassen. Im 2. Weltkrieg waren 25.000 Soldaten auf Anordnung der Wehrge-

richte „erschossen“ worden; die schreckliche Praxis ging so weit, daß selbst nach Kriegsende noch Erschießungen veranlaßt wurde, (Falbin-gerl).

Kurz zuvor war im Bundestag die Verschärfung der Wehrdienstnovelle gescheitert. Elf SPD-Abgeordnete wollten zumindest die Möglichkeit einer KDV-Anerkennung ohne mündliches Verhör verankern lassen. Dafür hatten sie allerdings die übrigen Verschlechterungen für Kriegsdienstverweigerer hingenommen.

Nun wird anscheinend die entzündete Pause benutzt, um den Kriegsdienstverweigerer endgültig den Krieg zu erklären.

Juso-Chef Piecyk meinte, dies sei auch eine „innerparteiliche Kriegserklärung an die Jusos“.

Der friedfertige Lack blättert bei der SPD zunehmend ab.

Totalverweigerung

Zur Veranlassung der Aktionen am 25. November 1960 haben wir eine lokale Wohninspektion in allen größeren Städten ab dem 1. September 1960 ("Arbeitsinspektat") durchgeführt an der BfG (Demo am 2. Sept. 60) (be abgeleiteten Arbeitsinspektat).

Aktionen während der großen Herbstinspektion am 14. Oktober 1960

Insatz 1960 aller Gruppen/Gruppen am 22./23. September 1960 in Bremen

Wir bitten alle Gruppen und Soldaten, die sich an den Aktionen beteiligen wollen, in ihren Gruppen und in der Abteilung ins Leben zu führen und sich mit einer der folgenden Kontakte verbinden oder anderen bestehenden Gruppen in Verbindung zu setzen

BREMEN: c/o Klaus Kasper (Gruppe) 11.000 Bremen Tel. 040 76943
DUISBURG: c/o Friedrich-Wilhelm Vespermann 71.000 Dortmund Tel. 0231/174723
HAMBURG: c/o Jürgen Kitzow (Gruppe) 2.000 Hamburg 00. Tel. 040. 73718
MANNH: c/o Siegfried Engel (Gruppe) 6.000 Wiesbaden Tel. 06. 21.61.143
OSNABURG: c/o Wolfgang Kasper (Gruppe) 6.000 Osnabrück Tel. 0541 3796
MARBURG: c/o Wilhelm Kasper Tel. Ag 111 3418 Marburg 02. anstehen
Saarbrücken: c/o Wilhelm Kasper Tel. 0630. 3418 Marburg
WUPPERTAL: c/o Klaus Kasper, Duisburg 6.000 Wiesbaden Tel. 0231/174723



BRD-Marine: Rüstung zum Kampf um die Weltmeere



„Die atlantischen Partner sollten ihre Flagge ab sofort im Gebiet des Persischen Golfes zeigen und den NATO-Vertrag dahingehend abändern, daß ihre Lebens- und Sicherheitsinteressen auch im Persischen Golf liegen ... Auch ohne Revision des Vertrages sollte man (in Brüssel) einsehen, daß der Schutz der Schlagader der lebenswichtigen Rohöl-Versorgungs-Zone zum unmittelbaren Interessensbereich der Allianz zählt ... Daher erwartet unsere Regierung von den Verbündeten, daß sie sich der Herausforderung gewachsen zeigen“.

So heißt es in einer Erklärung des republikanischen US-Senators Javits, zitiert in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 26.1.80.

Diese Erklärung drückt nur aus, was in einer Unzahl gleichlautender Forderungen imperialistischer Politiker und Journalisten „nach Afghanistan“ verlangt wird.

Für die Ausweitung des Einsatzgebietes der Bundesmarine sind bereits Voraussetzungen geschaffen worden. Am 19.6. beschloß der Bundemilitärhaushalt unter Vorsitz von Kanzler Schmidt, den Einsatz der Marine zukünftig nicht nur bis zum 61. Breitengrad (Nordgrenze der Nordsee), sondern bis nach Nordnorwegen auszuweiten. Als Ersatz für teilweise abgezogene US- und britische Marine-Einheiten soll die Bundeswehr der Sowjetflotte die Zufahrtsweg durch das Bismarck zum Atlantik blockieren.

Kurz darauf hob ebenfalls auf Initiative der Bundesregierung hin der Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) (der WEU gehören Italien, Großbritannien, Frankreich, die Benelux-Staaten und die BRD an) jegliche Beschränkung für den Bau von Kriegsschiffen durch die BRD auf 1954 zur Aufnahme der BRD in die NATO mit der Auflage der Beschränkung der Marine auf den Binnensee bzw. Küstenschutz in der Ostsee vernachlässigt. Diese Bestimmung war auch und nach gelockert worden. Seit 1973 operierte die Bundesmarine bis zum 61. Breitengrad in der Nordsee. Jetzt kann die BRD auch Kriegsschiffe über 3.000 Tonnen, atomgetriebene und mit Atomraketen bestückte Schiffe sowie U-Boote beliebiger Größe bauen und exportieren. Das Bundesverteidigungsministerium be- und mit Atomraketen bestückte Schiffe sowie U-Boote beliebiger Größe bauen und exportieren. Das Bundesverteidigungsministerium be-

und mit Atomraketen bestückte Schiffe sowie U-Boote beliebiger Größe bauen und exportieren. Das Bundesverteidigungsministerium be-

und mit Atomraketen bestückte Schiffe sowie U-Boote beliebiger Größe bauen und exportieren. Das Bundesverteidigungsministerium be-

glied und derzeitiger Präsident des WEU-Parlamentes) zur Aufhebung der Marine-Beschränkungen kritisiert (s. „Neue“, 30.4.80). Doch während Haas politisierte, war die Bundesregierung längst am Handeln – nicht nur mit dem Freigang-Auftrag. Just während der US-Interventionsvorbereitungen gegen den Iran liefen die Bundeswehr-Zerstörer „Lütjens“ und „Bayern“ mit zwei Versorgungsschiffen Ende April in Richtung Indischer Ozean aus. Dort sollten sie „zwischenstaatliche Beziehungen“ fördern (Uff!) und unter „erschwerenden Bedingungen für Mensch und Material in Tropenregionen getestet werden“, wie es Kriegsminister Apel erläuterte (am 25.4.80). Das Glück wollte es, daß die „Lütjens“ mit einem Versorgungsschiff zusammenstieß, so daß auf diese Weise ein kleiner (bei der nicht zureichender) Abstreitungsbetrag geleistet werden konnte.

Während die SPD diese Aktion als „Ausbildungsreise“ zu verheimlichen suchte, nahm der Unions-Kanzler-Kandidat kein Blatt vor den Mund. Nach seinem Besuch bei US-Präsident Carter im April dieses Jahres verlangte Strauß „eine verstärkte Aufklärung ... um Lücken zu schließen, wenn andere NATO-Staaten militärische Kräfte in anderen Teilen der Welt zusammenfügen. Er habe auch nichts dagegen, sagte Strauß, wenn als Demonstration der Geschlossenheit auch einmal Schiffe der Bundesmarine „Flagge im Indischen Ozean“ strichen“ (nach „UZ“, 10.4.80).

Dieser Akt imperialistischer Kanonenpolitik war schon lange geplant, aber erst, der fegte ... (nach „UZ“, 10.4.80).

Dieser Akt imperialistischer Kanonenpolitik war schon lange geplant, aber trotz der derzeitigen weltpolitischen Lage oder besser gerade wegen dieser im Februar dieses Jahres noch einem ausdrücklich bezeugt worden. Bevor die Bundeswehr-Kriegsschiffe im Indischen Ozean einliefen, nahmen sie an umfangreichen NATO-Seekriegsmanövern im östlichen Mittelmeer unter der Beteiligung der Flotten der USA, Italiens, Großbritanniens, der Niederlande, der Türkei und Kanadas teil. Bestandteil dieser Übung waren Truppenübungen auf Sardinien. Dieser Übung („Dawn Patrol“) schloß sich die Übung „Distant Force 1/80“ an, ebenfalls mit Bundeswehrbeteiligung („UZ“, 6.5.80). Auch im Indischen Ozean soll es gemeinsame Manöver geben. Allerdings war die BRD-Regierung bemüht, diese Meldungen der US-Nachrichtendienste „ap“ sowie der „FAZ“ (vom 8.4.80) zu dementieren.

In diesem Artikel wollen wir die Geschichte der Diskussion um die „Ausweitung der NATO-Präsenz“ nachzeichnen, beginnend im Jahre 1973. Zu diesem Zeitpunkt war die Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam besiegelt. Infolgedessen wurde die konventionelle Aufrüstung enorm verstärkt. Die USA verstärkten ihre Truppenpräsenz in der BRD. Es wurde eine Aufrüstung zur konventionellen Überlegenheit der NATO betrieben, die von der Propaganda der „römischen Panzerwalze“ begleitet war.

1972 war das erste SALT-Abkommen abgeschlossen worden. Das Ergebnis leitete eine neue Runde des atomaren Wettlaufes ein. Doch sowohl die konventionelle Aufrüstung als auch die atomare technische Rüstung soll hier nicht Gegenstand sein.

Die Niederlage in Vietnam, aber insbesondere die sog. Ölkrise waren Auslöser für die Marine-Aufrüstung

bzw. die Expansion der NATO auf den Weltmeeren. Im Oktoberkrieg (Yom-Kippur-Krieg) 1973 hatte die US-Marine starke Flottenverbände und Flugzeugträger im Mittelmeer aufgezogen. Doch zum ersten Mal kreuzte in größerer Zahl auch sowjetische Kriegsschiffe im Mittelmeer, die den Nachschub von Kriegsmaterial nach Ägypten begleiteten. Die NATO-Strategen sprachen sogleich von einer „Neutralisierung“ ihres Flottenaufmarschs. Seltener geistert die Sowjetflotte in ständig bedrohlicheren Ausmaßen durch die bürgerliche Presse.

Infolge des Oktoberkriegs kam es 1973 zum Ölboykott der OPEC-Staaten gegenüber den USA und den Niederlanden. Dies wurde dann bekanntlich zur weltweiten Öl- und Rohstoffkrise hochgespielt, obwohl das Öl nahezu unvermindert geflossen war. Von da an wurde offen der Einsatz der gesamten Marine der NATO auf den Weltmeeren zum Schutze der Handels- und Öl-Routen bzw. „Lebensadern“ des Westens, wie diese bezeichnenderweise umgetauft wurden, propagiert.

In Springers „Welt“ (24.12.73) erklärte Herbert Kreppe den „gegenwärtigen Vorkriegskampf um die Rohstoffe (zum) Vordrängen eines generellen Verteilungskampfes zwischen den industrialisierten Staaten der nördlichen Hemisphäre und den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern der südlichen Zone“. Kreppe kündigte an, daß dieser Kampf „Züge eines Vernichtungskrieges haben werde“. „Diese Machfrage“ müßte die „Industrialisierten Systeme“ in „ihrem Sinne lösen (Cykon beklagte) („Welt“, 16.11.73) die „Machfrage Weltweit“, die „alle seine Bürger konsumieren müssen“. Schon „hundertmal“ seien „wirtschaftliche Kriegserklärungen mit militärischen beantwortet worden“. Zur „wirtschaftlichen Kriegserklärung“ der OPEC wäre es auch nicht gekommen, „wenn sie sich nicht militärisch abgedeckt fühlen würden durch die Sowjetunion“ (ebenda). Statt „westlicher Schwäche“ brauche man „endlich die Milliarden“ für „Kolonne neuer deutscher Panzer und Flugzeuge ... französischer und britischer Kreuzer und Atomraketen“ (s.o.). Das waren eindeutige Töne. Aber auch Wulf Brandt rief zur Bildung einer neuen Volksgemeinschaft auf: „Wir haben eine Anstrengung vor uns, die vergleichbar ist mit den Anstrengungen, die unser Volk nach dem Krieg auf sich nehmen mußte“ (in „Welt“ vom 26.11.73). „Frieden wir uns zusammen und erfahren wir uns Einfluß“ (ebenda) die „größte Gefahr“, „FAZ“ zusammen (7.11.73).

Wenig gleichzeitig eine Studie des US-Repräsentantenhauses feststellte, „daß die NATO hat nicht funktioniert“, dann ging es um nichts anders, als die Ausweitung der NATO-Einsatzes propagandistisch vorzubereiten.

Auf dem Höhepunkt des Ölkrises probte die US-Armee in der kalifornischen Wüste die Besetzung eines Ölfeldes. Der „Gegner“ wurde in libysche Uniformen gesteckt. Dies war gleichzeitig der Startschuß für den Aufbau einer weltweit einsetzbaren US-Eingreiftruppe. Die VII US-Flotte lief im persischen Golf ein, der Sultan von Oman wurde um Erlaubnis für Landeübungen gebeten. Die Strategie war seither nicht, mit der gesamten NATO einem Kriegseintritt anzudrohen, sondern mit den engsten Verbündeten im Nahen und Mittleren Osten. „Die Ölkrise könnte zum Einsetzen der USA oder ihrer Helfer Iran oder Israel führen, um die Ölfelder zu besetzen“, erklärte US-Senator Fulbright („FR“, 30.5.73). Der englische Imperialismus spielte in dieser Region bereits nur noch eine untergeordnete Rolle. Während er in den 50er Jahren noch den Indischen Ozean kontrollierte, der 100 Jahre lang als britisches „Binnenmeer“ gegolten hatte, mußte er diese Rolle dem US-Imperialismus überlassen. Der Schah erklärte, er habe nun die „Rolle Englands am Persischen Golf“ übernommen,

„eine Weltrolle als Wächter und Beschützer von 60% der Erdölvorräte der Welt“.

„Abgesehen von der traditionellen Zusammenarbeit zwischen den USA und Großbritannien pflegen die USA eine langjährige Freundschaft zu den Hauptmächten in diesem Gebiet. Ich meine den Iran und Saudi-Arabien“, erklärte vor dem US-Senat Senator Sisco. „Seit Jahren haben wir der Modernisierung und Stärkung der militärischen Strukturen im Iran und Saudi-Arabien Hilfe geleistet“. Der Iran habe dabei „natürlich eine eindeutige Vorrangstellung“ (s. AK 36). Eine wesentliche Rolle zum „Schutz der Region“ vor dem „Einbruch des Kommunismus“ – wie es die Eisenhower-Doktrin erklärte – hatte auch der CENTO-Pakt. Dieses Bündnis, dem die Länder Großbritannien, USA, Türkei, Iran und Pakistan angehörten, führte ebenfalls 1974 gemeinsame Manöver im Indischen Ozean durch.

Klassische Kanonenbootpolitik

In dieser Zeit erschien in der „Marine Rundschau“ (4.10.74) ein Artikel von Hans-Peter Schwarz zur „maritimen Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland“, der unterhalb der nuklearen strategischen Marinopolitik eine Beteiligung der Bundeswehr an der imperialistischen Kanonenpolitik forderte. „Vor allem ... die Entstehung eines neuen Welt-systems junger Staaten“ habe „die traditionellen Machtmittel maritimen Außenpolitik im Ganzen eher auf als abgewertet“. Sicher ist, „der Einsatz ist quantitativer als in der Ära klassischer Kanonenboot-Diplomatie und des Kolonialimperialismus“. Doch nach wie vor gehe es darum, „mit welchen Flottenaufmärschen ... dem Gegenspieler in Schach zu halten, Positionsvorteile zu gewinnen, Schutzmächte zu beruhigen, Vandalen des Gegenpieters unter Druck zu setzen und schwankende Regierungen durch quantitativen Einsatz von Seemacht zu bestärken“.

Schwarz konstatierte, daß es von 1919 bis 1936 „nur“ 63 Filme „begrenzten politischen Einsatzes von Seestreitkräften“ gegeben habe.

Schwarz konstatierte, daß es von 1919 bis 1936 „nur“ 63 Filme „begrenzten politischen Einsatzes von Seestreitkräften“ gegeben habe, in 24 Nachkriegsjahren (von 45 bis 69) jedoch schon 81 derartige Einzelfälle. Insgesamt wurden die imperialistischen Flotten in dieser Zeit erheblich ausgebaut. Nach Vietnam war das gesamte Stützpunktsystem der USA im Indischen Ozean stark erweitert worden, bereits ab 1971 wurde Micronesien als Stützpunkt ausgebaut, ab 1973 Diego Garcia, um dort strategische Bomber und Truppentransporter landen zu können bzw. um Hafenanlagen für Atom-U-Boote und Flugzeugträger zu besitzen.

Im Mai 1975 wurde der größte Flugzeugträger, die Nimitz (mit 6000 Mann Besatzung und 100 taktischen Atomwaffen ausgerüstet), als erster von vier weiteren geplanten Flugzeugträgern dieser Klasse in Betrieb genommen (derzeit besitzen die USA 13 Flugzeugträger im Einsatz und zehn weitere ausgemottet) („Spiegel“, 2.6.80).

„Der Westen ist selbst gefordert“

„In den ersten 20 Jahren des Bestehens der NATO war es für die Verteidigung Europas nicht von großer Bedeutung, was draußen in der weiten Welt passierte. Die Macht der USA verhinderte, daß es etwas für die Sicherheit Europas Gefährliches geschah. Der Wendekreis des Krebses, die im Nordatlantikvertrag von 1949 festgelegte und noch heute gültige geographische Begrenzung der Interessen und Aktivitäten der NATO (natürlich nicht einzelner Mitgliedstaaten), schien als solche voll und ganz zu genügen“ (Graf Kielmansegg in „Europäische Wehrkunde“ 3 u 6/79). (Der Wendekreis des Krebses liegt südlich von Marokko).

Kaiserger kündigt an, US-Präsident Ford werde nun auf seiner Reise Mitte 1975 die „Verbündeten zu gemeinsamen Unternehmen aufrufen, die noch bedeutsamer sein

könnten, als die vergangene Suche nach gemeinsamer Sicherheit“ („FAZ“, 14.5.75). Die NATO solle „eine überregionale Mitverantwortung für weltpolitische und weltwirtschaftliche Probleme übernehmen ... besonders im Nord-Süd-Konflikt“ („SZ“, 18.11.75).

US-Kriegsminister Schlesinger spielte dabei den Scharfmacher: Die NATO-Staaten „sollten nicht glauben, daß sie sich ungetrübt des Überflusses amerikanischer Macht erfreuen könnten“ („SZ“, 24.5.75). Springers „Welt“ trommelte: „Das Risiko ... einer kommunistisch-arebischen Flottenoperation ... hat sich trotz der Entspannung nicht verringert ... vielmehr verdoppelt“ (7.9.75). Doch auch der SPD-Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Berkhan, erklärte ungeheuer den „Schutz und die Sicherung der Ökonomie“ zur „militärischen Aufgabe des Bündnisses“ („FR“, 3.2.75). CDU-Wörter forderte zusätzlich die „Entsendung eines multinationalen Flottenverbandes in das Mittelmeer“, um die Entwicklung in Portugal zu beeinflussen sowie den Aufbau „einer ständigen Mittelmeergeschwaders und eine deutliche Verstärkung der mobilen NATO-Eingreiftruppe“ („FAZ“, 8.4.75).

Hintergrund dafür war neben den für die NATO unsicheren Verhältnissen nach dem Sturz des Putschismus in Portugal die Lage in Zypern. Dort hatte 1974 Griechenland mit Unterstützung der NATO versucht, einen Putsch gegen Makarios zu inszenieren, da dieser eine „unabhängige“ Politik betrieb. Zypern sollte mit seinen beiden britischen Stützpunkten der „unverwundbare Flugzeugträger“ der NATO im Mittelmeer bleiben. Anschließend marschierte die Türkei auf der Insel ein. Die BRD entsandte zwar kein ständiges Flottenkontingent in diese Region, übernahm aber von den USA teilweise die militärische Aufrüstung und ökonomische Aufgaben in Griechenland und der Türkei.

NATO-Eingreiftruppe in Afrika

Den Erfolgen der Befreiungsbewegungen in Mozambique und Angola

NATO-Eingreiftruppe in Afrika

Den Erfolgen der Befreiungsbewegungen in Mozambique und Angola folgte eine erneute Propagandawelle für die Ausdehnung des NATO-Bereichs. Die USA, Weltpolitik Nr. 1 auf den Weltmeeren, drängten erneut auf eine Aufgabenteilung. Kinnegard drohte, die USA würden „kein zweites Angola dulden“ und besonders kein weiteres Eingreifen Kubas. Die „Möglichkeit einer militärischen Aktion gegen Kuba (würden) geprüft“ („SZ“, 27.3.76). Wegen des „sowjetischen Neokolonialismus“ in Afrika, der die „lebenswichtigen Seerouten zum Kap“ bedrohe, forderte Hül Norden, seinerzeit Vorsitzender des NATO-Ausschusses, die Ausweisung einer „NATO-Interventionszone“, bzw. ständige Flotten-Stationierungen der NATO im Südatlantik („HA“, 22.1.76). Die „FAZ“ berichtete am 5.2.76, daß 14 Regierungen von NATO-Oberbefehl „seit mehreren Jahren ... mit einer Notfallplanung für den Einsatz eines multinationalen Flottenverbandes im Südatlantik beauftragt wurden“. Es sollten gemeinsame Zerstörer-Flotten-Geheuer geplant werden, wofür neben den USA, Großbritannien auch die Niederlande, Norwegen bzw. die BRD herangezogen werden könnten. Dies sei „seit langem bekannt“. Der britische Admiral Ashmore schlug zur Sicherung des Südatlantiks vor, sowjetischen Flotten gleich die Ausdehnung der NATO bis Südamerika und Einbeziehung Brasiliens vor. In Afrika selbst ist „natürlich“ das südafrikanische Regime für die NATO-Flottenpolitik bis zum Kap von unentbehrlicher Bedeutung. Die BRD lieferte dorthin Kriegsschiffe und vor allem die Computer-Radar-Überwachung im NATO-Code („Advokat“).

Noch offener wurde über den zukünftigen Einsatz der Bundeswehr in Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 23

Afrika nach der Intervention belgisch-französischer Truppen 1978 in Zaïre gesprochen. Die BRD hatte selbst Bundeswehr-Offiziere mitgeschickt (SZ, 8.6.78) und Transportunterstützung geleistet. Frankreich beriet daraufhin mit 21 afrikanischen Staaten die Bildung einer Flaggtruppe von mehreren 1000 Mann für den schwarzen Kontinent. Angeblich wollte die BRD einen Teil für Transport und Unterhaltung übernehmen. Die Pläne würden von vielen NATO-Staaten unterstützt, „doch nur wenige schienen bereit, dafür offen einzutreten“. Der britische General Walker forderte während des Zaïre-Überfalls die Bildung einer „westlichen Antikommunistischen Allianz“ unter Einschluss der Republik Südafrika (wo er sich während dieser Zeit vielleicht nicht gerade zufällig aufhielt). Südafrika solle ihre „Nuklearkapazität als Abschreckungs- und Verhandlungsmittel entwickeln“ (alle Zitate und Quellenangaben s. AK 130, S.7). Eine zu-

Schah-Sturz und auch vor der SU-Intervention in Afghanistan. Drei Flugzeugträger, 27 weitere US-Kriegsschiffe, 14 französische und drei britische Schiffe kreuzen im Indischen Ozean, hinzu kommen 27 sowjetische Kriegsschiffe. Dieser Flottenaufmarsch bzw. das imperialistische Stützpunkt-System wurde ausführlich in AK 175 (S.4/5) dargestellt und soll hier nicht wiederholt werden.

Allerdings wird inzwischen, nachdem Carter den Persischen Golf zur US-Interessensphäre erklärt hat, zögerlich der Aufbau der US-Flaggtruppe vorangetrieben. In der letzten Woche liefen Schiffe mit 1800 Marine-Infanteristen einschließlich Kriegsmaterial ein, 7 Frachter mit Treibstoff, Panzern und Munition für 12000 Mann werden allein im Laufe des Monats Juli in den Indischen Ozean gebracht, stationiert werden die Schiffe in Diego Garcia. Eine 25 000 Mann-Armee kann damit innerhalb eines Monats überall im Umkreis von 10 000 km zum Einsatz gebracht werden. 1983 soll

Sinne des Schutzes für Erdölquellen und Transporte“ geschützt, sondern auch die freie Welt verteidigt „gegen vom Osten gesteuerte Umstrukturierungen“ (z.B. in Oman). „Saudi Arabien, von den Schichtführern ganz zu schweigen, kann dafür nie Ersatz sein, (nun sei) der Westen unmittelbar gefordert...“

US-Staatssekretär und Vize-Kriegsminister Komer ergänzte nach Afghanistan, die Gründe für die Intervention der SU genau zu benennen, sei zwar spekulativ, aber es gebe „überhaupt keinen Zweifel“, daß „das sich ändernde Kräftegleichgewicht zumwidersteht die UdSSR ermutigt hat... und sie tut es in einem Gebiet, das so gefährlich nah an der Schlagader der entwickelten westlichen Wirtschaft liegt, der Quelle von zwei Dritteln unseres (I) Öls“. Für Komer ergibt sich die „Herausforderung des Westens“ aus „diesen Anzeichen von verstärkter sowjetischer Aggressivität verbunden mit der Verwundbarkeit des instabilen Gebietes im Nahen Osten und Persischen Golf“. „Noch größer“ würde die Gefahr, da durch das Kartell der Öl produzierenden Länder, durch Inflation, durch eskalierende Ölpreise und vielleicht verringerte Förderung das „wirtschaftliche Wachstum“ untergraben würde und damit „unsere Fähigkeit, ausreichende Verteidigungsausgaben zu finanzieren... Eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit wie für die Wirtschaft in einem Ausmaß, mit dem die NATO seit 1949 nicht mehr konfrontiert worden ist“ (zit. nach „Europäische Wehrkunde“ 3/80). Für US-Admiral Smeat, Oberbefehlshaber der NATO, ist diese Herausforderung weltweit. „Hier eine kurze und unvollständige Liste möglicher Unruherden, die für die Südflecke (der NATO) von Bedeutung sein könnten“.

Die Polisario-Front und die Sahara, Libyen, Tschad, Uganda, Angola, Zaire, Rhodesien, Libanon, Äthiopien, Eritrea, Somalia, Mocambique, die beiden Jemen, Afghanistan, Pakistan – die Liste erscheint endlos“ (Tj).¹⁾

Für ihn ist „der Aufruhr und das Chaos im Iran ein schwerer Schlag. Aber er hatte auch etwas Gutes. Er zeigte deutlich, daß sich etwas dergleichen hier ereignen kann und dort und es könnte morgen passieren.“ Insofern könne man es sich „nicht leisten“, noch irgendwelche Grenzen bzw. „maubere Linien“ für die NATO zu ziehen. „Harte Tatsachen ist es vielmehr, daß alles, was irgendwo rund um Afrika oder natürlich auch irgendwo auf diesem unruhigen Kontinent oder im Indischen Ozean, im Roten Meer, im Arabischen Golf oder im indonesischen Ozean, im Persischen Golf oder im gesamten Mittleren Osten geschieht, für die NATO genauso wichtig oder möglicherweise kritischer ist als das, was irgendwo in Westeuropa oder im atlantischen Ozean vor sich geht.“

Aufgabe der NATO ist für ihn nicht nur eine imperialistische Kanonenboot-Politik in Krisenfällen, sondern die Kontrolle auf den Meeren. „Wir müssen der Tatsache eingedenk sein, daß Kontrolle des Mittelmeeres wirksame Kontrolle der NATO-Südflecke bedeutet, genauso wie Kontrolle des Indischen Ozeans und der benachbarten Seegebiete für die dortigen Interessen der NATO in ähnlicher Weise unabdingbar ist. Wir müssen auch die Notwendigkeit, stark zu bleiben, erkennen. Und das heißt stark bleiben (Hervorhebung im Original). Ja, wir müssen uns der Tatsache völlig bewußt sein, daß letzten Endes unser Bündnis das Ziel jener in der Welt heute beobachteten Destabilisierungsversuche ist. Das Schicksal des Sowjetischen Reiches hängt von diesem Bewußtsein ab“ (zit. nach „Europäische Wehrkunde“ 12/79). Für US-Vizekriegsminister Komer schafft „die Zerschlagung vieler östlicher Regime und die sich gegenseitig zerstörenden Konflikte zwischen ihnen allen neue Möglichkeiten für sowjetische politische Interventionen oder Streikkräfte-Einsatz in einem Gebiet, in dem bis vor kurzem die Präsenz der westlichen Macht nur gering war.“

Die Schaffung einer globalen Abschreckung („klare Hauptziele für die 80er Jahre“) müsse „hauptsächlich von der USA im Zusammenwirken mit bedrohten östlichen Regimen getragen werden... da die europäischen Fähigkeiten für eine Bereitstellung von Streikkräften in diesem Gebiet verknüpft sind. Selbst für die USA wird diese Aufgabe teuer und schwierig sein, wegen der enormen Entfernungen und des Mangels von bereitstehenden Stützpunkten. Hier fühlen wir Amerikaner uns berechtigt, unsere Alliierten zu bitten, die Last dieser gemeinsamen Verantwortung zu teilen; auf

dem Weg der Hilfe für bedrohte Regime, durch gemeinsame politisch-wirtschaftliche Maßnahmen und in Krisenzeiten durch soviel militärischen Beistand wie möglich“ (aus einer Rede über „die Zukunft der Allianz“ gehalten auf der Europäischen Wehrkundetagung im Februar 1980, nach „Europ. Wehrkunde“ 3/80).

„Sea-control“

Durch die Erfolge der Befreiungsbewegungen in Vietnam und Afrika, den Sturz des Schah und die Erhöhung der Ölpreise steht der Imperialismus überall in der Welt unter „Sicherheit“ gefährdet. Unter „Sicherheit“ wird ungründete Ausplünderung der Rohstoffe und Kontrolle der Weltmeere verstanden. Auch die Bundesmarine soll nun angespannt werden, was den deutschen Militaristen das Herz schneller schlagen läßt. Vornahme ausgedrückt heißt diese Flottenkonzentration zeitlich und örtlich wechselnder Schwerpunkte auf „nationalistische Zonen“ in der Fachpresse „Sea denial“ (a. Böhge, neuer Marineoberbefehlshaber, in „Wehrtechnik“ 6/80). Da der Imperialismus in unerschöpflicher Begehrtheit die Weltmeere als seine „Lebensadern“ betrachtet, verlangt er eine weltweite „umfassende Kontrolle... einschließlich des Luftraums“ die sog. „Sea control“ (ebenda). Diese Seeherrschaft wollen die Imperialisten erbeitetsteig bewerkstelligen. Der BRD ist in Zusammenarbeit mit den kleinen europäischen NATO-Ländern neben der Ostsee inzwischen die Kontrolle der Nordsee und der Atlantik-Routen zugefallen, eine Kontrolle, die bis zum Eismeer ausgedehnt werden soll (und danach geht's weiter „am deutschen Wesen...“). Mit dem Aufbau der US-Interventionstruppen wird gleichzeitig ein Instrumentarium geschaffen, um jederzeit in Konflikte einzugreifen, ohne sich auf Stellvertreter bzw. regionale Mächte stützen zu müssen. Vorbild der Überfall in Zaïre 1978. Diese Einsätze werden mit Hilfe der US-Flugzeugträger gleichzeitig mit „nuklear-strategischen Potentialen“ abgesichert (z.B. sind auf der Nimitz 100 Atomwaffen stationiert). Das nennen die Fachstrategen „Power projection“.

Zur Rolle der Sowjetflotte

An dieser Aufzählung kann man erkennen, was davon zu halten ist, wenn immer wieder der SU der Griff nach den Weltmeeren unterstellt wird. Ohne hier einen Kräftevergleich im Detail vorzunehmen, ist es vollkommen eindeutig, daß die Sowjetflotte weder eine Seeherrschaft aus-

länder gegen den Imperialismus zu unterstützen und durch Flottenaufmärsche angedrohte Interventionen „neutralisieren“ bzw. begrenzte Interventionen unmöglich machen könnten. Schon insofern stellt „die sowjetische Marine... eine gewaltige Herausforderung für unsere Seeherrschaft dar“, erklärte US-Admiral James I. Holloway („Spiegel“ vom 2.6.80). In dieser „Spiegel“-Darstellung wird angenommen, daß die SU dabei sei, große Flugzeugträger zu bauen. Gleichzeitig heißt es das „Johannis der Roten Flotte“ Mo „im Grunde nicht so sehr in der Frage nach ihrer Überlegenheit gegenüber den Flotten der Westens, sondern in der unklaren Zielrichtung der sowjetischen Außenpolitik“. So behält sich der „Spiegel“ vor, demnächst weitere „Geheimnisse“ aufzudecken, z.B. eventuelle Flottenstützpunkte in der Sahara...

Ausplünderung der Weltmeere

Recht frühzeitig widmen sich die Imperialisten auch der Frage der Rohstoffausbeutung der Meere. Seit 1973 sei „abzuwarten, daß die Freiheit der Meere Einbußen erleiden wird“, was durch die „Zunahme regionaler Machtzentren die Entstehung neuer Konflikte begünstigt“. Von 1958 bis 1978 sei die Anzahl der Marines von 65 auf 139 gestiegen. Zahlenmäßig gesehen gehörten bereits „44 % der Flugkörper tragenden Kampfschiffe“ Ländern der Dritten Welt. Von diesen Ländern wurde in der UNO zum einen die Ausdehnung der Fischergrenzen verlangt, zum anderen treffen die Imperialisten fieberhafte Vorbereitungen, den Rohstoffreichtum der Weltmeere auszuplündern, wofür sie ebenfalls die „Freiheit der Weltmeere“ verlangen während die Länder der Dritten Welt eine Beteiligung bzw. eine Internationalisierung verlangen.

Ein beträchtlicher Anteil der Erdölproduktion wird heute schon aus dem Meer gewonnen. Im letzten Jahr war das Nordseeöl schon zur größten Bezugsquelle für die BRD geworden. An den Küsten von 60 Ländern wird nach Öl gebohrt in tieferen Regionen erwartet man Ölvorkommen, die alles Bisherige weit in den Schatten stellen sollen. Das gleiche gilt für Metalle und Edelmetalle. Doch nur Länder wie die USA, BRD, Japan, Frankreich, aber auch die SU werden dazu technologisch in der Lage sein. Kein Wunder, wenn hier die Imperialisten der „Freiheit der Meere“, d.h. dem Recht auf Ausplünderung das Wort reden, während die Mehrheit in der UN diese Meeresvorkommen zum „Gemeingut der Menschheit“ erklärt hat.



Im Meer wird mehr Erdöl vermutet, als bisher erschlossen wurde. Zuletzt wurden riesige Erdölquellen im Golf von Mexiko und in der Nordsee gefunden. Rund ein Viertel der Weltförderung stammt aus Seegebieten.

Vor den Küsten von 60 Ländern wird derzeit nach Öl gebohrt. Der Kampf um diese Reichtümer steht noch bevor.

Wenn also 1973 der „Verteilungskampf um die Rohstoffe“ von Springer „Welt“ ausgerufen wurde (s.o.), so muß das auch vor diesem Hintergrund gesehen werden. 1974 schied Schwarz in seiner (bereits zitierten) Analyse zur „maritimen Interessenslage der BRD“... „So ist es ohne weiteres vorstellbar, daß sich einzelne Staaten oder Staatengruppen auch zur Störung des Seeverkehrs entschließen“, z.B. um eigene „Rechtspositionen bezüglich der Seewege, der Schelfnutzung oder der Fischereirechte durchzusetzen“. Der Autor rechnet dabei „sowohl mit offen vorgetragenen Gewaltmaßnahmen von See- und Luftstreitkräften wie mit U-Booten-Angriffen. Die ohnehin schon schwierige Lage... (wird) durch die maritime Expansion der Sowjetunion zusätzlich kompliziert. Situationen, in denen die Sowjetunion Drittstaaten zu antiwestlichen Maßnahmen ermutigt und diese dann durch maritime Präsenz schützt, ohne aber doch ein wesentliches Risiko direkter militärischer Konfrontation mit den USA einzugehen, sind in Zukunft unweigerlich vorstellbar. Die sowjetische Politik im Nahen Osten bildet das klassische Beispiel einer derart indirekten Strategie“ (in „Marine Rundschau“ 10/74, s.o.). Diese Überlegungen tragen erheblich zur Ankurbelung der imperialistischen Ausbeutung auf den Weltmeeren bei, wie auch zur offenen Beteiligung des BRD-Imperialismus an weltweiten militärischen Abenteuern.



künftige Beteiligung von Bundeswehr-Truppen schloß auch Helmut Schmidt in einem „stern“-Interview (8.6.78) nicht aus: „Wir stehen... keineswegs in der sicheren Nische, wir drücken uns nicht um unsere internationale Verantwortung. Aber jeder wird verstehen, daß wir mit der Entsendung deutscher Soldaten in Krisengebiete überaus vorsichtig sein müssen“. Apel machte der Truppe klar, daß für die BRD-Interessen in Afrika „auch Aktionen notwendig sein“ könnten („Informationen für die Truppe“ 9/78). Auch für diese militärischen Interventionen wurden wie beim Öl Rohstoffinteressen angegeben. „Trotz neuer Technologien gehören Kupfer und Mangan immer noch zu den strategischen Bodenschätzen, deren wichtigste Vorkommen partout nicht in die Verfügungsgewalt der westpolitischen Antagonisten fallen soll“ („SZ“, 23.5.78). Auf deutsch (!) Eine ant imperialistische Entwicklung in Zaïre muß auch in Zukunft wegen der Rohstoffbedeutung durch militärischen Einmarsch verhindert werden.

In dieser Zeit wurden die sechs neuen Fregatten in Auftrag gegeben. Es kam zu mehreren parlamentarischen Skandalen, weil sie sich zuweilen verteuerten (Stückkosten über 300 Millionen). „Plausible Begründungen zugunsten des neuen Schiffes mit dem großen Radius... glaube man wohl aus politischen Rücksichten zurückhalten zu müssen“ („SZ“, 9.7.78).

In der militärischen Fachpresse dagegen ließ es vollkommen offen, daß die Schiffe „so konzipiert“ seien, daß sie auch in „anderen Seegebieten“ als der Nordsee operieren könnten und daß sie „in Krisen und Spannungszuständen... in vorgeplante Operationen auf NATO-Ebene einbezogen“ werden würden („Soldat und Technik“ 6/78). Zudem wurde schon damals angekündigt, daß zukünftig 24 holländische und westdeutsche Fregatten gemeinsam die Nordsee zu bewachen hätten. Ein entsprechender Beschluß dürfte nach den Wahlen und dem WEU-Beschluß bald dem Parlament präsentiert werden.

Größter Flottenaufmarsch im „Meer des Friedens“

1981 wird eine Sonderkonferenz der UNO stattfinden, die über eine bereits 1971 verabschiedete UN-Resolution, den Indischen Ozean zu einem „Meer des Friedens“ zu erklären, beraten soll. Man steht trotz steigender Kriegsgefahr bewahrt sich die UNO einen brüßigen Schuß Humor. Denn derzeit erlebt der Indische Ozean den größten Flottenaufmarsch der Geschichte. „Wenn es zu einem Krieg kommen sollte, dann kann man wegen der Bedeutung des Ols wohl annehmen, daß er im Indischen Ozean, der größten Erdölquelle, ausflammen wird“ („Europäische Wehrkunde“ 12/79). So hieß es nach dem

es 30 000 und 1985 100 000 Mann sein.

In einem ersten Abkommen wurden der Oman und Kenia als Stützpunkte dieser Truppe gewonnen. Als Gegenleistung liefern die USA Waffen. Ähnliche Verhandlungen laufen derzeit mit Somalia und anderen Staaten. Auf Angebote von Ägypten und Israel wird offiziell verzichtet, um nicht zuviel Staub aufzuwirbeln, obwohl diese Länder als Luftwaffenstützpunkte fest eingeplant sind. Inzwischen wurde eine US-Staffel Phantomjäger in Ägypten stationiert. In der Negev-Wüste legt Israel zwei Luftlandplätze für die US-Truppe an.

Offen erklären die amerikanischen Kriegsplaner, daß sie sich auf „das Verständnis befreundeter Araberstaaten“ verlassen, allerdings sich gegenseitig versichernd, daß sie sich auch darauf einrichten, „die benötigten Häfen mit Landungstruppen einzunehmen“ (a. J.R., 22.7.80). Der Aufbau dieser Eingreiftruppe und einer neuen 5. US-Flotte im Indischen Ozean (bis dato gehörte die US-Kriegsschiffe zur VII. US-Flotte, die im Mittelmeer stationiert ist) sind aktuell der Hauptzweck, eine stärkere Arbeitsteilung, die die Übernahme neuer Aufgabengebiete für die Bundesmarine enthält, durchzuführen.

Die Mär von der „globalen Herausforderung“

Gerade der Aufbau der zusätzlichen Flotte und der Eingreiftruppe im Indischen Ozean, beides seit Mitte der 70er Jahre geplant, macht deutlich, daß es den Imperialisten darum geht, die Herrschaft über die Meere zu besitzen, um von dort aus jederzeit und an jedem Ort mit Truppen eingreifen zu können.

Im Gegensatz zur regionalen Beschränkung in den ersten 20 NATO-Jahren seien „die Großräume um den Nordatlantischen Raum herum, also der Nordmeerraum, der Mittelmeerraum, der Nahe- und der Mittlere Osten, Afrika und der Indische Ozean, von großer und unmittelbarer Bedeutung für die europäische Verteidigung. Man muß sie ohne jede Dramatisierung lebenswichtig nennen, im Krieg überlebenswichtig und dies aus zwei Gründen. In ihnen liegen die rohstoffliefernden Länder, und über die Meere laufen die Verbindungslinien der westlichen Länder beiderseits des Atlantiks...“ Der „Großraum um den Nordatlantik“ entspricht demnach ungefähr der gesamten Erdoberfläche (wobei allein der Pazifik „vergessen“ wurde) – jedenfalls ist das die Meinung von Kiellmannsegg (s.o.). Neben der Sicherung der ökonomisch wichtigsten Rohstoffe und der Handelsrouten führt er für das direkte Engagement des Imperialismus insbes. den Sturz des Schah an. „Es wegen der Möglichkeit einer Abkehr des Oils... sondern vielleicht mehr noch durch den Aufstieg Irans als Ordnungsmacht im Mittleren Osten“. Der Iran habe nicht nur „die erweiterte (I) Golfregion im

2. UNO-Frauenkonferenz

Seit dem 14.7. finden in Kopenhagen zwei von der UNO organisierte Frauenkonferenzen statt: zum einen die offizielle mit Delegationen der Regierungen der verschiedenen UNO-Mitgliedstaaten (die übrigens häufig von Männern angeführt werden, u.a. auch die Delegation der BRD wie peinlich ...), zum anderen die alternative, deren Programm offen für alle Menschen ist. Dementsprechend platze die alternative Konferenz auch fast aus den Nähten schon am ersten Tag war klar, daß die Versammlungsräumlichkeiten viel zu klein sind (bereits am 17.7. waren über 3.000 Teilnehmer/innen registriert worden). Das Programm kann je nach Bedarf gestaltet und verändert werden - mit anderen Worten: hier können sich die wirklich engagierten Frauen richtig

- Beschäftigung
- Ausbildung
- ~~Erkenntnis~~

Am 19.7. fand zusätzlich zu den beiden Konferenzen ein von der Frauenbewegung (Röddingspimper) gemeinsam mit über 20 linken Gruppen und Parteien, Gewerkschaften und Initiativen organisiertes Internationales Frauenfestival statt. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Praxis unterstützte allerdings diesmal die dänische Regierung das Projekt mit keinem Pfennig. Wir können in diesem Artikel nur einen ersten Überblick über verschiedene Ereignisse auf der offiziellen und alternativen Konferenz geben, wollen aber bis zur nächsten Ausgabe des AK eine vollständige Auswertung der Konferenzen fertigstellen.

aus Kuba, Pakistan, Bangla-Desh, Nicaragua, Albanien, Uganda und Afghanistan.

Am Montag, den 14.7., stürzten Frauen der Grünen die offizielle Eröffnungszereemonie: durch den ganzen Saal trugen die Frauen Transparente wie „Nein zur Atomwaffe“, „Nein zu Kernkraftwerken“, „Für totale Abstrahlung“. Sie schafften es ungefähr bis zur Mitte des Saales, dann wurden sie von den zahlreich postierten Polizisten abgefangen, denen gar nicht so schnell klargeworden war, daß diese Aktion nicht zum offiziellen Festprogramm gehörte ... Petra Kelly erklärte gegenüber der Zeitung „Information“: „Wir hatten diese Idee ganz spontan. Einige verließen den Konferenzraum. Da sie nicht wieder reingekommen wären, wenn sie erst mal draußen wären, mußten sie den Sicherheitsleuten klarmachen, daß eine von ihnen ihre Menstruation gekriegt hätte. Auf der Toilette haben sie sich dann die Spruchbänder um den Bauch gebunden.“

Ebenfalls mit zahlreichen Transparenten protestierten vor der Eröffnung zahlreiche *Exilchilenen* gegen die von Pinochet geschickte chilenische Delegation. Während der folgenden Tage wurden in Kopenhagen gegen die Anwesenheit dieser Delegation Unterschriften gesammelt, verbunden mit der Aufforderung von Unidad Popular und MIR, die nicht-offizielle Delegation als die legitimen Repräsentanten Chiles anzuerkennen.

Die dänischen „Frauen für Frieden“ überreichten am 14.7. UNO-Generalsekretär Waldheim 500.000 Unterschriften (Dänemark hat ca. 5,5 Mio. Einwohner!) ihrer Erklärung für den Frieden. Eine Rede der Friedensfrauen war in die Eröffnungszereemonie mit aufgenommen worden.

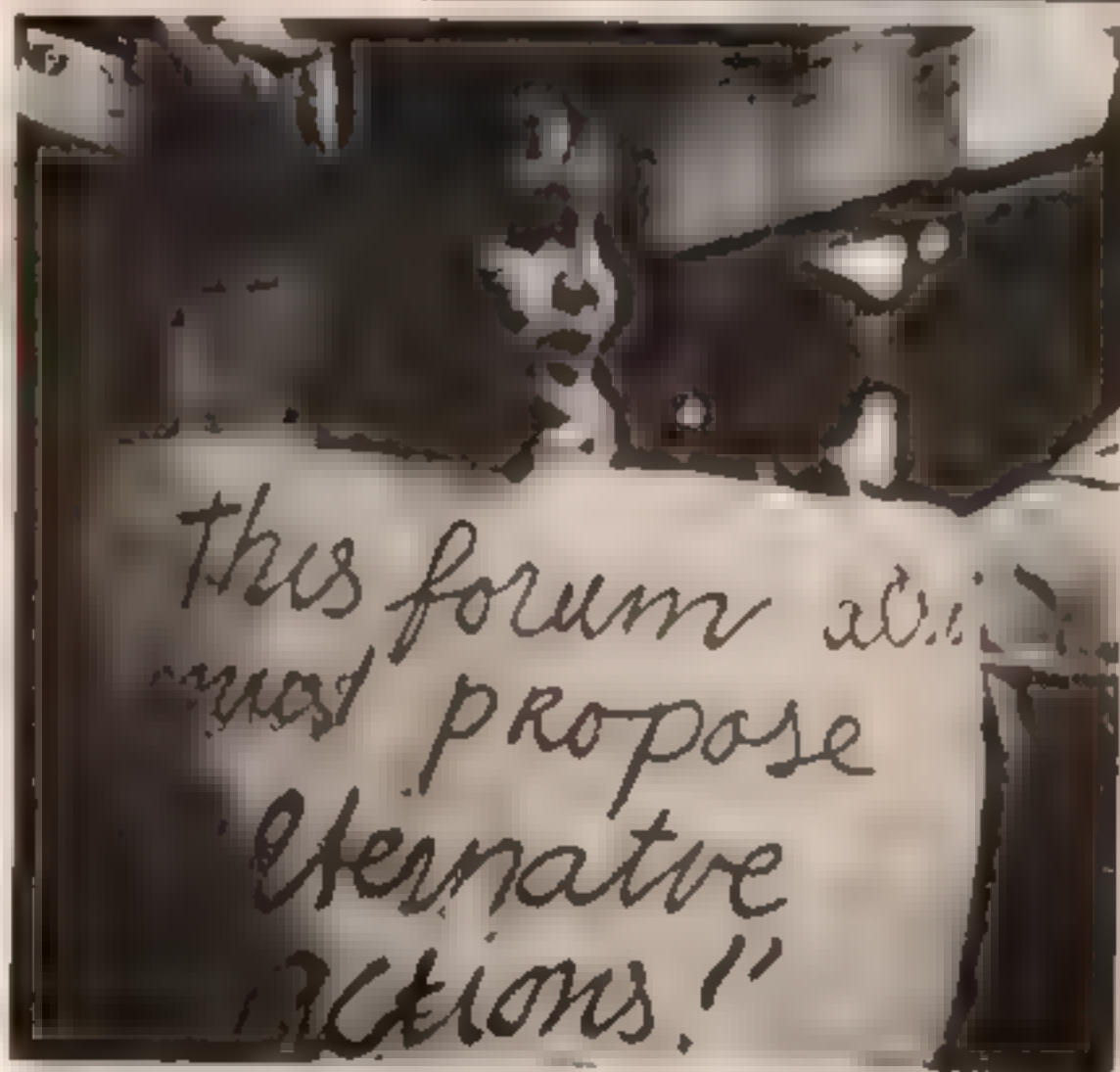
Die kanadischen „Frauen für Frieden“ überreichten am 14.7. UNO-Generalsekretär Waldheim 500.000 Unterschriften (Kanada hat ca. 5,5 Mio. Einwohner!) ihrer Erklärung für den Frieden. Eine Rede der Friedensfrauen war in die Eröffnungszereemonie mit aufgenommen worden.

Internationales Lesbentreffen

Für Donnerstag, den 17.7. hatte die organisierte Bewegung der Lesben in Kopenhagen (Lesbisk Bevægelse, LB) zu einem Treffen ins Kopenhagener Frauenzentrum eingeladen. Thema: Die Geschichte dieser Bewegung, die in Europa einmalige und wesentlich von Lesben aufgebaute - Frauen-Hochschule und die Situation lesbischer Mütter. Fast 100 Lesben waren gekommen und freuten sich darüber, sich endlich gemeinsam zusammenzusetzen und zu erkennen, und es wurde verabredet, an den Konferenzorten die Lesbenzeichen deutlich sichtbar zu tragen.

Nach kurzen Berichten über die Lage der Lesben in den verschiedenen Ländern (neben den zahlreich vertretenen Europäerinnen und Nordamerikanerinnen waren auch Lesben aus Südamerika, zumindest Mexiko sowie auch Afrikanerinnen anwesend) wurden Möglichkeiten für gemeinsame Schritte besprochen:

- eine Adressenliste wurde angelegt,
- eine Resolution wurde abgefaßt, die gegen die Diskriminierung der



Forderung nach tatsächlich alternativen Vorschlägen, erhoben auf der Alternativen Konferenz. Am 21.7. wurde vor der „Offiziellen“ eine Demo durchgeführt. Es gab Übergriffe der Polizei, für die sich die dänischen Veranstalter nachher entschuldigen mußten.

Lesben protestiert, und die auch das Thema Lesben, das auf dem offiziellen Programm natürlich nicht erscheint, öffentlich und bewußt machen soll. Weiter soll die Resolution mit dem Antrag an die UNO verbunden werden, sich mit der internationalen Diskriminierung der Lesben auseinanderzusetzen.

- eventuelle Gründung einer weltweiten Organisation der Lesben, deren

wichtigste Aufgabe es sein müßte, Berichte über die Situation in den verschiedenen Ländern zu sammeln und zu veröffentlichen und sich damit gegenseitig zu unterstützen. (Weitere Information hierzu gibt es über

„Kvindehuset“
Gothersgade 37
DK-1123 København
[bitte nach Lotte vom Lesbisk Bevægelse fragen]

Interview mit Leila Khaled

Interview mit Leila Khaled

Das nachfolgend abgedruckte Interview mit Leila Khaled ist eine Übersetzung aus der dänischen Zeitung „Ekstra Bladet“ vom 14.7. Im Original ist dieses Interview garniert mit einer öblen diflamatorischen Meize, mitten in den Interview-Text wurden Kommentare der Journalisten eingebunden, wie z.B.: „Sie ist es, mit der die Journalisten reden wollen. Die übrige 14 Mitglieder starke Delegation der PLO ist unwichtig ... Heute sitzt die häßliche, dunkelhäutige, braunäugige Frau in roter Bluse und schwarzer Hose und mit einem Emblem einer palästinensischen Frauenorganisation um den Hals in Kopenhagen und wird bewacht von der dänischen Sicherheitspolizei ... Es ist schwer zu glauben, daß es dieselbe Leila Khaled ist, die eine Handgranate im Cockpit der TWA-Maschine explodieren ließ“ ... Und die Überschrift lautet: „Terroristin-Mädchen: Ich will das Wort als Waffe benutzen in Dänemark“

Selbst wenn es sehr knapp ist, dieses Interview, und auch wenn die Fragen, die die bürgerlichen Journalisten da gestellt haben deutlichen Aufschuß geben, was Genies Kind sie sind, finden wir die Antworten, die Leila Khaled gegeben hat, bezeichnend für ihre klare und zufrückte Haltung.

...

Leila: Die Menschen, die mich Terroristin nennen, sollen wissen, daß ich ausschließlich deshalb an der UNO-Frauenkonferenz hier in Dänemark teilnehme, um über die Probleme zu diskutieren, die das palästinensische Volk und die palästinensischen Frauen haben. Das ist das wichtigste für mich. Meine Person ist gleichgültig.

Frage: Glaubst du immer noch an die Methoden und an die Art und Weise zu kämpfen, die du selbst vor 10 Jahren angewandt hast?

Leila: Ich glaube an die Revolution. Unsere Kampfweise bestimmen wir selbst. Aber beide, der Kampf der Worte und der Waffen, gehören zusammen. Seit 1948 bis 1967 hat das palästinensische Volk gerodet und geredet, ohne daß wir gehört wurden. Und die Welt hat bis zu jenem Zeitpunkt unser Problem falsch gesehen, und hat uns als Flüchtlinge betrachtet, anstatt

uns als ein Volk anzuerkennen, dessen Land besetzt worden ist. Die Revolution ist der kürzeste Weg dorthin, daß wir unser Land wiederbekommen können, da ist jedoch nicht der leichteste Weg. Frage: Wie sieht dein alltägliches Leben aus?

Leila: Das ist nicht besonders wichtig für die Öffentlichkeit. Aber ich wohne in Libanon, sowohl im Süden, als auch in Beirut, als auch in der Gegend rund um. Ich kümmere mich um das palästinensische Volk und mache mit in der Revolution, und das ist das Wichtigste. Frage: Du weißt sicher, daß es in Dänemark viele Menschen gibt, die sich darüber wundern, was du in Dänemark jetzt machst. Als wir zuletzt von dir hörten, fürchteten die Behörden, du wärdest als Terroristin herkommen. Nun sitzt du hier, offiziell eingeladen von der UNO.

Leila: Es ist eure Pflicht als Journalisten zu versuchen, einige der falschen Vorurteile, die die Leute haben können, aus dem Weg zu räumen, und diejenigen Menschen, die die Probleme des palästinensischen Volkes nicht kennen, zu informieren. Und dazu glaube ich, seid ihr in der Lage. Doch oft ist es nur die Oberfläche, die ihr sehen wollt. Wir haben aus den Flüchtlingslagern nach Hilfe gerufen, viele Jahre lang. Wir wurden gefloht und gequält und damals hörte man uns nicht.

Frage: Sind die Probleme der palästinensischen Frauen wichtiger als die des palästinensischen Volkes?

Leila: Nein, das kann man nicht voneinander trennen. Das ist derselbe Kampf, den wir kämpfen. Frauen sind ein Teil der Gesellschaft, und das sind sie in der ganzen Welt, das ist nicht voneinander zu trennen.

Frage: Was hoffst du, auf dieser Frauenkonferenz zu erreichen? Leila: Ich hoffe, mehr Verständnis zu erreichen für die Probleme des palästinensischen Volkes und der palästinensischen Frauen. Und ich erwarte ein größeres Verständnis für das Recht, unser Land zu befreien. Es bedeutet viel für uns zu erfahren, daß Menschen rundum in der Welt zu uns stehen. Besonders in den skandinavischen Ländern gibt es großes Verständnis für uns und das weckt natürlich ein auf die Haltung der Regierungen uns gegenüber.



1. FALLEDPARKEN
KL. 12-20, DEN 19. JULI

KAMPEN MOD SUNDERTRYKKELSEN ER INTERNATIONAL



austoben. Und genau das passiert in erfrischender Weise.

Im Gegensatz dazu ist die offizielle Konferenz geprägt von dem Bemühen, nur ja keine Politik hineinzufragen. Angesichts der hochpolitischen Themen, die auf dieser Konferenz diskutiert werden sollen, dürfte sich das allerdings als unrealistisch erweisen. Auf dem Programm stehen als Schwerpunkte nämlich auch:

- Frauen unter den Bedingungen der Apartheidpolitik Südafrikas,
- Probleme der palästinensischen Frauen, Flüchtlingsituation,
- Frauen in den Befreiungsbewegungen.

Die offiziellen 3 Hauptthemen der UNO lauten:

Den ersten Eklat gab es, als am Dienstag (15.7.) Frau Sadat zum Redepunkt der offiziellen Konferenz schritt und spontan und unverzüglich die gesamte PLO-Delegation unter lautstarkem Protest den Saal verließ. Leila Khaled, die die palästinensische Delegation anführt, erklärte hierzu knapp und präzise: „Wir können nicht sitzen bleiben, wenn eine Vertreterin spricht.“ Und die bisher eher geordnete diplomatisch gedämpfte Stimmung im Saal wurde etwas durcheinandergebracht, als die palästinensische Delegation vor dem Saal mit erhobenen Fäusten ihre Kampfsprüche rief. Zusammen mit der palästinensischen Delegation verließen aus Protest auch alle arabischen Delegationen den Saal, weiterhin jeweils die Hälfte der Delegationen aus der Sowjetunion,



„Schwarze Frauen wurden in Brasilien oft als Prostituierte angesehen“, berichtet Leila Gonzalez von „Der Schwarzen Einheitsbewegung“ in Brasilien (auf dem Bild rechts). Links neben ihr die bolivianische Minenarbeiterin Domitila Barrios de Chungara, die nach dem jüngsten Militärputsch jetzt nicht mehr nach Hause zurückfahren kann.



Protestierende Exilchilenen

und nicht die SPD. Auch in das zukünftige Frauenprogramm weist A. Schwarzer nicht viel Hoffnung, „und die beste Voraussetzung für die SPD-Karriere einer Frau ist ein deklariertes Antifeminismus“.

Während Strauß durchaus als Kriegstreiber angegriffen wird, kritisiert A. Schwarzer an Schmidt seine „Friedenssprüche“ und an Bahr, daß es „Wichtiges“ als die Frauenemanzipation gäbe, „nämlich die Erhaltung des Friedens“. Der „Nachrüstungsbeschluß“ ist auch für A. Schwarzer kein Akt der Friedenssicherung durch die SPD-Schmidt-Regierung. Doch sie spaltet Schmidt als Kriegstreiber enorm herunter, wie sie es mit der Kriegsgelahr überhaupt tut. „Und dann der Popanz Krieg, ja, es kann Krieg geben... Nur die Kriegsgelahr ist heute nicht größer, als sie es vor ein paar Jahren war und in ein paar Jahren sein wird. Einzigster Unterschied, zur Zeit wird mehr davon geredet.“ Für diese Verharmlosung der Kriegspolitik wird sich die SPD sicherlich bedanken, kommt sie doch aus- und allein ihr zugute.

Wenn es um das Wahlverhalten zu den Bundestagswahlen '80 gegenüber der SPD geht, gibt A. Schwarzer sich widersprüchlich. Einerseits: „Zwei Ungeheuer bedrohen unser Land: Strauß und der Weltkrieg. Wer mag da noch die edlen Recken, die sich als Retter anbieten, nach Rechenschaft über Motive und Absichten befragen? Wer mag da noch der SPD/FDP-Koalition den Blankoscheck verweigern? – Niemand.“ Andererseits: „Doch und die Unterschiede zwischen den Parteien und Kandidaten so fundamental, daß blinde Loyalität mit der SPD/FDP zwingendes Gebot der Stunde sein muß? Nein!“ A. Schwarzer ist sogar über die Linke in der BRG „kritisiert“.

nicht auch noch behindern, 3. den fetalen „Nachrüstungsbeschluß“ rückgängig machen. All das wäre sicherlich auch für Wahlerrinnen überzeugender als volkreverumende Wahlkampagne!“ (Emma 6/80). Diese Illusionen in die SPD sind ganz schön frauenverdermend und insbesondere für die Emma-Leserinnen die zweite Verarschung.

Nehmen wir uns noch einmal die Umfrage der Emma zum Wahlverhalten vor. Jede 10. Emma-Leserin ist in der SPD organisiert, 47% der SPD-Frauen finden ihre eigene Partei, zum Teil auch nur „bedingt“, bürgerfeindlich, 99% sogar finden ihre Partei, wenn auch nur zum Teil „bedingt“, frauenfeindlich. 1976 haben 95% der SPD-Frauen ihrer Partei noch die Stimme gegeben, heute würden es nur noch 80% tun. Allgemein zeigt sich bei den Emma-Leserinnen bereits ein kritisches Bewusstsein zur SPD. 1976 waren es 71%, die der SPD die Stimme gaben, heute würden es nur noch 43% tun (ein großer Anteil ergibt sich aus den SPD-Frauen), allerdings finden die gleichen Emma-Leserinnen zu 98% die Parteien frauenfeindlich. Mit anderen Worten: die Emma-Leserinnen haben bereits ein sehr kritisches Verhältnis zur SPD und wählen, wenn überhaupt, dann aus Mangel an anderen Alternativen. Nun sollte Frau aber von den sich selbst erwartenden Emma-Leserinnen erwarten, daß sie die Leserinnen der Frauenzeitung Emma umfangreich über die alternative Wahlbewegung, die es ja seit 1978 vor allem in den einzelnen Bundesländern gibt, informiert bzw. überhaupt darüber schreiben, was sich links von der SPD an Parteien und Gruppierungen entwickelt hat und wie diese wiederum zur Frauenfrage stehen. Zweifellos ist heute eine Wahlempfehlung nicht

Frauenarbeit bei den Grünen in Baden-Württemberg

Der folgende Aufsatz wurde uns freundlicherweise von Christine Muscheler zur Verfügung gestellt. Sie wurde Anfang Juni 1980 auf Platz 3 der baden-württembergischen Landesliste für die Bundestagswahl gewählt – sicherlich nicht nur als Folge ihres persönlichen Engagements, sondern in erster Linie als Votum für die Frauenpolitik, wie sie von zahlreichen baden-württembergischen grünen Frauen seit Frühjahr 1980 mit viel Schlagkraft und Pfliffigkeit vertreten wird. Außerdem arbeitet Christine auch im Landesvorstand mit (Anmerkung AK).

Seit einigen Monaten machen wir in Baden-Württemberg regelmäßig Treffen von den grünen Frauen. Wie kam es dazu? Eigentlich waren es verschiedene Ereignisse. Erstens die reichlich bekannte Geschichte vom Eßlinger Parteitag im Februar, wo nach Manipulationen von Hasenclever ein schon gefaßter Beschluß für die Streichung des §218 wieder zurückgenommen wurde. Zweitens bestimmte Äußerungen von Hasenclever auf dem Saarbrückener Parteitag, wo er zur Frauenfrage und zum §218 Interviews gegeben hat, obwohl genug Frauen da waren, die das hätten machen können. Und drittens auch das Wahlheft der EMMA, wo die für einen Wahlboykott plädieren und die Grünen nicht richtig beurteilt werden.

Konkreter Anlaß war dann eigentlich der Parteitag in Eßlingen, bei dem wir ja beschlossen, daß der Landesvorstand paritätisch besetzt werden sollte. Als dann aber konkret gewählt

worden waren, sind rumkommen in den Dorfkneipen – es war also auch von daher ein Erlebnis, weil es eine andere Form hatte wie die Bundes- und Landesparteitage, die wir bis dahin erlebt hatten.

Wir haben dann tatsächlich unsere Frauenliste aufgestellt. Zusätzlich hat eine Frau noch ein Papier aufgesetzt: Sie wollte von den Grünen, bevor die Frauen kandidieren, gerne wissen, wie sie die Frauen angesichts der Dreifachbelastung von Haushalt und Kindererziehung, Beruf und politischer Arbeit zu unterstützen und ihre Situation zu erleichtern gedanken. Außerdem haben wir unsere Liste eine Erklärung vorangestellt, wo wir uns kritisch damit auseinandersetzen, daß manche Leute in den Kreisverbänden ihre Stellung ausnützen und Papiere zurückhalten. Wir haben uns allgemein gegen – sagen wir es doch ruhig einmal – chauvinistische und männliche Strukturen gewendet.

Wir haben dann in der Kirche so richtig mit Schreibmaschine und Abzugsgelbts losgelegt – auch das war für die Frauen eine tolle Sache. Und das ganze haben wir also gedruckt und an den Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle verschickt, auch als Vorbereitungsmaterial für den (damals) anstehenden Offenburger Landesparteitag.

Hilfe, die „Feministinnen“ kommen!

Erst später haben wir dann festgestellt, daß wir mit unserem Vorgehen das Kandidatenkarussell und das, was sich hinter den Kulissen abgespielt hat, nicht gesehen war, empfindlich gestört hatten. Es ging gleich eine ungeheure Diskussion los in Offenbach. Natürlich kamen die üblichen Argumente: „Männer und Frauen müßten heutzutage Diskussion los in Offenbach. Natürlich kamen die üblichen Argumente: Männer und Frauen müßten doch gemeinsam ...“ Frauengruppen wären ja gar nicht notwendig, das Altkomitee usw.

Trotzdem konnten wir auf dem Parteitag noch verschiedene Frauen auf unsere Liste bringen, die nicht zum Frauentreffen hatten fahren können. Ein wichtiges Argument wurde dann gegen uns vorgebracht, was ich sehr bezeichnend finde:

Als wir damals in Eßlingen die paritätische Vorstandsbesetzung festgeschrieben wissen wollten, hieß es noch, das sei eigentlich gar nicht nötig, wir bräuchten doch nur zu kandidieren, man würde uns schon wählen. Jetzt, wo wir tatsächlich zur Wahl angetreten waren, versuchte man uns zu diskualifizieren – als Feministinnen, vorwiegend linke Frauen, was von den jeweiligen Herren natürlich als Schimpfwort gemeint war. Das haben wir uns aber nicht gefallen lassen, und wir hatten mit unseren Argumenten Erfolg. Von den 15 Vorstandsmitgliedern wurden 8 Frauen gewählt!

Wir Frauen als unberechenbarer Faktor

Vor dem Rastatter Parteitag haben wir wieder ein Frauentreffen gemacht. Wir wollten erreichen, daß auf der Landesliste möglichst viele Frauen stehen. Bei der Landtagswahl, als die Frauen noch nicht in Erscheinung getreten waren, ist es nämlich so gewesen, daß in 70 Wahlkreisen ganze 6 Frauen als Kandidatinnen aufgestellt worden waren, was dann auch prompt von SPD und Jusos als Widerspruch zu unserem alternativen Anspruch aufgefaßt worden ist.

Für das Frauentreffen mußten wir diesmal nicht mehr privat einladen, sondern konnten, da wir ja im Landesvorstand waren, die Einladung über die Landesgeschäftsstelle verschicken. Auch diesmal kamen wieder etwa 30 Frauen, wobei einige weitere durch eine Landesauswahlkommission verhindert waren. Wir verlasen ein Papier „Die Frauen des grünen Frauentreffens stellen fest“, und ich verlas das dann gleich zu Beginn des Parteitages. Inhaltlich wurde darin gesagt, daß sich die Parteiarbeit im Augenblick darauf beschränke, Wahlen hinter sich zu bringen, destruktive Presseerklärungen abzugeben, Parteitage zu organisieren – und

wir aber nirgends sehen, daß eine konstruktive Arbeit gemacht wird. Wir haben dann noch hinzugefügt, daß sich das auch mit den Erfahrungen der Frauen im Landesvorstand deckt, wo sie sich nur so als Abstimmungspotential darstelen, aber eben auch keine inhaltlichen Dinge gemacht werden. Zum Schluß haben wir noch festgestellt, daß wir jetzt die Nase voll haben und die Sache in die eigenen Hände nehmen wollen. Wir haben angekündigt, daß wir im September selbständig eine Aktionswoche zu Frieden und Ökologie (und was speziell die Frauen dazu meinen) machen werden (gemeinsam steht unten).

Die Verlesung der Erklärung hat fast schon Tumulte ausgelöst. Auch viele Frauen haben uns angegriffen und uns empfohlen, unsere Interessen besser mit „weiblichen Mitteln“ durchzusetzen, in dem wir den Männern tief in die Augen gucken. Ein paar Männer, die gerne einen Vorstandsposten gehabt hätten und dann durch uns nicht zum Zug gekommen waren, haben gebrüllt: „Wenn die Frauen im Vorstand unfähig sind, sollten sie zurücktreten.“ Aber wir wurden von sehr vielen Leuten auch sehr beifällig aufgenommen, manche kamen im Verlaufe des Tages auf unsere Kritik zurück. Denn wir haben auch betont, daß das keine Kritik im Grundsatz ist, daß nicht Leute fertig gemacht und ausgegrenzt werden sollen, sondern eine konstruktive Kritik.

Mit einem riesengroßen Gemälde auf einer Wandzeitung haben wir unsere Kritik dann auch bildhaft dargestellt: Die Grünen als Isot, der sich selber einsperrt, und draußen und ohne ihn läuft die ganze bunte alternative Bewegung, selbstverwaltete Jugendhäuser und Frauenzentren, Demos und so weiter. Das „Isot“ (veraltet) haben wir immer dick unterstrichen.

So sind wir in den ganzen Strukturen, wo doch sehr viel schon im voraus hintenrum antizipiert wird, ein unberechenbarer Faktor geworden.

Wir stehen nicht allein!

Wir stehen nicht allein!

Bei der Wahl selber kam ich dann auf Anhieb auf Platz 3, Platz 4 und 6 sind auch Frauen, und auf den übrigen Plätzen kommen noch weitere. Meine hohe Stimmenzahl – 11.000 – hat mich auf Platz 2 mit nur 2 Stimmen mehr als ich – werte ich als Zustimmung zu dem, was ich bei meiner Vorstellung gesagt habe: Ich sehe mich als Vertreterin der alternativen Bewegung, der Frauenbewegung und der vielen jungen Leute, die nicht mehr so ganz mitmachen wollen, auch in ihrer Lebenspraxis, oder das auch gar nicht können, weil sie beispielsweise arbeitslos sind. Und ich habe mich auch dagegen ausgesprochen, daß die Grünen nur mehr „4. Partei“ sein wollen und das „Alternative“ keine große Rolle mehr spielen würde. Offensichtlich haben sehr viele Leute mich gewählt, weil sie das auch so sehen.

Politik und Frauenarbeit

Bei uns im Kreisverband Rottweil sind Frauen zwar in der Minderheit, aber doch sehr aktiv. In dieser ländlichen Gegend im Schwarzwald haben sehr viele Frauen ein Bedürfnis, politisch aktiv zu sein, auch und gerade mit anderen Frauen. Und es macht ja auch Spaß, das ist ganz wichtig.

Und da habe ich eine wichtige Beobachtung gemacht: Vor allem Frauen, die bislang noch nicht so politisch arbeiteten, haben durch ihre neue Aktivität enorme Schwierigkeiten mit ihren Familien, mit ihren Männern. Es ist auch klar: Wenn eine Frau sehr gerne auf ein Frauentreffen oder einen Parteitag fahren will, aber ein Kind hat, und ihr Mann will sie nicht unterstützen – das ist schwierig. Wir haben jetzt tatsächlich schon Fälle, wo Frauen offiziell gesagt haben, sie könnten in Zukunft nicht mehr kommen, weil sie nur noch die Alternative „The oder Grün“ hätten. Umgekehrt überlegt sich auch eine Frau, ob sie sich scheiden lassen soll. Im Grunde sei sie schon immer unzufrieden gewesen, aber jetzt empfinde sie so stark wie nie zuvor, wie wenig sie eigenen Ideen und Interessen nachgehen könne. – Da laufen also schon bewußtseinsverändernde Sachen ab.



daß „die zwischen den Wahlen auch so kritischen Linken innerhalb und außerhalb der SPD wieder einmal zur Stelle sind, um genau dieser SPD umingeschränkt Wahlhilfe zu leisten.“ A. Schwarzer, die sich selbst gern als linke Frau in Szene setzt, scheint aber hier keineswegs ein besseres Rezept anzubieten. Zweifelloos kann Frau den Emma-Redakteurinnen nicht vorwerfen, daß sie „umingeschränkte Wahlunterstützung für die SPD leisten, allerdings wird, ohne es auszusprechen, das kleinere Übel kritisch unterstützt, wenn auch mit Bauchschmerzen. „Da wären wir also wieder beim Kuhhandel. Mir scheint es übrigens schon ein Fortschritt für viele Frauen und Bürger generell, wenn sie den Kuhhandel überhaupt erkennen. Das heißt, wenn wir den Parteien endlich keine Blankoschecks mehr geben, sondern ihnen genau auf die Finger sehen“ (Interview mit S. Beauvoit). Dieser Einschätzung folgt dann die Wahlvariante, „daß man Druck von außen ausüben kann“, was sich nur auf die SPD als Partei bezieht. Als Beweis führen die Emma-Redakteurinnen die § 218 Kampagne 1971 an.

Deutlicher jedoch als in dem Sonderband 1 wird die kritische Wahlunterstützung der SPD in den darauffolgenden Emmas: „Wir müssen die Machtheber unter Druck setzen! Wir müssen einer SPD klarmachen, daß wir sehen, daß sie vom Frieden redet, aber – gegen ihn handelt. Wir müssen konkrete, durchsetzbare Forderungen aufstellen. Zum Beispiel ...“ (A. Schwarzer in Emma 3/80).

In einer weiteren Nummer der Emma schreibt A. Schwarzer: „Wenn die SPD noch glaubhaft sein und wirklich etwas für den Frieden tun will, dann sollte sie 1. schärfste Wider Bürgerkritik ohne Angst vor Verurteilung möglich machen, 2. den Emanzipationskampf von Frauen

so ohne weiteres möglich, aber eine wahrheitsgetreue Berichterstattung“.

Daß den Emma-Redakteurinnen daran nicht allzuviel liegt, zeigt z.B. die Berichterstattung über die Grünen. Frau soll den Eindruck gewinnen, diese Partei bestehe nur aus Gruhl und Dolphine Brox (die inzwischen aus der Bundespartei ausgetreten ist). Während anderen etablierten Parteien seitenweise Kommentare in dem Sonderband 1 zur Verfügung gestellt werden, und Herr Bahr von der SPD sogar eine doppelseitige Anzeige (bezahlt natürlich!) veröffentlichen kann, kommen Kräfte links von der SPD wie z.B. die Grünen aber auch die DKP überhaupt nicht selber zu Wort. Auch in den folgenden Ausgaben der Emma wird nicht über neuere Entwicklungen z.B. der Grünen berichtet. Stattdessen wird Petra Kelly in einem Interview (3 Monate nach Erscheinen des Sonderband 1) als „die grüne Ausnahme“ in der Grünen Partei dargestellt. Somit wird den Emma-Leserinnen der Eindruck vermittelt, als gäbe es nur die eine Feministin Petra Kelly, die ihre Kraft innerhalb der Grünen Partei verpönt und sonst keine weiteren fortschrittlichen Frauen.

Für die Emma-Redakteurinnen bleibt der Wahlboykott und die kritische Wahlunterstützung der SPD. Da der Wahlboykott in der Frauenbewegung heute aber keinerlei ernstzunehmende Resonanz hat, und das den Emma-Redakteurinnen auch klar sein müßte, bleibt letztendlich die kritische Wahlunterstützung für die SPD. Eigentlich ein Armutszeugnis für die Redakteurinnen einer feministischen Zeitung wie der Emma.

Ulla, KB Hamburg

werden sollte, stellten sich gar keine Frauen zur Wahl. Noch zwei Frauen und ich haben dann andere Frauen angesprochen – aber überall dieselbe Reaktion: „Trau' ich mir nicht zu, hab' ich noch nie gemacht. Irgendwie haben wir dann aber doch dadurch überzeugt, daß wir gesagt haben, wir machen das gemeinsam (es sollen ja acht Frauen im Vorstand sein), keine wird allein gelassen. Nun, in Eßlingen wurde nicht mehr gewählt. Zuhause in Rottweil haben sich dann die grünen Frauen überlegt, wie das weitergehen kann. Wir haben dann ganz einfach gesagt, wir laden jetzt alle Frauen in Baden-Württemberg ein und besprechen das, schließlich stand auch schon wieder ein Landesparteitag an, und da wollten wir vielleicht für die Vorstandswahl eine Frauenliste aufstellen. Wir haben dann die Einladung mangels Adressen einfach an die Kreisvorstände geschickt.

Auch Frauen sollen in den Vor-

Zu diesem ersten Wochenandtreffen kamen dann etwa 30 Frauen aus Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Stuttgart, Herrenberg und so weiter. Wir trafen uns in einer kleinen Kirche hier im Ort, wo auch normalerweise Kulturveranstaltungen stattfinden. Es waren im übrigen Frauen aller Altersgruppen und „von allen Strömungen“.

Wir haben dann erstmal berichtet, wie es in den Kreisverbänden aussieht. Da haben dann gleich einige Frauen erzählt, daß sie vom Treffen wieder nur über drei Hintertüren erfahren haben – offenbar war den meist männlichen Kreisvorständen die Sache zu unwichtig zum Weitertragen.

Wir haben das Ganze sehr schön und sehr gemütlich aufgezogen, haben zu-



»Emma«: Sie reden vom Wahlboykott und meinen das »kleinere Übel«

Im April '80 erschien der Emma-Sonderband 1 „Wahlboykott? Haben die Frauen noch die Wahl?“. Alice Schwarzer und Ingrid Strobl veröffentlichten ihre im September '79 begonnene Umfrage zu den Bundestagswahlen '80 unter dem Emma-Leserinnen. In dieser „Streitschrift zu den Wahlen '80“ erklärten die Redakteurinnen: „Wir könnten und wollten jetzt keine Rezepte geben, nicht sagen, auf diese und jene am 3. Oktober.“ Doch nur wenige Zeilen später werden im Vorwort schon die Rezepte verteilt: „Wir sind auch zu dem Ergebnis gekommen, daß sowohl die Grünen eine Frauenpartei keine Alternative sein können.“ Die Frauenpartei war damals noch im Gespräch und stieß bei den Emma-Redakteurinnen auf wenig Resonanz. Die Grünen „schneiden nicht widerher für Frauen als andere Parteien“ wie scheint alles bei der Emma, was sich links von der SPD versteht.

Gesagt, getan und schon sind diese Analysen in der Wahlbewegung für die Emma-Redakteurinnen vom Tisch. Mit einem manipulierten Ergebnis werden die Emma-Leserinnen auf das „Kampfmittel“ des Wahlboykotts orientiert. Doch das ist auch den Emma-Redakteurinnen klar. Wahlboykott würde eine aktive Bewegung wie 1971 bei der § 218-Kampagne voraussetzen, und damit nicht es zur Zeit schlecht in der Frauenbewegung aus. Was bleibt ist „Druck ausüben von außen“ auf die SPD, Forderungen und Kritik an „kleineren Übel“. Und: „Emma will gerne eine erste Koordinationsstelle für alle Frauenaktivitäten zu den Wahlen 1980 sein.“ Wenn es bei der kritischen Wahlunterstützung für die SPD bleibt, wird den Emma-Redakteurinnen sicher keine Frau die selbstbestimmte Avantgarde abnehmen wollen.

Ergebnisse aus der Umfrage: „Haben die Frauen noch die Wahl?“

Im September letzten Jahres beteiligten sich rund 5350 Emma-Leserinnen an der Infratest-Umfrage „Haben Frauen noch die Wahl?“ zu den Bundestagswahlen '80.

Alice Schwarzer kommentiert: „Aber in allem kann man sagen, daß abgesehen von einigen Abweichungen, wie z.B. Alter und Schulbildung – das Bild der Emma-Leserinnen rein äußerlich der statistischen Durchschnittsbürgerin gleicht“ (Seite 10). Dieser Zahn muß ihr wohl gleich gezogen werden: die meisten beteiligten Frauen kommen aus intellektuellen Kreisen, Frauen aus der Arbeiterklasse lesen kaum die Emma. In Emma Nr. 1/80 werden die Leserinnen genauer untersucht. Danach haben 55 % der Emma-Leserinnen Abitur oder Universitätsausbildung, 32 % haben die Mittel- und Fachschule und nur 8 % sind Volksschülerinnen mit Berufsausbildung sowie 3 % ohne Berufsausbildung. (Die Prozentwerte beziehen sich immer auf die 5.350 abgegebenen Fragebögen.) Bedenkt man, daß die Frauen mit Volksschule ohne Berufsausbildung 40 % und diejenigen mit Berufsausbildung 29,2 % aller Frauen der BRD ausmachen (69,2 % insgesamt), so kann weiß Gott nicht von der Durchschnittsbürgerin in diesem Text die Rede sein. Zweifel an der Aussagefähigkeit dieser Untersuchung über die Emma-Leserinnen kommen weiterhin auf, wenn man die Rücklaufquote von 5.350 Antworten der verkaufte Emma-Auflage von rund 100.000 Stück entgegenhält. Die Ergebnisse zeigen, daß es sich bei den Antwortenden durchweg um engagierte Frauen aus den Parteien und der Frauenbewegung handelt. Dies ist auch deshalb wichtig festzuhalten, weil Frauen aus der Arbeiterklasse mit der Emma-Sonderbrochure sicherlich nicht angesprochen werden. Trotzdem lohnt es, die Untersuchung genauer zu betrachten. „Jede elfte Emma-Leserin ist aktiv in der Frauenbewegung. Jede vierte stuft sich als „Feministin“ ein (). Zwei Drittel aller Emma-Leserinnen finden es richtig und begründet, daß es eine unabhängige, autonome Frauenbewegung gibt! Und fast alle Frauen die wichtigsten Ziele dieser Frauenbewegung. So sind z.B. 86 % für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, 77 % für wirklich gleichberechtigte Beziehungen zwischen Männern und Frauen“.

74 % für eine „menschenfreundlichere Architektur“, 71 % für die „totale Aufhebung der Diskriminierung homosexueller Frauen und Männer“, 70 % für „mehr Häuser für geschlagene Frauen“, 63 % für „mehr Frauen in die Politik“ (Seite 10). Gegen die Ehe erklärten sich 95 %, gegen die Pille 96 % und 82 % dieser Frauen lesen täglich in einem Buch.

Eine Schlappe für die bürgerlichen Parteien

Das Wahlverhalten der Emma-Leserinnen wird nach ihrem Alter, sowie nach ihrer Aktivität in der Frauenbewegung und der SPD untersucht. Im Vergleich zu den Wahlen 1976 zeigt sich 1980 eine große Parteienverdrängung. Während die Feministinnen 1976 noch zu 81 % der SPD ihre Stimme gaben, wollen jetzt nur noch 33 % die SPD wählen. Die SPD-Frauen wählen 1976 zu 95 % ihre eigene Partei, heute dagegen sind nur noch 80 % bereit, ihre Stimme an die SPD zu geben. Insgesamt haben die befragten Emma-Leserinnen 1976 der SPD zu 71,3 % ihre Stimme gegeben, heute würden es nur noch 43 % tun.

Auch die FDP würde im Vergleich zu 1976 heute 12 % weniger Stimmen bekommen, und somit nur noch von 7 % der Emma-Leserinnen gewählt werden. Die CDU fällt von 12,1 % auf 2,3 % ab und ist damit kaum erwähnenswert. Interessant dagegen ist, daß 41,9 % der Emma-Leserinnen sich für eine Wahl der Grünen Partei aussprechen. Besonders die jüngeren Emma-Leserinnen, aber auch 15 % der SPD-Frauen und 51 % der aktiven Feministinnen finden sich in diesem hohen Ergebnis für die Grünen wieder.

Während Alice Schwarzer sonst kein Ergebnis der einzelnen Parteien kommentiert, kann sie es hierzu nicht lassen: „Den Löwenanteil könnten die Grünen einstreichen. So zumindest sah es noch im Herbst '79 aus. Ob die befragten Frauen auch heute noch für die Grünen stimmen würden, nachdem klar ist, daß auch bei dieser Partei frauenpezifische und radikaldemokratische Ziele auf der Strecke blieben, ... scheint fraglich“ (Seite 13).

1976 bleibt noch zu erwähnen, daß 4,5 % für die DKP gestimmt haben und heute nur 2,3 % dazu bereit sind. Die restlichen Prozente verteilen sich auf „andere Parteien“, wobei hervorgehoben werden sollte, daß die NPD keine Stimme von den Emma-Leserinnen zu erwarten hat.

Auf die Frage, ob die Parteien frauenfeindlich seien, antworteten 65 % der Emma-Leserinnen mit einem uneingeschränkten Ja, und 33 % eingeschränkt dies etwas ein. Die zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Diskussion stehende Frauenpartei wurde von 44 % der Emma-Leserinnen gewählt, wenn es „eine Frauenpartei mit feministischem Programm geben würde“. 21 % der Emma-Leserinnen würden uneingeschränkt einer Kandidatin ihre Stimme geben, während 78 % meinet „Kommt drauf an, wer und was diese Frau vertritt“.

Zusammenfassend ist bisher folgendes festzuhalten. Die befragten Emma-Leserinnen sind zu 43 % dafür, der SPD wieder ihre Stimme zu geben. 41,9 % sprechen sich für die Grünen aus. Gebe es heute eine Frauenpartei mit feministischem Programm, so würden 44 % der Emma-Leserinnen wählen.



Wahlboykott – „Kampfmittel“ der Emma-Leserinnen?

Besondere Bedeutung bekommt für Alice Schwarzer und Ingrid Strobl die Frage nach dem aktiven Wahlboykott: „Finden Sie es für die Frauen,

die mit der Politik der bestehenden Parteien nicht einverstanden sind, sinnvoll, sich bei den Bundestagswahlen 1980 einem aktiven Wahlboykott anzuschließen, mit dem man versucht, Druck auf die Parteien von außen auszuüben?“ Der Kommentar von Alice Schwarzer stellt erstaunt fest, daß die Antworten „eine Umfrage“ seien. „Nur jede fünfte Emma-Leserin ist gegen einen Wahlboykott. Knapp jede zweite ist dafür oder hält es zumindest für denkbar“ (Seite 16).

Schon hier muß man A. Schwarzer's „große Überraschung“ erschauern, rechnen wir einmal nach, was die Statistik sagt, und was Alice daraus macht. Die Antworten auf die oben genannte Frage lauten: „ja“ zum Wahlboykott 25%, „nein“ 37%, „vielleicht“ 20%, „auch keine Meinung“ 17% und 1% beantwortete

mentation könnten die Emma-Redakteurinnen die Frauenpartei (44% würden sie wählen) oder die Grünen (42% würden sie wählen) als das „Kampfmittel“ der Emma-Leserinnen favorisieren. Bekanntlich werden von A. Schwarzer und I. Strobl aber sowohl die Grünen rundweg abgelehnt, als auch die Frauenpartei als undiskutabel dargestellt.

Es ist also eine reine Interpretation und Meinungsamache zu verstehen, wenn ausgerechnet der aktive Wahlboykott (25% dafür) in dieser Weise hervorgehoben wird. Im Vorwort des Sonderbands 1 heißt es: „Wir halten es für fraglich, ob diese Form der politischen Protestes schon zu den nächsten Wahlen praktikabel und richtig wäre. Denn noch ist die Idee des Wahlboykotts von Frauen nicht ausreichend diskutiert worden ... Verweigerung als Protest zu propagieren – das könnte auch ein Bumerang

♀ Emma Sonderband 1

WAHL-BOYKOTT?

Haben Frauen noch die Wahl?
Eine Streitschrift zu den Wahlen '80!

Authorinnen/Interview: Simone de Beauvoir, Franziska Becker, Hedda Hauser, Hanna Renée Laurien, Arke Maritz, Astrid Osterland, Helga Schuchardt, Alice Schwarzer, Ingrid Strobl, Dorothea Vorbeck

Und die Politik-Ergebnisse der großen Emma/Infratest-Umfrage!

diese Frage gar nicht. Danach müßte es heißen: Jede vierte Emma-

wären, könnte zur Folge haben, daß Frauen einfach politisch abstinert

diese Frage gar nicht. Danach müßte es heißen: Jede vierte Emma-Leserin ist für einen Wahlboykott, mehr als jede dritte dagegen („nein“); jede fünfte sagt „vielleicht“ und jede sechste Emma-Leserin hat „auch keine Meinung“. In der Teil aus Rechenexempel, aber doch ein kleiner Unterschied.

Wohlgemerkt, es geht hier um einen aktiven Wahlboykott, der von den Emma-Redakteurinnen selbst mit der Bewegung gegen den § 218 von 1971 verglichen wird. Mal abgesehen von der Tatsache, daß es keinerlei Anhaltspunkte innerhalb der Frauenbewegung für eine massive Wahlboykott-Linie gibt, wird in der Emma hier reichlich übertrieben. So ist die große Aufgeschlossenheit für dieses politische Kampfmittel (Wahlboykott, Anm. AK) bei den Emma-Leserinnen ganz besonders bemerkenswert (Seite 1-7).

Wichtig ist hier zu wissen, daß die Frage „Angenommen, am nächsten Sonntag wären Bundestagswahlen. Welche Parteien würden sie wählen?“ (86 % der Frauen antworteten überhaupt auf diese Frage, 14 % gar nicht, daraus ergeben sich die Vergleichswerte) vollkommen losgelöst von der Frage des aktiven Wahlboykotts gestellt wird. Zum einen ist es völlig unlogisch, die Frage des Wahlboykotts oder die Frage, welche Partei frau wählt, zu trennen. Zum anderen heißt das, frau kann gar nicht vergleichen, wieviele Frauen Parteien wählen würden, und wieviele im Verhältnis dazu für einen aktiven Wahlboykott eintreten. Im weiteren gibt es keine Vergleichszahl z.B. für das Jahr 1976, eigentlich ist lediglich, daß 7 % der Emma-Leserinnen aus verschiedenen Gründen nicht gewählt haben (passiver Wahlboykott), und 21 % noch gar nicht wahlberechtigt waren. 1980 gingen 1976 nur „zähneknirsch“ und 5 % „aus Gewohnheit zur Bundestagswahl. Mit der gleichen Argu-

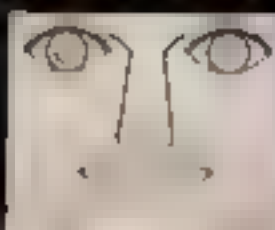
werden, könnte zur Folge haben, daß Frauen einfach politisch abstinert bleiben. Nein! Politische Verweigerung darf kein politisches Desinteresse sein, sondern muß zur offensiven Infragestellung und zu alternativen Formen politischen Handelns führen. Im vollen Bewußtsein dieser Gefahren finden wir es dennoch unvermeidlich, daß der Wahlboykott zumindest eine Möglichkeit wird, die punktuelle Taktik“. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Emma-Redakteurinnen kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn es um die „abgeschliffene“ Frauenbewegung geht („Sie scheinen verfallen in den inneren Konflikt, befangen in der Nabelschau und geraten vom Wiederaufkommen der Weiblichkeitsideologie, die sich vor allem in der Mutterschaft und dem Beharren auf einer „natürlichen“ Andersartigkeit von Frauen manifestiert“, Vorwort Seite 3) ist die Kampfformel des Wahlboykotts absolut perspektivlos für die Frauen. Wer sollte diesen Wahlboykott wohl tragen. Bei der heute bestehenden außerparlamentarischen Opposition kann der Aufruf für einen Wahlboykott nur als entpolitisierend wirken, oder die Frauen tatsächlich in die Abstinenz führen. Die Emma-Redakteurinnen geben auch keinerlei Vorschläge oder konkrete Analysen bekannt, wo oder wie sich frau an einer aktiven Wahlboykottbewegung beteiligen könnte. Stattdessen wird versucht, den Emma-Leserinnen den Wahlboykott politisch schmackhaft zu machen. Gar nicht so einfach, da der Wahlboykott in der Bundesrepublik „extrem tabuisiert bis diffamiert ist“. Dem wäre entgegenzusetzen: Wer sich immer wieder in die Logik des kleineren Übels zwängen läßt, der hat – bei kontinuierlichen Annäherungen der Politik der beiden großen Parteien, vor allem auch in der Frauenfrage, vielleicht bald überhaupt nicht mehr die Wahl...“ (Seite 17)

Hier deutet sich schon an, daß es für die Emma-Redakteurinnen in der heutigen politischen Landschaft entweder das „kleinere Übel“ oder den „aktiven“ Wahlboykott gibt. In diesem Teil der Emma-Umfrage fühlen sich die Emma-Redakteurinnen sogar bemüht, den heterosexuellen Frauen einen Mitspracherecht, denn die Aufspaltung der Emma-Leserinnen für einen Wahlboykott (dieses ist statistisch nicht ausgewiesen und von daher zweifelhaft) ergibt bei A. Schwarzer: Nur 25% („vielleicht“) 20% dieser Frauen sprechen sich für einen Wahlboykott aus, während die homosexuellen Frauen mit 36% („vielleicht“: 16%) am Wahlboykott beteiligt wären. „Bei dieser Verschönerung könnte die Tabuisierung des Wahlboykotts und seine Darstellung als „unpolitisch“ und „unvernünftig“ eine Rolle spielen, denn selbstverständlich sind mit Männern lebende Frauen auch stärker der politischen Auseinandersetzung mit eben diesen Männern ausgesetzt. Und die Männer sich zunehmend traditioneller und konservativer verhalten als die sich „in Bewegung“ befindenden Frauen, kann sich das nur bremmend auswirken.“

Es bedarf einer genaueren Analyse der Emma-Umfrage, um die Tricks mit dem Wahlboykott zu durchschauen. Für die Emma-Leserinnen hat hier schon dadurch eine ziemliche Verunsicherung stattgefunden, daß angeblich Wahlboykott als „Kampfmittel“ favorisiert wird. Es ist einzig und allein der geschickten Fragestellung und der Manipulation von A. Schwarzer und I. Strobl zu verdanken, daß diese „Alternative“ derart im Vordergrund steht. Wie ernsthaft die Emma-Redakteurinnen mit ihren Leserinnen umgehen, bzw. wie ernsthaft sie sich mit deren Meinungen auseinandersetzen, zeigt eine Gesamt-Bilanz der Broschüre.

Die Stellungnahmen zum Wahlboykott haben den breitesten Raum (rechnet frau das Interview mit Simone de Beauvoir mit hinzu), die SPD kommt danach, dann die FDP und die CDU, die Grünen kommen am schlechtesten (!) dabei weg, und links von der SPD gibt es bei den Emma-Redakteurinnen ansonsten offensichtlich sowieso nichts mehr. Demgegenüber haben die Emma-Leserinnen im wesentlichen vier Varianten zugunsten: Die meisten erwägen, die SPD zu wählen, dann folgt nur mit 1 % Unterschied die Grüne Partei, die nicht einmal – wie übrigens alle anderen – selbst zu Wort kommt. Die Frauenpartei mit 44% gibt es zwar nicht, trotzdem könnte eine Zeitung wie die Emma darüber diskutieren lassen. Stattdessen begnügt sie sich mit einem Minibeitrag, der sich ablehnend zur Frauenpartei äußert. Die vierte Variante wäre dann der Wahlboykott; ob die Befürworterinnen diesen Wahlboykott im Zusammenhang mit der Wahl der Parteien gestellt hätten, bleibt dahingestellt.

Schmidt und Strauß



Kritische Wahlunterstützung für das kleinere Übel?

Frau kann den Emma-Redakteurinnen nicht vorwerfen, daß sie keine Kritik an der SPD hätten. Alice Schwarzer, Verfasserin des Artikels „Haben die Frauen noch die Wahl?“, kritisiert: „So stellt zum Beispiel die SPD am 17. März den Medien ihr Wahlprogramm 80' vor. In den darin aufgeführten 10 Gründen, die SPD zu wählen ist neben der Innen- und Außenpolitik („Den Frieden sichern“) bei den explizit als benachteiligt erwähnten Gruppen die Rede von: Behinderten, Kriegopfern, älteren Menschen, jungen deutschen Arbeitnehmern, der deutschen Generation und der „Entfaltung der Familie“. Das Wörtchen „Frau“ kommt einmal vor und das Wörtchen „Mannschaft“ überhaupt nicht, kritisiert A. Schwarzer im weiteren Text die SPD. „In Wahrheit schwenken die Sozialdemokraten in Sachen Frauen und Familie mehr und mehr auf christlichdemokratischen Kurs ein“ (Seite 7). Auf das Konto der frauenfeindlichen SPD geht die Reform des Ehe- und Familienrechts. Hausfrauen sind heute immer noch nicht rentenversichert und auf die „Reform“ des § 218 „dürfen vor allem wir Frauen stolz sein“

Vergewaltigung

Diskussion

Pressemitteilung:

Vergewaltigte Frauen vor Gericht

Am 23.7.80 fand im Amtsgericht in Hamburg der erste Verhandlungstag über 2 Vergewaltigungen statt, die ein nigerianischer Seemann im September 79 und im März 80 an zwei Frauen beging.

Bemerkenswert an diesem Prozeß ist einerseits ein Verhandlungsklima, das für die vergewaltigten Frauen ungewohnt erhellend ist – das gilt leider grundsätzlich für Vergewaltigungsprozesse – andererseits, daß wir diesen Fall als Beispiel einer massiven Begünstigung des Angeklagten durch die Staatsanwaltschaft empfinden.

Die Radio- und Fernsehtechnikerin Frau K. ging mit einem befreundeten Ehepaar in eine Diskothek auf St. Pauli, dort trafen sie per Zufall einen gemeinsamen Freund. Er befand sich gerade im Gespräch mit dem Angeklagten Moses Harry. Das Ehepaar wollte nach Hause, Frau K. wollte sich aber noch weiter mit ihrem Bekannten unterhalten. Dieser mußte allerdings für kurze Zeit fort, wollte aber zurückkommen. Als Frau K. nach vergeblichem Warten die Diskothek verließ, kam ihr der Angeklagte mit der Nachricht entgegen, daß ihr Bekannter in seiner Wohnung auf sie warte und er gekommen wäre, um sie abzuholen. Der Bekannte befand sich jedoch nicht dort – angeblich war er nur kurz Zigaretten holen. Als sich Frau K. nach kurzer Zeit entschloß zu gehen, wurde sie von Moses Harry auf das Bett gezerrt, geschlagen, gewürgt und drei- viermal vergewaltigt. Frau K. Widerstand wurde immer wieder gebrochen, indem er ihr Gesicht in ein Kissen drückte, sodaß sie kaum noch Luft bekam. Mit völlig geschwollenem Gesicht ging Frau K. nach Hause. Ihre Mutter sah sofort, daß sie vergewaltigt worden war. Die nächsten vier Tage konnte Frau K. das Bett nicht verlassen.

Danach machte sie sich zusammen mit einer Freundin auf die Suche nach der Wohnung des Angeklagten, traf ihn zufällig auf der Straße, rief die Polizei und Moses Harry wurde verhaftet. Kurze Zeit später kam er wegen angeblich mangelnden Tatverdachts wieder auf freien Fuß. Das Verfahren wurde eingestellt. Konnten Frau K. und ihr Anwalt gegen diesen Beschluß erfolgreich Beschwerde einlegen, so flatterte am 6.2.80 ein zweiter Einstellungsbeschluß in die Anwaltskanzlei. Wieder mußten Frau K. und ihr Anwalt seine Aufhebung beantragen; mit Erfolg. Allerdings sollte der Prozeß vor einem Amtsgericht stattfinden – und nicht wie in derartigen schweren Fällen angemessen und auch üblich vor einem Landgericht.

Im März 80 beging Moses Harry eine zweite Vergewaltigung an einer Schwedin, ebenfalls in seiner Wohnung. Ein Verfahren wegen Körperverletzung, begangen an einer Frau, mit der er zusammen gewohnt hatte, wurde „mangels öffentlichen Interesses“ niedergeschlagen.

Durch die polizeiliche Vernehmung wegen der Vergewaltigung an der Schwedin, wurde klar, warum sich die Staatsanwaltschaft für Moses Harry so ins Zeug geschmissen hatte: Er ist nicht nur Informant für die nigerianische Regierung – das bejahte er übrigens am ersten Prozeßtag, sondern scheint auch als V-Mann in Sachen Rauschgift zu fungieren. Als Referenzen gab er bei seiner Vernehmung im März zwei entsprechende Namen und Telefonnummern an. Er ist dort als Person bekannt.

Es ergibt sich also der Verdacht, daß sich die Staatsanwaltschaft aus diesem Grund besonders bemüht, den Schaden für den Angeklagten so gering wie möglich zu halten.

Im Prozeß selber waren die Frauen äußerst erniedrigenden Angriffen ausgesetzt. Von Seiten des Verteidigers Anwalt Huser – das Büro Goldbeck/Huser soll häufiger als Verteidiger von V-Leuten auftreten – und des Angeklagten pipfelten sie in dem Vorwurf, die Radio- und Fernsehtechnikerin wäre eine rauschgiftabhängige Gelegenheitsprostituierte, und – so auf Stichwort des Verteidigers – „Freunde“ würden ebenso zu

ihm kommen, um von ihr Rauschgift zu bekommen. Ein nicht sehr phantasievoller Vorwurf von einem V-Mann in Sachen Rauschgift, dafür aber um so schwerwiegender. Seinem Antrag am 2. Prozeßtag sogar einen Herrn Bergmann vom Rauschgiftdezernat als Sachverständigen für die Drogenabhängigkeit der Zeugin zu laden, wurde dann vom Richter Schmalz jedoch nicht stattgegeben.

Die Schwedin wurde in seiner Aussage zur Alkoholsüchtigkeit, von der Verteidiger Huser den Eindruck zu erwecken suchte, sie verkehre im Zuhältermilieu („Kann man davon ausgehen, daß Sie sich auf der Reeperbahn ganz gut auskennen?“ „Ist Ihnen bekannt, daß dort (gemeint war Club 88 und Sheila) sehr viele Zuhälter verkehren?“ waren seine Fragen!)

Überhaupt schien der Herr Rechtsanwalt Huser sich angelehnt der Zuhörer (23 Frauen) zunehmend unwohl zu fühlen. Kurz nach Verhandlungsbeginn beantragte er beim Richter, er solle die Zuhörer zur Ruhe rufen. Von Frau K. verlangte er später genauere Angaben: „Kennen Sie die Leute im Zuhältermilieu?“ „Haben Sie diesen Leuten den Termin genannt?“ „Wieviele von diesen Leuten sind Ihnen bekannt?“

Frau K. konnte nicht verstehen, was diese Fragen mit dem Sachverhalt zu tun haben; Richter Schmalz ließ diese Fragen aber zu.

Während Rechtsanwalt Huser auf die recht zurückhaltenden und unterdrückten Reaktionen der Zuhörer übersensibel reagierte, stimmte er dem Antrag von RA Hoffmann (Anwalt von Frau K.), ein Zusammentreffen von Frau K. und dem Angeklagten zu vermeiden, nicht zu mit der Bemerkung: „Das erlebt man ja regelmäßig, daß von der Nebenklage solche Anträge gestellt werden.“

Dabei handelt es sich um die erste uns bekannte Nebenklage in einem Vergewaltigungsprozeß in Hamburg! – Zur Erklärung meinte er noch: „Nach Aktenlage will sie sich auf den Weg gemacht haben, um den Angeklagten zu suchen; dann wird sie ja auch in der Lage sein, ihm jetzt gegenüberzutreten.“

Man hatte aber den Eindruck, daß der Staatsanwalt der bessere Verteidiger des Angeklagten war: Im Anschluß an die Aussage der Schwedin fragte er: „Hat der Schwarze vorher angedeutet, daß er mit Ihnen Geschlechtsverkehr haben will?“ Auf ihr „Nein“ fuhr er fort: „Jetzt will ich die Frage mal anders formulieren: Hat er Ihnen angeboten, daß Sie in seiner Wohnung übernachten können?“ Das heißt, Staatsanwalt Gammelin geht davon aus, daß es das Recht eines jeden Mannes ist, mit der Frau „Geschlechtsverkehr auszuüben“, die in seiner Wohnung übernachtet.

Eine ähnliche Mentalität spricht aus der Frage an Frau K.: „Ist es denkbar, daß Ihr Bekannter H. gesagt hat, daß Sie bereit waren mitzugehen und mit ihm Geschlechtsverkehr zu haben?“ Auch im Staatsanwalt Gammelin offenbar der Meinung, ein Nein von Frauen mußten Männer nicht ernst nehmen. Nachdem die Schwedin ihre Aussage gemacht und darin von Prügel und Würgen berichtet hatte, fragte er sie: „Es geht jetzt um die Frage, ob der eigentliche Geschlechtsverkehr mit Gewalt durchgeführt wurde. Hat der Angeklagte die Abwehr gemerkt oder hat er das als natürliche, normale Abwehr empfunden?“

Und an Frau K. richtete er nach ihrer Aussage die Frage: „Sie kennen ja die Mentalität von Afrikanern, meinen Sie, daß Sie sich deutlich genug verständlich gemacht haben?“

Auch Richter Schmalz darf nicht vergessen werden: Als der Anwalt der Nebenklagerin Frau K. die Verweisung der Verhandlung an das Landgericht beantragte, lehnte der Richter mit folgender Begründung ab: Es „bestand ja eine Beziehung zwischen Opfer und Täter. Der Umstand, daß die Frauen bereit waren, in die Wohnung zu gehen, spielt bei der Strafzumessung eine Rolle.“ Es paßte ja nicht „in freier Wildbahn.“



Besonders gut konnten wir an dem Fall Moses Harry sehen, warum so wenigen Anzeigen einer Vergewaltigung auch dann wirklich ein Prozeß folgt. Dreimal insgesamt wurde ein Verfahren eingestellt.

Nachdem sein vorheriger Rechtsanwalt Maerffert die Einstellung des Verfahrens wegen der Vergewaltigung an Frau K. erwirkt hatte, hatte Moses Harry Gelegenheit, weiter Frauen zu terrorisieren. Die zweite Vergewaltigung und die Körperverletzung beging er kurz danach, diese Fälle sind zumindest bekannt geworden. Einzig und allein der Tatsache, daß Frau K. mit ihrem Anwalt als Nebenklagerin auftrat – und nicht wie bisher üblich nur als Zeugin –, ist die Wiederaufnahme des Verfahrens zu verdanken.

Wie vom Notruf für vergewaltigte

in Frauen Hamburg empfehlen jeder vergewaltigten Frau, sich eine Rechtsanwältin zu nehmen und Nebenklage zu erheben, weil sonst erfahrungsgemäß das Verfahren vorzeitig eingestellt wird ohne Bestrafung des Vergewaltigers, oder die Frau ist noch mehr ein Spielball von Verteidiger, Staatsanwalt und Richter.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die in Beugehaft sitzende vergewaltigte Frau im März 80.

Ab Mitte August sind wir für Beratung und Information telefonisch unter 270 12 03 zu erreichen. Das Verfahren wird fortgesetzt am 1.8.80 um 9 Uhr im Raum 297 des Strafjustizgebäudes Hamburg.

Hamburg, 25.7.80
Notruf für vergewaltigte Frauen

Zur Diskussion »Der Schrei aus der Stille«

Der Film ist in Hannover erst knapp drei Wochen zu sehen, deshalb erst jetzt meine Stellungnahme, aber auch, weil ich Angst hatte, Angst, daß vielleicht unverarbeitete eigene Erlebnisse hochkommen, die mich vor neue Probleme stellen.

Denn eine durch meinen Vater erlebte Vergewaltigung hatte ich zwölf Jahre lang verdrängt. Sie fand im Rahmen eines Aufklärungsgesprächs statt. Im Anschluß an die theoretische Erklärung fing mein Vater an, mich zu streicheln, was ich schon fand. Er streichelte auch meine Klitoris und wollte dann mit seinem Schwanz in mich eindringen. Ich erschrak über den Schmerz und die möglichen Folgen und fing laut an zu schreien. Mein Vater stellte schnell die Musik lauter, ich raste aus dem Zimmer, schloß mich zunächst im Bad und dann in meinem Zimmer ein und heulte. Ich harpte auf die Rückkehr meiner Mutter von der Arbeit und hoffte, bei ihr Trost zu finden.

Meine Mutter reagierte jedoch enttäuscht. Sie meinte, ich sei selbst schuld. Ich wußte ja, daß mein Vater unter Alkoholeinfluß nicht zurechnungsfähig sei. Meine einzige Möglichkeit, mit diesem Erlebnis fertigzuwerden, war die Verdrängung. Denn ich schämte mich, darüber mit anderen Menschen zu sprechen, selbst meinen Freundinnen mochte ich nichts erzählen, aus Angst, sie würden mich verurteilen. Ich erlebte danach noch etliche Situationen, in denen Fremde oder Bekannte versuchten, mich zu vergewaltigen, jedoch ohne Waffe, in denen ich aber immer eine derartige Wut entwickelte, so daß ich auch mich in der Nacht einfach bei fremden Leuten klingelte, schrie, mich körperlich zur Wehr setzte und mich so retten konnte.

Meine Sexualität entwickelte sich so, daß ich ungeheure Angst hatte, mit einem Mann zu vögeln und schwanger zu werden, aber auch mit mir selbst nichts anfangen konnte. Als ich mich dann von einem „festen“ Freund hatte breitschlagen lassen, mit ihm zu bumsen, fand ich das auf die Dauer nervig, unbefriedigend und schmerzvoll und hatte aber immer Schuldgefühle, wenn ich mich „verweigerte“. Als ich mit 18 in der „Jasmin“-eine Onanier Technik beschrieben fand, probierte ich das aus und fand es wunderschön. Seit der Zeit hatte ich überhaupt keine Lust mehr, daß

mein Freund über mich räuberisch, meine Schuldgefühle wurden verstärkt, da ich seine Interpretation, ich sei „frigide“, schluckte. Die Oeschichte mit meinem Vater fiel mir erst mit 23 wieder ein, als sich der Druck von meinem Freund immer mehr verstärkte. Zunächst war ich froh, endlich einen Grund für meine „Schwierigkeiten“ zu wissen, jedoch ließ das noch nicht, daß sich bei mir etwas veränderte.

Als ich dann das Stück „Darüber spricht man nicht“ sah, fiel es mir wie Schuppen von den Augen. Ich stellte fest, daß ich Zärtlichkeit und Streicheln viel schöner und wichtiger finde, als das Schwanzzeigefühl und versuchte, das meinem Freund zu vermitteln, aber er hat's nicht geschmakt.

Das also war die Vorgeschichte, die mir Angst für den Film machte.

Ich war zusammen mit zwei Frauen, einer Freundin und meinem Freund im Kino und war froh, daß wir hinterher noch zusammen darüber reden konnten.

Die Notruf-Frauen in Hannover verteilten zum Film ein Flugblatt, das sie „als Frauen mit der Art und Weise, wie Vergewaltigung in diesem Film dargestellt wird, unzufrieden“ sind. Sie meinen, der Film unterstütze „allgemein verbreitete gängige Klischeevorstellungen“, indem der Vergewaltiger als „sexuell ausgeglichener Psychopath“, der eine „attraktive junge Frau“ in einer menschenleeren, dunklen Straße überfällt, in sein Auto schleppt und sie auf brutalste Weise mißhandelt und demütigt.

Die Notruf-Frauen beschreiben dann die Wirklichkeit: „Frauen jeden Alters aller Schichten, aller Grade von Schönheit“ sind zu jeder Tages- und Nachtzeit betroffen!“ Das wird im Film durch die Tribunalsszene, die verschiedenen Vergewaltigungsorte, die Kitzelungen und das Gespräch der Cutterinnen deutlich.

„Wenn eine Frau vergewaltigt wird, ist es wahrscheinlich, daß:
• es kein psychisch kranker sondern ein ganz normaler Mann ist (69%)
• nicht ein starker Sexualtrieb den Mann zur Tat zwingt, sondern daß die Vergewaltigung geplant war (82%)“

Genaui! Der Vergewaltiger im Film ist auch ein ganz „normaler“ Mann und er handelt nicht aus „sexuellem Trieb“, sondern aus Frauenverachtung und Haß.

Wir haben versucht herauszufinden, warum ein Mann aus Frauenverachtung und Gewalt gegen Frauen eine Erektion bekommen kann. Mir fiel dazu eine furchtbare Nacht mit einem Freund (ein Genosse) ein, der wegen Aggressionen gegen mich sich vorstellte, daß meine Klitoris beschuldeten ward, um mich zu strafen. Er erzählte mir von seiner Vorstellung, um mich damit zu verletzen, er hatte auch häufig Phantasien über Polter gegen Menschen, habe seine streng katholische Mutter, hatte Angst vor Frauen und verachtete sie, stand aber gleichzeitig unter dem Druck, eine Freundin zu haben und mit Frauen zu schlafen.

Wir waren in unserem Gespräch der Meinung, daß die Ursache dieses Männerverhaltens (Frauenverachtung in Gedanken oder Tat) in ihrer Erziehung und dem gesellschaftlich vermittelten Männerbild liegen muß. Der Mann muß stark sein, die Frau muß schwach sein. Alle Versuche, aus diesem Schema auszubrechen, werden gesellschaftlich sanktioniert durch Eltern, Lehrer, Freunde, Mitschüler, Kollegen und Vorgesetzte.

Die Notruf-Frauen schreiben weiter, daß die Vergewaltigte:

- ... den Vergewaltiger kennt (66%)
- er in der gleichen Gegend wohnt wie sie (82%)
- es in ihrer oder seiner Wohnung geschieht (56%)

Auch hier geht die Kritik an dem Film etwas vorbei, da für mich vielen davon in der Tribunalsszene deutlich wurde.

Die Situation von Suzanne bei der Vergewaltigung hat mich an meine Situation als Kind erinnert, wenn ich mit einem Ledergürtel oder Kochlöffel blutig geschlagen wurde. Du hast innerlich Wut und das Bedürfnis, dich zu wehren, zu schreien, aber gleichzeitig Angst, daß damit alles noch viel schlimmer wird und du letztlich totes Opfer wirst. Du bleibst du lieber „hilfloses Opfer“ als daß du ein Todesopfer wirst.

Die Notruf-Frauen beschreiben, daß die Angst vor Verewaltigung und

die Angst vor Verewaltigung und die „Vergewaltigung“ selbst schon da einsetzen, wo wir uns aus Angst einschränken, nicht allein trampeln, in die Knie gehen, nachts oder abends an der Bushaltestelle Angst haben etc. Sie kritisieren dann aber, ähnlich wie Co., daß die vergewaltigte Frau als Opfer dargestellt wird, hilflos, wehrlos, ohnmächtig, ausgeliefert. Wir sind die Opfer. Ich meine, nicht nur die Vergewaltigung im Film hat das gezeigt, sondern auch die ärztliche Behandlung des Verhörs bei den Bullen, der ganze Film, selbst die Reaktion eines Mannes beim Schneiden des Films.

Wir sollten das Zitat aus dem Film „Jede Frau, die das überlebt, ist ein Wunder“ ernst nehmen, ernst ernst. Die Frage ist, welche Wege wir suchen und finden, um aus passiver, resignativer Haltung zu aktivem Verhalten zu kommen. Die Notruf Frauen schreiben: „Der Film ist nicht für uns gemacht, sondern im Gegenteil, er verstärkt Ängste und vermittelt uns ein allumfassendes Ohnmachtsgefühl“.

Ich meine, der Film insgesamt bietet Anlässe für uns und fordert auf, endlich unsere Scham abzulegen.

Es ist wichtig, daß:

- Frauen eine Ausbildung machen, daß sie auch ökonomisch die Möglichkeit haben, sich von Männern, die gewalttätig gegen sie oder ihre Töchter sind, zu trennen.
- wir unser Selbstbewußtsein unter Frauen stärken, daß wir anfangen auszupacken, zu schreien und anzuklagen und unsere Schuldgefühle endlich abzulegen.
- wir diskutieren, wie wir uns unterstützen können.
- Notruf Zentralen vom Staat finanziert werden, wie Frauenhäuser oder Beratungs- und Schutzhäuser für gefährdete Kinder (die es in Holland z.B. gibt).
- wir öffentlich Diskussionen in der Presse über „Gewalt gegen Frauen“ fördern;
- wir Kampagnen organisieren, wo viele Frauen von ihrer Vergewaltigung berichten;
- wir Strafe für Vergewaltigung in der Ehe und Anwendung des gesetzlichen Schutzes der Frauen fordern;
- wir gegen die verlogene Familienideologie kämpfen, die u.a. Töchter in Erziehungsheime steckt und vergewaltigende Väter frei rumlaufen läßt und und und.

Um dies alles und noch viel mehr mit vielen Menschen diskutieren zu können, ist dieser Film unheimlich wichtig und lebenswichtig, gerade auch für Männer. Wie wir's denn mit ein paar Stellungnahmen von männlichen Seelen? Bistung gab's leider nur eine.

Eine Genossin aus Hannover

Gewalt und Chauvinismus

In dem Artikel „Gewalt und Chauvinismus“ ein gar nicht so kleiner Unterschied“ geht es um zweierlei: erstens um eine Fehlinterpretation des Leserinnenbriefs „Wir Frauen und Opfer“ aus AK 179 (der übrigens „das Produkt mehrstündiger Diskussionen von einer K.Rierin, einer K.R.-Sympathisantin und Sa. aus Ffm“ war, nicht das von den Frankfurter Genossinnen), zweitens um eine inhaltliche Differenz zu der im o.g. Diskussionsbeitrag dargestellten Position.

Nicht aus der These, „daß jede Frau in dieser Gesellschaft vergewaltigt worden ist“, wird im Artikel „Wir Frauen und Opfer“ die Schlussfolgerung gezogen, „daß jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger ist“, sondern aus der These, die auch dem Film „Schrei aus der Stille“ zugrundeliegt, daß Vergewaltigung nichts mit einer besonderen Form von Sexualität zu tun hat, sondern einzig und allein mit Frauenverachtung.

Erläutert wird die weitere Schlussfolgerung dieser These, „daß wir täglich Opfer der männlichen Sexualität sind, indem wir in Angst leben ...“ mit konkreten Alltagserfahrungen einer jeden Frau: „In jedem Mann, dem wir nackt begegnen, fürchten wir den möglichen Vergewaltiger, jeder Mann, der uns anzugig entwirrt, droht uns mit seinem Schwanz, jeder Typ, den wir mit nach Hause nehmen, nach einem guten Gespräch, verlangt von uns immer wieder auf neue eine Entscheidung, ob wir uns auf ihn einlassen oder nicht.“

Einfach so hinzustellen, daß jede Frau schon mal vergewaltigt worden ist und daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dementsprechend sei natürlich jeder Mann auch ein potentieller Vergewaltiger, wäre in der Tat sehr platt und wenig offensiv. Vielleicht kommt aus dieser falschen Zusammenstellung und Verknüpfung von Zitaten die Hamburger Genossin zu ihrem Begriff „Opferbereitschaft“, den sie den drei Frankfurter Genossinnen in den Mund legt und mit dem sie sich - verständlicherweise - nicht identifizieren will.

Aber hat die Hamburger Genossin nicht selbst - in ihrem mutigen Diskussionsbeitrag im AK 179 - sich als Opfer bezeichnet, sogar als ein „im doppelten Sinne hilfloses Opfer der Gewalt an Frauen, durch ihre Vergewaltiger und durch unsere menschenfeindliche Gesellschaft“?

Mit „menschenfeindlicher Gesellschaft“ waren hier sicher in erster Linie die konkreten Erfahrungen, die Opfer berechnen, das „im doppelten Sinne hilfloses Opfer der Gewalt an Frauen, durch ihre Vergewaltiger und durch unsere menschenfeindliche Gesellschaft“?

Mit „menschenfeindlicher Gesellschaft“ waren hier sicher in erster Linie die konkreten Erfahrungen, die frau nach einer Vergewaltigung mit Behörden, Justiz, Freunden, Bekannten usw. macht, gemeint.

Diese Erfahrungen beschreibt S. in dem Film „Der Schrei aus der Stille“, beschreiben viele Frauen, die ich kenne und die körperliche Gewalt von Männern erfahren haben (Vergewaltigung, Schlagen usw.) teilweise als schlimmer als die Vergewaltigung selbst, bezeichnet die Hamburger Genossin selbst ebenfalls als Gewalt gegen Frauen.

Insofern stimmt die Definition von Gewalt an Frauen, die im AK 181 als klare Abgrenzung zu Chauvinismus versucht wird zu bestimmen, auch nicht. Sie zeigt m.M. nach auch in sich schon Widersprüche auf. Für die Hamburger Genossin ist Gewalt gegen Frauen, „daß jemand seine körperliche Überlegenheit gegen mich einsetzt oder mich mit Gegenständen bedroht, mich schlägt u.d. und sich meinen Körper gegen meinen Willen zu eigen macht.“

Was ist Gewalt gegen Frauen? Wo fängt sie an?

„Gewalt ist ... (wenn) sich (jemand) meinen Körper gegen meinen Willen zu eigen macht.“

Ich hab - wie viele andere Frauen sicher auch und wie z.B. in „Betgeflüster“ beschrieben - lange Zeit Männer meinen Körper gegen meinen Willen zu eigen machen „lassen“, ich hab lange gebraucht, bis ich meinen Willen überhaupt entdeckt habe, d.h. gemerkt habe, daß ich „was anderes“ will, daß es nicht an meiner „Ergibt“ liegt, wenn's nicht klappt, und ich hab noch länger gebraucht, bis ich wußte, daß ich ein Recht auf meinen Willen hab.

Ist das nicht Ausdruck von Gewalt gegen Frauen, wenn wir Frauen in dieser Gesellschaft Jahrzehnte brauchen, um uns unsere Rechte auf eine befriedigende Sexualität bewußt zu werden?!

Was hat das mit Vergewaltigung zu tun?

Ich stimme der Hamburger Genossin zu, wenn sie sich dagegen wehrt, daß die in „Betgeflüster“ geschilderten Erlebnisse mit den von ihr erfahrenen Vergewaltigungen auf eine Stufe gestellt werden. Nur sehe ich nicht, wo das im Artikel „Wir Frauen und Opfer“ gemacht wird. Dort fordern die Frauen, daß jede Frau sich bewußt darüber wird, daß „es ... mich betroffen und nicht betroffen Frauen (gibt). Es gibt Frauen, die brutaler und offensichtlicher, wie in der extremen Vergewaltigungsszene gezeigt, und Frauen, die subtiler und ohne physische Brutalität vergewaltigt worden sind oder vergewaltigt werden können.“

Wenn ich mir bisher Gedanken über Vergewaltigung gemacht habe, dann immer in der Form, wie ich ihr am besten entgegen kann. Das heißt, ich bin immer davon ausgegangen, daß es sie als reale Bedrohung für mich auch gibt. Und es hat sehr lange gedauert, bis ich erkannt habe, daß es in dieser Gesellschaft für uns Frauen kein Entkommen vor Vergewaltigung gibt.

Meine erste Erfahrung mit sexueller „Belästigung“ war mit 12: mitten im dichten Menschengewühl auf dem Jahrmarkt saßte mir im Vorbeigehen ein Mann zwischen die Beine. Meine Reaktion: Scham, Ekel vor mir selbst, schreckliche Angst, jemand könne davon erfahren.

Das nächste war im Urlaub ein Jahr später eine Art Überfall von einem Typen auf meine Freundin und mich. Nur mit viel Kratzen, Schlagen und Beißen konnten wir ihn davonjagen. Reaktion von uns: warum haben wir erst mit ihm gekuschelt, warum sitzen wir auch an diesem einsamen Fleck nur in Bikinis und wieder niemandem was sagen!

Mit 17 konnte ich beim Trampen einer Vergewaltigung nur ganz knapp entgehen. Der Typ war schon im Wald mit mir, nach einer Stille Bitten, Flehen und Keulen hat er mich schließlich in Ruhe gelassen.

Inzwischen hatte ich schon etwas gelernt, über solch „schamhafte“ Sachen mit meinen Freundinnen zu reden. Aber dieses letzte Erlebnis hat mein Bild vom typischen Vergewaltiger zusammenbrechen lassen. Der Typ war weder schmutzig, arm, noch nicht sexuell verkleinert aus, sondern jung, gutaussehend, offen usw.

Ich bin mit meinen Freundinnen zu reden. Aber dieses letzte Erlebnis hat mein Bild vom typischen Vergewaltiger zusammenbrechen lassen. Der Typ war weder schmutzig, arm, noch nicht sexuell verkleinert aus, sondern jung, gutaussehend, offen usw.

Dieses Entkommen können hat allerdings auch meinen Glauben, daß jede Vergewaltigung auch was mit der betroffenen Frau zu tun haben muß, bestätigt, diesmal im umgekehrten Sinne mit viel Reden und gutem Willen kann frau ihn schon überzeugen!! Na ja, und so weiter.

Bis mir klar wurde, daß Vergewaltigung nichts, aber auch gar nichts mit dem Aussehen der Frau zu tun hat (das Einmischen in möglichst schimpfliche Klamotten hat mir im späterem Trampen auch nicht viel geholfen), daß Vergewaltigung an jeder Straßenecke passieren kann (noch vor 2 Jahren hab ich Frauen, die sich nachts nicht trauten, allein nach Hause zu gehen und ein Taxi nehmen, als zimperlich und bequem belächelt), daß Vergewaltigung nichts mit dem „Charakter“ der „verkleinerten“ Sexualität o.ä. des Typen zu tun hat, hat es einiger weiterer Beinah-Vergewaltigungen, vieler Gespräche mit Freundinnen und letztendlich des Filmes „Der Schrei aus der Stille“ bedurft.

Der Film vor allem hat mir noch mal klar gemacht, warum es bei Vergewaltigung eigentlich geht und welche Auswirkungen auf Frauen sie nämlich haben muß.

Ich war nämlich in meinem „Lernprozeß“ zwischen durch mal zu dem fatalen Schluß gekommen, daß es Vergewaltigung halt nur mal gebe und daß ich gerade, wenn ich viel trampo, einfach damit rechnen muß. Daher hielt ich es für das Beste, gegebenenfalls mich nicht zu wehren, die Augen zu, die Beine breit zu machen und es möglichst schnell über mich ergehen zu lassen.

Das heißt, im Grunde hab ich mich von Gewalt gegen Frauen damals unglaublich distanziert, hab gemeint, mit der richtigen Einstellung dazu läßt sich so was kalt.

Auf diese Einstellung trifft eigentlich genau der Begriff „Opferbereitschaft“, der von der Hamburger Genossin in die Diskussion eingebracht wurde, zu einer Opferbereitschaft, die von einer individuellen Verantwortung für etwas wie Vergewaltigung ausgeht und daher nur individualistische Auswegsmöglichkeiten kennt, d.h. Sich-Reinwaschen, keine Anzeige erstatten, Schuldgefühle usw.

Heute ist mir klar, daß gegen die Frauenverachtung, die in der Vergewaltigung ihren extremsten Ausdruck findet, keine Frau ankommt bei einer Vergewaltigung. „Jede Vergewaltigung ist Mord an der Frau“, ist die These des Filmes „Schrei aus der Stille“. Insofern ist der Vergleich, den die Hamburger Genossin macht, gar nicht so falsch. „Wenn M vergewaltigt hat, dann bin ich totgeschlagen worden.“ Gerade deshalb ist es auch „so ein Wunder, weil ich in geschäftigt habe“ (AK 179).

Und: „Jede Vergewaltigung ist eine persönliche Beleidigung von uns allen Frauen“ sagen die drei Frankfurter Frauen, - weil nämlich sich die einzelne Vergewaltigung nicht gegen die individuelle Frau richtet, - weil „der Vergewaltiger ... doch gerade in unserer Gesellschaft durch die Propagierung der Frau als Sexualobjekt produziert wird“ (Hamburger Genossin im AK 179); - weil Vergewaltigung die brutaleste und entwürdigendste Form einer Sexualität ist, die bei uns als normal verkauft wird.

Und da schließt sich auch der Kreis zu dem vorher Aufgeführten: Mit der als normal verkauften Sexualität wird jede Frau jeden Tag konfrontiert, ob auf der Straße, ob in Sex-Shops, ob durch Pornos, ob beim Trampen, beim Hinterherpeifen von Männern, in Ehe- oder sonstigen Betten ...

Die „Normale“, d.h. bürgerliche Sexualität ist nicht nur Mittel der Herrschenden, sondern ist auch Ausdruck von Herrschaft und damit Gewalt, Gewalt gegen jede Frau.

Das heißt, in der herrschenden Vorstellung von Sexualität sind wir Frauen im „günstigsten“ Fall „nur“ Objekt, im schlimmsten und weitaus häufigeren Fall Opfer. Und das schließt nicht nur Vergewaltigung mit ein, sondern jeden brutalen Ausdruck von Sexualität und deren Konsequenzen für uns.

Konkret, ich fühle mich in meiner Bewegungsfreiheit unglaublich eingeschränkt und daher als Opfer, wenn ich als Frau nicht alleine trampen kann, wenn ich nachts ein Taxi nehmen muß, wenn ich darauf achten muß, daß meine Kleidung nicht zu „aufreizend“ wirkt usw.

Erst mit der Entwicklung einer von jeglicher Herrschaft wirklich freien Gesellschaft und damit auch Sexualität wird dieses Objekt- und Opferdasein von uns Frauen ein Ende haben. Und da ich davon ausgehe, daß zu den Aufgaben unserer kommunistischen Organisation auch die Entwicklung einer herrschaftsfreien Sexualität zählt und wir in unseren Beziehungen (mehr oder weniger) diese Aufgabe versuchen ernstzunehmen, stimme ich der Hamburger Genossin zu, wenn sie sich gegen die Selbstbezüglichung des Genossen M als Vergewaltiger wehrt. Das, was M seiner Freundin gegenüber praktiziert hat, ist keine Vergewaltigung, ist aber sehr wohl Ausdruck von Gewalt gegen Frauen.

Das heißt es gibt tatsächlich einen Unterschied zwischen einer Vergewaltigung und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen. Jedoch ist dieser Unterschied für mich nicht das Maßgebliche, wenn ich heute über Vergewaltigung bzw. Gewalt gegen Frauen rede. Zumal wir, selbst wenn wir den Begriff Vergewaltigung im „engsten“ Sinne gebrauchen, schon Schwierigkeiten haben, genau festzulegen, wo Gewalt gegen Frauen zu Vergewaltigung wird, wo die Schwelle zu dieser brutalsten Form von Frauenunterdrückung überschritten wird (frau denke dabei nur an Vergewaltigung in der Ehe, die oft nicht mal von den betroffenen Frauen, geschweige denn in der Öffentlichkeit als solche „erkannt“ wird, frau denke dabei aber auch an sexuelle Mißhandlungen/Unterdrückung von Frauen, die nicht als Vergewaltigung bezeichnet werden, weil der Schwanz nicht drin war).

Denn - und das sollten auch mei-



ne oben geschilderten Erlebnisse darstellen - der Hintergrund dieses frauenverachtenden Verhaltens, der eigentliche Inhalt, der uns Frauen eben tatsächlich zu Opfern macht, ist der gleiche. Oder im Grunde ist Vergewaltigung die konsequente Fortsetzung und praktische Umsetzung dessen, was frau tagtäglich auf der Straße und sonstwo erlebt. Chauvinismus, psychische und physische Gewalt gegen Frauen bereiten den Boden für Vergewaltigung.

Also auch linke Männer - potentielle Vergewaltiger?

Diesen Zusammenhang zu erkennen und uns Frauen bewußt zu machen, ist die Grundvoraussetzung für unseren offensiven Widerstand gegen die uns widerfahrene Gewalt.

Diesen Zusammenhang sollte auch jeder Mann erkennen, der den Anspruch hat, ein wirklich gleichberechtigtes Verhältnis zu Frauen aufzubauen.

Das setzt aber auch voraus, daß jeder Mann sich ernsthaft mit unserer - nicht durch individuelle schlechte Erfahrungen, sondern durch tagtäglichen Alltag notwendigerweise geprägten - Sichtweise „des Mannes“ auseinandersetzen muß, akzeptieren muß, daß auch er potentieller Vergewaltiger für jede Frau in dieser Gesellschaft ist.

Der Mann, in dessen mit lauter linken Aufkleber beklebtes Auto ich beim Trampen einsteige, kann trotz aller linken Aufkleber derjenige sein, der mich auf dem nächsten Parkplatz vergewaltigt. Und der Genosse/Freund, der möglicherweise mit psychischem Druck versucht, seine frauenfeindlichen Vorstellungen von Sexualität in meinem Bett durchzusetzen, reproduziert genau - in abgeschwächter und sehr viel einfacher zu entgehender Form - das alte Herrschaftsverhältnis zwischen Frau und Mann, das Grundlage jeglicher Gewalt gegen Frauen ist.

L.L., K.D. Frankfurt

Eine Selbstkritik

Eine Selbstkritik

Seit dem Film „Der Schrei aus der Stille“ vertritt ich die Position, daß es harte und „softe“ Vergewaltigung gibt. „Soft“ etwa im dem Sinne, wie es im Artikel „Betgeflüster“ zum Ausdruck kommt. In der Diskussion auf der nationalen Frauen-VV am 19./20.7. habe ich meine Meinung geändert.

Ein Beispiel war mir besonders einleuchtend: Die SPD ist zwar der Wegbereiter für die CDU/CSU und damit für Strauß, aber deshalb nennen wir die SPD nicht faschistoid o.ä.; wir gehen mit der SPD ganz anders um (z.B. Bündnispolitik) als mit der CDU.

Das, was ich bisher „softe“ Vergewaltigung nannte, ist zwar auch der Wegbereiter für die wirkliche Vergewaltigung, aber für diesen Wegbereiter kann ich nicht das gleiche Wort benutzen. Der falsche Wortgebrauch zeigt auch falsches Bewußtsein und kann auch falsche inhaltliche Arbeit nach sich ziehen.

Die Gegenposition hat immer gewertet und gesagt: „Die Vergewaltigung ist etwas ganz anderes als eure „softe“ Vergewaltigung.“ Ich habe mich gegen diese Wertung gewehrt, ich wollte nicht werten, sondern vertrat: Was letztendlich und langfristig schlimmer ist, ist individuell verschieden. Was mir einfach nicht in den Kopf wollte, weil es nicht meiner Intention entsprach, ist, daß dieser Standpunkt - die Ablehnung einer Wertung - eine Wertung ist! Nämlich eine Abwertung!

In der Diskussion habe ich die sog. „softe“ Vergewaltigung oft mit psychischer Gewalt vermischt, aber wir müssen scharf trennen zwischen Vergewaltigung und psychischer Gewalt!

Heute sage ich: Vergewaltigung ist ein brutaler Tod, die sog. „softe“ Vergewaltigung, oder richtiger, die sexuelle Unterdrückung der Frau ist ein langsamer Tod, der bei unseren Müttern bis an ihr Lebensende dauert. Aber dieser langsame Frauentod findet nicht nur im Bett, sondern auch im Betrieb, in der Ehe, in den

Zeitung usw. statt. Aber die Polizei Vergewaltigung und die heute normale Frauenklaverei „softe“ Vergewaltigung zu nennen, wird dem Problem Vergewaltigung nicht gerecht, verschleierte es!

Es gibt einen grossen Unterschied zwischen der Vergewaltigung und der sog. „soften“ Vergewaltigung: Die Vergewaltigung zerstört eine Frau, die „softe“ Vergewaltigung kann frau lange durchstehen, aus dieser sexuellen Unterdrückung kann frau sich ganz anders befreien, hier hat sie noch ganz andere Kraftreserven, wenn sie den Kampf aufnimmt. Die Ausgangspositionen sind nicht zu vergleichen! Sind auch nicht individuell wertbar, sondern objektiv! Obwohl wir feststellen mußten, daß das Wort „softe“ Vergewaltigung Schleusen öffnete, immer mehr Frauen bei den Debatten über sexuelle Unterdrückung schwiegen, jetzt durch die Titulierung anfangen zu diskutieren, wurde mir klar, daß das nur aufzeigt, wieviel Scheu und Angst wir noch haben, über sexuelle Probleme zu reden!

Stellen wir uns mal vor: Eine vergewaltigte Frau erzählt einer anderen Frau ihre Folter, und die sagt dann: „Das kenne ich auch“ und erzählt von „Betgeflüster“-Erlebnissen... Kommentar überflüssig!

Gut, so habe ich meine Position nie gemeint, aber das ist nur die konsequente Fortsetzung meiner These über „softe“ Vergewaltigung! Ich finde, diese These ist falsch. Es gibt Vergewaltigung in erster Linie und vaginaler Form, sexuelle Unterdrückung, physische und psychische Gewalt gegen Frauen. Darüber müssen wir/ich noch Bewußtsein entwickeln und viel im AK schreiben.

Bz., Münster, 22.7.1980

P.S. Die Bemerkung in meinem Leserinnenbrief, wo ich den Ausdruck von C.O. Artikel infrage stelle, war überheblich und falsch.

Offener Brief an Christine (Verfasserin der 2-Sondernummer für Männer »betrifft Vergewaltigung«)

Haben Frauen mehr Zivilcourage? Vielleicht. Wie jeder Angehörige einer gesellschaftlichen Minderheit. Aber diese Zivilcourage besteht sich nur auf Männer "Arbeits" Frauen, Berlinerinnen, haben ihre nicht-erfahrenen Männer durch Demonstrationen aus dem KZ geholt, zur Nazi-Zeit. Keine entsprechende Aktion von Männern für ihre nicht-erfahrenen Frauen bei Überlieferung, soviel ...

Aber wenn es um Frauen geht, haben Frauen selten Courage. Denn sie fürchten, mit ihr Verdrängen gezogen zu werden. Im Gegenteil, Frauen finden es konventionell, mit Männern gegen andere Frauen Partei zu ergreifen, als seien sie selbst jenseits der Gefahrenzone. Der Mechanismus funktioniert wie bei Gefährdungen in autoritären Staaten.

Dieses Zitat stammt von Hilda Dore und sollte als Beitrag zur Motivforschung, warum Deine Broschüre, genügen. So werde ich mich also auch nicht mit dem schon vorläufigen von euch vorformulierten Kritikpunkt der fehlenden nötigen Betroffenheit auseinandersetzen (im Vorwort der Z-Frauenkommission). Der Text spricht für sich.

Allerdings behaupte ich, daß Du mit dem, was Du für die gesellschaftlichen Zusammenhänge von Vergewaltigungen hältst, die Täter recht fertigt. Ganz spontan fiel mir dazu ein Gedicht aus meiner Schublade ein. Der Titel hätte auch sehr schön gepaßt:

VERTEIDIGUNG DER WÖLFE GEGEN DIE LÄMMER.

Womit ich die Frauen nicht unbedingt als "Lämmer" abqualifizieren will, das überlasse ich lieber Euch, wenn ihr von "dumpfer Emotionalität" und einem "Sich-gehen-lassen in Gefühlen von Mitleid" schreibt (ebenfalls Vorwort).

Im Text selbst widerspricht Du durch den leicht ins Pathetische abgleitenden Stil/Wortwahl (z.B. "Armut der Armen") als auch durch Deine Schwerpunktsetzung überhaupt Deinem eigenen, "analytisch-objektiven" Anspruch. Einmal abgesehen davon, daß ich von einer Li-

ken nicht erwarte, daß sie von hohen Rufen der bürgerlichen angeblichen "Objektivität" ihr Urteil fikt. Links sein hat bislang zumindest für mich immer bedeutet, Stellung zu beziehen, ganz subjektiv aus der Rolle der Unterdrückten, Betroffenen zu argumentieren, gegen Unterdrückung, Macht und Herrschaft.

Es ist mir schon fast peinlich zu schreiben, aber offensichtlich notwendig festzustellen: Diejenigen, die bei Vergewaltigungen Unterdrückung, Erniedrigung, körperliche und seelische Gewalt erfährt, ist die Frau und nicht ihr Vergewaltiger. Zu schreiben "nicht der Vergewaltiger ist krank, sondern die Welt, in der er lebt", von 2-3 Opfern zu sprechen und den Täter in Anführungsstriche zu setzen (den "betroffenen Ehemann" (S. 9) allerdings bezeichnenderweise nicht) ist bestenfalls platt, aber in diesem Zusammenhang zynisch.

Etwas anderes ist natürlich die Frage der Analyse. Wenn es auch nur durch Eure Praxisform von der Frauenbewegung zu erklären ist, daß ihr erst die Analyse fertigstellen wollt und dann überlegen, wie man den Kampf gegen Vergewaltigung aufnimmt, wäre es doch ein großes Verdienst, wenn Du den Beginn einer Analyse geliefert hättest.

Hätte es, denn Du hast da einige Überbilde. Nach den von Dir benutzten Zahlen werden 10 % der Frauen vergewaltigt, 1-2 % der tatsächlichen Vergewaltigten (noch nach Deinen Zahlen); auch diese sehen nicht alle den Knast von innen, ein nicht unerheblicher Teil wird Bewährung bekommen haben.

Wenn Du Dich also in großen Teilen Deiner Arbeit mit den kaputt gemachten "Armen der Armen" im Knast beschäftigt, greifst Du Dir ausgerechnet den kleinsten Prozentsatz heraus. Für einen Anfang, "dem Phänomen Vergewaltigung genauer nachzugehen", ist das sicherlich nicht

die wissenschaftlichste Methode, auch wenn diese Fälle für die bürgerlichen Sexualwissenschaftler am zugänglichsten sind. Daraus tiefere Schlüsse auf den "typischen" Vergewaltiger zu ziehen, verbietet sich schon von der Logik her, vor allem, wo Du sehr eindringlich beweist, daß dank unserer Klassenjustiz nur ganz bestimmte Leute in den Knast kommen.

Aber Du wolltest ja bloß vor der auch so breit geforderten Strafverschärfung warnen (wie und was denn?) und die Verantwortung für die Unterdrückung (die mir partout nichts an). Was tatsächlich gefordert wird, sind Gesetzesveränderungen, die sich schwerpunktmäßig mit einer neuen Definition von Vergewaltigung und mit der Prozessführung beschäftigen, so daß nicht mehr die Frau die eigentliche Angeklagte ist und Vergewaltigung nicht mehr als Kavaliärsdelikt verharmlost wird.

Aber um Deinem Text zumindest den (inneren) logischen Zusammenhang zu geben, mußt Du zu solchen Schreckensbildern greifen, die uns Tendenzen zu einer Ecke unterstellen. "wo 'Trieblaster' allgemein vernichtet gehören, wo man nach der Todesstrafe für 'Kinderhändler' schreit, wo Ordnung und Sauberkeit auf Deutschlands Straßen gefordert werden".

Mit einem ähnlich billigen Trick füllst Du ja schon zu Beginn des Textes ethische Spalten, indem Du eine "feministische Theorie" aufstellst und widerlegst, die Du Dir selbst aus Buchzitaten zusammenschustert, und nicht mal dann hat's hin S. Brownmiller sagt nur, daß es ein biologischer Zufall ist, daß der Mann vergewaltigt hat. Das ist auch kaum zu widerlegen, eine völlig andere Frage ist, warum er es auch tut. Wenn Du den eingangs von Dir zitierten Film "Der Schrei aus der Stille" gesehen hättest, hättest Du Papier sparen können: Auch dort

wird von einer Frau in der Gerichtsszene festgestellt, daß u.a. ganze Völker nicht vergewaltigen. Ganz nebenbei verwechselt Du nach meiner Geschichtsauffassung hier Ursache und Wirkung. Das Entscheidende ist nicht, daß es sich bei den nichtvergewaltigten Kulturen "um sexualbefähigte Gesellschaften" handelt, sondern das ist wohl eher die Folge davon, daß es "beinahe klanenlose" Gesellschaften sind.

Wenn man die Problematik im wahren Sinne am Schwanz aufzäumt, ist halt nicht mehr zu erwarten als die Note "Thema verfehlt". Schade, daß Euer Hinstieg in das Thema faktisch nur ein Ausstieg zu sehen ist.

Mit den Grüßen
Doris (Einsiedler)

Ich kann für mich eine Vergewaltigung nicht ausschließen...

Ist jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger? (eine Zieldiskussion)

Keine Widersprüche gab es dazu, daß wohl jeder Mann dazu fähig ist (und es wahrscheinlich auch schon jeder praktiziert hat). Frauen mit subtilen Methoden "rumzukriegen" — also mit einer Frau zu schlafen, obwohl sie keine Lust hat.

Bei der Frage, ob die These auch dann noch stimmt, wenn mit Vergewaltigung die offene, brutale Form gemeint ist, die im Film "Schrei aus der Stille" in der 1. Szene gezeigt wird, äußerte sich nur ein Genosse (von 3 Genossen) ganz spontan, daß er DAS 100 %ig für sich ausschließt. Da ich diese Reaktion eigentlich von allen anderen Genossen erwartete, guckte ich schon mal nach, was noch alles auf der Tagesordnung steht. Das war etwas voreilig, denn ein anderer Genosse sagte daraufhin, daß er sich unsicher wäre, ob ihm DAS nicht irgendwann mal passieren könnte. Er wisse ja gar nicht, wie er sich weiterentwickeln werde und was er in 10 oder 20 Jahren für ein Mensch sei, oder in welche Situationen er eines Tages mal kommen werde ...

Wohlgemerkt: Es geht hier um die offene, brutale Vergewaltigung!!

Ich fragte noch mal nach, um sicherzugehen, daß ich richtig gehört habe. Es wurde nochmal bestätigt. Zuerst war mir gar nicht klar, wie ich darauf reagieren sollte, denn eigentlich bin ich ja dafür, daß Männer erstmal "auspacken" und ihre Wider-

sprüche zur Diskussion stellen sollen.

Meine Meinung dazu war erstmal die, daß ich es dem Genossen nicht abgenommen habe, daß er sich wirklich ernsthaft mit der Sache auseinandergesetzt hat, denn bei seiner "Erkenntnis" müßte er eigentlich schlaflose Nächte hinter sich haben. Es liegt die Vermutung nahe, daß der Genosse dachte, daß die Genossinnen diese Antwort von einem Genossen erwarten und er am Ende darsteht als jemand, der seine Frauenföndlichkeit zugibt und dies allemal positiv bei den Genossinnen ankommt. Kurz gesagt wäre das 'ne Veranschönigung und Provokation der Frauen.

Oder habe ich vielleicht zu hohe Erwartungen an Genossen, wenn ich eine klare Distanzierung von Vergewaltigung von ihnen erwarte? Woher ich überhaupt diese Erwartung nehme? Ich glaube ganz einfach nicht, daß bei einem Menschen (auch bei einem Mann) der Trieb bestimmend ist, sondern das Bewußtsein.

Falls noch mehr Genossen Vergewaltigung für sich nicht ausschließen mögen, dann sagt bitte Bescheid, damit ich mir rechtzeitig die Stürche graben kann; dann flüchte ich aus dem KB, um meine Haut zu retten ... denn wer weiß, wohin sich Genossen XY entwickeln — eines Tages? Frau müßte sich dann einer "Schwarzab-Bewegung" anschließen, oder?

G., DO Hamburg

Es ist ein Alibigesetz, ein

Es ist ein Alibigesetz, ein Papiertiger ohne Biß!

Das "EG-Anpassungsgesetz" zur Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz ist Ende Juni 80 — nach langem Hin und Her — vom Bundestag verabschiedet worden. Mit nur 2 Gegenstimmen der CDU/CSU feiern alle Parteien des Bundestages nun die Gleichberechtigung der arbeitenden Frauen ab. Ein Gesetz, das niemanden etwas kostet, ein Gesetz, das so geschickt formuliert ist, daß alles beim Alten bleibt.

Die Bundesregierung beschreibt das Problem in Abs. 2 und 3 des Gesetzes wie folgt: „Beide Grundätze vermögen jedoch nicht alle Diskriminierungen wegen des Geschlechts zu verhindern; Lücken bestehen insbesondere bei der Begründung und Kündigung des Arbeitsverhältnisses sowie beim beruflichen Aufstieg (Beschäftigungsförderung und Bericht, 19.6.80 Bundesregierung). Die Lücken seien jetzt so meint die Bundesregierung, geschlossen worden. Das Gesetz schreibt vor, daß Frauen nicht mehr benachteiligt werden dürfen bei Kündigungen, beim beruflichen Aufstieg und bei der Einstellung. Im gleichen Atemzug wird dies wieder relativiert: „Eine unterschiedliche Behandlung wegen des Geschlechts ist jedoch zulässig, soweit eine Vereinbarung oder eine Maßnahme die Art der vom Arbeitnehmer ausübenden Tätigkeit ist“ (Gesetzestext, Artikel 1). Mit anderen Worten heißt dies, daß die Frau, die einen Arbeitsvertrag abschließt, immer unter dem Druck steht, sich auf Vereinbarungen mit den Kapitalisten einzulassen zu müssen, die sie als Frau diskriminieren, sonst würde sie arbeitslos bleiben. Zudem wird es ein leichtes sein für den Kapitalisten, die Tätigkeit der Frauen als „minderwertiger“ und „leistungsschwächer“ darzustellen, will sich eine Frau gegen Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen, weil sie als Frau diskriminiert wird, muß sie „gläubhaft“ machen, daß sie wegen ihres Geschlechts benachteiligt wird. Erst dann muß der Kapitalist den Beweis führen, „daß nicht auf das Geschlecht bezogene, sondern sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen oder das Geschlecht unvermeidbare Voraussetzungen für die ausübende Tätigkeit“ bet. Frau stelle sich einmal vor, sie sollte nachweisen, warum ein Mann und nicht sie zum beruflichen Aufstieg vorgeschlagen wurde. Den Erfahrungen nach wird dies ungeheuer schwer für die Frauen sein, weil die Kapitalisten immer Gründe gefunden haben, die Männer den Frauen

vorzuziehen und heute sicher nicht die Ablehnung geschlechtsspezifischer Begründungen werden. Erst wenn eine Frau diese Prozedur durchlaufen hat, kann sie nach dem neuen Gesetz Schadensersatz beanspruchen, nicht den Posten, der ihr vielleicht vom Arbeitgeber zugesprochen wird. Großzügig spricht das Gesetz den Frauen das Recht zu, daß sie in so einem Fall (Wahrnehmung ihres Rechts) nicht gekündigt werden dürfen, egal ob das Urteil für oder gegen die Frauen gesprochen wird.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist ein weiterer Punkt, den die Gesetzgeber als Erfolg feiern. Die Praxis hat bereits gezeigt, daß die Kapitalisten lieber männliche Kollegen in andere Abteilungen versetzen und damit ihren Arbeitsplatz anders bewerten, als Frauen den Lohn zu bezahlen, der ihnen zusteht. Andererseits ist durch die Lohnklagen vieler Frauen deutlich geworden, daß vor allem die unteren Lohnstufengruppen bekämpft wurden, nicht aber eine tatsächliche Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen.

Auch die Diskriminierung der Frauen bei der Stellenausschreibung in den Medien oder innerhalb des Betriebes kann bestehen bleiben. Das Gesetz schreibt lediglich ein „Gebot“ und keinesfalls ein Verbot in der geschlechtsspezifischen Stellenausschreibung vor. Wenn der Kapitalist „sachliche Gründe“ vorweist, kann er wie bisher die Stellenausschreibung ausbreiten. Frau wird jetzt sicher besser verstehen, warum dieses Gesetz nichts ist.

Das lang umstrittene Gesetz zur Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz hat mit Ausnahme der Bundespartei keine Lorbeeren stehen können. Aus allen Gewerkschaften des DGB war Kritik zu vernehmen: „Der Bundeshauptfrauen-ausschuß hat insbesondere der FDP vorgeworfen, die Berücksichtigung der DGB-Vorschläge verhindert zu haben. Die FDP habe Regelungen zur Abwendung der Diskriminierung blockiert, fordern jedoch in ihrem Wahlprogramm ein „Anti-Diskriminierungsgesetz“ (Neue, 10.7.80). Die Hamburger ASF erklärte zu diesem Gesetz, „daß wieder einmal eine Chance verpasst worden ist“ und daß hier wieder einmal „ein Alibigesetz, ein Papiertiger ohne Biß“ mehr geschaffen worden sei (Mopo, 7.7.80).

g Betrieb und Gewerkschaft g

Widerstand gegen die Abschaffung des Ladenschutzes

Seit längerem werden in der Öffentlichkeit immer wieder von interessierter Seite Attacken gegen das bestehende Ladenschutzes geführt, obwohl die große Mehrheit der Lohnabhängigen im Handel für die Einhaltung des Ladenschutzes zum Ladenschluß eintritt. Offiziell werden die Forderungen zur Abschaffung des Gesetzes u.a. auch vom Deutschen Hausfrauenbund, dem Deutschen Ärztenbund und dem Deutschen Verbraucherschutzbund erhoben. Dabei wurden Umfrageergebnisse vom Verbraucherschutzbund in die Öffentlichkeit gegeben, hinter denen als Auftraggeber eine PR-Agentur mit unbekannten Geldgebern stand. Seit einigen Jahren gibt es ein „Aktions-Komitee Ladenschluß“, das mehrere Presseartikel mit entsprechender Resonanz in der Öffentlichkeit lancierte. In dem sogenannten „Komitee“ sitzen Vertreter des reaktionären Hartmannbundes (Ärzte), von Großhandelsunternehmen und vom ADAC.

Inzwischen nimmt die Gewerkschaft HBV in einer neuen Broschüre eindeutige Stellung: Um 18.30 Uhr ist „Feierabend“!

Selbst die DAG äußert sich schriftlich zu diesem Thema in einer Broschüre mit dem Titel „Ladenschutzes im Kreuzfeuer der Meinungen“. Reihenweise werden Argumente pro und contra Verlängerung der Öffnungszeiten genannt und außerdem Studien von Infratest zum Freizeitverhalten der Bürger, Untersuchung zum Kundenverkehr der Bundesarbeitsgemeinschaft für Mittel- und Großbetriebe, sowie aus einem Forschungsbericht von 1977 der Uni Tübingen, der sich für eine Verlängerung ausspricht. Zum Schluß kommt die DAG erfreulicherweise zu dem Ergebnis, die Ladenschutzeszeiten beibehalten, ohne allerdings auch nur ein einziges Wort auf die herrschenden Bedingungen der Lohnabhängigen in diesem Bereich einzugehen.

In ihrer Broschüre „18.30 — Feierabend“ hat die Gewerkschaft HBV Argumente für das Ladenschutzes gesammelt. Sie soll den „...sozialen Schutzcharakter des Ladenschutzes...“ für die über 2 Mio im Einzelhandel Beschäftigten unterstrichen.

chen. Eingangs wird ein kurzer geschichtlicher Rückblick auf die Ladenschutzesgesetzgebung in Deutschland von 1891 bis 1960 gegeben. Durch die Einführung der Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden bleibe genügend Zeit zum Einkauf. Außerdem bestehe weitgehend die 5-Tage-Woche mit arbeitsfreiem Samstag.

Im Gegensatz zum sozialdemokratischen „Vorwärts“, der im November 79 zu dem Ergebnis kam, daß das Ladenschutzesgesetz durch „die tatsächlichen veränderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ nicht mehr in die „Reihe der sozialpolitischen Gesetze“ gehöre und auch nicht mehr als Arbeitsschutzgesetz eingeordnet werden könne, weist die HBV auf die Gefahr hin, daß die Einhaltung der Arbeitszeit-Bestimmungen von den Gewerbeaufsichtsbüro bei einer Verlängerung nicht mehr ausreichend kontrollierbar wäre. Und daß die „...Schutzaufgabe des Gesetzes nicht durch einen Tarifvertrag ersetzt werden“ könne; „ein nicht organisierter Arbeitgeber könnte sich jederzeit der Verpflichtung auf Einhaltung einer solchen Vereinbarung entziehen“.

75 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen. Die Arbeit einer Verkäuferin bei schlechten klimatischen Verhältnissen, künstlicher Beleuchtung, Schichtarbeitungen haben erhebliche und führen oft zu Schäden des Rückgrats und anderen Erkrankungen. „Die ohnehin knapp bemessene zusammenhängende Freizeit ist deshalb zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit dringend erforderlich und darf nicht noch eingeschränkt werden“.

Eine von der HBV 1974 durchgeführte Befragungserhebung in über 600 Betrieben mit rund 132.000 Arbeitnehmern ergab, daß über 90% nicht bereit sind, länger als bis 18.30 zu arbeiten. „Die meisten Einzelhandelsbeschäftigten wären eher bereit, den Beruf zu wechseln, als über 18.30 hinaus zu arbeiten“.

Im Anhang der Broschüre findet man/frau mehrere Schreiben der bür-

gerlichen Parteien SPD, CDU an den Vorsitzenden der HBV, Viethor, mit denen es umgeht, daß sich 1975 noch alle einheitlich gegen eine Verlängerung der Ladenschutzeszeiten ausgesprochen haben.

Der Widerstand unter den Betroffenen selbst inzwischen gegen die immer wieder neu aufkommende Kampagne an Im Raum Hannover initiierten Betriebsräte eine Unterschriftenaktion, mit der bereits eine Woche vor Pfingsten über 5000 Erwerbstätige sich für den Erhalt des geltenden Ladenschutzes ausgesprochen.



Vom Betriebsrat des Kaufhof, Hannover, wurde die niedersächsische CDU-Wirtschaftsministerin Birgit Bredt zu einer Betriebsversammlung eingeladen, damit sie vor den Betroffenen selbst ihren Standpunkt für eine Verlängerung der Ladenschutzeszeiten erklären könnte. Zu dieser Betriebsversammlung erschien sie jedoch nicht („Neue“, 24.5.)

Im Mai machten die Beschäftigten von Einzelhandelsunternehmen aus Bremen und Umgebung ihrer Empörung Luft. Mehr als 1500 folgten einem Aufruf der Gewerkschaft HBV zu einer Demonstration mit Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz („Ausblick“, 5/80).

Erstes Lesben(gruppen)-Treffen in Schleswig-Holstein

Am Wochenende 20./22. Juni wurde zum ersten Mal die Idee der Lüneburger Lesben(gruppen)-Treffen in Schleswig-Holstein realisiert.

Am Freitagabend versammelten sich ca. 40 Lesben aus Kiel, Marnitz, Lübeck, Humm, Flensburg, Neumünster, Schleswig und Heide - im Frauenzentrum Kiel. Der erste Abend wurde zum Kennenlernen und gemeinsamen Überlegen, wie wir in den folgenden Tagen vorgehen wollten, genutzt.

Am Samstag - anwesend waren ca. 25 Frauen - begannen wir mit der Arbeit.

1. Vorstellung der Gruppen und Einzelnen: Zur Zeit bestehen in Schleswig-Holstein drei Lesbengruppen. In Kiel bestehen seit Jahren mehrere Gruppen, im Moment existieren dort eine Moroskop- und Gedichtgruppe sowie der wöchentliche Lesbenkutschentanz. In Lüneburg entstand vor gut einem Jahr eine Gruppe, die mittlerweile auf 14 Lesben (!) angewachsen ist. In Humm gibt es seit 4 Wochen eine Lesbengruppe, die aus einem Zusammenschluß von 6 Frauen aus den umliegenden Orten entstanden ist. In Flensburg hat eine Frau vor, nach der Sommerpause eine Gruppe zu initiieren.

2. Berichte aus den einzelnen Gruppen über Probleme/Schwierigkeiten mit ihrer Arbeit: Es kristallisierten sich zwei dicke Probleme heraus. Immer wieder scheint es schwierig zu sein, eine gewisse Kontinuität in der Gruppe zu erhalten. Häufig scheitern die Gruppen an persönlichen Querelen Einzelner und an dem berühmten-berühmten und von allen gefürchteten „Beziehungsscheitern“. Ein zweites Problem für die Gruppen ist der Umgang mit neuen Frauen. Neuaufnahmen, wollen wir das, oder halten wir die Gruppe geschlossen? Wenn ja, wie gehen wir auf die Lesben zu, und wie können wir sie in die Gruppe integrieren?

3. Was haben wir für gemeinsame Ziele, an welchen Punkten können wir zusammenarbeiten? Diese Diskussion

wurde sehr kontrovers, aber solidarisches geführt. Im Groben lassen sich zwei Standpunkte herausarbeiten:

a) daß wir durch regelmäßige Treffen (besseres Kennenlernen und miteinander Diskutieren) eine gewisse Stärke entwickeln können, die uns längerfristig in die Lage versetzt, eine Öffentlichkeitsarbeit (Brochüren, Flugblätter, gemeinsame Veranstaltungen ...) in Schleswig-Holstein aufzubauen;

b) daß wir uns durch die regelmäßigen Treffen besser kennenlernen und durch gemeinsame Diskussionen eine Stärke entwickeln, die für jede einzelne Frau wichtig ist, um die Frauenräume, die sie hat, überhaupt nutzen zu können. Öffentlichkeitsarbeit wurde abgelehnt, da sie lange genug anders entwickelt, sich mit den bestehenden Strukturen herumgeschlagen und dabei ihre Kraft vergeudet hätten.

Hier brachen wir die Diskussion erst einmal ab und gingen zum gemütlichen Teil des Abends über, eine Fete mit ca. 50 Frauen. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die Kieler Frauen das gesamte Wochenende bis hin zu Salaten, Kuchen etc. ganz toll organisiert hatten!

Am Sonntagmorgen - mit einiger Verspätung - begannen wir mit dem Abschlußplenum. Die Meinung zum bisher Gelaufenen war überwiegend positiv. Hieraus ergaben sich einige gute Ansätze für die nächste Zeit:

- wir wollen versuchen, ein lockeres Berichtswesen aufzubauen,
- wir wollen evtl. längerfristig gemeinsame Aktionen in einem Ort (zur Unterstützung einzelner Gruppen) starten.

Unser nächstes Treffen findet vom 19.-21. September in Lüneburg („Alternative“, Hölzer, 69) statt. Themenschwerpunkt ist noch nicht festgelegt, Vorschläge sind erwünscht! Alles in allem ein Treffen zum Mut-machen.

Gemeinsam sind wir unanfechtbar!
Lesbenpower in Schleswig-Holstein!

B., Lübeck/Lesbengruppe des KB

Richtigstellung zum Artikel über die »Parteien auf dem Prüfstand«

Richtigstellung zum Artikel über die »Parteien auf dem Prüfstand« (AK 181)

Zu dem Artikel über die Bonner Parteienveranstaltung an dieser Stelle einige Richtigstellungen und Ergänzungen, da in dem redaktionell gekürzten Artikel einige Aspekte versehen nicht bzw. falsch dargestellt wurden.

Von Unbekannten waren bereits Wochen vor der Veranstaltung zwei gefälschte Einladungen verschickt worden, in denen eine angebliche Verschlebung mitgeteilt wurde.

Nicht nur die Nürnberger „Indienkommune“ und die Westberliner „Kommune Orientstraße“, sondern auch die „Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld“ (IHB) haben durch gezielte Störmanöver versucht,

die Veranstaltung zu Fall zu bringen.

In einem Flugblatt erklärt die IHB ihre prinzipielle Ablehnung folgendermaßen: diese Politik täusche vor, Schwule könnten sich befreien, indem sie an einer solchen Veranstaltung teilnehmen und der schwulenfreundlichen Partei ihre Stimme geben. Die Stärke der Schwulen würde nicht auf ihrem Stimmpotential oder irgendeinem aufgesetzten zentralistischen Zusammenschluß, sondern auf der Vielfaltigkeit ihrer Gruppen und Aktionen beruhen.

Die Beethovenhalle war schon vor Beginn der Veranstaltung von Unbekannten mit Buttersäure oder ähnlich überlöffelndem „eingeweicht“ worden.

Am die Parteienvertreter vorgestellt und wegen ihrer antischwulen und antischwulen Politik mit Buhrufen und Pfiffen eingedeckt wurden, regierte Reinhard Münchenhagen, Moderator der heterosexuellen WDR-Sendung „Spätere Heiße nicht ausgeschlossen“ mit Sprüchen wie es solle doch jetzt ruhiger werden. Er hätte ja viel Verständnis für uns Schwule/Lesben mitgebracht, aber

wenn das so weiterginge, würde er gleich wieder gehen. Dann würde er die „Diens Maja“ im Fernsehen nicht versäumen. Als daraufhin empörte Schwule und Lesben Münchenhagen auspuffen, wurden diese teilweise aus dem Publikum aufs Übliche angesprochen, die sollten die Veranstaltung nicht stören.

Ähnliches passierte wenig später, als der CDU-Vertreter einen provokatorischen Beitrag zum Thema Wiedergutmachung für Nazioffer hielt. Die CDU wäre für die Wiedergutmachung, jedoch wäre sie ja z.Z. nicht an der Regierung. Als auch hier wieder einige Schwule und Lesben mit Pfiffen und Buhrufen auf den CDU-ler reagierten, wurden diese wiederum von gemäßigten Teilen des Publikums u.a. MSC-Mitgliedern (schwuler Motorradclub) zur Ruhe ermahnt.

Als wenig später die Kommunen dann das Podium besetzten, entfiel sich die geballte Wut dieser Teile des Publikums auf die „Indians“. Mehrere MSC-Typen waren kurz davor, die Kommuneleiter und andere Brüder und Schwestern, die das Chaos auf andere Art angehen wollten, kurzerhand vom Podium zu prügeln. Wenig später waren dann so gar von einem Schwulen die Bullen gerufen worden.

Kurz danach hatten einige der MSC-ler, die sich vorher als die überaus friedlichen Rauschmeister bei den Kommuneleuten gebärdet hatten, vor der Beethovenhalle nichts Besseres zu tun, als den „Vorträgen“ des CDU-Vertreters ergebend zu lauschen.

Gleich daneben sammelten sich gerade die Bullen für ihren Einsatz. Eine Szene, die für sich sprach. Von schwulen/lesbischer Solidarität konnte keine Rede mehr sein.

U. Fr., Schwulengruppe des KB
Ul., P. pp., Lesbengruppe des KB

Die Richter und die Menschenwürde eines Kindes

Zum menschenwürdigen Großwerden eines Kindes in der BRD gehört es nicht, einmal im Jahr zu verreisen. Das entschied ein Hamburger Sozialamt, und das Hamburger Verwaltungsgericht gab ihm „Recht“ mit einem Grundsatzzurteil.

Der Fall: Vier Kinder einer geschiedenen Mutter wollten 1979 verreisen. Mit ihren Freundinnen, Freunden und Betreuern aus dem Arger gewohnten Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg. Die Mutter ist, da sie sich über Jahre der Kindererziehung widmen mußte, sozialhilfeabhängig. Um die dreiwöchige, sportbällige Urlaubsreise (300 DM) finanzieren zu können, geht sie zum Sozialamt. Während anderen sozialhilfeberechtigten Müttern in anderen Hamburger Bezirken für die gleiche Reise Zuschüsse gewährt werden, lehnt in diesem Fall das Sozialamt ab. Das Bundessozialhilfegesetz schreibt nur vor, die Menschenwürde der Hilfesuchenden zu garantieren. Verreisen, noch zumal ins Ausland, gehört aber nicht dazu.

Die Mutter klagt für ihre Kinder vorm Verwaltungsgericht - und bekommt bestätigt, daß die Zahlungsweigerung der Sozialbürokraten rechtlos war: „Die Teilnahme an einer gemeinsamen Urlaubsreise gehört nicht zum notwendigen, d.h. zu einer menschenwürdigen Existenz erforderlichen Lebensunterhalt. Eine Urlaubsreise gehört nach den in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden Lebensgewohnheiten und Erfahrungen und nach der vorhandenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht zu den Grundbedürfnissen menschlicher Existenz. Für eine menschenwürdige Existenz reicht es aus, wenn die Kläger (die vier Kinder, Anm. AK) - ebenso wie andere Teile der Bevölkerung auch - ihre Ferien zu Hause verbringen. Jede andere Betrachtungsweise würde dazu führen, daß eine Vielzahl von Personen, die sich die von den Klägern begehrten Annehmlichkeiten (gemeint ist ein dreiwöchiger Erholungsurlaub für Kinder, die das ganze Jahr in der Stadt verbringen; Anm. AK) selbst nicht - zumindest nicht ohne Verzicht auf die Erfüllung anderer Wünsche leisten könnten, gezwungen würden, diese Aufwendungen für Dritte mit den von ihnen erbrachten Steuerleistungen zu finanzieren.“

Auf den ersten Blick ist das bäre Unfug. Natürlich können die meisten Menschen in der BRD sich einen Urlaub im Jahr leisten. Es steckt aber Logik in diesem Teil der Urteilsbegründung, eine ganz und gar unsoziale Logik. Natürlich gibt es in der BRD auch die Menschen, für die Urlaub eine „Annehmlichkeit“, ein Luxus ist, den sie sich kaum oder schwerlich leisten können. Das sind die Menschen, denen es ähnlich beschissen geht wie den vier Kindern und der Mutter, deren Klage hier abgewiesen wurde. Das sind alte Menschen, Kinderreiche und sonstige „Sozialfälle“. Jürgen Roth schätzt in seinem Buch „Armut in der BRD“, daß ein Viertel aller Haushalte zu diesem Teil der Bevölkerung zu rechnen ist. Und weil diesen Menschen - zum großen Teil tatsächlich Steuerzahler - kein menschenwürdiges Leben garantiert wird, kann man per Grundsatzzurteil die Menschenwürde gleich weiter demonstrieren. In logischer Fortsetzung könnte man auch die Sozialhilfe für Essen kürzen, weil es Menschen in der BRD gibt, die hungern, oder für die Miete, weil es Menschen in der BRD gibt, die obdachlos sind.

Diese Zielsetzung, die gesellschaftliche Realität in der BRD, die Existenz von Armut, nichtrechtlich für rechtlich und mit den Formeln von Menschenwürde und Sozialstaat, die noch im Grundgesetz stehen, vereinbar zu erklären, zieht sich durch die gesamte Urteilsbegründung. Da antwortet das Gericht z.B. auf das Argument, die vier klagenden Kinder wären die einzigen gewesen, die nicht hätten mit dem Kinderhaus verreisen können (sie konnten doch, siehe unten) - verkennt nicht, daß die Kinder diese Benachteiligung nicht ohne weiteres einsehen könnten, aber „Es ist jedoch nicht Aufgabe der Sozialhilfe, gesellschaftliche Benachteiligungen umfassend auszugleichen, sondern lediglich, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.“ Die vier klagenden Kinder mußten „sich insoweit in stärkerer Weise bescheiden als andere“. Was tun diese Kinder

denn das ganze Jahr hindurch anderes als sich immer wieder zu „bescheiden“?

Diese Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ist nicht die erste, mit der rückwärts über Interessen und Bedürfnisse von Kindern hinweggegangen wird. Vor drei Jahren hatte es das gleiche Gericht schon einmal mit klagenden Kindern aus dem Kinderhaus zu tun. Es sollte eine einstweilige Verfügung erlassen, die den Hamburger Senat verpflichtete hätte, bis zur Entscheidung seinen Streit mit dem Kinderhaus um eine Anerkennung der monatlichen Pflanzsätze, den Aufenthalt dieser Kinder zu finanzieren. Das Gericht lehnte damals ab. Begründung: die Kinder erlitten keine „irreparablen Schäden“, wenn sie erst einmal ihre Freunde im Kinderhaus verlassen und in eine andere Tagesstätte gehen, in denen der Senat die Unterbringung beabsichtigt. Ja, Kinder bekommen keine „irreparablen Schäden“, Kinder müssen sich „bescheiden“ und mit „sozialen Benachteiligungen“ abfinden. Weiterbildung brauchen sie dann natürlich auch nicht - ein weiteres Zitat aus dem Text dieses Skandalurteils: „... ein Urlaubsaufenthalt im Ausland (ist), so sehr er dazu beitragen mag, den Gesichtskreis der Kinder zu erweitern, kein spezifisch durch ihr Wachstum bedingter notwendiger Bedarf.“ Deutsche Kinder bleiben in Deutschland, basta!

Wie heißt es doch in der Erklärung der Rechte des Kindes der UNO von 1959, die im übrigen von der BRD mitunterzeichnet worden ist: „Das Kind hat das Recht auf ausreichende Ernährung, Wohnung, Erholung und ärztliche Betreuung... Das Kind hat volle Gelegenheit zu Spiel und Erholung. Gesellschaft und Behörden fördern die Durchsetzung dieses Rechtes.“



Die Kinder fahren in Urlaub!

Die Hamburger Sozialbehörde war natürlich erfreut über das Urteil. Die Sozialämter, die im letzten Jahr noch Zuschüsse an Kinderhauseltern gezahlt haben, mochten dieses Jahr nicht, obwohl das Urteil nicht rechtskräftig ist. Und die Behörde betonte in der ersten Stellungnahme, daß das Gericht ihr Recht gegeben hatte. Dann ist ihr aber offenbar aufgefallen, daß so offene Freude über ein so offen unsoziales Urteil ihr wenig Sympathien bringt. Sie lancierte in eins der ihr nahestehenden Springer-Blättchen, daß es gigantische Möglichkeiten gebe, als Kind armer Eltern mit dem Staat zu verreisen. 143 Sozialhilfeempfänger in Hamburg hätten 1979 „Familienurlaub“ genossen, für andere Kinder gäbe es beabsichtigte Reisen von Jugendgemeinschaften, kranken Kinder könnten gar mit einem Jugenderholungswerk verreisen. („Hamburger Abendblatt“, 16.7.80). Nur mit dem Kinderhaus könnten Kinderhauskinder nicht staatlich beurlaubt werden. Wo Sozialhilfeabhängige blieben und wo nicht, be-

Ganz abgesehen davon, daß diese Urlaubsmöglichkeiten gar nichts an der grundsätzlichen Position der Behörde und des Gerichtes ändern, daß es keinen Rechtsanspruch auf Erholungsurlaub gibt, geht bei diesen „freiwilligen Leistungen“ noch ein weiteres Recht der Sozialhilfeabhängigen verloren. Eigentlich dürfen sie nämlich wählen, welche „Hilfe“ ihnen geboten wird, soweit ihr Wunsch nicht wesentlich teurer ist als Angebote, die das Sozialamt bereithält. Und eine Ferienreise mit dem Kinderhaus ist ziemlich preiswert.

Die betroffenen zehn Kinderhauskinder wollen natürlich mit ihren Freunden verreisen. Um das möglich zu machen, bitten sie um Spenden auf das unten angegebene Konto. Der Rechtsstreit geht natürlich weiter, gegen das Skandalurteil ist Berufung eingelegt worden.

Und die Richter? Die sind schon im Urlaub. Zwei konnten das Urteil nicht unterschreiben „... durch Urlaub an der Befugung einer Unterschrift verhindert.“

Kinderkommission Hamburg

Spendenkonto:
Kinderhaus e.V. in der Heinrichstraße 14a
2000 Hamburg 50
Konto 12444461 bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 200 101 11)
Stichwort: Kinderurlaub

Halbe Kinder - Steuergesetze machen's möglich

Alleinerziehende Mütter und Väter mögen gegen das sog. Steuerpaket der Bundesregierung Verfassungsklage einlegen. Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, daß verheiratete und verwitwete Eltern (teile) jährlich 1.200 DM (sowie aus gesprochen wenig, wenn man bedenkt, daß nach aktuellen Berechnungen ein Kind rund 600 DM im Monat „kostet“) Kinderbetreuungskosten von der Steuer absetzen können. Alleinerziehende, d.h. ledige oder geschiedene Mütter und Väter, bekommen nur die Hälfte angerechnet.

Schulsenator verbietet Beschnefflung von Schülern

Der Westberliner Schulsenator Rasch (FDP) hat den Schulen unterlagt, weiterhin Fragebögen der Polizei über Schüler, die als Zeugen vor Gericht aussagen sollen, auszufüllen. Die Fragebögen waren 1956 entwickelt worden und beantragen Auskunft über jeden vermeintlichen Charakterzug der erfassten Schüler: körperliche und geistige Entwicklung, „Betragen in und außerhalb der Schule“, häusliche Verhältnisse, „Gefühlsbedürfnisse“, Schwächen, eventuelle Bereitwilligkeit, einen Fehler einzugestehen, „Glaubwürdigkeit“ usw.

Als die Sache aufflog, spielte die Polizei das Unschuldslamm. „Von Gesinnungsschnüfferei kann keine Rede sein. Das ist eine ganz objektive Maßnahme. Wir halten uns streng an unseren Ermittlungsauftrag.“ Dabei mußte selbst dem blödesten Polizeisprecher klar sein, daß solche Datenerhebungen nicht einmal mehr durch die umfassenden Ermächtigungen des „Datenschutzgesetzes“ gedeckt sind (was schließlich auch der Westberliner Datenschutzbeauftragte mitbekommen hat).

Noch unschuldiger als die Polizei ist die Schulverwaltung, die von den Fragebögen nichts gewußt haben will und sich beilebe, „Skandal“ zu rufen. Was ihr dann wieder einen Ruffel vom SPD-Innenminister einbrachte (der Schulsenator steht ob auf der Abschlusliste der SPD). Fragt sich am Ende nur noch, ob in den 24 Jahren dieser Schnüffelparade ein fortgeschrittener Lehrer so einen Fragebogen in die Hand bekommen hat. Oder haben das einige „verpennt“? Vielleicht erinnert sich jetzt ja einer

Zur Situation der Grünen

Mit 52 gegen 46 Stimmen entschied sich die Mehrheit des Bremer Landesverbandes der Grünen für die Beteiligung an der Bundestagswahl. Diese Entscheidung wurde gegen die ausdrückliche Weisung des alten Landesverbandes und der Bremer Bürgergesellschaftsgeordneten um Olaf Dinné gefällt.

Einen Tag später trafen die Abgeordneten Olaf Dinné und Delphine Brox zusammen mit etwa 30 (der knapp 200) Bremer Grünen aus der Bundestagswahl aus. Die Abgeordneten Peter Willems und Axel Adamietz waren der Bundespartei nie beigetreten, unterstützen aber den Kurs von Dinné. Die Ausgetretenen wollen weiterhin als „Bremer Grüne Liste“ bestehen bleiben und haben sich bundesweit in einer ökologischen „Grünen Föderation“ organisiert, der nach ihren Angaben außerdem noch die GAZ von Herbert Gruhl, die „Grüne Liste Schleswig-Holstein“ um Baldur Springmann sowie einzelne Kreisverbände der Grünen in NRW (Siegen und Krefeld), Bayern (Würzburg) und Baden-Württemberg (nicht bekannt) angehören sollen. Damit haben sich die reaktionärsten Teile der Grünen außerhalb der Bundespartei gesammelt und ihren Anspruch auf die „wahre“ Vertretung der grünen Chordanken erhoben. Großzügig verkünden sie nun, daß sie derzeit keine Konkurrenzpartei gründen werden und nicht offen (?) Stimmung gegen die Bundes-Grünen machen wollten. Allerdings ist diese Großzügigkeit eher Ausdruck der eigenen Schwäche, da der Versuch einer rechten Sammlungsbewegung vorerst sehr bescheiden verläuft. Neben einigen wenigen Kreisverbänden und Einzelaktivisten ist in Bremen nur eine Minderheit der Mitglieder ausgetreten.

In Schleswig-Holstein sind nach unterschiedlichen Angaben 150 - 300 Mitglieder der OLSH ausgetreten. Die rechten Grünen demonstrieren derzeit

eher ihre Schwäche. Sie haben sich deshalb zu einer unterschiedlichen Taktik entschlossen: Dort wo sie bereits einmal bei Landtagswahlen ihren Spaltungskurs durchgezogen haben (Schleswig-Holstein und Bremen), vertreten sie heute die harte Linie — Austritt. Die GAZ hat ihren Mitgliedern einen Verbleib bei den Grünen „freigestellt“ (es sind offensichtlich nur wenige GAZler ausgetreten), sie versucht als „gemäßigte“ Bandenführer für eine anvisierte Spaltung nach der Bundestagswahl zu fungieren.

Daß die reaktionären grünen Kreise weitergehende Spaltungsabsichten nicht aufgegeben haben, macht Dinné in einem Interview mit der „Neuen“ (24.7.) sehr deutlich. Er spekuliert auf eine Wahlmoderlage der Grünen, möglichst unter 3 % (wobei er bereits ankündigt, in Bremen nachhelfen zu wollen, um das Ergebnis zu drücken), so „daß wir nach den Wahlen die zwei dann klar vor uns stehenden Varianten zur Diskussion stellen werden... Nach der Niederlage wird die Diskussion innerhalb der Grünen sozusagen aufbrechen“. Dinné beruft sich bei seinem Vorgehen — Sammeln der Rechten außerhalb und Stützpunkte in wichtigen Landesverbänden der Grünen — namentlich auf Willi Haas (Spitzenkandidat in Baden-Württemberg). Haas, gemeinhin der Linken zugerechnet, habe ihn ausdrücklich aufgefordert, „von außerhalb eine grüne Gegenposition zu artikulieren“, um innerhalb der Partei nach dem 3. Oktober Druck für eine „alternative Kurskorrektur“ ausüben zu können.

Die rechten Grünen haben ihre Pläne zur Spaltung vor der Wahl offensichtlich aufgeschoben. Sie mußten zur Kenntnis nehmen, daß ein großer Teil ihrer potentiellen Verbündeten hierzu nicht bereit ist. Dennoch befindet sich die Grüne Partei in einem desolaten Zustand. Die Klammer, die derzeit alles zusammenhält, über die tiefgreifenden, teilweise antagonistischen

Widersprüche hinweg, ist die Bundestagswahlbeteiligung und nicht viel mehr, schon gar nicht das vielbeschworene „historische Bündnis“ wertkonservativer und sozialistischer Kräfte.

Die Landesverbände Bremen und Schleswig-Holstein sind faktisch bereits gespalten. Die Landesverbände Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern haben sich im Wahlkampf für die rechtsbrüchigere Programmatik (Dortmunder Wahlplattform) entschieden. Allein der Hamburger Landesverband und die Mehrheit des gespaltenen Schleswig-Holsteiner Verbandes wollen außer mit der Dortmunder Plattform auch mit dem Saarbrücker Programm Wahlkampf machen (die Landesverbände in NRW, Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bremen zu dieser Frage stehen noch aus).

Die Linke paßt sich weiter an

Die Powerpolitik der Rechten, insbesondere der „Bremer Linie“ von Dinné, hat erkennbare Spuren bei den linken Grünen hinterlassen. Der seit Beginn des grünen Parteigründungsprozesses erkennbare Opportunismus, der sich auf den Sozialismus berufenden Linken hat sich durch die rechten Spaltungsmanöver noch verstärkt.

Der Saarbrücker Parteitag war zwar ein Laubbild, viel ist aber nicht gebrochen. In Dortmund haben nahezu alle Teile der Linken, insbesondere auch die „Z“-Gruppe, darauf verzichtet, die von ihnen so hochgelobte inhaltliche Auseinandersetzung zur Einleitung von Lernprozessen bei den „Mittekräften“ und bei „Wertkonservativen“ zu führen. Ohne nennenswerten Widerstand wurde die Demonstration des Saarbrücker Programms (das selber schon Ergebnis von Kompromissen war) hingenommen. Die „Z“-Gruppe, vertreten durch Jürgen Reents, hat in der Vorphase von

Dortmund sogar auf die Formulierung von Minderheits-Voten in der Programmkommission verzichtet. Genutzt hat es ihr nicht, denn statt der rechten Spalte steht heute die „Z“-Gruppe im Spotlicht von Angriffen anderer linker Grünen. Die gleichen Experten aus der „äußeren komplizierten Aktion“ gegen den KB in der Frühphase des grünen Parteigründungsprozesses greifen heute die „Z“ als verantwortlich für die „Polarisierung in den Grünen“ und das Abstreifen der Rechten z.B. in Schleswig-Holstein an. Auf der Sitzung des Bundeshaupptausschusses am 12./13.7. in Bremen wurde der „Z“ ein „instrumentales Verhältnis zu grünen Zielen“ vorgeworfen. Dies wurde u.a. mit ihrer Beteiligung an der Diskussion um einen „Revolutionären Block“ begründet. Getragen wurde diese Kritik von „Linken“ wie Willi Haas, Milan Horacek und Jo Müller (der bereits im Bremer Bürgergesellschaftswahlkampf die Initiative „links für grün“ gegen die Alternative Liste gründete). Ihre Argumentation war nahezu deckungsgleich mit der von Olaf Dinné.

In ähnliche Richtung geht die Kritik von Mitgliedern der BUS (Bundesdemokratische Uniongrüne Sozialisten), deren Wortführer Ernst Hopfmeier sich rühmt, daß nur „dank der Taktik weniger undogmatischer Linker in Saarbrücken“ die linke Hamburger Kandidatin nicht in den Dreier-Vorstand gewählt wurde (Info: dienst „rot und grün“).

Die „Z“ hatte sich seinerzeit hemmungslos mit jenen Kräften gegen den KB verbündet, die heute ihrerseits die Isolierung der „Z“ betreiben. Vielleicht rufen sich die Genossinnen und Genossen noch einmal die Forderung Rudolf Bahros aus dem Dezember 1979 in Erinnerung: Bahro hatte zur Auflösung des KB, der „KPD“ sowie Bunter und Alternativer Linken aufgerufen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß dem-

nächst die „Z“-Gruppe vor dem gleichen Problem stehen wird, wenn heute schon ihre Arbeit bei den Grünen als „Muster klassischer ML-Politik“ (Hopfmeier) angegriffen wird. Wir sind gespannt, wie weit der Ausreiseprozess der „Z“ und linker Grünen noch gehen wird.

In Bremen haben die Linken ein nicht sehr ermutigendes Beispiel geliefert. Sie haben trotz der offensichtlichen Spaltungspolitik von Dinné bis zuletzt die Einheit beschworen. Sie haben ausnahmslos auf der Bremer Landesversammlung ein Bekenntnis zur „Bremer Linie“ abgelegt, die nichts anderes bedeutet als absoluter Vorrang ökologischer Politik vor sozialen und demokratischen Forderungen und Propaganda für Verzicht und Sparpolitik. Wenn sich die Grüne Partei eine solche Politik zu eigen macht, verliert sie sehr schnell den Anspruch, eine Alternative zu sein (die sie heute bereits für viele nicht mehr ist). In Bremen droht nun eine makabre Situation, daß die Linken ohne Dinné gerade dessen Programm zum Inhalt ihres Wahlkampfes machen, statt aus den getauften Auseinandersetzungen die Lehre zu ziehen, die Zusammenarbeit mit denjenigen Kräften zu suchen, die ernsthaft an einer fortschrittlichen Alternative zu den etablierten Parteien interessiert sind.

Daß diese Konsequenz jedoch keineswegs gezogen wird, erklärt sich dadurch, daß mehr linke Grüne, als es zunächst dem Anschein hatte, inzwischen offen ihre ausdrückliche Ablehnung einer „linksozialistischen“ Konzeption bekunden. Schien Bahro mit dieser Auffassung zunächst allein zu stehen, erhält er in dieser grundsätzlichen Frage zunehmend Unterstützung gerade aus dem „undogmatischen“ Lager. Die Genossinnen von der „Z“ u.a. werden auf Dauer wenig Erfolg damit haben, diesen Konflikt mit ausgeklügelten Taktiken zu überbrücken.

Spaltung der Grünen in Bremen

Nachdem die Führer der Bremer Grünen um Olaf Dinné auf dem Dortmunder Parteitag mit ihren ultimativen Forderungen nach Sturz des „linksozialistischen“ Vorstands und des von „Wachstumsdiktatoren“ verabschiedete Programm nicht durchgekommen waren, liefen sie Amok gegen die Grüne Partei und erklärten die Nicht-Teilnahme des Bremer Landesverbandes an den Bundestagswahlen.

Vorläufiger Höhepunkt und die bisher deutlichste Ausformulierung der „Bremer Linie“ war die Erklärung Olaf Dinnés vor dem Bundeshaupptausschuß der Grünen am 12. Juli in Bremen (siehe Abdruck), in der unter dem Motto „Leben statt Spinnen“ nicht nur massiv gegen die sozialen und demokratischen Forderungen im Programm der Grünen geschossen, sondern auch ein Frontalangriff auf die Basisdemokratie gefahren wird: Die negative Entwicklung der Grünen beruhe „auf dem konventionellen Mitgliedschaftsmodell... Dadurch wird dem Programmfeindlichen Tür und Tor geöffnet und die manipulierbare Abstimmungsmaschinerie anonymer Mehrheiten ermöglicht...“

Ob es es genährt hat? Drei Tage später scheiterte er endgültig an dieser „Abstimmungsmaschinerie“. Der

Bremer Landesparteitag der Grünen hat sich mit 52/46 Stimmen (bzw. 52 Enthaltungen) für die Beteiligung an den Bundestagswahlen ausgesprochen. Dinné verließ nicht nur den Saal, sondern auch die Grüne Partei, und mit ihm etwa 30 seiner Anhänger.

Ein Parteitag mit „Linienanomalien“

Dinné hat seine „Bremer Linie“ inzwischen zu einer Verzichtsideologie reinen Wassers ausgebaut. Was Anfang des Jahres im Rahmen der Haushaltsdebatte begann (Dinné hatte damals mit Sparvorschlägen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Jugend, Sport, Soziales etc. für Schlagzeilen gesorgt), endet heute mit dem Versuch, mit der ganzen Wohlstandsrichtung und dem „Genuss ohne Reus“ gründlich aufzuräumen.

Erpressung und Spaltung waren die Mittel, mit denen er den Bremer Landesverband auf „seiner“ Linie festnageln wollte. Er verband als Sprecher des gesamten Vorstandes die Abstimmung seines Positionspapiers mit Rücktritts- und Spaltungsdrohungen.

Eine klare Gegenposition gibt es zwar im Bremer Landesverband nicht, und doch war in aller Munde „die AL-Linie“, „die Regen-Rechts-Linie“,

die „Z-Linie des KB“, die „Bundeslinie“, die sich mit allen Konsequenzen an der Kandidatenliste in Hamburg zeigte (Olaf Dinné). Dem wurde zwar widersprochen, aber nicht etwa, weil man die Hamburger Kandidaten akzeptierte sondern „Auch das Problem der Hamburger Kandidaten wird sich noch lösen lassen“, tönte Jo Müller (Mitinitiator des Kreises „Links für Grün“ im Bremer Bürgergesellschaftswahlkampf). Anscheinend ist eine Einflußnahme auf den Hamburger Landesverband geplant.

Noch 'ne Linie: Rudolf Bahro

Rudolf Bahro (inzwischen Mitglied der Grünen in Bremen-Nord) warf sich als erster für die Beteiligung an den Bundestagswahlen in die Bresche, nicht ohne vorher zu betonen, daß er sich mit Dinné einig sei, „daß... wir auf lange Sicht eine ungeheure Chance (verschänken), wenn wir als linksozialistische-ökologische Partei herauskommen“. Es sei das Verdienst von Olaf Dinné und Delphine Brox, dieses bisher verhängt zu haben. Man solle aber ökologische und soziale Forderungen nicht gegeneinander setzen. Er habe immer die Position „ökologisch und sozial“ vertreten. „Wenn wir in die aufkommenden Verteilungskämpfe nicht die ökologische Orientierung bringen, dann wählen die Streuung.“

Also ökologisch und sozial aber sozial nur mit ökologischer Orientierung, also doch nur ökologisch? Aber mit Logik ist manchen Grünen ja schon lange nicht mehr beizukommen. Bahro verteidigt „So werden dem Arbeiterkampf, dem KB und der ZL ihre letzten Leute wegfallen“ (Schlotter!). Auch er sehe „Schwierigkeiten“ mit Bunt und Alternativen, aber „mit Gruhl und Springmann wirst du keine rechtskonservative Ökologengruppe bekommen. Wenn Du, Olaf, auf Spaltung orientierst, machst du einen Riesenscheitern einen Hornochsfehler!“

Ob aus Hornochs oder nicht die Differenzen zwischen Dinné und Bahro und hauptsächlich faktischer Natur sind und sich beide in der Ablehnung einer linksozialistischen ökologischen Partei. Aber Interpretation der Linken (Zusammenführen der Potentiale), Bahro oder totale Konfrontation (Dinné) — das war die Frage.

Für die Unterordnung der Linken unter ökologische Politik sprach sich dann Hannes Heer aus (wie Jo Müller Mitinitiator des Kreises „Links für grün“). Verzeihung! „Links für grün“ bürger-

Groß an Dinné: Die komplizierte Aktion ist durch eine noch kompliziertere Aktion übertroffen worden (Spionageabwehr, KB).

bliche Kräfte mit tendenziell antikapitalistischer Störfunktion seien zum Teil in Widerspruch zum System geraten, die „geschaltete Linke“ hätte sich dem gefälligst unterzuordnen. Die Grünen mußten auf ihre Ausgangsposition zurückkehren und sollten nicht kandidieren...

52.48 — die „Bremer Linie“ ist tot, es lebe die „Bremer Linie“?

Nach der Abstimmungsniederlage trat der Landesvorstand um Olaf Dinné geschlossen zurück. „Taktischen Schnellschuss“ nannte Bernd Vogel alle Versuche, die unterlegenen

Fraktion am neu zu bildenden Landesvorstand zu beteiligen. „Ihr habt heute eine neue Linie beschlossen, also wählt einen neuen Vorstand!“, daraufhin setzte ein weiterer Hagel von Bekenntnissen zur „Bremer Linie“ ein. Jo Müller schlug gar einen „ökologischen Wahlkampf auf Bremer Linie“ vor.

Es half aber alles nichts: am nächsten Tag erklärten mit Olaf Dinné etwa 30 Mitglieder des Bremer Landesverbandes ihren Austritt aus der Grünen Partei und gründeten die „Grüne Föderation“.

KB-Gruppe Bremen

Bremer Erklärung vor dem Bundeshaupptausschuß am 12.7.80
Motto: „Leben statt Spinnen“

- (1) Wir Bremer nehmen die 6-Minuten-vor-12-Situation sehr ernst, persönlich und in Bezug auf unsere Gesellschaft und unsere Umwelt.
- (2) Deshalb konzentrieren wir uns auf das allernächste zuerst: die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen in einer beschränkten Welt. Erst dadurch, aber auch erst danach kommen die vielfältigen Fragen der sozialen Gerechtigkeit.
- (3) Für dieses Wichtigste aber ziehen wir auch alle Register: neben Informationen, Rechtstreten u.s.m. haben wir auch den Kampf auf parlamentarischer Ebene eröffnet. Wir Bremer haben das sowohl im Landtagswahlkampf 1979 als auch auf dem Bundesparteitag der GRÜNEN in Karlsruhe (gegen die Doppelmehrheit) vehement vertreten!
- (4) Die Anwendung des Mottos „Leben statt Spinnen“ auf die Politik heißt für uns: „Betroffenheit statt Agitation!“ Das bedeutet erstens, das Wertepotential derjenigen, die sich in ihren Lebensgrundlagen bedroht fühlen (bis zu 20%) in eine fundamental-oppositionelle Kraft zu bündeln (gegen das wahre Wachstum des Bruttosozialproduktes) anstatt mit den Forderungen nach mehr sozial-gerechter Gerechtigkeit (Wahlpotenzial bis zu 1%) zu agieren (35-40-Wochen bei vollem Lohnausgleich anstatt Streikung des § 218 u.s.w.) und sich dabei das 20%-Potenzial völlig zu verschließen.
- (5) Das bedeutet zweitens für den parlamentarischen Kampf Orientierung auf Erfolg, konkret: die 5%-Hürde zu nehmen, weil nur so die Etablierten an ihren Pflichten im wahren Sinne zu treffen sind.
- (6) Noch schlimmer wäre es, nach Art der etablierten „Brotbandlügen“ vorzugehen: an der Basis ökologische (z.B. Eppner) und sozialistische (z.B. Starnes) Forderungen aufzunehmen oder sogar erst zu erzeugen, um dann dann oben (z.B. Schmidt) als Kapitalverwertungsmaßnahme in ihr Gegenteil zu verkehren. Natürlich ist das eine effiziente Wahltaktik, weil es dem so angesprochenen Wähler wichtig (tatsächlich nur psychologisch!) wenn Einzelmaßnahmen beseitigt werden sollen, ohne etwa die ganze Wohlstandsrichtung im Prinzip zu gefährden, die Illusion vom „Genuss ohne Reus“!
- (7) Unsere potentiellen Wähler wissen das. Deshalb lehnen die ganz offensichtlich auch die sich bei uns einschleichende Brechtbandlügen ab. Das hat NRW gezeigt. Das hat auch die Kommunalwahl in BW gezeigt, insbesondere die Umdeutungen durch den Wähler innerhalb der Grünen Kandidatenlisten (Stuttgart, Tübingen etc.). Die Karte ist da in den Deck gefahren.
- (8) Was uns Bremer anbelangt so sehen wir die Ursache für die Möglichkeit dieser negativen Entwicklung überhaupt in der verfehlten Organisationsstruktur der BUNDESGRÜNEN. Sie beruht auf dem konventionellen Mitgliedschafts-Prinzip statt auf dem Prinzip der Mitarbeit, also auf konkurrierenden Initiativen mit der Erfahrung des Vertrauens. Dadurch wird dem Programm-Feindlichen Tür und Tor geöffnet und die manipulierbare Abstimmungsmaschinerie anonymer Mehrheiten ermöglicht (Erinnerung an die Bundesparteitage der GRÜNEN).
- (9) Für uns Bremer folgt daraus — immer vorbehaltlich unserer Mitglieder Versammlung am 18. Juli —, daß wir nicht daran beteiligen werden, diesen Karren noch weiter und damit wahrscheinlich endgültig in den Druck zu fahren, etwa dadurch, daß wir durch eine Teilnahme an einer vernichtenden Wahlmoderlage bei der Bundestagswahl — so um die 2 % — zu dieser nachhaltigen Diskreditierung der ganzen hoffnungsvollen Bewegung beitragen!

Bremer Landesvorstand
DIE GRÜNEN

Alternative Liste

Zurück nach Saarbrücken!

Der Arbeitskreis Bundestagswahl der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz Bremen will begründen, wenn die Kreis der Grünen, der durch den ehemaligen Landesvorstand repräsentiert wurde und weitgehend mit der Bremer Grünen Liste (BGL) identisch ist, einen Weg zu den politischen Positionen finden würde, die die Grünen auf ihrem Saarbrücker Parteitag vertreten haben. Allerdings haben wir nicht daran zögern, daß ein Kessel durch ein Nadelohr gehen! Folgende Forderungen sprechen dagegen:

- a) Die Gründung einer „Ökologischen Sozialistischen Partei“ kann nach der Startsignale für den freigelegten Versuch deuten, die ökologische Bewegung auf die geschwächte BGL-Linie zu drängen.
- b) Die BGL hat sowohl auf dem Bundesparteitag als auch auf dem Dortmunder Parteitag auf dem Landestag in Bremen klare Abstimmungsergebnisse hingenommen. Diese (z.B. Rücktritt) zu revidieren, dürfte nur dem Zweck der Legitimierung durch die Mehrheit zu dienen.
- c) Dieses Verhalten läßt sich nicht rechtfertigen, wenn die politische Schuld am Bundesparteitag (und nicht am Dortmunder Parteitag) zu klären ist. Die BGL hat sich zu klärenden Sachgesprächen bereit.

Es liegt fern, daß die BGL nach wie vor nicht bereit ist, ihrem eigenen Anspruch auf Basisdemokratie zu genügen. Nach wie vor geben sich ihre parlamentarischen Vertreter nur als die Vertreter der eigenen Meinungen zu erkennen, statt im Parlament die Sprache der Bürger und Bauernschaft zu führen zu hören.

Die selbstgezielte Isolation, in die sich die BGL durch ihre Abkehr vom Landesverband Bremen der Grünen begeben hat, rechtfertigt im mit der angeblichen Vorrangigkeit ökologischer Problemstellungen unter völliger Verleugnung der Tatsache, daß die Umweltkrise ihre Ursachen in einem ausschließlich am Profit orientierten System hat. Jede Politik, die diesen Zusammenhang trennt, ist zum Scheitern verurteilt!

Nach dem Sommerpaus und eine Vorverhandlung der AL über eine mögliche Intervention der Grünen am Hinblick auf die Bundestagswahl beraten, die u. a. davon abhängt.

In welchem Maße sich der Landesverband Bremen der Grünen gegen die Bürger und Bauernschaft richtet.

Ob eine solche Öffnung ihren Ausdruck in der Aufhebung existierender Kandidatenlisten findet.

Ob sich der Landesverband auf das Saarbrücker Programm der Grünen stellt und damit die bisher widerstandsfähige Trennung zwischen Umwelt und sozialer Spaltungspolitik überwinden.

Die AL hat sich zu klärenden Sachgesprächen bereit.

Auf einer nationalen Delegiertenkonferenz des KB am 5./6.7. war ein von mehreren LG-Mitgliedern eingebrachter Resolutionsentwurf zu den Bundestagswahlen im Herbst diskutiert worden. Im folgenden veröffentlichten wir eine vom LG überarbeitete Fassung dieser Vorlage. Diese überarbeitete Fassung nimmt die Diskussionen und Abstimmungsergebnisse unserer DK auf (siehe auch AK 181, S. 42). Passagen aus dem ursprünglichen Text, die auf der DK nicht mehrheitsfähig waren, drucken wir im Anhang nach. Ebenso beginnen wir in diesem AK mit der Dokumentation von Diskussionsbeiträgen zu diesem Thema.

1. Schmidt und/oder Strauß

Wer Strauß verhindern wolle, müsse Schmidt wählen, ist ein zentrales Wahlkampfargument der SPD. Dieses Argument ist doppelt falsch.

Der Protest mit dem Stimmzettel

Vergleichen mit den außerparlamentarischen Aktionen kommt dem Protest im parlamentarischen Rahmen, dem Protest mit dem Stimmzettel, nur eine sehr geringe Bedeutung zu, soweit es konkret diese Bundestagswahl angeht. Die „Proteststimmen“ (GRÜNE, DKP) werden insgesamt bei etwa 5 %, maximal bei 4 % liegen. 96 - 97 % der Wählenden werden hingegen mit dem Stimmzettel ihre Zustimmung zu herrschenden Politik bekunden. Auf dieser Ebene stellt sich also die Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse sehr viel schwächer dar, als

Für alle diese und weitere Widersprüche lassen sich vorübergehend möglicherweise raffinierte Formulierungen und Tauschgeschäfte auskugeln, nicht aber dauerhaft tragfähige Lösungen innerhalb einer Partei finden. Denn die Partei muß zwangsläufig programmatische und praktische Antworten auch und gerade für die innerhalb der Partei kontrovers beantworteten Fragen geben. Und sie muß diese Antworten mit einer gewissen Einheitlichkeit geben, falls sie



Aufgabe der marxistischen Kräfte muß es sein, die **Unversöhnlichkeit** einer demokratisch-pro-

gressiven Alternative mit den Positionen der Reaktionsäre und selbstgenanntes Gralstheater des „wahren Ökologismus“ nachzuweisen und den unvermeidlichen Bruch mit den Rechten vorzutreiben. Diese Aufgabe wird von den marxistischen Kräften bei den GRÜNEN bisher nicht wahrgenommen, die sich stattdessen opportunistisch dem Streben nach Versöhnung mit den Rechten und Verblende-
rung des Bruchs anpassen

Der KB wird stärker als bisher innerhalb der GRÜNEN arbeiten, um mit den zahlreichen Mitgliedern zusammenzuarbeiten, die einen sozialistischen Weg suchen. Allerdings sind wir noch weit von der Meinung, daß die entscheidenden Impulse für eine sozialistische Alternative nicht aus der Grünen Partei und ihrer bisherigen verhängnisvollen Entwicklungslogik entstehen, sondern aus einer verstärkten Diskussion und Auseinandersetzung um eine selbständige Klassenpolitik der Arbeiterbewegung. Je früher sich diese Diskussion um einer selbstgewählten Anbindung an konservative und kleinbürgerliche Kräfte löst, desto besser für die Zukunft sozialistischer Politik in der BRD.

Eine kontroverse Diskussion gab es auf der Delegiertenkonferenz um die konkrete Wahlausage in Abschnitt 2 des Textes und um das Verhältnis des Kils zum (Christen-)Forum.

parlamentarische Alternative bzw. als eine Keimform einer solchen Alternative haben. Anders als die DKP bietet sich bei den GRÜNEN die Möglich-

Eine kontroverse Diskussion gab es auf der Delegiertenkonferenz um die konkrete Wahlenlage in Abschnitt 2 des Textes und um das Verhältnis des KBe zur Grünen Partei in Abschnitt 1 (Eckelbrecht).

parlamentarische Alternative bzw. als eine Kernform einer solchen Alternative haben. Anders als die DKP bietet sich bei den GRÜNEN die Möglichkeit einer gleichberechtigten Mitarbeit für die revolutionäre Linke. Anders als die total verstaatlichte und finanzsüchtige DKP bieten die GRÜNEN eine Chance, Teil des Prozesses der Herausbildung einer sozialistischen Alternative zu werden.

Unser der Zwischenüberschrift „Der Prozess mit dem Stimmzettel“ enthält die ursprüngliche Vorlage zu- nächst eine Kritik, die sich auch auf die Bundestagswahlbegeisterung der GRÜNEN bezog. „Sich in dieser kon- kreten Situation 1980 zur Bundestags- wahl zu stellen, kann der Linken keinen Nutzen bringen, sondern nur zur unfreiwilligen Demonstration schäblicher Schwäche gereichen.“ –

Statt des Abschnitts (wenig spä- ter im Text) „Vom Spektrum der Pro- testpartei(en)“ werden bei dieser Bun- destagswahl ... bis ... für eine der herkömmlichsten linken Listen oder durch Nichtwahl.“ heißt es in der ur- sprünglichen Fassung.

Wir werden deshalb die Kandidaten der GRÜNEN unterstützen, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten. Wo die GRÜNEN nicht durch solche Kandidaten repräsentiert sind, unterstützen wir eine andere Form der „Proteststimme“, in unserer Linie für die DKP bzw. durch Nichtwahl.“

Die Frage kommen hierfür noch unserer Auffassung nur die GRÜNEN und die DKP als sonstige mögliche Bewerber – wie die KPD/ML Volksfront – keine relevante Stützung in der Linken ausdrücken.

Statt den Schlußsätzen „Der K8 wird stärker als bisher ...“ bis „... der SPD“ ließ er im ursprünglichen Text: „Diese Aufgabe wird aber auch vom K8 bisher innerhalb der GRÜNEN nicht wahrgenommen. Diese Lage der Dinge betrachten wir selbstkritisch als unzureichend. Wir sprechen uns deshalb für eine deutlich breitere und systematische Mitarbeit des K8 in der Grünen Partei aus. Demen Entschluß liegt auch die Einschätzung zugrunde, daß die Weiterentwickelung bei den GRÜNEN Teil des Parteibildungsprozesses einer Sozialistischen Alternative ist. In der Grünen Partei sammeln sich stiftige (heißeswegs alle, nicht einmal die meisten) Kräfte, die für die Herausbildung einer Sozialistischen Partei eine positive Rolle spielen können. Angesichts der Krise aller sozialistischen/meritischen Organisationen der Bundesrepublik und angesichts der anhaltenden politisch-organisatorischen Stagnation in der Arbeiterbewegung sind die GRÜNEN vorübergehend (heißeswegs langfristig) zum Schwerpunkt des sozialistischen Parteibildungsprozesses geworden bzw. haben die Chance, vorübergehend dazu zu werden. Die Grüne Partei kann diese positive Rolle allerdings nur spielen wenn mit dem bisherigen Konzept (Versöhnung mit den Rechten, Restrukturierung auf ein Kompromiß-Programm mit den mitbestenfalls Größtenteil des „wahren Ökologismus“ gebracht wird

Die DKP hat gegenüber den GRÜNEN das insgesamt fortschrittlichere, gesellschaftskritischere Programm. Im Gegensatz zu den GRÜNEN benennt die DKP richtig das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche und propagiert den Sozialismus, wenn auch in der verzerrten Form des „realen Sozialismus“. Das Programm der GRÜNEN ist hingegen, neben starken fortschrittlichen Elementen, auch belastet mit reaktionären Schritten (Steuerpolitik, Sozialpolitik, Gesundheit, § 218 u.s.m.).

Da eine Aussicht zu einer parlamentarischen Vertretung des Protestpotentials zu kommen bei dieser Bundestagswahl nicht besteht, kommt den programmatischen Aussagen der konkurrierenden Protestparteien besondere Bedeutung zu. Unter diesem Aspekt weicht eine Stimme für die DKP (oder selbst für die Voßstrone) als Ausdruck der realsten Ablehnung der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen GRÜNEN.

Wird dies nicht erreicht so gerät die Grüne Partei in die Gefahr zu einem Hindernis zu einer Verzögerung im sozialistischen Parteibildungsprozeß zu werden.

Für die GRÜNEN spricht andererseits, daß sie zweifelsohne die stärkste Partei des „Protestpektrums“ auf der Stammesetel Ebene sind. Sie sind überhaupt die einzigen innerhalb des „Protestpektrums“ die – zusammen mit den britischen und regionalen **BUNTLICHEN ALTERNATIVEN LISTEN** – langfristig eine Chance ab-

Wo bitte geht's ins Abseits?

Die Antworten, die man auf die leidige Frage „Wen wählen?“ je nach Standpunkt geben kann, wären im Grunde einfach.

Für die notorischen SPD-Wähler könnte als schlichte Heißformel: Vor die Alternative Schmidt — Strauß gestellt, entscheide ich mich allemal für Schmidt. Mit dieser Antwort könnte man sich knapp und sachlich auseinandersetzen, etwa so wie im „Resolutionsentwurf“ (Teil I) geschehen. Aber natürlich ist alles viel komplizierter. Der Linke, der 1969, ohne viel nachzudenken, SPD gewählt hat, 1972 von Brandt angelockt, 1976 von Schmidt enttäuscht war und seine Erfahrungen in dem Schwur zusammenfaßt: „Dies war das letzte Mal!“ — steht 1980 natürlich vor argen Rechtfertigungszwängen, wenn er begründen soll, warum er vor vier Jahren in Wirklichkeit das vorletzte Mal war. Irgendwie spürt er seinen Opportunismus, ahnt, auf welche Fährte er von der Sozialdemokratie ein ums andere Mal erfolgreich gelockt wird, und — geübt in akademischen Diskussionen und Ableitungen — beginnt er, aus seiner Not eine Tugend zu zusammenzusammeln.

Da werden eifrig Programme studiert, „Vorwärts“ und „Bayernkurier“ gelesen, aus den geschriebenen und gesprochenen Worten und nicht mehr aus den banalen Taten werden völlig unterschiedliche Strategien und Politikkonzeptionen der bürgerlichen Presse destilliert, und nach seitenlangen Analysen oder wahren Redeschwällen über die Bedingungen linker Politik vor und nach Schmidt/Strauß steht der geduldige Leser/Zuhörer vor dem verblüffenden Ergebnis, daß die Unterschiede zwischen einer von Schmidt geführten SPD und einer auf Strauß vereinigten CDU/CSU so klein, wie er das aus seinen naiven Beobachtungen und Erfahrungen immer angenommen hatte, gar nicht sind. Vielmehr sind sie gewaltig, entscheidend für die Linke, die Unterschiede, und sie werden umso mächtiger, je näher der Wahltermin rückt, (f).

Die Antwort darauf ist schon schwieriger. Nicht, weil man den hochgestochenen Unnützlichkeiten widerlegen könnte, sondern weil man gezwungen ist, die Fakten, die dem linken Publikum ja hinlänglich bekannt sind, noch einmal aufzuzählen, die herausragenden Taten der SPD zu nennen, die Meilensteine auf dem Weg in eine große Koalition waren.

Okay, diese Klippe muß man nehmen, und man kann sie nehmen. Man wird argumentieren, daß es Zeit ist, men, und man kann sie nehmen. Man wird argumentieren, daß es Zeit ist, sich von dem kleinen Wahllokal freizumachen, diesmal nicht zur SPD-Urne zu trotten, endlich den Widerspruch zwischen Straße und Urne, diese unerträgliche Schizophrenie aufzulösen, auch bei den Wahlen mit dem Kreuz seinen Protest zu artikulieren, was zwar keine geballte Faust, keine Parole, kein brennender Bundeswehr-LKW und kein angesägter Bauzaun ist, aber immerhin noch eine Sprache, die in diesem parlamentarischen System verstanden wird, als Sprache der Rebellion gegen eine Alternative Schmidt — Strauß, die man uns vorsetzt.

Nichtwahl oder „Wahlboykott“, wie das manche hochstaplerisch nennen, zeugt zwar von edler Gesinnung, bleibt aber kraftlos, politisch unwirksam. (2) Die Parole der DKP: „Links bleiben, DKP wählen!“ prölet noch in der Werbung mit dem glenden Spaltertum, das diese Partei des realen Sozialismus verbreitet, wo immer sie auftritt, und die Aussicht, nach dem 5. Oktober den gefährlichen Beweis zu erhalten, daß lediglich 0,3 % der Bevölkerung „links geblieben sind“, reißt auch nicht dazu, dieser Sekte die unverdiente Proteststimme zu geben.

Auch die Grünen. Sicher, die radikaldemokratische oder gar sozialistische Alternative ist diese Partei nicht. Auch nach dem Absprung einiger Rechter halten sich arbeiterfeindliche Konsumverzichtspolitik ebenso hartnäckig wie kleinbürgerlich-romantische Gesellschaftsanalysen und -perspektiven und machen sich anfällig für allerlei reaktionäre Forderungen. Die Linke in dieser Partei taktiert ein ums andere Mal um zweideutige Kompromisse, wo eindeutige Positionen bitter notwendig wären.

Aber immerhin ist sie ein Bündnispartner der außerparlamentarischen Bewegungen und hat sich in wichtigen Fragen deren Forderungen zu eigen gemacht. Im Bewußtsein vieler „Jungwähler“, die sich von den etablierten Parteien abwenden, ist sie eine „Protestpartei“, mit deren Strukturen und diffusen programmatischen Aussagen sie sich zwar nicht identifizieren — es ist nicht „ihre“ Partei —, der sie aber ihre Stimme, eben aus Protest gegen die SPD-Politik, geben werden.

Dies ist überhaupt das entscheidende Argument für die Wahl der Grünen, als aussichtsreichste Konkurrenz (und ihre Opposition gegen die herrschende Politik ist allemal ihren Anleihen an bürgerliche Ideologie übergeordnet, oder? Anm. d. Verf.) — wird die grüne Partei die Überwiegende Mehrheit der Proteststimmen auf sich ziehen.

Diese eher taktische Pro-Grün-Argumentation könnte man von links mit dem Hinweis auf die Geschichte der Grünen Partei kontern — wie gewisse Teile der Linken im Bündnis mit rechten Ökologen die Bunte zum größten Teil erfolgreich auszuscheiden versuchten, die Auflösung linker Organisationen propagierten und dem Marxismus ebenso unreflektiert Ade sagten, wie sie ihn in früheren Jahren aufgenommen hatten, wie gerade dieser ideologische Erosionsprozeß von Teilen der in der Grünen Partei engagierten Linken mit dazu geführt hat, daß in vielen grünen programmatischen Aussagen ein reaktionärer Ökologismus durchschimmert, der die Trennungslinie zur Reaktion verwechselt und die Verbindung zur linken Gewerkschaftsbewegung erschwert, wie also von der Grünen Partei der Bildungsprozeß einer radikaldemokratischen Alternative hinter einen historisch schon erreichten Zustand zurückgeworfen wurde. Diese Entwicklung könne man doch nicht mit einem Kreuz am 5. Oktober gegenzugehen.

Man wird auf diese Einwände antworten, daß die Auseinandersetzung mit der Grünen Partei und die politische Einflußnahme auf ihre Entwicklung eine Sache ist, eine andere aber ihre Unterstützung bei den Bundestagswahlen. Denn hier kommt es darauf an, sorgfältig die Widersprüche herauszuarbeiten, zu erkennen, wo der Hauptwiderspruch verläuft, nämlich zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Grünen Partei als stärkster „Protestpartei“ andererseits, daß es vor allem darum geht, auch auf der Ebene des Stimmzettels den Abwärtstrend von der Sozialdemokratie voranzutreiben und diesen Wozul auch in seinen unter den heutigen Bedingungen möglichen quantitativen Ausmaßen zu dokumentieren. Außerdem heißt Wahlauftrag für die Grünen beileibe nicht unkritische Unterstützung, was anhand der zahlreichen Artikel im AK zur Auseinandersetzung mit den Grünen schlagend belegt werden kann.

All das wäre einfach zu begründen, wenn der Wahlverstand... All das wäre einfach zu begründen, eine der Wahlfrage angemessen durchsichtige und verständliche Argumentation. Aber in Wirklichkeit ist es natürlich alles viel komplizierter. Der KB, ginge es nach dem LG, wartet nämlich mit einer anderen, überraschenden Variante auf, und wo Redeschwächen um Pro-Grün oder Pro-SPD geschlagen werden, stellt er listig die Frage: „Und was ist mit der DKP?“ Eine Frage, die noch nicht einmal die DKP auf öffentlichen Versammlungen häufig zu stellen wagt (zumindest nicht auf zwei Wahlveranstaltungen in Göttingen).

Das LG proudly presents: DKP

„... und „KBW, KPD/ML!“ ruft ein närrisches Echo. Wie kann man auf eine solche Idee kommen?

Der Resolutionsentwurf betont, daß dem Protest mit dem Stimmzettel bei diesen Bundestagswahlen „eine sehr geringe Bedeutung“ zukommt. Ehrlicherweise hätte es heißen müssen: keine Bedeutung, denn der Verfasser kommt nach einem Überblick der zu erwartenden Proteststimmen zu dem Ergebnis, daß eine oppositionelle Kandidatur „nur zur unreflexiven Demonstration scheinbarer Schwäche genügt“ kann. Da nun aber das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist — Grüne, DKP, KBW, KPD/ML kandidieren — liegt es im Interesse der Linken, „auf diesem Spektrum von Protestparteien (gemeint sind Grüne, DKP, KBW, ML, d.V.) möglichst viel Stimmen zu vereinigen“, um die unvermeidliche Darstellung linker Schwäche durch das Wahlergebnis abzumildern, Akzeptieren wie für einen Moment die Voraussetzungen dieser Argumentation. Wenn die Bundestagswahlen für die Linke nur die Bedeutung haben (was die Ebene des Stimmzettels angeht), eine zu erwartende Niederlage „abzumildern“, dann sollte man meinen, daß ein geschicktes Krisenmanagement versucht, möglichst viele Stimmen auf einer der kandidierenden oppositionellen Listen zu vereinigen. Denn eine Aufspaltung der Proteststimmen auf zwei oder gar mehrere gegeneinander anstrebende Listen wird

de die „unvermeidliche Darstellung linker Schwäche“ nicht abmildern, sondern verstärken. Genau das aber schlägt der Resolutionsentwurf vor. Er will möglichst viele Stimmen „auf dem Spektrum der Protestparteien“ vereinigen, favorisiert also Zerstückelung der Proteststimmen statt deren Konzentration.

Aber gut. Die Wahlfrage ist ein äußerst vertracktes Ding, und wir sind bereit, auch diese falsche Schlussfolgerung aus einer falschen Prämisse zu akzeptieren und dem weiteren Gang der Argumentation zwar skeptisch, aber wohlwollend zu folgen.

Nachdem der Verfasser die imposante Breite der „Protestparteien“, auf die linke Stimmen zu vereinigen sind, vorgestellt hat, erfolgt eine Einschränkung. Nur die Grünen und die DKP kommen in Frage, da der Rest „keine relevante Stimme in der Linken ausdrückt“.

So sympathisch diese Analyse auf den ersten Blick sein mag, logisch ist sie nicht. Wenn die Frage der Konzentration von Proteststimmen schon keine Rolle mehr spielt, und man am 5. Oktober die Stimmen aller „Protestpartei“ sichtlich zu addieren braucht, um über Erfolg und Mißerfolg der Abmilderungsstrategie zu befinden, dann haben selbst irrelevante Strömungen innerhalb der Linken ihre wenn auch bescheidene positive Funktion. Immerhin steuern sie einige zehntausend „Proteststimmen“ zum Endergebnis bei. (Man muß den Delegierten des KB-Kongresses, die neben der Wahl der Grünen auch die Wahl von DKP u. d. KBW, KPD/ML gleichberechtigt ins Auge gefaßt haben, beiseitelegen, daß sie den Unnützlich, der im Resolutionsentwurf noch durch einige Skrupel relativiert worden ist, konsequent zu Ende gedacht haben).

Zurück zum Resolutionsentwurf: Für die Linke kommt also nur eine Wahl der Grünen und/oder der DKP „in Frage“. Wen also wählen? Die DKP hat das fortschrittlichere Programm. Sie hat die Würde der gesellschaftlichen Widersprüche, das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln, erkannt. Sie propagiert den Sozialismus. Im Vergleich dazu steht die Grüne Partei als eine (nicht nur die Grünen, auch die Bunte Liste Hamburg erscheint im Vergleich zum

DKP-Programm nachgerade als kleinbürgerlicher Haufen). Die Grüne Partei sieht noch älter aus, wenn man bedenkt, daß „den programmatischen Aussagen der konkurrierenden Protestpartei“ besondere Bedeutung“ zukommt. Und „unter diesem (sehr bedeutungsvollen) Aspekt“ wiegt eine Stimme für die DKP (oder selbst für die Volksfront) als Ausdruck der radikalen Ablehnung der herrschenden Verhältnisse schwerer als eine Stimme für die programmatisch diffusen Grünen. Der Verfasser hat mit der eingefügten Klammer „(oder selbst für die Volksfront)“ das Dilemma seiner Argumentation unfreiwillig angedeutet. Wenn den programmatischen Aussagen bei diesen Bundestagswahlen schon „besondere Bedeutung“ zukommt, warum empfiehlt man dann nicht gleich die Wahl der „Volksfront“ oder gar die Wahl der KBW, der die Diktatur des Proletariats, den gewaltsamen Sturz der herrschenden Klasse etc. propagiert, also ohne Zweifel das insgesamt fortschrittlichere Programm gegenüber der programmatisch diffusen, weil revisionistischen DKP hat. Ohne Zweifel hat unter diesem Aspekt eine Stimme für den KBW als Ausdruck revolutionärer Gesinnung geradezu bleibende Bedeutung, wiegt jedenfalls viel schwerer als eine Stimme für die DKP. Aber stören wir uns nicht weiter an derlei Ungereimtheiten, sondern stellen wir die Frage nach den schlußfolgerungen, die der Resolutionsentwurf aus seinen gewundenen Gedanken zieht.

Eigentlich dürfte klar sein: Wahl der DKP, aber der Verfasser schreckt vor dieser aus seinen genannten Kriterien halbwegs zwingenden Konsequenz zurück, vielleicht, weil ihm eine allgemeine Wahlempfehlung dieser Sekte nun doch zu grotesk erscheint, vielleicht, weil er sich an alte AK-Positionen gegen die „Programmkandidaturen“ erinnert — wie dem auch sei um die eigentlich schon (programmatisch) erledigte Grüne Partei wieder ins Rennen zu bringen, entdeckt er eine Reihe positiver Seiten an dieser „stärksten Protestpartei“, die sie wohlwollend von der DKP abheben. Allein damit hat er das erste, für ihn „besonders bedeutende“ Kriterium des fortschrittlichen Programms nicht entkräftet oder relativiert, er setzt es noch nicht einmal in Beziehung zu den Vorurteilen der Grünen Partei, er ersetzt das Programmkriterium schlicht durch andere Kriterien. Eben kam noch dem



... ja, wo denn bloß?

Programm eine „besondere Bedeutung“ zu, jetzt plötzlich spielt es keine, oder zumindest eine untergeordnete Rolle, denn nicht die programmatisch astreine DKP, sondern die programmatisch diffusen Grünen werden privilegiert zur Wahl empfohlen, sofern sie durch progressive Kandidaten vertreten werden: „Wir werden deshalb (!) die Kandidaten der Grünen unterstützen, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten“, was aber, auch bei den progressivsten Grünen weit hinter das antikapitalistische, realsozialistische Programm der DKP zurückfallen dürfte.

Im Interesse einer nicht gar so argen Konzentration von Widersprüchen und Ungereimtheiten hätte der Verfasser besser schreiben sollen: „Wir werden deshalb (!) die DKP unterstützen und nur dort, wo eindeutig linke Kandidaten von den Grünen aufgestellt werden, die Grünen empfehlen!“

Eine Resolution der Beliebigkeit

Die letzten drei Worte des Resolutionsentwurfs lauten: „... bzw. durch Nichtwahl.“ Die „Nichtwahl“ wird hier großartig als „eine Form der Proteststimme“ vorgestellt, was sie nicht ist, aber davon einmal abgesehen, bietet der Resolutionsentwurf

Fortsetzung nächste Seite

Gegenvorschlag für eine Resolution zu den Bundestagswahlen

Auf einer Mitgliederversammlung der Göttinger KB-Gruppe wurde der Resolutionsentwurf, der der Delegiertenkonferenz vorgelegen hatte, mit einem Stimmenverhältnis von 5:1 abgelehnt. In einer weiteren Abstimmung sprachen sich die GenossInnen mit etwas mehr als Zweidrittelmehrheit für eine allgemeine (uneingeschränkte) Wahlempfehlung zugunsten der GRÜNEN aus. Eine Genossin und ein Genosse haben daraufhin einen Text für eine alternative Resolution verfaßt, womit diese Wahlempfehlung (die auf der DK eine klare Minderheitsposition darstellte) deprimiert werden soll. Wir drucken den Text (der auf der Göttinger MV allerdings nicht zur Abstimmung vorgelegen hatte) im folgenden ab.

1. Da eine Wahlempfehlung für die SPD bei den diesjährigen Bundestagswahlen nicht in Frage kommt, die Grüne Partei im Programm und Politik keine eindeutige linke Alternative zu den bürgerlichen Parteien darstellt und mit einiger Sicherheit auch nicht über die 5 %-Hürde springen wird, haben die Bundestagswahlen für die Linke und für die demokratische und ökologische Bewegung die Funktion, den Protest gegen die herrschende Politik quantitativ maximal zum Ausdruck zu bringen.

Diese Ebene des Protestes kann nicht mit dem Hinweis auf den höheren Stellenwert von außerparlamentarischen Aktionen etc. geringgeschätzt oder gar abgelehnt werden, der KB ist in den letzten Jahren nicht umsonst gegen die sektiererische Ignoranz gegenüber den Parlamentarismen, die im Ergebnis auf eine Unterstützung der Sozialdemokratie hinausläuft, aufgetreten. Auch und gerade bei den diesjährigen Bundestagswahlen bedeutet Gleichgültigkeit gegenüber der Frage der Stimmabga-

be Unterstützung der Sozialdemokratie, weitere Verfestigung der „kleinere-Übel“-Ideologie und Rückschritt für die Herausbildung einer radikaldemokratischen Alternative.

2. Die Protestwahl kann ihre Funktion, die Opposition zur herrschenden Politik optimal zu dokumentieren, nur erfüllen, wenn die Proteststimmen auf die kandidierende Partei konzentriert werden, die aller Voraussicht nach die meisten Stimmen aus den Teilen der Bevölkerung erhalten wird, für die die etablierten Parteien nicht mehr wählbar sind. Diese Partei ist zweifellos die Grüne Partei.

Die Kandidaturen neben der Grünen Partei (KBW, DKP, KPD/ML) sind unter allen gegenwärtigen Bedingungen sektiererisch und als solche zu verurteilen. Eine Wahlempfehlung für diese Sektierer und Spalterkandidaturen wäre selbst sektiererisch.

3. Die Alternative, die innerhalb der übergroßen Mehrheit der Linken und in der demokratischen und ökologischen Bewegung diskutiert wird, heißt: SPD oder GRÜNE oder Nichtwahl. Selbst im traditionellen „Umfeld“ der DKP wird überwiegend die Frage so gestellt, zum geringeren Teil: DKP oder SPD, DKP oder GRÜNE. Umfeld und Anhänger von KBW, KPD/ML sind politisch bedeutungslos.

Teile der Linken lehnen die Wahl der Grünen Partei ab, mit unterschiedlichen meist von links kommenden und nach rechts gehenden Argumenten. In der Regel sind es „kleinere-Übel“-Positionen, die mit einer Aufwertung der SPD-Politik verbunden sind, und die in der Logik des SPD-Wahlkampfes gefangen bleiben.

Die Mehrheit derjenigen, die bei den Bundestagswahlen die Grüne Partei wählen werden, identifiziert sich nicht unbedingt mit den GRÜNEN

oder gar mit der ökologischen Strömung innerhalb der Partei, sondern wählt aus Protest gegen die SPD-Politik grün.

Der KB muß in diese Auseinandersetzung eingreifen, indem er die fortschrittliche Linie, keine Stimme der SPD, argumentativ unterstützt, die opportunistische SPD-Wahl-Position bekämpft und im Interesse einer Konzentration der Proteststimmen die Grüne Partei zur Wahl empfiehlt.

Er muß auch weiterhin — insbesondere in der Auseinandersetzung mit den „Wahlboykott“-Anhängern — für die Bildung einer radikaldemokratischen Alternative, die sich auch bei den Parlamentswahlen zur Wahl stellt, einsetzen und die Linke für eine Mitarbeit an dieser Alternative gewinnen.

4. Der KB konzentriert sich im Wahlkampf auf die Unterstützung und Initiierung von außerparlamentarischen Aktionen, die die Kampfkraft der letzten Monate konzentrieren: gegen das Atomprogramm, gegen Aufrüstung und Kriegsfahr, gegen Zerstörung von Wohnraum, gegen Neonazismus, Strauß und gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen den § 218 etc.

Der KB steht es als wichtige Aufgabe an, die Grüne Partei und ihre Mitglieder für diese Aktionen zu gewinnen. Eine aktive Bündnispolitik gegenüber der Grünen Partei ist das erfolgversprechendste Mittel, diese Partei nach links zu drängen und reaktionäre Positionen zu isolieren.

Eine Unterstützung der Grünen Partei „auf der Ebene des Stimmzettels“ erfordert andererseits eine Auseinandersetzung mit widersprüchlichen und reaktionären programmatischen Aussagen der GRÜNEN, diese Auseinandersetzung darf nicht wegen der Wahlunterstützung entschärft oder abgeschwächt, sondern muß im Gegenteil forciert werden.

Gu, KL/Göttingen

Fortsetzung von Seite 36

folgende Wahlalternativen:

- erstens: progressive Grüne — falls nicht vorhanden;
- zweitens: DKP, beziehungsweise
- drittens: Nichtwahl — und um den anderen in die Logik des Resolutionsentwurfes leicht zu integrieren den Vorschlag des Kongresses mit aufzunehmen
- viertens: KBW bzw. KPD/ML.

Der Vorteil dieser Palette an Möglichkeiten ist ihre Vielfalt, die eine bunte Taktik eröffnet; der Nachteil ist, dass die völlige Unklarheit, wann, weshalb und wo die vier Alternativen in Kraft treten und daraus folgt zweitens: Wer in aller Welt soll das verstehen?

Was sind z.B. Grüne, die ohne Zweideutigkeiten für ein sozial und politisch progressives Programm eintreten? Kulturner Gewissen kann man dazu noch nicht einmal die Mitglieder der Z zählen, wenn man weiß, welches Gesamtprogramm sie beabsichtigen in Dortmund mitverabschiedet haben. Sind Vertreter des „Mittelblocks“ bei den Grünen wählbar, wie z.B. Prof. Bertram aus Niedersachsen, der aktiv in der Anti-AKW Bewegung tätig ist, sich als Wissenschaftler (u.a. beim Gorleben-Hearing) einige Verdienste im Kampf gegen Atomanlagen erworben hat, jeden DKPler in Sachen AKW der Doppelzüngigkeit überführt, in Göttingen aber auf einer Veranstaltung die üblichen ökologischen Zweideutigkeiten (gegen Wachstum, Rohstoffverschwendung als Ursache von Kriegen) verbreitet (ohne allerdings den reaktionären Unsinn der Ökologen zu vertreten)?

Wann unterstützen wir also DKP-Kandidaten, z.B. solche, die sich in Bremen als wilde Hetzer gegen die Antirassendeckelung Demonstrationen hervorsetzen haben oder in Frankfurt „Rock gegen Rechts“ an den Rand eines Desasters gebracht haben? Wo die DKP durch solche Kandidaten repräsentiert wird, unterstützen wir da „Nichtwahl“ oder halten wir nach „negativen Persönlichkeiten“ aus KBW und KPD/ML (so die neckische Formulierung auf dem Kongress) Ausschau, um den hin- und herirrenden Linken doch noch den Weg ins Wahllokal zu weisen?

Der Resolutionsentwurf wirft mit jeder Antwort, die er zu geben scheint, mehr Fragen auf, als ursprünglich zu beantworten waren. Ein klassischer Fall von „Taktizismus“, eine „Massenlinie“, die niemand mehr versteht, geschweige denn als Handlungsanweisung nachvollziehen kann, die also wertlos ist und im günstigen Fall homerisches Gelächter auslöst.

Der KB empfiehlt (zumindest partiell) DKP-Wahl, die Wahl einer Partei, die gerade auf der Wahlhöhe mit dem Auftreten der Bunten und Grünen von Wahl zu Wahl gewaltige Stimmenverluste hinnehmen muß, die sich gegenüber der alternativen Wahlbewegung durchweg ignorant verhalten hat und wahrscheinlich bis zum „bewegungsfähigen“ Wahlsystem hin hat und wahrscheinlich bis zum Sturz ihrer Brötchengeber an ihren 0,2 %-Kandidaturen festhalten wird, die Heranbildung einer chancenreichen radikaldemokratischen Wahlalternative also sabotiert.

Wenn es nur darum ginge, rechten Kandidaten der Grünen die Stimme zu verweigern — was richtig ist — hätte man nicht so viel Aufhebens machen, schon gar nicht die DKP ins Spiel bringen müssen, denn:

1. unterstützen wir selbstverständlich bei der Erststimme nur linke/fortschrittliche Kandidaten und, falls solche in einzelnen Wahlbezirken nicht vorhanden sein sollten, kann man ohne weiteres auf die politische bedeutungslose Erststimme verzichten, und
2. kann man sehr wohl aus übergeordneten politischen Erwägungen mit der Zweitstimme die Gesamtpartei wählen, ohne damit rechte Kandidaten zu unterstützen.

Die Genossinnen, die bei einer allgemeinen Wahlempfehlung für die Grüne Partei so viel Skrupel haben, sollten sich für einen Moment die Argumentation des KB zu den Bundestagswahlen 1972 in Erinnerung rufen.

Fußnoten:

1. vgl. die Wahldiskussion in der „links“.
2. vgl. dazu die Argumentation gegen den „abschreibenden Wahlboykott“ in „Kommunisten und Wahlen“, AK 131. „Die bürgerlichen Wahlen werden nicht in ihrer realen Funktion ernstgenommen, sondern nur als besonders günstige Gelegenheit betrachtet, die man auch außerhalb der Wahlzeit nicht missen will.“ (Zitat aus der in der Vergangenheit vorhandene politische Interessen der Bevölkerung. Das ist es, was richtig ist, wird aber falsch, wenn das bei der Besetzung der Wahllokale außer Acht gelassen wird.“ (Hervorh. v. V.) Durch den gemeinsamen Resolutionsentwurf sieht sich diese „abschreibende Wahlboykott“-Linie genötigt mit den alten stilen „Argumenten“.

Kl./Göttingen

Rechte Grüne dürfen nicht von uns wählbar gemacht werden

Auf dem „Statut-Kongress“ des KB ist die Debatte um die GRÜNEN erneut heftig entbrannt in Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen. Dabei ist auch ein Konzept vertreten worden, das abgegrenzt wurde von einer nach lokalen Gegebenheiten unterschiedlichen Unterstützung bzw. Nicht-Unterstützung der GRÜNEN und stattdessen eine generelle Wahlempfehlung forderte.

Hier einige Anmerkungen zur Auseinandersetzung mit der Pro-GRÜNEN-Konzeption.

1. Der KB vertritt seine Unterstützung nicht um jeden Preis. Diese politische Linie hat sich in den letzten Monaten durchaus bewährt. Das ist weniger deswegen festzustellen, weil der KB selbst daraus kurzfristigen größeren Nutzen gezogen hätte. Haupteffekt war vielmehr, daß durch ständige Kontrolle und Druck auf die linken Grünen, speziell die Gruppe Z, ausgeübt worden ist. So ist es wohl nicht vermessen anzunehmen, daß gerade die kritische AK-Berichterstattung geeignet war, noch schlimmere Parabeln in den linken Grünen Spektrum zu verhandeln. Der KB ist die bedeutendste Organisation, die sich differenziert kritisch zu den GRÜNEN verhält. Er trägt damit eine besondere Verantwortung. Eine pauschale Wahlempfehlung seinerseits für die GRÜNEN würde einen Teil des Drucks von den linken GRÜNEN nehmen und damit einer grünen Linksentwicklung nicht dienen. Besonders fatal wäre es, wenn das bereits jetzt gescheit, wo noch allerlei bei den GRÜNEN im Fluß ist.

Auch wenn die Befürworter der generellen Wahlempfehlung von einer reinen Proteststimmung sprechen, kommen sie nicht daran vorbei, daß die bei totaler Wahlfixierung auf die GRÜNEN den Erfolg des Unternehmens allein an den grünen Stimmen abhängen müssen. Die Gefahr dabei liegt nicht darin, daß das Ausbleiben wahrscheinlich recht enttäuschend wird. Vielmehr unterwerfen sie sich damit recht bedingungslos der grünen Erfolgslogik. Zusätzliche Stimmen für die GRÜNEN werden auch sie weniger durch Skepsis und Kritik als durch beschönigende Worte — und weil es nur betretenes Schweigen an den politischen Stellen — zu erreichen suchen. Eine solche Abschwächung der Widersprüche des KB zu den GRÜNEN zu einem Zeitpunkt, wo linksgrüne Opportunismus gerade wieder neue Höhepunkte erlebt hat, droht einerseits der linken Kritikfront, die im KB ihre wesentliche Stütze hat, das Rückgrat zu brechen und andererseits den linken Grünen das nette Gefühl zu geben: „Ganz egal, was sie auch machen, die Unterstützung des KB gibt's gratis drauf“.

2. Etwas mehr „Alternative“ als die „linke Partei“ muß der SPD-Linke.
2. Etwas mehr „Alternative“ als die linke Partei muß der SPD-Linke schon geboten werden. Richtig

ist sicherlich, daß nur eine erfolgreiche Sozialdemokratie die Sozialdemokratie erzielen wird, d.h. ein blutiges Programm allein wird nicht genügen. Tatsache ist aber auch, daß all die grünen Erfolge bei der SPD-Linken ausgesprochen wenig in Bewegung gebracht haben. Zwar gibt es bei den GRÜNEN eine ganze Reihe Ex-SPDler, im wesentlichen handelt es sich dabei jedoch um ein ehemaliges anti-bürokratisches, umwelt-schützliches Protestpotential in der SPD, keinesfalls jedoch um eine Linkspaltung etwa gewerkschaftlicher Kreise, Jusos etc. Diesen Zustand durch ein Herausputzen der Ex-GRÜNEN ändern zu wollen, erscheint aussichtslos, zumal sich die SPD-Linken incl. der Jusos angesichts der Streuß-Kandidatur eher wieder an die SPD angeschlossen hat. Es ist sogar eine Situation eingetreten, in der angesichts der programmatischen Schwächen (etwa der arbeitserfreundlichen Züge) der Grünen Partei die SPD-Linken desto weniger in Frage gestellt wird, je mehr die GRÜNEN zu d e s „Alternative“ schlechthin hochgespielt werden.

Schon die Versatzparolen der GRÜNEN, die Steuer- und Renten-vorschläge reichen, um die alte Vision der SPD-Linken neu zu begründen, daß die SPD eben doch die Arbeiterpartei sei. Schlimmer wäre jedoch, wenn sich nun auch noch die gesamte Linke aufreißt, den grünen Anspruch, die Alternative zu sein, generell abzulehnen. Ich. Wahlplattform, Georg Otto usw. Die Göttinger Genossen berichten, auf einer Veranstaltung die Erfahrung gemacht zu haben, daß im Cliché SPD gegen GRÜNEN ohne wenn und aber Partei zu ergreifen sei. Präsentiert sich die Linke allerdings in solcher Form, so bliebe an Alternative für die SPD-Linke übrig, daß bei den GRÜNEN dasselbe praktiziert wird, was sie bei der SPD eingeübt hat: die Beschönigung und Verteidigung, bestenfalls Verharmlosung dessen, was eigentlich nur unterschieden abzuheben ist. Allemaal ernsthafter wäre es, den Jusos etwa zu sagen: Laßt uns gemeinsam bei den GRÜNEN konsequent um deren Linksentwicklung kämpfen! Einen Elefantenzug jedoch um die GRÜNEN aufzuführen, bestünde die Jusos nur in ihrer Rolle bei der SPD. Der KB diskreditierte seine eigenen Bemühungen um eine wirkliche Alternative und schwächte damit seine Integrität und Chance — und damit schon nahezu die des bisher standhaften Restes der radikalen Linken — gegenüber linken Sozialdemokraten. Einfluß zu gewinnen, leichtfertig ab.

3. Auch wenn es die linken Grünen bestreiten werden: eine generelle linke Wahlempfehlung für die GRÜNEN ist nicht ihnen vorzuziehen. Schon linke Wahlempfehlung für die GRÜNEN ist nicht ihnen vorzuziehen. Schön wäre es sicherlich, Conny Littmann,

dessen schwungvoller Unterstützung durch den Hamburger KB wohl nichts im Wege steht, bald im Bundestag wiederzusehen, selbst wenn er dort neben Georg Otto Platz nehmen müßte. Angesichts der Aussichtslosigkeit der grünen Kandidatur ist jedoch wünschenswert, daß linke Kandidaten und Landesverbände deutlich besser abschnitten als rechte. Das könnte eine weitere Linksentwicklung der GRÜNEN auf fördern. Eine generelle Unterstützung der GRÜNEN durch den KB würde aber bedeuten, rechten Kandidaten linke Integrationskraft zu verschaffen, während die linke Kandidatur womöglich wenig bereichern würde. Man nehme Niedersachsen. Die Spitzenkandidatur hat u.a. dafür gesorgt, daß keine G.L.L.-Landesversammlung gegangen ist, ohne daß der Rauswurf der Linken beantragt wurde. Und Georg Otto auf Platz zwei „besteht“ weniger durch all zu reaktionäre Auffassungen als vielmehr durch ein recht marktwirtschaftliches Verständnis von Sozialdemokratie. Man denke nur an seine Mausestreu zu grünen Gründungszeiten (Hessenwahl etc.) oder an seine öffentliche Selbstnennung zum Bundestagskandidaten schon zur Zeit der Europawahl. Sollten solche Leute zusätzlich durch den KB wählbar gemacht werden, brähte das diesen mehr Stimmen als ein NRW-KB-Großsitz linker Kandidaten zusätzlich stützen könnte. Auf diese Art und Weise rechte Reinfälle abzurufen, sollte im Sinne der weiteren Entwicklung nicht linkes Interesse sein.

4. Widerspruch gehört schließlich der Auffassung, daß die GRÜNEN den gegenwärtigen Stand des Protestpotentials — und sei es in „verzerrter Form“ — repräsentieren würden. Dahinter steckt der Gedanke, daß die grüne Kandidatur sozusagen unwirksam für den derzeitigen Riß in der Bevölkerung stehen würde und von daher zu unterstützen sei. Hinsichtlich des Protestpotentials gab es im KB schon mal Übereinstimmung, daß es sich dabei um ein diffuses, ideologisch wenig ausgerichtetes Potential von bis zu 12 % handelt, bei dem im übrigen ökonomische Probleme, Arbeitslosigkeit etc. vor Demokratie und Umweltschutz rangieren. Dieses Potential, so wie es ist, politisch-ideologisch zu repräsentieren, ist gar nicht möglich. Auch die GRÜNEN tun das nicht. Sie sind zwar aus ideologischen sehr unterschiedlichen, im einzelnen aber recht gefestigten Teilen zusammengesetzt. Möglich ist allerdings, und das war Ziel des KB, politisch anzusetzen an der allgemeinen Unzufriedenheit vieler Leute, deren Wunsch nach Veränderung. Dieses sollte u.a. parlamentarisch praktisch geschehen, und deshalb hat der KB vor allem dann Kandidaturen unterstützt, wenn diese einerseits chancen-

reich waren und andererseits parlamentarisch oppositionelle Politik versprachen. Dabei hat der KB festgestellt, daß es dem größten Teil des Protestpotentials egal ist, ob eine Linke „brun“ heißt oder „grün“ oder in einigen Städten sogar DKP. Auch das macht deutlich, daß eine politisch inhaltliche Repräsentation des Protestpotentials momentan gar nicht denkbar ist. Sehr wohl denkbar ist jedoch gerade deswegen, daß der Protest auch auf Mühlen gelenkt werden kann, die ganz und gar nicht im Sinne des KB arbeiten. Das macht eine differenzierte Unterstützung der GRÜNEN desweiteren sehr wichtig.

Die These von der Repräsentation des Protestpotentials durch die Grüne Partei hat im KB nicht zu nützen. Sie paßt besser in das Repertoire jener linken Grünen, die es nötig haben, den Verein hochzufuhlen und denen jedes Zugeständnis an Grün recht ist, weil es angeblich so wichtig sei, um das ganze Spektrum zusammenzuhalten. Es wäre verantwortungslos, auf Grundlage dieser These die öffentliche Kritik an den GRÜNEN abzuschwächen, um stattdessen tatenlos zuzusehen, wie auch allerlei ökologischer Schrott im Protestpotential verankert wird. Gerade diese Gefahr ist im Wahlkampf am allergrößten.

Realismus: Daß es nicht darum geht, den GRÜNEN jede Unterstützung zu verweigern, ist wohl klar. Fortschrittliche und halbwegs konsequente Kandidaten sollten durchaus auch vom KB empfohlen werden. Unkritisch kann auch das kaum abgehen. Schon dann, wenn die GRÜNEN anfangen, Illusionen über ihre Wahlchancen zu verbreiten, heißt es einzugreifen. Der KB sollte nämlich ausgesprochen realistisch auftreten. Er sollte Proteststimmungen als solche kennzeichnen, um keine Illusionen in irgendeinem der anstehenden Listen zu schüren. Er sollte sich darüber hinaus die Politische Einsparung, das DAP KBW und „Volksfront“ herumzuspukeln, welches nun die am wenigsten ungeeignete der 3 Listen sein mag. Wo es nichts zu wählen gibt und das wird vielerorts so sein, wird das gesagt. Wenn die Leute dort ihre Proteststimmungen geben, mag jeder mit sich selbst ausmachen. Hier bieten sich aus aktuellem Anlaß Parolen wie „Keine Stimme den Kriegstreibern“ etc. an. Überhaupt darf bei all dem nicht vergessen werden, daß der KB den Proteststimmungen wenig Effekt beimißt und daher seinen Schwerpunkt auch im Wahlkampf auf inhaltliche Aussagen und konkrete Aktionen legt.

Eddie, Delmenhorst, 7.7.80

Die Qual der Wahl

„Mord“ diffamieren und ähnliches mehr

Oder sollen wir ernsthaft einem linken Gewerkschafter, Juno oder DKP-Wähler empfehlen, seine Stimme einem Reaktionsär und Antikommunisten wie Georg Otto zu geben?

In Gebieten mit linker Dominanz bei den GRÜNEN (wie in Hamburg) sollten wir hingegen eine öffentliche Unterstützung der GRÜNEN betreiben.

Eine Ablehnung unsererseits, rechte grüne Kandidaten zu unterstützen, widerspricht keineswegs einem stärkeren Engagement unserer Organisation bei den GRÜNEN (inklusive einer langfristigen Selbstkritik vgl. dazu mein Beitrag in AK 176, S. 14). Wenn wir deutlich machen, daß der KB keinesfalls bereit ist, jede Politik zu unterstützen, sofern sie nur den grünen Parteienstrich hat, dann zeigen wir damit weitestgehend Glaubwürdigkeit als manch andere Linke (bei den GRÜNEN).

Wollten wir die GRÜNEN tatsächlich überall unterstützen, so müßten wir das z.B. auch an der Hamburger Uni tun, wo die Hochschulguppe der GRÜNEN mit Dummheit und rechter Politik glänzt. Eine Unterstützung einer derartigen Politik wäre zudem Schützenhilfe für die DKP und linke Sozialdemokraten, denen es naturgemäß schwerfällt, solche Grüne kritisch einzuschätzen, und so das Protestpotential wieder für ihren Parteienlad zu integrieren.

DKP wählen?

Ein anderer Fehler besteht darin, in Gebieten, in denen die GRÜNEN nicht durch fortschrittliche Kandidaten vertreten sind, die Wahl der DKP zu empfehlen. Die DKP hat zwar den GRÜNEN gegenüber das verbal fortgeschrittenere Programm (nicht man einmal von der Schwulen- und Lesbenfrage ab) und benennt das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln richtig als Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche. Da das Kriterium für die Wahrheit jedoch bekanntlich die Praxis ist, muß die DKP nicht an dem gemessen werden, was sie verspricht, sondern daran, was der sogenannte „realer Sozialismus“ der osteuropäischen Länder in Bezug auf diese Versprechungen real hergibt (vgl. „Wie hält es die DKP mit der Demokratie?“, AK 122, März 1978, auch in Schulungshefte des KB Nr. 1). Hier nun zu behaupten, die DKP propagiere den Sozialismus, halt nur in der „verzerrten Form des realen Sozialismus“, ist vollkommen falsch. Es handelt sich hier keineswegs um eine verzerrte Form bzw. nämlich auf den Hund gekommene „Arbeiterstaaten“, sondern um einen pervertierten Inhalt.

Die DKP hat sich seit der letzten Bundestagswahl 1976 wohl mehr selbst disqualifiziert und innerhalb der Linken woher als in den Jahren zuvor. Die schon im letzten Wahlkampf der DKP schmalen durchsichtlichen auf die Hälfte, z.1. auf noch weniger zusammen.

Unter diesen Umständen bringt eine Stimmabgabe für die DKP bei

den diesjährigen Bundestagswahlen der Linken keine Vorteile, sondern würde einzig und allein der bankrotten und politisch verfallenen DKP-Führung zugute kommen. Im Gegenteil: beibehalten ein erheblicher Stimmenverlust der DKP die Chance, daß die lange verschleppte Krise der DKP offen zum Ausbruch kommt, wie dies in ersten Anzeichen heute schon bei der SEW in Westberlin der Fall ist. Damit bestünde die Möglichkeit, daß einige hundert bzw. tausend Genossinnen, die heute dort noch lahmgelegt sind, für den Dialog mit anderen Linken, auch mit der revolutionären Linken, gewonnen werden.

Ähnliches wie für die DKP gilt für den KPD/ML-Laden „Volksfront“, wobei hier noch hinzukommt, daß das Programm dieser Gruppe nicht allzuweit links vom Saarbrücker Programm der GRÜNEN angeordnet ist.

Falsch und taktischer wäre es aber auch, in Bezug auf die DKP prinzipiell zu argumentieren, die DKP sei (unabhängig von Ort, Zeit und Bedingungen) auf gar keinen Fall mehr wählbar. Bei Kommunalwahlen, in Orten, an denen keine alternativen Listen existieren und wo die DKP auf eine fortschrittliche Praxis ausweichen kann, sollte man sich nicht scheuen vor Wahl der DKP zu raten. Bei Bundestagswahlen allerdings geht es um zentralpolitische Fragen. Hier wird die DKP in der Hauptrolle nicht an ihrer kommunalpolitischen Praxis, sondern an „realen Sozialismus“ gemessen.

Fortsetzung nächste Seite

Alltag im Polizeistaat

BGH-Urteil: Lockspitzel abgelehnt

Es ist schon bemerkenswert, was der Bundesgerichtshof in Karlsruhe kürzlich entschieden: Ein kleiner Haasch-Dealer, der von einem Polizeileute-ten zu einem größeren Heroin-Geschäft angestiftet wird, ist hierfür in voller Höhe zu bestrafen! Vorausgegangen ist dem folgenden: Ein kleiner Dealer, der bislang lediglich zum Eigenbedarf handelte, wird von einem Beamten in Zivil, welcher sich als bekannter Rauschgifthändler ausgibt, angestiftet, eine kleine Menge Rauschgift zu beschaffen. Der so animierte Typ schreitet dann auch zur Tat und beschafft innerhalb von ein paar Tagen den Stoff. Bei Übergabe klickte bei ihm die Hand-schellen.

Dieser agent-provocateur-Unwille wird von Polizeiseite gerade im Bereich Rauschgift besonders gepflegt,

da sich bei diesen „Kriminellen nahezu zwangsläufig konspirative Methoden herausgebildet (haben), wie sie sonst nur bei Geheimdiensten üblich sind“ (Hans Zühlendorf, ehem. 1. d. Kriminaldirektor der Kripo Hamburg und „Fachmann“ für Bandenkriminalität und Untergrundarbeit, „Bekämpfung organisierter Verbrechen“). Und weiter heißt es dazu: „Um der bedrohlichen Entwicklung dieser Kriminalität und den konspirativen Methoden wirksam begegnen zu können, ist die Polizei zu entsprechenden strategischen, operativen und taktischen Überlegungen gezwungen“. Es werden Telefonüberwachung, Observation, konspirative Aufklärung im Untergrund, V-Leute etc. aufgeführt. Zühlendorf gibt selbst zu, „alle diese Methoden sind nicht nur rechtlich umstritten, sondern gelten in einem gewissen Umfang auch als unethisch“.

Doch in diesem Fall ging es nicht einmal darum, mit etwas „unethischen“ Methoden eines agent provocateur über einen kleinen Fuch einen Haasch zu kommen, denn der Lockspitzel hatte überhaupt keinerlei Maßnahmen in dieser Hinsicht getroffen. Der kleine Dealer hätte den Stoff jederzeit an andere Leute verkaufen können, ohne daß der Provocateur davon etwas erfahren hätte. Offensichtlich ging es hier vielmehr darum, endlich einen „Großdealer“ zu fassen, auch wenn man diesen zwecks Aufklärung der Polizeistatistik erst produzieren mußte.

Das Landgericht Augsburg hatte aus diesem fiesem Polizeimanöver folgenden Schluß gezogen: „Somit sei der Angeklagte zum bloßen Objekt staatlichen Handels herabgewürdigt worden“ („FR“, 6.6.80) und es bestehe kein staatliches Interesse an einer Strafverfolgung. Mit diesem Richterspruch wollte der Staatsanwalt sich nicht abfinden und rief den BGH an, welcher nun völlig im Sinne der Polizei entschied: „Dieses Handelstreiben und die Ausbeutung des Dealers durch den Lockspitzel sind dem Verdacht aufkommen lassen, der Angeklagte habe weitestgehend schwebeliegende Drogengeschäfte bereits getätigt oder habe zumindestens vor, solche zu tätigen. Dem Lockspitzel sei es daher nicht verwehrt gewesen, diesem Verdacht nachzugehen und sich als kaufkräftiger Interessent einer größeren Drogenmenge auszugeben“ (nach „SZ“, 6.6.80).

Bloße Vermutungen über mögliche zukünftige Absichten eines Bürgers in diesem Land reichen offenbar aus, alle möglichen Tricks von agent provocateurs, die lediglich dazu dienen, einen Verdacht zu erhärten, durch das oberste Gericht abgesegnet zu lassen. Grundsätzlich entschieden der BGH: „Es werde ganz überwiegend von der juristischen Wissenschaft gebilligt, daß polizeiliche Lockspitzel grundsätzlich eingesetzt werden dürfen und daß auch in diesem Fall der Polizei korrekt gehandelt habe“ („FR“, 6.6.80). Nach gültiger Rechtspraxis kann der Angeklagte dafür bis zu 15 Jahren Freiheitsstrafe bekommen.

Drogenkommission

Bayern: Polizei dringt in Therapiezentrum ein

„Sofort aufstehen und ausweichen!“ – Taschenlampen blendeten auf – mit vorgehaltenen Maschinenpistolen wurden am 1.7.80 morgens um 5 Uhr 23 Patienten des Therapiezentrums „Con-Droba“ in Pichl (Landkreis Aichberg-Friedberg) von 16 Polizisten aus ihren Betten geholt. Unsere Staatschützer hatten sich mit 2 Bussen und zwei anderen Fahrzeugen sowie einem Hund heimlich auf das Gelände geschlichen und waren dann in bester Geheimdienstmanier durchs Fenster eingestiegen – wovon auch erst klingelte! Nach der Ausweiskontrolle stellten dann die schwerbewaffneten Polizisten das ganze Haus auf den Kopf – vom Keller bis zum Dachboden – auch Nachtschränke wurden nicht ausgelassen. Bei dieser Aktion passierten auch solche „Scherze“, daß einem Mädchen mal kurz die Bettdecke weggenommen wurde.

Wurde hier ein „Terrorist“ oder so gesucht? Mitnichten! Die Polizei war hinter einem jungen Mann her, den die wegen Drogenhandels (Umsatz unbekannt) und Fahrens ohne Führerschein belangten wollte. Und dieser junge Mann war bis vor kurzem Patient bei „Con-Droba“ gewesen – und der eine Woche vorher telefonisch erteilten Auskunft des Leiters von „Con-Droba“, der Gesuchte wäre nicht mehr dort, konnte die Polizei selbstverständlich

nicht trauen – und so war für die Polizisten mal wieder alles klar. Mit Haftbefehl und richterlichem Durchsuchungsbefehl verschafften sie sich flugs die rechtliche Absicherung und schon konnte die Aktion anlaufen.

Unsere Staatschützer wurden gar fündig – im alten Forsthaus fanden sie nach langem Suchen einen Koffer, mit Klamotten des Gesuchten. „Der Erklärung eines Betruers, daß Sachen hier nicht zur Flucht bereitstünden, sondern nur abgestellt seien, schenken wir keinen Glauben... Mit den Worten: Der Einsatz ist beendet, aber wir glauben doch, daß der Mann hier versteckt wird, verabschiedete sich der leitende Kommissar um 6.30“.

Der Hintergrund für diesen gespenstischen Einsatz ist zum einen in der Geschichte der Einrichtung zu sehen. Als das Gebäude vom Verein „Con-Droba“ angemietet wurde, mußte es sich gegen große Teile der Bevölkerung durchsetzen, um hier überhaupt mit den Drogenabhängigen arbeiten zu können. Ein kleiner Racheakt der örtlichen Polizei scheint nicht ausgeschlossen – und eine Polizeiaktion dieser Art bietet natürlich auch weiteren Nährstoff für die schon vorhandenen Vorurteile gegen die Drogenabhängigen. Welche Auswirkungen ein derartiger Überfall auf die Klienten hat, nämlich erst langsam wieder entstehendes Vertrauen und Selbstvertrauen über Nacht zu zerstören, ist den zuständigen Stellen wohl völlig klar. Zynisch äußerte der Leiter der Polizeiaktion am nächsten Tag gegenüber der Presse, er verstehe die gegenseitige Abneigung nicht, die Sache sei doch juristisch einwandfrei (alle Angaben nach „Augsburger Allgemeine Zeitung“, 2.7.80).

Zum anderen ist diese Nacht-und-Nebel-Aktion eine direkte Folge der verhängten Gegend gegenüber Drogenabhängigen, die in der Verabschiedung des neuen Betäubungsmittelgesetzes ihren vorläufigen Höhepunkt fand (siehe dazu auch AK 180). Bildung konnten die Abhängigen zumindest innerhalb einer therapeutischen Einrichtung einigermaßen sicher vor der direkten Verfolgung durch einen Haftbefehl sein. Sollte dieses Beispiel Schule machen, ist jede therapeutische Arbeit in Frage gestellt, denn solche Aktionen bedrohen und verunsichern nicht nur die direkt Betroffenen, sondern alle in einer Therapieeinrichtung.

Drogenkommission

Bremen: Kripo-Kampagne läuft weiter

Der Landeskriminalamtschef von Bremen, Dr. Schäfer, ist immer noch nicht gestoppt. Nachdem seine Aufkleber-Kampagne mit „Dealer sind Mörder“, „Fixer selber schuld“ und „Haasch nicht alle“ offiziell eingestellt und Schäfer verpflichtet wurde, weitere Maßnahmen mit den Drogenberatungsstellen von der Bildungs- und Sozialbehörde und der Drogenberatungsstelle abzustimmen, hat er jetzt zu einem raffinierten Mittel gegriffen. Als wissenschaftliche Umfrage eines Diplompsychologen getarnt, werden dieselben Vorurteile und aufhetzenden Sprüche weiter verbreitet.

Der Fragebogen ist inzwischen an ca. 30 000 Haushalte in Bremen als Postwurfsendung verteilt worden. Er wendet sich an Kinder (!) und Jugendliche, die zum Ausfüllen gelockt werden mit dem Versprechen der Teilnahme an einer Verlosung.

Der Fragebogen besteht aus lauter Aussagen, die fast wörtlich bisher Themen enthielten und mit „Ja“/„Nein“ angekreuzt werden müssen, z.B.:

„Drogenhändler nehmen aus Profit die Tote der von ihnen betrogenen Abhängigen in Kauf.“

„Nachdem sich die Jugendlichen mit ihrer Familie vertragen haben, wird ihnen eingeredet, wie ungünstig ihre Lage und wie sinnlos ihr Leben sei.“

„Jugendliche, die nach einem Ausweg aus dem elterlichen Unglück suchen, wird als Erlösung die Droge angeboten. Zum Einstieg Haasch, zum Aufstieg Heroin.“

„Mit Reden ist bei Drogenabhängigen nichts zu erreichen. Nur durch konsequentes Handeln, indem man die in ihrer Bequemlichkeit und beim Drogenmißbrauch stirbt.“

„Den Dealern klare Grenzen setzen. Dealer raus aus Schulen, Jugendtreffs und Diskotheken.“

„Jugendlokale und Treffpunkte müssen strikt kontrolliert werden, um die Dealer zu vertreiben.“

Im wissenschaftlichen Sinne wird dieser totale Manipulationsfragebogen auch Herrn Schäfer nichts nützen. Der eigentliche Zweck liegt dann auch wohl mehr in der Fortführung der Denunziations- und Hetzkampagne.

KB-Bremen

Füllt eure Bücherschränke! Für die Frauenkammergruppe (Freunde Bremen)

Die zehn Frauen der Selbsthilfegruppe bemühen sich innerhalb der Mauern „von der Fixier abzukommen, sich zu entwickeln, Hintergründe dabei zu erforschen und auch genau herauszufinden, wie das ganze Dilemma entstanden ist.“ (Siehe auch AK 179, Anita's Brief).

Sie haben uns gebeten, Bücher zu den Themen:

- Fachismus (Entstehung und neue Entwicklung),
- deutsche Geschichte (Weimarer Republik bis jetzt) und
- Frauenbücher

zu schicken. Seid also bitte so gut und schickt mal in eure Bücherschränke, was ihr empfehlen könnt, was doppelt vorhanden ist (in WG's z.B.), was ihr günstig besorgen könnt. ... Vielleicht entsteht so etwas wie ein Bücherfonds. Abzugeben oder zu senden an die Drogenkommission, c/o Verlagsadresse.

Drogenkommission und IKAH

Die neue Unkultur: Drogenliteratur im staatlichen Zugriff

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten... Eine Zensur findet nicht statt“ (Grundgesetz, Art. 5-1-). Eben doch, denn „diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“ (Art. 5-2-).

Die Pressenfreiheit, die zwar uneingeschränkt für kriegsverherrlichende Schriften, Naziliteratur und Springerpreme gilt, fand in der Vergangenheit Ausnahmeregelungen für kommunistische Literatur nach dem KPD-Verbot, für den „SPIEGEL“ in der bekannten Affäre, für Bommi Baumanns Buch u.a. Seit kurzem fällt auch Drogenliteratur unter staatliche Zensurmaßnahmen. Indizierungen und Beschlagnahmen mit unterschiedlichen Begründungen wechseln sich ab. Vorausgegangen waren monatelange Debatten auf Regierungsebene über den sogenannten Vorherrlichungsparagrafen im Betäubungsmittelgesetz (BtmG), bevor es schließlich gegen den Widerstand der CSU/DU aus dem Gesetzesentwurf gestrichen wurde (siehe AK 180). Dafür sind von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften inzwischen fünf Bücher zum Marihuana-Anbau und zwei Schallplatten von Peter Tosh („Legalize It“) auf den Index gesetzt worden, für August steht die Entscheidung über zwei weitere Anträge an, wie uns die Sprecherin der Stelle am Telefon eifrig verzichtet.

Juppheidi - Juppheidi, Maudurchsuchung - Razzie

Wettas umfangreicher sind die Aktionen verschiedener Staatsanwaltschaften, Zollfahndungen und

Rauschgiftdezernate in Bayern, Berlin und Hamburg:

- Anfang 1978 wurden auf Antrag des Münchner Jugendamtes zwei Hausdurchsuchungen beim Lindener „Volkeverlag“ angeordnet, bei denen Bücher im Gesamtwert von 20 000 DM beschlagnahmt wurden. In der ersten Verhandlung wurde auf Geldstrafe erkannt, die Revision im Juni '80 ergab Freispruch von der Anklage wegen angeblicher „Aufforderung zu strafbaren Handlungen“. Die Staatsanwaltschaft will erneut in Revision gehen (lt. Pressemitteilung des Verlages).

- Im Dezember '79 wurde vom Hamburger Zollamt Post eine Sendung amerikanischer Drogenbücher für den Hamburger Rauchwaren-Laden „L'Age Rock“ beschlagnahmt. Einen Monat später wurden das Geschäft sowie die Wohnung der Inhaberin von einem Rudal Bullen heimgesucht, die mit der Bemerkung, sie wollten mal sehen, wie weit sie gehen könnten, alles einrücken, was irgendwie nach Drogenverherrlichung ausah. Als Begründung wurden wiederum der Verdacht einer „Aufforderung zu strafbaren Handlungen“ sowie einige Paragraphen des gültigen BtmG angeführt. Das Verfahren ist noch nicht endgültig entschieden.

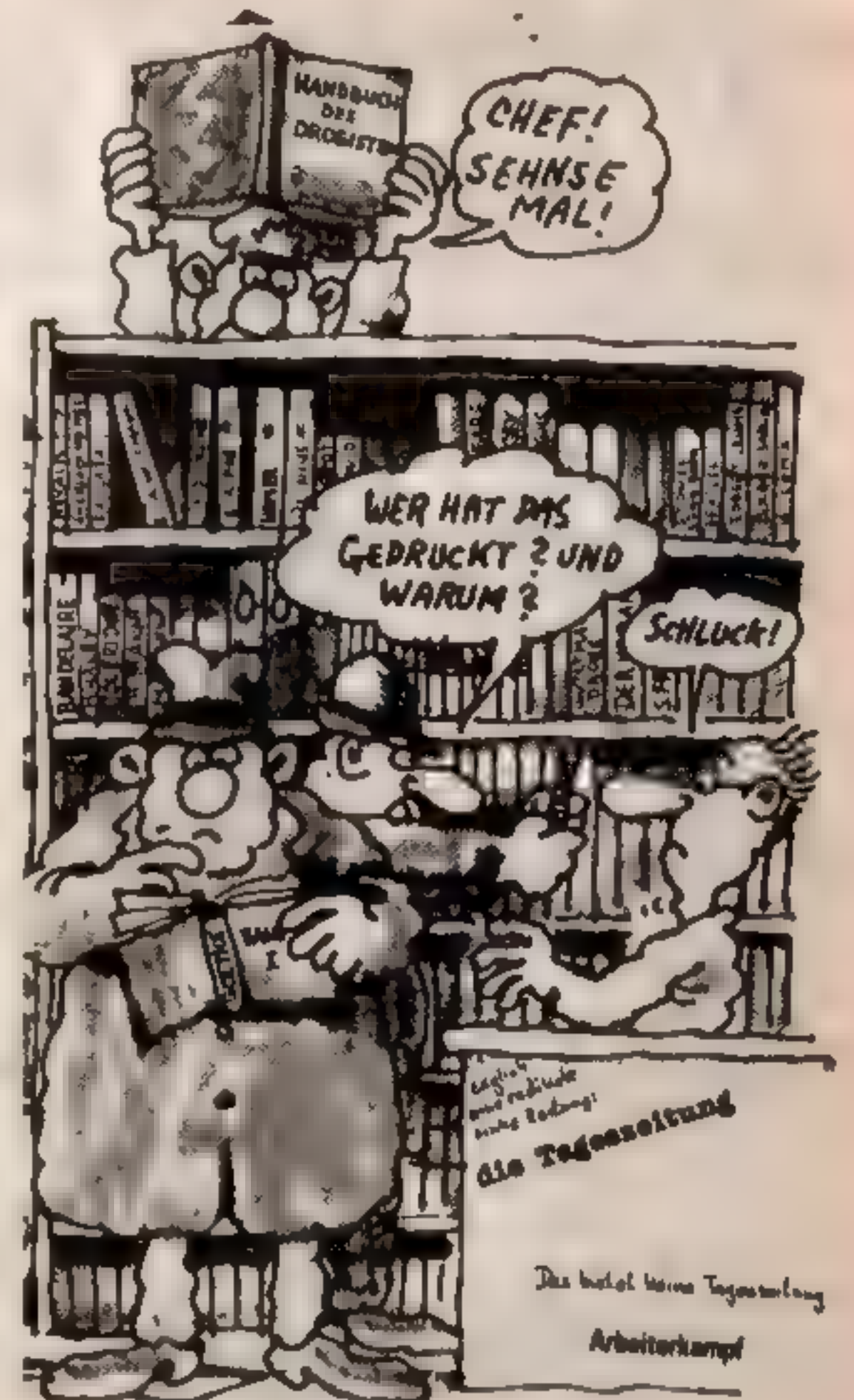
Der Berliner „HeadShop“ (head amerikanisch für Wirkkopf) erlebte seit September '79 insgesamt vier Durchsuchungen. Es wurden Bücher und Schriften im Gesamtwert von mehreren Tausend Mark in die Amerikankammern der Behörden geschleppt. Gegen den Inhaber sind derzeit acht Verfahren eingeleitet, zum Monatsende ist ihm der Mietvertrag für den Laden im Kudamm zurückgeliefert. Auch in diesem Fall wird von staatsanwaltschaftlicher Seite der Jugendschutz und das Strafgesetzbuch („Aufforderung“) ins Feld geführt. Von einigen Büchern und

Comix dürfen jetzt nur noch die englischsprachigen Ausgaben gehandelt werden, so z.B. die „Freak-Brother“, deren deutsche Ausgabe im „2001“-Großvertrieb frei erhältlich ist.

Ein verbranntes Buch - erneut beschlagnahmt

Die Berliner Vorfälle sind bisher die schärfsten Versuche, einen Laden der Hanf Freunde finanziell in die Knie zu zwingen und den Inhaber sowie seine Kunden zu kriminalisieren. Den Amokläufen der örtlichen Staatsanwaltschaft folgen auch pikantesweise zwei klassische Drogenbücher zum Opfer „Das Ritual der Drogen“ und „Phantastische“. Das Ritual der Drogen ist das bekannteste Buch des amerikanischen Psychologie-Professors Thomas Szasz, der darin die gesellschaftliche Gutheißung bzw. Achtung verschiedener Drogen und Genusmittel unter verschiedenen Gesichtspunkten beschreibt (Europaverlag, Wien).

Der Autor der „Phantastischen“, Prof. Dr. Louis Lewin, war jüdischer Arzt und Pharmakologe und wissenschaftlicher Entdecker des Morphinismus, der suchterzeugenden Wirkung von Morphin. Nach der ersten Beobachtung eines „merkwürdigen Falls von Morphinumhunger“ im deutsch-französischen Krieg 1870/71 dauerte es noch mehrere Jahre, bis die Entdeckung des von Ständeskollegen als „Judenjungs“ verhöhten Mannes anerkannt wurde. 1906 wurde der erste Lehrstuhl für Toxikologie in der Wissenschaftsgeschichte für ihn eingerichtet, er wurde der Begründer der „Giftwissenschaft“. Sein populärwissenschaftlicher Bestseller „Phantastische“ ist der erste „Reisebericht“ in die Welt der Drogen, eine Neuauflage ist vor kurzem im „Volkeverlag“ erschienen. Lewin ist einer der Vorkämpfer der



aktualisierte Fassung der 1980er-Karikatur von G. Seyfried



Vom linken Wunderglauben an die bürgerliche Medizin

„Wir haben nicht zuwenig Ärzte, wir haben zuviele Kranke“ (Carpentier)

Entkriminalisierung von Drogenopfern, schon im ersten Opiumgesetz von 1929 fand diese Auffassung aber keine Beachtung. Er starb hochbetagt und erlebte nicht mehr, daß die Nazis seine Bücher verbrannten.

Nach der jetzigen Beschlagnahmemaßnahme wurde dem Geschäftsinhaber des Berliner „Head Shops“ vom der Staatsanwaltschaft geraten, auf die Forderung nach Rückgabe zu verzichten, dann könne von der Erhebung einer öffentlichen Klage abgesehen werden. Die Bücher würden dann aus dem Verkehr gezogen, d.h. in einem Behälterofen verbrannt.

Mit zweierlei Maß

Rund 200 Millionen DM werden jährlich für die Alkohol- und Nikotinwerbung ausgegeben, hinzuerechnen ist der Werbeaufwand der Pharmaindustrie für ihre „Problemlöser“. Seit Jahren fordern Landestellen gegen die Suchtgefahren, Therapeuten, Alkoholikergruppen u.a. vergeblich die Einschränkung bzw. das Verbot dieser Jugendgefährdung und Drogenverharmlichung. Die Interessen der Industrie legaler Drogen stehen eben höher als die ihrer Opfer, trockene Alkoholiker werden auch weiterhin durch eine aggressive Werbung in den Rückfall getrieben.

Aber auch bei illegalen Drogen wird mit unterschiedlichem Maß gemessen, so kann der „stern“ (22/80) in reißerischer Form ganz unverzüglich offen für die neue „Modedroge“ Kokain werben und der ehemalige Chefredakteur der Springerzeitung „DIE WELT“, Herbert Kremp, darf in dem „Tagebuch einer Reise nach Mexiko“ aus Thailand ungestraft seine Heroin-Selbstversuche zum besten geben. Leopold „Spiegelwände dehnen der Raum in die Breite... Zwei runden Mädchen kommen heraufgeglitten. Die Ahme (stark Puffmutter, Am. AK) sagt etwas über ihre Vorräte... Der Chinese schüttelt den Kopf. Das Zwischenspiel verzicht ich... Vor mir ein Glas und das Päckchen mit welchem Pulver ich fliege davon“ (Welt am Sonntag, 8.4.79).

Anders sieht es bei kleinen Altersabhängigkeiten, Alben und Galtungen aus, die werden von Fall zu Fall kriminalisiert oder es wird versucht sie finanziell auszutrocknen. Die Grundlagen weiterer Zensurmaßnahmen und Verfolgungen sind jedenfalls gelegt, ein „Verherrlichungsparagraph“ wäre allerdings wenig vorzuziehen für ein liberales Image gewesen. Das Jugendkulturforschung sowie die Bestimmungen des Strafrechtsbuches reichen völlig aus. Die Parallelen zum § 58a drängen sich geradezu auf, auch er wurde ja letztendlich nur abgeschafft, weil er „unpraktikabel“ war. Heute sind es noch die „Frank-Brothers“, die wegen Jugendgefährdung indiziert werden, morgen ist dann vielleicht der „Pflasterstrand“ wegen Verbreitung von Marihuana-Andeutungen, übermorgen der „Arbeiterkampf“ wegen differenzierter Untersuchungen zur Drogen- und Suchtverbreitung, die die besondere Gefährlichkeit illegaler Drogen einschließen. Nur zu gut passen diese Durchlöcherungen der sogenannten Pressefreiheit in das Gesamtkonzept der Bundesregierung zum Drogenproblem, in das ja ausdrücklich von der „potenziellen Gefährdung für abweichendes Verhalten insgesamt“ gesprochen wird (aus dem Aktionsprogramm der Bundesregierung vom 16.1.80). Wann endlich begreift die Linke, daß dies alles keine Privatprobleme von Kiffern und Fixern sind, sondern die Fortsetzung des Polizeistaatsbaus unter veränderten Vorzeichen?

Drogenkommission KB-Hamburg

Eine klassische Verherrlichung

„Frankreich hat sich durch seine Politik und seine Kultur...“ (Zitat aus dem Text). Der Text enthält eine detaillierte Analyse der politischen und kulturellen Situation in Frankreich, die als Beispiel für eine „klassische Verherrlichung“ dargestellt wird. Es wird auf die Rolle der Medien und die Darstellung von Drogenproblemen eingegangen.

„Frankreich hat sich durch seine Politik und seine Kultur...“ (Zitat aus dem Text). Der Text enthält eine detaillierte Analyse der politischen und kulturellen Situation in Frankreich, die als Beispiel für eine „klassische Verherrlichung“ dargestellt wird. Es wird auf die Rolle der Medien und die Darstellung von Drogenproblemen eingegangen.

„Frankreich hat sich durch seine Politik und seine Kultur...“ (Zitat aus dem Text). Der Text enthält eine detaillierte Analyse der politischen und kulturellen Situation in Frankreich, die als Beispiel für eine „klassische Verherrlichung“ dargestellt wird. Es wird auf die Rolle der Medien und die Darstellung von Drogenproblemen eingegangen.

Soll ich nun lachen oder weinen mit dem Knäppel „Gesundheitsprogramm der Grünen“ wird in AK 181 im Artikel „Reaktionär statt alternativ“ auf dieselben eingedroschen, ganz offensichtlich damit der Autor KI dies nur als Vehikel zum prinzipiellen Rundschlag auf die opportunistisch laktierenden „linken Grünen“, die allzusehr mit reaktionärem Unsinns paktieren.

Nun denn, ich denke, er ist über's Ziel hinausgeschossen.

„Die ökologischen Bedingungen haben sich qualitativ verschlechtert mit der Vergiftung der Umwelt, der Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände und dem Kraftfahrzeugverkehr. Auch die Belastungen des Industrielandes mit seiner Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit sind durch die heute praktizierte Medizin nicht mehr in den Griff zu bekommen. Bereits heute stirbt jeder vierte Mensch an Krebs, verursacht im wesentlichen durch die Umweltverschmutzung der 50er und 60er Jahre. Entgegen anderslautender Auslegung der offiziellen Statistiken sinkt die Lebenserwartung. Chronische Krankheiten machen inzwischen den größten Teil aller Krankheiten aus. Das wird im wesentlichen mitverantwortet.“

— durch eine menschenfeindlich angewandte Technik in Büro und Betrieb,

— durch Störung ökologischer Gleichgewichte, durch Luft- und Wasserverschmutzung, radioaktive Strahlung, Lebensmitteldeskontamination, falsche Ernährung, Schwächung der Selbstheilungskräfte durch Symptomtherapie, mechanischen Stress, Entfremdung von einengenden menschlichen Beziehungen, übermäßigen Arzneimittelkonsum und Drogenmißbrauch.

Die heutige Gesundheitspolitik vermag viele Krankheiten nicht auszukurieren, sondern kann sie mit medizinischen Methoden und Medikamenten höchstens unterdrücken und nimmt dabei zusätzlich die letzten Abwehrkräfte. Sie dient in den meisten Fällen dazu, die Menschen kurzfristig wieder „fit“ zu machen. Immer mehr Maschinen bestimmen den Ablauf der Diagnostik und Therapie. Die Bedeutung dieser Maschinen wird schon wichtiger genommen als die Betreuung kranker Menschen. Der kranke Mensch ist das Objekt, ohne Einfluß, hilflos dieser Gesundheitspolitik ausgeliefert. Die Kräfte, die unsere Gesundheit zerstören, sind die gleichen, die das gegenwärtige wirtschaftliche System antreiben. Das Gesundheitswesen ist in den letzten Jahren zum Industriezweig entwickelt worden.

Gefordert wird zur Zeit nur, was letzten Jahren zum Industriezweig entwickelt worden.

Gefordert wird zur Zeit nur, was rationale, apparative, automatisierungsfähige Dienstleistungen und mehr Gewinn verspricht. Gesundheitsprobleme dürfen nicht losgelöst von der Umwelt, den Arbeits-, Wohn-, Freizeit- und Lebensbedingungen betrachtet werden. Umweltbedingungen sind heute Ursache von vielen Massenerkrankungen. Lungenerkrankungen, Erkrankungen der Bewegungsorgane, Lärmkrankheiten, Haut-, Magen- und Darmkrankheiten, Infektionskrankheiten, Herz- und Kreislauferkrankungen, Diabetes und diese Krankheiten nehmen zu.“

Dies ist ungeklärt das erste Drittel des grünen Gesundheitsprogramms. Es folgt dann ein wahres Sammelsurium von Vollkornbrot und Ganzheitsmedizin, Nahrung als wichtigster Faktor usw. Neben Breitenreichtum und Umwidmungsfrauen für die Patienten werden auch Forderungen nach Erforschung von Kunstheilmitteln und gegen die personenbezogene De-fenierung in der Medizin gestellt. Im Original nachzulesen — es soll hier mit dem Zitierten genug sein. Nun zu einigen „Einschätzungen“ von KI.

— Es wird nicht „schlechtlich der Einsatz von Maschinen und Apparaten als böse und gefährlich“ (Zitat KI) dargestellt, sondern die konkrete Anwendung.

— Weder hier noch im folgenden kann ich „Theorien“, die schon an der Wiege des Faschismus entstanden“ (KI) entdecken.

— Die „geistige Urheberschaft“ von CDU, Ärztekammer, Sparpolitik, die KI dem grünen Gesundheitsprogramm unterstellt, ist von daher nichts als blanke Demagogie, ebenso wie die anderen Vorwürfe.

Nun will ich nicht weiter auf diese Art des „Eingreifens in die Wahlbewegung“ eingehen, sondern auf die gesundheitspolitischen Vorstellungen von KI selber, treffend zusammengefaßt unter:

„Die Kritik an den übernatürlichen Größenwahn und am angeblichen ‚Riesenaufbau‘ an Medikamenten“ ist ein reaktionärer Blödsinn. Denn es kann gar kein Zweifel an vorhandenen technischen Hilfsmitteln geben, sondern nur einen Mangel... Es ist dann, man will sich auf den total zynischen Standpunkt stellen, daß man sowieso gegen eine künstliche Verlängerung des Lebens (durch technische Hilfsmittel) ist. Das Überangebot an nutzlosen oder sogar schädlichen Medikamenten, z.T. auch überflüssige chirurgische Eingriffe, verantwortungsloser Einsatz von radioaktiven Strahlen usw. sind eine Form des Elends der kapitalistischen Medizin. Das Hauptproblem ist aber ein anderes. Der Masse der Bevölkerung stehen unter kapitalistischen Verhältnissen zuwenig hochwertige Medikamente und zu wenig kostenintensive Apparate zur Verfügung. (Oder) man vergleicht einmal den medizinisch-technischen Aufwand für einen kranken 80-jährigen Politiker oder Kapitalisten mit dem Aufwand für eine Rentnerin im selben Alter.“

Herr Doktor, bitte dreimal Horror! Hinter dem etwas billigen Copylakeil um das grüne Gesundheitsprogramm verbergen sich offensichtlich ernste Differenzen, die jedoch nicht im offenen auf den Tisch kommen.

— Muß man die gegenwärtige Medizin in der BRD so einschätzen, daß sie mindestens genauso viel Unfug wie Nutzen stiftet, überhaupt auch nicht anders kann, daß sie verwerflich hinter das katastrophale Gesundheitsbild der Gesellschaft hinterher läuft und doch nicht viel besseres oder gar Besseres kann?

Oder könnte die Medizin den Menschen im Augenblick tatsächlich helfen, wenn man bestimmte Mißstände in der Medizin selber (auch wenn diese Mißstände zugunsten der meisten gesellschaftlich bedingt sind) beseitigt werden, etwa Krankenhausstrukturen oder quantitative Mängel an Apparaten und Medikamenten?

Das sind die seit einiger Zeit immer dringender auftretenden Fragen unter fortschrittlichen Gesundheitsarbeitern, bisher wurde eindeutig unter der zweiten These der Kampf geführt (die offenbar auch von KI vertreten wird) und die zunehmende Erkenntnis, dabei in der Sackgasse gelandet zu sein, hat z.B. auch sicherlich dazu beigetragen, über 10 000 Menschen nach Westberlin zum Gesundheitsstag zu mobilisieren.

Nehmen wir einige konkrete Beispiele. Das Schreckgespenst der modernen Medizin sind die Krebskrankheiten, die davon betroffenen Patienten sind Opfer der aggressivsten chirurgischen, medikamentösen und technischen Behandlungsmethoden. Oftmals werden die Menschen grausam verurteilt, weil einige Zeit vor teilweise die aggressive Chirurgie durch eine genauso aggressive medikamentöse Medizin ersetzt. Haarsträubend, weitgehende Ausschaltung der körpereigenen Abwehr, massive Störungen der Verdauungsorgane mit zahlreichen Geschwüren im Mund usw. sind hier die Folgen. Hier wird wirklich nach dem Ausmerzungsprinzip vorgegangen: Wer die Therapie überlebt, zeigt z.T. erstaunliche kurzfristige Besserung, bei der anderen folgt das schnelle Ende.

Nicht umsonst war die Krebstherapie (etwa beim Prostata-Krebs) für den publicity-süchtigen Prof. Hackethal Anlaß für den Ausspruch: „Wenn Sie einen Urologen sehen, laufen Sie davon!“. Die „Erfolge“ der Krebstherapie werden in 5-Jahren-Überlebenszahlen gemessen: Bei der einen Methode überleben 2 Prozent länger als 5 Jahre, bei der anderen Methode 1 Prozent. Jeder, der die Möglichkeit hat, sollte mal einen Pathologen (Ärztin, die in den Krankenhäusern die Leichen der Verstorbenen sezieren) fragen: Wieviele Überlebende der 5-Jahresfrist dann jedoch nach 51/2 oder 6 Jahren sterben und ob man bei ihnen den Eindruck haben kann, daß diese vergangenen Jahre „erfolgreich“ waren.

Vielleicht sollte sich KI mal fragen, warum gerade viele Ärzte erklären, sie würden sich im Falle einer Krebserkrankung keiner Therapie unterziehen? Weil zuwenig Medikamente für sie da wären?

Kommen wir zum Vergleich zwischen 80-jährigen Politikern und einer Rentnerin. Ganz spontan muß ich an die Herren Franco und Tito denken; offen gestanden, empfand ich eine kaum noch zu unterdrückende kammbräunliche Freude über die sinnlos wochenlange Quälerei an den beiden, beide kein Neid, daß dies nicht noch an möglichst allen Rentnern der BRD ausprobiert wird. Gerade am Problem der alten Menschen wird das Dilemma der Medizin drastisch klar:

In der menschenfeindlichen kapitalistischen Gesellschaft werden praktisch alle sozialen Kontakte zu den Alten zerstört. Wenn jetzt beispielsweise ein Ehepartner stirbt oder eine leichte Verschlechterung des Gesundheitszustandes eintritt, kommt es zur Katastrophe. Denn abgesehen von vielen chronischen, kaum zu behandelnden Krankheiten gibt es auch viele Fälle, wo die medizinische Komplikation gar nicht so groß ist. Eigentlich „ideale“ Fälle und doch. Im Krankenhaus von der gewohnten Umgebung völlig abgeschnitten, zur Passivität verurteilt, geraten die Alten völlig durcheinander und werden schließlich unfähig, sich weiter alleine zu versorgen und werden ins Heim eingewiesen. Ich habe jetzt keine genauen Zahlen da; es 50% der Alten sterben im ersten Jahr nach der Heimweisung. Kurz vor dem Tod wird es dann wieder dramatisch: Im Krankenhaus künstlich ernährt, die Venen werden völlig zerstochen, schließlich wird ein „zentraler Venenkatheter“ gelegt, den sich die Patienten immer wieder selber rausreißen, weil sie nicht mehr wollen; schließlich Herzstillstand, Wiederbelebung, vielleicht mehrere Male, die Rippen werden ihnen dabei gebrochen, dann kommen sie an die Beatmungsmaschine, tragen noch eine Lungenentzündung, dagegen dann hochwertige Antibiotika usw., schließlich sterben sie doch.

Ich möchte mal wissen, wo in dieser langen Quälerei ein vermehrter Einsatz von Maschinen und Medikamenten geholfen hätte? Tatsache ist doch, daß hier die Medizin in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft das Leben der Alten verkürzt statt verlängert, und sie dabei noch bis in den Tod hinein quält. Mehr Maschinen würden nur noch mehr Menschen quälen. Ein mir bekannter Chefarzt einer Intensivstation äußerte dazu: „Ich hänge mir noch eine Plakette um den Hals, daß ich in keine Intensivstation will!“

Nehmen wir die Geburtshilfe. Im selben AK 181 ist ein Artikel über die „natürliche Geburt im Akutort Krankenhaus“. Ich will die Sachen nicht wiederholen, ein Ruf nach mehr Maschinen und Medikamenten war mit dem Artikel nicht zu hören im Gegenteil.

Es gibt tausende von weiteren Beispielen. Was an schädlichen und unethischen Anwendungen in der Medizin passiert, ist noch gar nicht bekannt. Es gibt eben nicht nur einen „Überfluß an unnützen oder sogar schädlichen Medikamenten“, (KI), sondern gerade die wirksamen Medikamente richten auch großen Schaden an. Millionen schlucken wechselweise Beruhigung- und Aufputschmittel, um den Anforderungen der kapitalistischen Leistungsgesellschaft nachzukommen. Im Verlauf der Rückzüge der Ärzte von jeder Kommunikation mit ihren Patienten stürzen sich die Ärzte auf Maschinen, Labor- und Röntgenuntersuchungen. Sie verlieren dabei ihre Fähigkeiten, die Kranken selber zu untersuchen und dabei auch die sozialen und seelischen Ursachen zu erkennen. Am Krankenbett werden dann während der Visite Laborwerte gemurmelt und Enzym-Koeffizienten gebildet, anstatt mit den Kranken geredet. Wenn Beschwerden geäußert werden, wird eben noch eine Blutentnahme verordnet. Noch mehr Maschinen in der Hand dieser Leute sind wirklich eine Horrorgeschichte.

Es ist wirklich ein Elend mit unserer Medizin und unseren Medizinern. Aber dabei sind weder Mangel noch Überfluß Haupt- oder Nebenursache, Hauptursache ist die Funktion der Medizin in unserer Gesellschaft. Hier treten den Gesundheitsarbeitern die gesellschaftlichen Mißstände in Form

von kranken Individuen gegenüber. Und nun darf die Medizin ihre Künste beweisen: Mit Maschinen und Medikamenten gegen jahre- und jahrzehntelange krankmachende Umwelteinflüsse. Der Ausgang des Kampfes ist schon entschieden, bevor er beginnt. Doch weil es nicht zu ertragen ist, daß wir in einer Gesellschaft leben, die alle krankmacht und dann noch nicht mal die Schäden ausbügeln kann, wird der Medizin eine Allmacht zugesprochen. Sie darf alles machen. Die brutalste Körperverletzung ist erlaubt, es dient ja der Gesundheit! Die Exzesse der modernen Medizin haben mächtige Antriebskräfte in der Profitgier der Pharmaindustrie und der Ärzte. Sie entpinnen aber genauso zwangsläufig aus dieser Funktion der bürgerlichen Medizin selber und sind gar nicht zu beseitigen. Die Krankheitssymptome müssen nämlich mit aller Gewalt (im wahren Sinne des Wortes) totgeschlagen werden, um wenigstens den Anschein von Gesundheit zu erwecken. Eine Medizin, die ohne Exzesse funktioniert, müßte bei uns so aussehen, daß den Patienten mit wenigen Ausnahmen gesagt wird: „Da kann man nichts machen! Vielleicht ein paar Pillen, damit Sie sich besser fühlen, an der Krankheit ändert sich aber nichts. Dafür sollten Sie 6 Monate krank geschrieben werden, oder erwandern, oder aufhören zu arbeiten...“

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen: Ich denke, daß in dem grünen Gesundheitsprogramm dieser Sachverhalt und dieses Dilemma der modernen Medizin tatsächlich im Ansatz erfasst ist, im Gegensatz zum Medizinoptimismus KI.

Die Krankheit ist eine mächtige Waffe gegen den Kapitalismus. In der gegenwärtigen sozialen Situation in der BRD birgt sie ein ähnliches Potential wie der Kampf gegen die AKWs und die Umweltverschmutzung. Sie macht klar, wie un-menschlich unsere Gesellschaft ist. Aufgabe der fortschrittlichen Gesundheitsarbeiter ist es, hier Anstoße zu geben, nicht mehr tatenlos zuzusehen, wie das Krankheitswesen zum Mullabplatz des Kapitalismus wird.

Sie müssen zum einen durch einen überlegenen und zum Nutzen der Patienten sparsamen Einsatz von Medizin das bestmögliche aus der gegenwärtigen Lage machen. Sie müssen aber vor allem in die Öffentlichkeit treten und klarmachen, daß es nicht kurerlos können, solange die Gesellschaft nicht geändert ist. Daß hier auf Kosten der Bevölkerung ein gigantischer Apparat aufgerichtet wurde, der nur Profit abwirft, der Bevölkerung nichts nutzt und die Krankheitsursachen mit aller Macht verschleiert. Ein Lamentieren über den angeblichen Mangel an wirksamen Maschinen und Medikamenten geht genau nach hinten los. Viel wichtiger wäre z.B. eine intensive Personalaufstockung, um überhaupt mal in diesem Rahmen zu diskutieren.

Die Medizin muß ihre Kapitalisten erklären, und das umso mehr, als sie von allen Seiten, auch von der Linken, die Erwartung entgegengebracht wird, sie könnte und müßte doch endlich was helfen können.

Sie Genome der Krankheitszelle im KB/Gruppe Hamburg

P.S. Jedem sei zu dieser Problematik folgendes Buch empfohlen: Jean Carpentier, „Aufwiegelung zur Gesundheit“, erschienen im Rotbuch-Verlag.

P.P.S. Als besonders peinlich empfand ich in dem Artikel „Reaktionär statt alternativ“ die Verwundung des Ex-SS-Mitgliedes Seewald vom ehemaligen Präsidenten der Bundesärztekammer in den der Hamburger Ärztekammer. Das ist sicher nur ein unbedeutendes von den zahlreichen mißgestalteten Feitstücken im Artikel. Doch da KI ein Vertreter der Forderung ist „Man/ frau stempere nicht in fremde Bereiche hinein“, wäre in Zukunft vielleicht im Interesse von etwas mehr verständigeren Gesundheitskritikern nicht doch etwas Rückkopplung?

Madrid: Faschisten »erobern« ganze Stadtteile

Madrid ist in Spanien die Zentrale der Faschisten, insbesondere ihrer „illegalen“ Terrorbanden. Sie rekrutieren sich aus den Familien der etwa 70 000 Militärs, die in Madrid stationiert sind, sie sind Sprößlinge von Priesterschulen (nicht umsonst der Name „guerrilleros de Cristo Rey“ — „Christuskönigskrieger“) oder aus sonstigen Kreisen, die unter dem Franco-Regime ein besonderes Ansehen und Vorteile hatten. In letzter Zeit haben sie jedoch auch Zulauf von arbeitslosen Jugendlichen aus kleinbürgerlichen oder Schichten des Lumpenproletariats.

In der ersten Phase der „demokratischen Öffnung“ in Spanien waren ihre „unkontrollierten“ Aktivitäten ein gewisses Hindernis für die spanische Regierung, der es im In- und Ausland um Beweise für ihre weiß gewaschene West ging. Nach den zweiten Wahlen (1979), bei denen zum erstenmal ein Abgeordneter der faschistischen „Fuerza Nueva“ einen Parlamentssitz bekam (Boñ Blas Pinar) haben die Faschisten im Zusammenhang einer Rechtswendung auf allen Ebenen (erneute gesetzliche Einschränkungen der in der Verfassung garantierten Freiheiten usw.) ihre Stunde genutzt und sind zur „Eroberung“ ganzer Stadtteile Madrids übergegangen. Mit der Errichtung von Büros, dem systematischen Vertreiben aller „Eindringlinge“ (Langhaarige, Verkäufer linker Zeitungen ...) haben sie bestimmte Stadtteile von Madrid zu „nationalen Zonen“ erklärt (so die bürgerlichen Stadtteile Goya, Salamanca, Argüelles...). Doch das war erst der Anfang. „Fuerza Nueva“, ihr bewaffneter Arm (die Terrorbanden) und neuerdings auch die faschistische „Gewerkschaft“ FNT („Nationale Kraft der Arbeit“) verfolgen die Strategie der „Eroberung“ auch der Arbeiterviertel und der Zerschlagung des Widerstandes der Arbeiter in den Betrieben. So sind die meisten Mitglieder der faschistischen „Gewerkschaft“ FNT kleine Bauunternehmer, die Arbeitslosen zu Lohn und Brot verhelfen und sie gleichzeitig in ihrem Sinne zu beeinflussen versuchen. Es hat bereits zahlreiche Versuche seitens der FNT gegeben, derart aufgetriebene Arbeiter an Betriebe zu vermitteln, in denen es Arbeitskonflikte oder Streiks gibt, um „Die Roten in Schach zu halten“.

„Die Roten in Schach zu halten“, um die Arbeiterviertel selbst betrifft, so haben die Umtriebe der Faschisten bedrohliche Ausmaße angenommen. In den Gebieten Vallecas, Vistaverde, Carabanchel, Pilar, Móstoles ... haben sich bereits antifaschistische Stadtteilkomitees der Bewohner gebildet, um sich vor den Angriffen der Faschisten zu schützen.

In Vallecas, einem Arbeiterviertel von Madrid, in dem die Familien ihre kleinen Häuschen größtenteils selbst gebaut haben (wegen der großen Wohnungsnot und unerschwinglichen Mieten) — in einem der proletarischsten Viertel von Madrid also — haben die Faschisten vor einigen Monaten einen Arbeiter umgebracht (Vicente Cuervo). Jetzt wollen sie mitten in Vallecas ihr Büro aufmachen. Seit Februar d.J. gibt es dort ein antifaschistisches Komitee, das dies verhindern will.

Das größte Handicap bei den Versuchen, den Faschisten Paroli zu bieten, ist das Verhalten der reformistischen Parteien. Nicht nur die PSOE („Sozialistische Partei Spaniens“), sondern auch die PCE (Eurorevisionisten) haben sich einen Großteil ihrer eigenen politischen Bewegungsfreiheit mit dem Verzicht auf den antifaschistischen Kampf erkauft. Sie argumentieren, daß „Fuerza Nueva“ eine legale, von der Regierung anerkannte und zudem im Parlament vertretene Partei sei. Sie warnen vor der „Spirale der Gewalt“ und argumentieren wie die bürgerliche Presse, die die Überfälle der Faschisten und die darauf folgenden Abwehraktionen der Linken und der Bevölkerung als „Streitereien zwischen verfeindeten Gruppen“ herunterzuspielen versucht. Der Versuch von MC („Movimiento Comunista“), eine antifaschistische Koordination für Madrid mit anderen demokratischen Kräften zu bilden, erschlug sich eben am Desinteresse der reformistischen Kräfte.

Diese Haltung, insbesondere der PCE, der führenden Kraft im antifaschistischen Kampf unter Franco, hat natürlich auch zur Desorganisation und Aufweichung des antifaschistischen Bewußtseins und der Abwehrbereitschaft der Arbeiter geführt.

Der „harte Kern“ in den antifaschistischen Stadtteilkomitees der Arbeiterviertel sind heute somit vor allem Genossen(innen) von MC, von LCR und die „Autonomen“, bzw. Leute, die selber Erfahrungen im antifasch-

istischen Kampf haben, aber nirgendwo organisiert mitarbeiten und deren Art zu leben von den Faschisten elementar bedroht ist. Wegen der mangelnden Mobilisierung der PCE sind die radikalisierten Arbeiter, die eine solche Arbeit kontinuierlich mittragen, zur Minderheit — es sei denn, daß gerade konkrete Aktionen anstehen.

Dem Desinteresse der reformistischen Kräfte am antifaschistischen Kampf entspricht die „Güte“, die der spanische Staatsapparat ihnen gegenüber walten läßt. Auf frischer Tat ertappte Faschisten werden von den Richtern stracks wieder auf freien Fuß gesetzt, in Vallecas wurden die Faschisten, die gerade einen Arbeiter umgebracht hatten, von den Bullen in ein Taxi gesetzt, um ungeschoren das Weite suchen zu können.

MC selbst schätzt die Lage derzeit so ein, daß es für die und ihre Arbeit in Madrid eine Frage des Überlebens sein wird, wie weit es gelingt, auch andere Kräfte (speziell die PCE bzw. deren Basis) wieder für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. MC hat schon vor Monaten eine Kampagne zum Verbot von „Fuerza Nueva“ durchgeführt und auch eine parlamentarische Gesetzesvorlage eingebracht. Diese wurde von den parlamentarischen „linken“ Parteien nicht unter-

stützt. Und MC befürchtet sogar, daß ein eventuelles Verbot von „Fuerza Nueva“ — wenn überhaupt — im gleichen Zug mit einem Verbot der außerparlamentarischen Linken geschehen würde.

Wie sehr der faschistische Terror in Madrid bereits „gegriffen“ hat, wird an einem Detail deutlich. Kein(e) Madrid-Besucher(in) wird ein Auto oder einen Menschen finden, der einen Aufkleber, Anstecker, usw. gegen AKWs o.ä. trägt oder auch nur die Zugehörigkeit z.B. zu den „Comisiones Obreras“ anzeigt. In der Vergangenheit waren die solche Aufkleber tragenden Autos bzw. Personen bevorzugtes Aggressionsziel der Faschisten.

Das Bundesbüro von MC in Madrid ist mit Panzerglas geschützt. Auf einem kurzen Korridor zwischen zwei Türen kann jeder Besucher durch dieses Glas von innen begutachtet werden und wird reingelassen oder auch nicht... Auch das lokale MC-Büro von Madrid hat eine eisenverstärkte Tür. Die Reste der Zerstörung durch einen Bombenanschlag der Faschisten sind noch auf dem Flur zu sehen. Hinweise (Schilder), daß es sich um ein MC-Büro handelt, sind nicht zu finden.

Spanien-Kommission



Eine der wenigen antifaschistischen Aktionen, an der sich auch PSOE und PCE beteiligten — im März 1980 im Madrider Stadtteil Malasaña „Gegen die Eskalation faschistischer Gewalt — für Verteidigung der demokratischen ...“



Guardia Civil beglückwünschte die Mörder

Interview mit dem spanischen Rechtsanwalt José M. Mohedano

José María Mohedano ist ein in Spanien recht bekannter linker Anwalt, der vor einigen Monaten seine engen Verbindungen zur eurorevisionistischen PCE abgebrochen hat. Aus dem Interview geht seine Kritik an den „Parteien der parlamentarischen Linken“ wegen ihres mangelnden Antifaschismus deutlich hervor. Mohedano war Anwalt der Anklage im sog. Atocha-Prozess, der im Februar dieses Jahres mit hohen Gefängnisstrafen für die faschistischen Mörder der fünf Anwälte endete (drei Angeklagte erhielten lebenslanglich).

Im Januar 1977 war ein Kommando der faschistischen Terrorbanden in ein Büro in der Straße Atocha eingedrungen, in dem demokratische Anwälte — die überwiegend der PCE angehörten — tagten und hatten sie mit Pistolen niedergemetzelt.

Mohedano ist heute in einem anderen Prozess Anwalt der Anklage gegen die ebenfalls ultrarechten Mörder der Genossin Yolanda González, einer jungen Studentin, die während der Studentenkämpfe gegen das Universitätsgesetz in Madrid sehr aktiv war. Sie wurde im Februar d.J. von Faschisten entführt und umgebracht.

Frage: Das Mauthaus von Atocha entsprach einer Strategie der Spannung der Ultrarechten in der Zeit des Übergangs vom Franco-Faschismus zur sog. Demokratie. Nicht würde zunächst interessieren, welche Auswirkungen dies Mauthaus auf auch als demokratische Rechtsanwälte gehabt hat, bzw. wie weit es zur Einschleicherung der Linken beigetragen hat.

Antwort: Ich glaube, daß die Auswirkungen des Mordes an den fünf Rechtsanwälten und demselben Anschlag auf die andere vier, die wie durch ein Wunder dem Tod entgingen, damals im Jahr 1977, als es noch keine Wahlen gegeben hatte und die demokratischen Parteien noch nicht legalisiert waren, sehr groß waren. Dies zeigt die Tatsache, daß zur Verteidigung der Anwälte hunderte Tausende von Menschen aus Madrid kamen — es war eine sehr bewegendere Demonstration — und daß in fast ganz Spanien gestreikt wurde — zumindest in Madrid, dem Baskenland und Andalusien. Ich bin der Meinung, daß diese Mobilisierung entscheidend für die Legalisierung der kommunistischen Partei war. Das Bild der Geschlossenheit und Stärke, das die PCE damals nach dem Tod der Rechtsanwälte bot, war wohl das, was die damalige Regierung am meisten beeindruckte.

Die Rechtsanwälte haben sich über drei Jahre hingezogen. Der Untersuchungsrichter hat den Anwälten der Anklage alle erdenklichen Schwierigkeiten gemacht und Hindernisse in den Weg gelegt, um zu verhindern, daß die tatsächlichen Zentren der Planung und Organisation dieses Mauthaus ans Licht kommen. Während dieser drei Jahre ist es zu einer außerordentlichen Sensibilisierung der Öffentlichkeit in dieser Sache gekommen, wofür mehr als bei den Parteien der parlamentarischen Linken. Die Presse, Bürgerinitiativen, die demokratischen Anwälte und sogar die Anwaltsvereinigungen von Madrid haben sich ständig mit dem Prozess befaßt und mit den Auseinandersetzungen mit dem Untersuchungsrichter. Die Parteien der parlamentarischen Linken hingegen haben keinerlei Unterstützung bei der Aufklärung der Vorgänge gegeben, wie man es hätte erwarten können.

Während der Untersuchungen gab es nämlich Hinweise, daß bestimmte Personen der Staatsapparate und führende Vertreter der extremen Rechtsbewegung in diesem Mauthaus involviert waren. Trotzdem war es nicht möglich, diesen Beweis zu führen, obwohl die Anwälte der Anklage es irgendwann erreichten, daß der Untersuchungsrichter ausgewechselt wurde. Dies war ausschließlich das Werk der Anwälte ohne eine klare und uneingeschränkte Hilfe der linken Parteien. Als der Untersuchungs-

richter geschäft wurde, war es schon zu spät. Zwei Jahre waren vergangen, und die Spuren, die zu hohen und höchsten politischen Ebenen führten, waren bereits verwischt.

Frage: Die Gefängnisstrafen, die in diesem Prozess verhängt wurden, waren hoch, für mich geradezu ...

Antwort: Ja, aber da muß man beachten: der Untersuchungsrichter war ... anders als die fünf Richter, die die Angeklagten von Atocha verurteilten, das waren unabhängige, ziemlich anständige Leute. Diese erlaubten während der Verhandlung so gut wie keine der impetionierten Auftritte der Faschisten sowie der Anwälte der Verteidigung. Ihr Urteil basierte auf den Thesen der Anwälte der Anklage und nicht auf den Thesen des Staatsanwalts und der Verteidigung. Der Staatsanwalt hatte eine Interpretation der Vorfälle, die diesen unserer Meinung nach keineswegs angenommen war.

Frage: Kannst du etwas zu dem Auftreten der Faschisten während des Prozesses sagen?

Antwort: Die faschistischen Banden versuchten während des Prozesses den Saal zu besetzen sowie die Umgebung des Gerichtgebäudes. Sie terrorisierten die normalen Leute, die die Verhandlung besuchen wollten, beleidigten die Anwälte der Anklage und trugen demonstrativ die Uniformen und typischen Symbole des spanischen Faschismus. Am Schluß kritisierten und beschimpften sie das Gericht. Sie schütteten ihren Dreck sogar über den ermordeten Anwalt aus und zeigten sehr deutlich ihre ideologische Verbundenheit nicht nur mit den Mördern, sondern auch mit deren Tat. Der Vorsitzende hat diese Auftritte immer wieder energisch unterbrochen und einzelne aus dem Saal geworfen. Auch einen der Mörder, Fernando Cerezo, warf er raus und kritisierte unpassendes Äußerungen der Verteidigung. Es war so, daß der vorsitzende Richter sie nurwarf und die Polizeikontrolle an den Türen sie wieder reinlie-

ßen. Die „Kontrollen“ wurden von der nationalen Polizei (der Guardia Civil) und dem Hauptmann der nationalen Polizei durchgeführt. Die Faschisten erhielten sogar, nachdem sie am Tag zuvor rausgeschmissen worden waren, am nächsten Tag auf Anweisung dieses Hauptmanns bevorzugten Zutritt, d.h. sie brauchten nicht in der Schlange der Wartenden anzustellen. Wir haben sogar beobachtet, wie Mitglieder der Guardia Civil die Mörder in ihren Zellen beglückwünschte und umarmt haben.

Frage: Du hast gesagt, daß ihr nicht in der Lage wart, bestimmte Verbindungen der Mörder zum Staatsapparat nachzuweisen. Wäre es dir möglich, einige Vermutungen zu äußern? Antwort: Es stimmt nicht, daß wir nicht in der Lage waren, diesen Beweis zu führen, sondern man hat uns nicht gelassen. Wir haben alle Anstrengungen gemacht, drei Jahre voller Berufungen, Petitionen, Konfrontationen, aber da der Untersuchungsrichter das letzte Wort hat, hat er diese Beweisführung nicht zugelassen.

Unsere hauptsächlichsten Vermutungen und damit unsere Untersuchungen gingen in drei Richtungen. Einerseits zu bestimmten Führern der extremen Rechten, zu der die Mörder gehörten. Sie gehörten nicht nur dazu, sondern übten in ihr Funktionen aus. Z.B. der Fall von Ramundo Fernandes Cueto, Präsident der spanischen Falange und der JONS und Blas Pinar, Vorsitzender von „Fuerza Nueva“. Diesen beiden Parteien gehörten die Mörder an. Das Urteil bestätigt es. Die Mörder erhielten direkt Instruktionen von ihren Chefs; sie übten in diesen Parteien Sicherheits- und Bewachungsfunktionen aus.

Zweitens haben wir uns Polizisten zugewandt, die z.T. sogar Leitungsfunktionen im antiterroristischen Kampf hatten. Wir haben erreicht, daß schließlich ein sehr bekannter Polizist zugab, González Pacheco bekannt unter dem Namen „Billy, das Kind“. Das ist einer der wichtigsten Chefs der Anti-Terror-Brigade. Nach den Aussagen der Angeklagten war dieser Mann ihr Freund, sie ka-

Protestanten näherten sich

men sogar nach dem Mord zu ihm. Dieser hat es jedoch bestritten. Das war ein wichtiger Widerspruch in den Aussagen während des Prozesses, der aber wegen des Untersuchungsrichters nicht weiter verfolgt werden konnte.

Drittens richteten sich unsere Nachforschungen auf einige Führer der vertikalen, der faschistischen Gewerkschafts-Transmon. Das sind dieselben, die Eigentümer der wichtigsten Transportbetriebe sind, in denen es eine bedeutende Mafia gibt. Man muß wissen, daß das Arbeiterbüro, wo das Massaker geschah, ein Büro war, wo die Transportarbeiter, die damals im Streik standen, sich beraten ließen und daß der Vorsitzende von „Comisiones Obreras“ von diesen faschistischen Gewerkschaftsboesen bedroht worden war. Wir haben diese absolut faschistischen Typen zur Aussage aufgefordert.

Frage: Könntest du jetzt etwas zu den Hintergründen der Entführung und Ermordung von Yolanda Gonzalez sagen?

Antwort: Bei dem Mord von Yolanda befinden wir uns in einer neuen Phase der Organisierung der extremen Rechten in Spanien. Bei dem Massaker von Atocha arbeiteten die terroristischen Gruppen noch unter dem Schutz und mit Hilfe der legalen Institutionen der Franco-Zeit, also der vertikalen Gewerkschaft und mit eindeutiger Verbindung zu Einheiten der Polizei. In der jetzigen mehr demokratischen Phase, wenn auch mit sehr beschränkter Freiheit, haben sich diese Gruppen der extremen Rechten im Untergrund organisiert, obwohl sie legale Apparate unterhalten wie die Parteien „Fuerza Nueva“, Falange usw. Sie greifen auf Formen der konspirativen Arbeit zurück, wie konspirative Wohnungen oder ein Teil ihrer Leute, die in der Öffentlichkeit nicht auftauchen usw. usw. Somit haben die faschistischen Parteien eine Parallelorganisation, einen „illegalen“ Arm. Das konnten wir bei dem Mord an Yolanda Gonzalez beweisen. Es wurden eine Menge Waffen, Munition, konspirative Wohnungen usw. gefunden sowie gefälschte Ausweise und spitzfindige elektronische Apparate, mit denen sie den Polizeifunk ebenso wie die Privatsender von Autos von Regierungsmitgliedern abhören konnten. Wir fanden ein großes Archiv über Personen, die demokratischen und linken Organisationen angehören. Einige dieser Informationen können nur aus Polizeiarchiven stammen.

Frage: Bei dem Kommando, das Yolanda entführte und umbrachte, war ein Polizist dabei.

Antwort: Ja, es war einer von der nationalen Polizei dabei. Es ist nicht klar, ob nicht auch ein Mitglied der Guardia Civil beteiligt war, der Bruder von Emilio Hellin, einem der größten Mörder. Dieser hatte Beziehungen zu einigen Angehörigen der



Beerdigung der ermordeten linken Anwälte (1977)

nationalen Polizei, wenn diese Beziehung auch nicht ganz erhellbar werden konnte.

Leider müssen wir sagen, daß der Untersuchungsrichter auch in diesem Fall ähnlich vorgeht wie der Untersuchungsrichter im Atocha-Prozess und auch weigert, den Prozess gegen den wichtigsten Organisator des Mordes zu eröffnen, gegen den Sicherheitschef von „Fuerza Nueva“, Martinez Loza. Nach Aussagen des Hauptangeklagten Hellin war es, daß die Anweisungen gab, das Geld für die Waffen, die konspirative Wohnung usw. beschaffte.

Frage: Wie sieht es heute mit den Verbindungen zwischen Polizei, Guardia Civil, Geheimdiensten einerseits und den rechten Terrorbanden andererseits aus?

Antwort: Ich glaube, es gibt Indizien für Verbindungen von Teilen der Polizei, der Armee – vor allem dem Geheimdienst der Armee – und Gefängnisbeamten mit der extremen Rechten. Diese leiten ihnen Informationen zu und organisieren wahrscheinlich gemeinsam mit ihnen einige der Aktionen. Es ist normal, daß das so ist, da diese Apparate ohne Veränderungen, völlig intakt aus der Franco-Zeit übernommen wurden. Die demokratischen Kräfte sind in allen diesen Bereichen in einer verschwindenden Minderheit.

Frage: Zum Schluß eine Frage zu deiner Arbeit als Rechtsanwalt. Du weißt sicher, daß in der BRD Anwälte, die in sogenannten Terroristenprozessen die Angeklagten verteidigen, in ihrer Mehrheit selber Verfahren wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung oder sogar Berufsverbot bekommen haben, wie das bei Klaus Croissant der Fall war. Hebt ihr ähnliche Schwierigkeiten, werdet ihr von der extremen Rechten sehr bedroht?

Antwort: Wir sind hier noch nicht so weit wie in Deutschland. Zwar kriegten wir auch Schwierigkeiten seitens der Staatsorgane, es hat jedoch noch keinen Fall der Anklage gegen einen Anwalt wegen angeblicher Unterstützung des Terrorismus gegeben, noch ein Berufsverbot. Es gibt noch eine demokratische Tradition innerhalb der Anwaltsvereinigungen, die gegen Angriffe der Regierung auf Anwälte einmütlich auftraten. Als der Justizminister mit einer Äußerung mal Anwälte der Zusammenarbeit mit dem Terrorismus beschuldigte, gab es eine sehr deutliche Reaktion der Anwaltsvereinigungen und auch von anderer Seite. Nicht einmal Anwälte aus dem Saarland haben bisher Berufsverbote oder Berufsverbote. Also von formalen Gesichtspunkten aus ist der Spielraum des Anwalts relativ akzeptabel. Anders ist es in den Gefängnissen, wo dieser oder jener Gefängnisdirektor den direkten Kontakt zum Mandanten behindern kann oder die Schwierigkeiten, die ein Richter macht, ordentliche Untersuchungen anzustellen.

Was die deutschen Verhältnisse betrifft, so haben wir sie nicht – und wir werden alles Menschenmögliche tun, damit es nicht soweit kommt. Das würde die Liquidierung aller Rechte der Verteidigung bedeuten und aller Rechtsgarantien der Mandanten.

Was die Drohung seitens der extremen Rechten anbelangt: Gut, wir werden bedroht, ständig. Es gibt Drohungen über Telefon, Briefe usw. Versuche, Anwälte zu vergewaltigen oder Bomben in Büros oder Autos von Anwälten zu legen. Das kommt zwar nicht häufig vor, aber es gibt ein paar Beispiele. Einige Male haben wir dabei die Hilfe der Polizei, andere Male nicht. Das ungefähr ist die Situation. Ich danke dir für das Gespräch.

Gesetzespaket zur »Sicherheit und Freiheit« verabschiedet

„Douce France, terre d'asile, terre de liberté“ (Liebliches Frankreich, Asylland, Freiheitsland) sangen früher die Posten. Frankreich heute, das sind: Tote auf Demonstrationen, Offensivgrenzen gegen AKW-Gegner, faschistische Übergriffe gegen Araber und Juden, 5 bis 10 Jahre Gefängnis für Pädophile, Knast für Ärzte, die Abtreibungen durchgeführt haben, Neutronenbomben-Produktion und als vorläufig letztes Glied dieser Kette das Gesetzespaket „Sicherheit und Freiheit“ von Minister Peyrefitte.

Nach mehreren Wochen Diskussionen in der Nationalversammlung ist es jetzt am 23.6. endgültig verabschiedet worden, bei 265 Für- und 205 Gegenstimmen.

Bevor wir die verschiedenen neuen Gesetze darstellen, zunächst eine kurze Vorstellung von Peyrefitte. Peyrefitte steht sein großes Vorbild im amerikanischen Strafrecht. Sein Leitgedanke ist dabei, „den sozialen Determinismus ablehnen und die persönliche Autonomie und individuelle Verantwortung in den Vordergrund zu stellen“. Das heißt: „Die Verbrechen und Delikte dürfen nicht ihre objektive Bedeutung verlieren aufgrund der Psychologie des Angeklagten. Der Angeklagte muß seinen Teil der Gesellschaft ausmachen, unabhängig davon, ob er ein „Mächtiger“ oder ein „armer Typ“ ist. Diese Laissez-faire muß endlich ein Ende finden. Das ist der Geist, der uns befehligen. Man darf sich nicht von Ideologen verführen und manipulieren lassen, die Verbrechen verteidigen, weil sie angeblich Produkte der Gesellschaft seien, oder weil sie angeblich die Gesellschaft stören wollen. Wir wollen mehr Freiheit für die

Unschuldigen haben! Wir wollen mehr Sicherheit für die ehrlichen Menschen haben! Keine Freiheit für die Gewalt! Keine Sicherheit für die Schuldigen!“ (Zitat aus: „Libération“, 17.6.80).

Mobilisiert wird die Stimmung des „kleinen Mannes“, der nach Ordnung und Ruhe schreit. Vorbild ist eine Rachejustiz, wie sie im puritanisch-brutalen Amerika des 19. Jahrhunderts existiert hat.

1. Ersatzstrafen

Auf Initiative des in Frankreich bekannten faschistischen Grashüblers der Tugend, J. Foyer (RPR, Chirac-Partei), sind Ersatzstrafen nun nicht mehr möglich.

2. Bewährung Auf Initiative der Chirac-Partei und der Gaullisten (UDF) sollen keine Bewährungsmaßnahmen mehr ausgesprochen werden, wenn die Gefängnisstrafe höher als drei Monate liegt.

Eine Bewährung soll ohnehin total unmöglich sein, wenn der Angeklagte in den fünf Jahren zuvor schon einmal bestraft worden ist.

3. Kriminelle Vereinigungen Vorbereitende Taten zu schwerwiegenden Verbrechen wie zum Beispiel Entführungen, sollen, wenn sie von einer „kriminellen Vereinigung“ geplant worden sind, schwerer bestraft werden als bislang.

4. Arbeit im Knast Ursprünglich wollte ein Gaullist durchsetzen, daß bestimmte Knaststrafen mit Zwang zu handwerklicher Arbeit verbunden werden. Auf Bitte der Regierung, die darauf hinwies, daß es mitunter schwierig sei, den Gefangenen Arbeit zu verschaffen, wurde der Antrag zurückgezogen.

5. Schutz der Zeugen

Ursprünglich war von der RPR vorgeschlagen worden, diejenigen Journalisten, die Zeugnennamen bekannt machen, mit Gefängnis zu bestrafen. Die Presse darf nun solange nichts über Zeugen veröffentlichen, solange sie nicht vor der Anklagekammer erschienen sind.

6. Verbrechenermittlung Im Falle von Verbrechen kann die Anklagekammer sofort eingreifen, ohne erst den Ermittlungsrichter einzuschalten.

7. Ausweisungsprozedur gegen Ausländer

Die Verhaftung von Ausländern, gegen die eine Ausweisungsprozedur eingeleitet worden ist, kann durch Erlass verlängert werden, darf aber nicht länger als fünf Tage dauern.

8. Todesstrafe Bei 252 Für- und 102 Gegenstimmen bleibt die Todesstrafe erhalten (die Gruppe der KPF-Abgeordneten hatte den Gegenantrag gestellt).

9. Schutz der Opfer Strafgefangene, die ihre Opfer entführen (z.B. bei Einbruchdelikten) können Strafreitermilderung dafür erhalten.

10. Ausweiskontrollen Jede Person, die eine Ausweiskontrolle ablehnt oder diese behindert, muß in Zukunft mit einer Konstruktiv zwischen 10 Tagen und drei Monaten rechnen, plus eine Geldstrafe von 1.200 F. bis zu 2.000 F. (600 - 1000 DM).

Als nächstes steht ein weiteres Gesetzespaket an: „Gesetzesinitiative zur Stärkung der Sicherheit und zum Schutz der Freiheit der Personen“.

Frankreich Kommission

Kontaktadressen des KB

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lärchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040 / 43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040 / 43 53 46

Postleitzahl A 050011
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Messe

Dortmund
KB c/o Bucherstrube
Große Heimenstraße 62
46 Dortmund 1
Duisburg
Postleitzahl 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurparkplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Violeth Pl. 8 und
Buchladen Bundesklub, Thagelstraße 39
Steppenberger Str. 13-15

Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 18.30 - 19 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postleitzahl 41000
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rhyel
(Füllgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Hauptpostleitzahl
Postleitzahl Nr. 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Friedrich Rots
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Joe Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK Leuchter jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Messe) Kontakt über
Postleitzahl 069 045 B
AK Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Messe Triplan

Karlsruhe
Postleitzahl 063880 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postleitzahl 074 B
7000 Stuttgart 1
Postleitzahl 074 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

München
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gemeinschaftshaus

Nürnberg
P. Tröbner
Postfach 180 672
85 Nürnberg

Würzburg
Postleitzahl 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Empfehlen, Alte Messe

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Hamburger Satz- und Verlags-
Kooperative GmbH, Lärchen-
straße 75, 2000 Hamburg 50.
Herausgeber: Hamburg 43 53 04 oder
43 53 20, Redaktion Hamburg
43 54 15, V.i.S.d.P. H. Eckhoff.
Verlagsschrift: Abonnement-
preis jährlich DM 55,- im Abstr.,
sonst FöschA Hamburg 27175-
203 (BLZ 200 100 20) oder
Dresdner Bank Hamburg
4810 68500 (BLZ 200 800 80).
Einzelpreis DM 2,-; erscheint
14tägig. Bei Nichterschienen
durch höhere Gewalt kein Ent-
schädigungsanspruch. Auflage
dieser Ausgabe: 6.700.
Eigentumsvorbehalt: Nach die-
sem Eigentumsvorbehalt ist die
Zeitschrift solange Eigentum des
Abonnenten, bis sie dem Gefan-
genen persönlich ausgehändigt
worden ist. „Zur-Habe-Nahme“
ist keine Auslieferung im Sinne
des Vorbehalts. Wird die Zeit-
schrift dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie
dem Abnehmer mit dem Grund
des Nichtauslieferungs zurück-
zugeben.

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel. 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postleitzahl 086245 A
230 Flensburg

Kiel
M. Lankau
Postleitzahl 08 86 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postleitzahl 082 314 A
24 Lübeck 1

Oderstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postleitzahl A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinnberg/Bräunburg
Postleitzahl A 022 926
208 Pinnberg

Bremen

Bremervor
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremervor
Tel. 0471/41507

ARBEITERKAMPF Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postleitzahl 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
J. Brunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Ochsen
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Kartstadt
Herdorferstraße

Emden
Postleitzahl 0674 58 A
287 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 a.Hel. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Carpen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postleitzahl 018182
3700 Hildesheim
Verkauf: Füllgängerzone/Hofer Weg

Lüneburg
Postleitzahl A 017 600
314 Lüneburg
Sonabend Bucherstraße 11 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Wasser-Emm-Gebiet
Postleitzahl 070 178 A
28 Oldenburg

Waltewburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland Pfalz

Speyer
G. Willmeier

Nordrhein Westfalen

Düsseldorf
J. Reents Vertriebsbüro
Buddstraße 8
48 Düsseldorf
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Schluß mit dem Völkermord in Kurdistan

Demokratie für Iran — Autonomie für Kurdistan

In Kurdistan herrscht seit zwei Monaten wieder Krieg. Zum zweitenmal seit Errichtung der Islamischen Republik (1. April 1979) versuchen die neuen Machthaber mit massivem Einsatz der Armee, der Luftwaffe und der Pasdaran (Revolutionärgarden) den Kampf der kurdischen Bevölkerung um Autonomie und Demokratie in Blut zu ertränken. Bis heute — drei Monate nach Beginn des zweiten Krieges — konnte der Widerstand der kurdischen Bevölkerung nicht gebrochen werden; die Aussichten, auch in diesem Krieg nicht von der Armee besiegt zu werden, sind durchaus gut. Schon einmal war die Regierung im letzten Jahr gezwungen, nach mehrmonatigem Kampf die Taktik des Verhandelns und der scheinbaren Zugeständnisse gegenüber den Kurden einzuschlagen, mit der Absicht, auf diese Weise die eher kompromissbereite Demokratische Partei Kurdistan (DPK) aus der gemeinsamen Front mit den beiden revolutionären Organisationen Volksfedayin (Abteilung Kurdistan) und Komalah (Revolutionäre Organisation der Werktätigen Kurdistan) herauszusprengen.

Das äußerst brutale Vorgehen der Armee und Pasdaran (in direktem Auftrag der Regierung — s. Kasten „Die Ausführung und Durchsetzung der Befehle nach der Machtübernahme der Regierung in besonders gefährdeten Gebieten in Konsultation mit dem Präsidentenamt“ — u. n. d. des Revolutionsrates) richtet sich nicht nur gegen die geforderte Autonomie. Gleichzeitig sollen die in den befreiten Gebieten Kurdistan gebildeten demokratischen Strukturen zerschlagen und der enorm große Einfluß der fortschrittlichen und revolutionären Organisationen zurückgedrängt werden. Ein Sieg der Zentralgewalt in Kurdistan würde den Kämpfen der anderen nationalen Minderheiten (die insgesamt die Mehrheit der Bevölkerung Irans bilden) und der linken und demokratischen Kräfte den wohl bisher schwersten Schlag versetzen.

In seinem Kampf hat das kurdische Volk bisher große Opfer bringen müssen. Die mörderischen Bombardements der Artillerie und der Luftwaffe haben tausende Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert, weitaus mehr wurden z.T. außerordentlich schwer verletzt. Ein großer Teil der Häuser wurde zerstört (in Sanandaj 50%), 110.000 Menschen wurden obdachlos, große Teile der Bevölkerung der umkämpften Städte mußten sich in die Dörfer zurückziehen oder in andere Städte Irans flüchten (z.B. Teheran). Beigetragen dazu hat der seit Monaten dauernde totale wirtschaftliche Boykott Kurdistan. Kurdistan ist völlig von der Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten abgeschnitten, außerdem sind Krankenhäuser systematisch von den Regierungstruppen zerstört worden. Das kurdische Volk braucht unsere Solidarität!

Dies ist umso wichtiger, als die bürgerlichen Medien die Verbrechen am kurdischen Volk nahezu vollständig verschweigen, ebenso wie alle internationalen Hilfsorganisationen — trotz aller Appelle seitens der kurdischen Organisationen.

eben am kurdischen Volk nahezu vollständig verschweigen, ebenso wie alle internationalen Hilfsorganisationen — trotz aller Appelle seitens der kurdischen Organisationen.

Die Kämpfe in Sanandaj

(Der folgende Artikel beruht auf den Berichten zweier kurdischer Genossen, die bis zur Aufgabe der Stadt in Sanandaj waren.)

Ende Januar begann in Sanandaj ein 30-tägiger Generalstreik. Anlaß war — wie in fast allen politischen und militärischen Kämpfen, die seit dem Sturz des Schah-Regimes in Kurdistan geführt wurden — eine Provokation der Pasdaran. Seit dem ersten Krieg (August bis Oktober 79) waren die Pasdaran wegen der Massaker, die sie unter der Zivilbevölkerung angerichtet hatten (Verhaftungen und Exekutionen aufgrund von Demonstrationen registrierter Bewohner oder auch willkürlich), bei der kurdischen Bevölkerung erst recht verhaßt. Obwohl bewaffnet, trauten sie sich kaum auf die Straße. Eine ihrer Quartiere hatten sie im Offiziersclub am zentralen Platz der Stadt, auf dem sich die Arbeitslosen zu versammeln pflegten. Eines nachmittags schossen die Pasdaran einfach vom Offiziersclub aus in die Menschenmenge und verhinderten durch weitere Schießereien, daß die Leichen geborgen wurden. Unter den toten bis acht Erschossenen waren einige Bazaris (Händler).

Gerade in Sanandaj hatten die Reaktionen (frühere Schah-Anhänger und jetzt Anhänger der Islamischen Republik) sehr großen Einfluß, besonders unter den Händlern, die bis dahin mit Muftizadeh zusammengearbeitet hatten. Muftizadeh war in Sanandaj unmißverständlich nach dem Aufstand im Februar von der Regierung mit Geld und Waffen ausgestattet worden, um Kämpfe gegen die um Autonomie und Demokratie kämpfenden Kurden zu provozieren. Schon vor etwa einem halben Jahr war er gezwungen, Sanandaj zu verlassen.

Die Bazaris schlossen sofort nach Bekanntwerden des Blutbades ihre Läden, Lehrer, Beamte und Schüler schlossen sich dem Streik an. Die Provokation der Pasdaran brachte die Bazaris endgültig auf die Seite des kurdischen Volkes — vorher hatte die Spaltung die Auseinandersetzungen mit der Zentralgewalt erheblich beeinträchtigt. Schon in den Monaten vorher war versucht worden durch Diskussionen die Bazaris zu überzeugen, die in ganz Kurdistan im wesentlichen kleine Händler und Arbeiter war die Stimmung in der Stadt nach dem letzten Krieg gegen

die Regierung umgeschlagen.

Gefordert wurde: „Die Pasdaran müssen Sanandaj und Kurdistan verlassen“. „Wir werden solange streiken, bis die Pasdaran Sanandaj verlassen haben.“ In allen Moscheen versammelten sich die Menschen, die ganze Nacht hindurch wurde diskutiert. In der Freitagmoschee (der wichtigsten Moschee) wurde von mehreren Hundert mit einem Sitzstreik begonnen, der solange dauern sollte, bis die Regierung zu den Forderungen Stellung nehmen würde. Die Antwort der Regierung kam nicht. Dafür wurden von Seiten der Bevölkerung jetzt auch die Autonomieforderungen mitgestellt. Trotz enormer Kälte (bis zu 30 Grad minus) versammelten sich täglich die Menschen in der Stadt, um auf die Antwort der Regierung zu warten. Es herrschte eine außerordentliche Spannung, da die Pasdaran und Muftizadeh-Anhänger ständig versuchten zu provozieren.

Von der Regierung wurde die Bevölkerung immer wieder durch widersprüchliche Aussagen hingehalten, immer wieder wurde das Entsenden einer Verhandlungsdelegation versprochen — niemand kam. Gleichzeitig versuchte die Regierung, die Zufahrtstraßen zu sperren, Lebensmittel und Brennstoffe wurden nicht mehr durchgelassen. Trotz dieser schweren Bedingungen wurde der Streik weitergeführt (alle Beamten erhielten von diesem Zeitpunkt an kein Geld mehr, alle Lehrer wurden entlassen). In dieser Zeit setzten sich die politischen Organisationen immer mehr durch. Die Bevölkerung erlebte sehr anschaulich, daß die Regierung ihren Forderungen total interesselos gegenübersteht.

Eine besondere Rolle spielten während des Streiks, wie auch in den nachfolgenden Kämpfen, die Benke. Das sind Stadtleute, die von den Organisationen „Komalah“ und „Volksfedayin“ Kurdistan als Alternative zu dem nach den Kämpfen im März 1979 gewählten, mehrheitlich reaktionären Stadtrat von Sanandaj initiiert wurden. Die Benke organisierten besonders seit Oktober 79 (nach Ende des ersten Krieges) die medizinische Betreuung der Bevölkerung.

die Lebensmittelverteilung, die Waffenverteilung und die Selbstverteidigung.

Die Benke bildeten das Rückgrat des Kampfes der Bevölkerung von Sanandaj.

Schließlich wurden die Pasdaran nach dreitägigem Streik, dem ersten großen politischen Kampf einer ganzen Stadt, aus Sanandaj abgezogen. 60.000 bis 70.000 Menschen (Sanandaj hat 160.000 bis 170.000 Einwohner) feierten diesen — vorläufigen — Sieg in einer Festdemonstration. Allerdings durften sich nach Abzug der Pasdaran die kurdischen Paschmargas (Freiheitskämpfer) nicht mehr mit offen getragenen Waffen auf der Straße zeigen. Nach dem ersten Krieg waren die Paschmargas nach Sanandaj zurückgekehrt, wo sie sich jetzt auch offen zeigen konnten, u.a. hatten sie Büros in der Stadt aufgemacht.

Entwaffnung der Rasaghi-Gruppen

Nachdem Muftizadeh und seine Anhänger in Sanandaj und Umgebung weitgehend isoliert waren (wie schon zuvor die „Ghiadeh Mowaghat“, eine mit der Regierung zusammenarbeitende Gruppe ehemaliger Barzani-Anhänger), wurde die Rasaghi-Gruppe eingesetzt, um zu versuchen, die fortschrittlichen und revolutionären kurdischen Organisationen zu isolieren. Die Rasaghi (Befreiung) - Gruppe war von Scheich Naghschbandi (SAVAK-Anhänger), dessen Familie traditionell über großen Einfluß unter den Bauern in dieser Gegend verfügte, aus relativ unbewußten Bauern aufgebaut worden. Ausgerüstet wurde diese Gruppe vom Irak, eingesetzt vor allem in der Gegend von Marwan und Orman, in der besonders die revolutionäre Organisation Komalah stark ist. Zwei Tage nach Streikende wurde diese Gruppe an acht Orten von der Komalah entwaffnet, nachdem zuvor schon die drei kurdischen Organisationen unbekannte Sympathisanten in die Gruppen eingeschleust hatten. Die Entwaffnung verlief daher relativ unblutig. Die Menschen und die Struktur dieser Gruppen sind ein anschauliches Beispiel dafür, wie gut die Zusammenarbeit des irakischen und iranischen Regimes, der Feudalisten und alten SAVAKs gegen die Kurden und fortschrittliche Kräfte klappt.

erbt das irakische und iranische Regime, der Feudalisten und alten SAVAKs gegen die Kurden und fortschrittliche Kräfte klappt.

Vorbereitung des Krieges

Gleichzeitig wurde von Seiten der Regierung, der Armee und der Muslimen-Paschmargas (Djash-Einheiten), in denen sich jetzt die Reaktionen der verschiedenen z.T. aufgearbeiteten konterrevolutionären Gruppen sammelten (Muftizadeh-Anhänger, SAVAK-Anhänger, Ghiadeh Mowaghat, Feudale), neue Provokationen gestartet, mit denen der zweite Krieg vorbereitet wurde. Ein Beispiel ist die bestialische Ermordung der Studenten Tagharobi, der von Muslimen-Paschmargas aus einem Bus heraus wegen Besitzes von Flugblättern verhaftet wurde und dessen Leiche dann zufällig, grausam verstümmelt, in einem anderen Ort wiedergefunden wurde.

Pasdaran besetzten erneut Kammern (zwischen Sanandaj und Kermanshah), was zu zweitägigen Kämpfen führte. Mehrmals in der Woche wurden Demonstrationen gegen die Provokationen durchgeführt.

Der zweite Krieg

In dieser angespannten Atmosphäre sollte die Armee unter dem Vorwand, die Grenze zum Irak zu schützen, durch Kurdistan marschieren. Gerade aber an diesem Abschnitt der Grenze hatte es überhaupt keine Grenzzwischenfälle mit irakischen Truppen gegeben (Es gab höchstens Kämpfe zwischen irakischen Truppen und den irakischen Kurden, die ebenfalls wieder begannen, sich zu erheben). Es war ganz offensichtlich, daß mit diesem Manöver versucht werden sollte, Kurdistan zu besetzen, das in weiten Teilen unter kurdischer Kontrolle steht. Mehrmals wurde die Armee an verschiedenen Orten von der Bevölkerung und den Paschmargas daran gehindert, Kurdistan zu durchqueren. Schließlich gelang es am 20. April immer 1.400 Mann starke Einheiten mit Panzern, Armeelastwagen und bis an die Zähne bewaffnet, bis nach Sanandaj vorzustoßen. Die SchülerInnen einer Mädchenschule stellten sich den Truppen in den Weg. Innerhalb von einer halben Stunde kamen 30.000 bis 60.000 Menschen zusammen. Nach zweieinhalb Stunden mußten sich die Truppen auf den acht Kilometer entfernten Flugplatz zurückziehen. Die Bevölkerung begann in Sanandaj Barrikaden zu bau

Fortsetzung nächste Seite



Das folgende Papier veranschaulicht, daß das Vorgehen der Zentralgewalt nicht der Grausamkeit einzelner Pasdaran zuzuschreiben ist, sondern systematisch und geplant von den neuen iranischen Machthabern eingesetzt wird. Wir geben es gekürzt wieder (Hervorhebungen vom AK).

Das folgende Papier veranschaulicht, daß das Vorgehen der Zentralgewalt nicht der Grausamkeit einzelner Pasdaran zuzuschreiben ist, sondern systematisch und geplant von den neuen iranischen Machthabern eingesetzt wird. Wir geben es gekürzt wieder (Hervorhebungen vom AK).

„Die Ausführung und Durchsetzung der Befehle nach der Machtübernahme der Regierung in besonders gefährdeten Gebieten in Konsultation mit dem Präsidentenamt“

- Der Generalstab des islamischen Militärs ist verpflichtet, die politischen Gesichtspunkte und die militärischen Pläne mit dem Befehlshaber der Armee der Wächter der islamischen Revolution (Pasdaran) zu koordinieren, damit der Islam siegt und die Ungläubigen und Konterrevolutionäre vernichtet werden.
- Innerhalb eines geheimen Rundschreibens des Militärs und der Pasdaran soll durch Lebensmittelzuteilung, Anteilnahme und Mitleid die Sympathie und Unterstützung der Kurden gewonnen werden, ihre politischen Gedanken sollen vertrieben werden, damit der Islam Khomains wieder in ihren Herzen lebendig wird.
- Wächter der Revolution und Militär sollen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die drei Organisationen: Demokratische Partei Kurdistan, Organisation der revolutionären Werktätigen Kurdistan (Komalah) und Volksfedayin (Abteilung Kurdistan) aus den Städten treiben und die Bewohner von ihrer politischen Propaganda fernhalten.
- Die Pasdaran sollen eine Propaganda unter der kurdischen Bevölkerung in entlegenen Dörfern betreiben, u.a.: „Die politischen Organisationen sind abhängig vom Rest des Schah-Regimes, vom irakischen Baathregime und den Ungläubigen“ (1).
- Nach der Machtübernahme der Regierung muß die agitatorische Beziehung zwischen der Bauernklasse und den politischen Organisationen unterbrochen werden.
- Die Probleme Kurdistan sollen aus propagandistischen Erwägungen vor den Augen anderer nationaler Minderheiten begünstigt werden. Radio und Fernsehen sollen die Nachrichten und Probleme aus Kurdistan mit Gleichgültigkeit behandeln.
- Innerhalb des Militärs soll versucht werden, das kurdisch sprechende Personal nach anderen Teilen des Iran zu verlegen, damit sie von Provokationen innerhalb des Militärs fern bleiben.
- Da die Lehrerschaft und die Beamten Kurdistan zu einer relativ wohlhabenden Schicht gehören, sind ihre Gehälter versuchsweise für ein bis zwei Monate gesperrt, damit der erhoffte Effekt eintritt, daß sie aufgrund ihrer meist konservativen Einstellung ihre Beziehungen zu den politischen Organisationen abbrechen und eine Isolierung der politischen Organisationen möglich ist.
- Die wirtschaftliche Einkreisung Kurdistan soll immer enger werden.
- Die Funktionen der drei politischen Organisationen sollen verhaftet werden.
- Mit Hinrichtungen der Konterrevolutionäre soll in Kurdistan Angst und Schrecken verbreitet werden.
- Die Verwaltung ist in Kurdistan (auf den Gebieten der Finanzen, Wasser, Elektrizität, Tabakwaren, Gerichte und Revolutionsgerichte) zu verkleinern.
- Die Regierung ist verpflichtet, den Sicherheitsgürtel um Kurdistan zu verstärken, damit die nationale Bewegung von innen her in die Knie gezwungen werden kann.

(Demokratische Partei Kurdistan Iran (DPKI) am 1.8.80; Übersetzt von der OKNA [Organisation der Kurdischen Nation im Ausland])

Fortsetzung von Seite 42

en, um die Armeen am Durchmarsch zu hindern. Drei Tage lang wurde in Versammlungen diskutiert, was geschehen sollte.

Die Demokratische Partei und die Volksfedayin waren zunächst der Meinung, die Armeen – wenn auch nicht durch die Städte – zur Grenze durchzulassen. Noch während der Diskussionen wurden Marwan und Saqer von der Armee angegriffen. Schließlich versuchte die Armee auch, Sanandaj zu umzingeln. Damit wurde endgültig klar, daß die Armeen nicht zur Grenze, sondern in die Städte wollten. Die Bevölkerung bestand darauf, daß die Peschmerga in der Stadt blieben, um die Stadt zu verteidigen. Zu gut hatte die Bevölkerung die auf Befehl Khalkbais durchgeführten Massaker nach dem ersten Krieg in Erinnerung. Falls die Peschmerga die Stadt verlassen wollten, sollten sie die Waffen an die Bevölkerung abgeben und sich nie wieder in der Stadt blicken lassen. Schließlich beschlossen alle drei Organisationen zu bleiben.

Beim Versuch, Sanandaj zu umzingeln, wurden die Armeen und Peschmerga-Einheiten fest vollständig aufgerufen. Dann aber begann ein mörderischer Bombardement aller Städte (außer Mahabad, Boko und ein paar kleinere Städte im Norden). 25 Tage lang dauerte der Angriff auf Sanandaj (auf Baneh sogar zwei Monate), ständig wurde die Stadt bombardiert, die Toten mußten auf den Straßen liegen bleiben und schließlich in den Höfen beerdigt werden. Gezielt wurden die beiden Krankenhäuser von Sanandaj zerstört. Ärzte wurden nicht nach Kurdistan durchgelassen. Eine Gruppe wurde zunächst auf dem vom Militär besetzten Flughafen festgehalten, dann durchgelassen, um ein paar hundert Meter weiter unter Beschuß genommen zu werden. Es gab drei Tote.

Immer wieder Armeen-Einheiten und Peschmerga überfallen.

In der ersten Juli-Hälfte wurden bei Kämpfen in Urmia und Kermanshah 228 Armeen-Angehörige und Peschmerga getötet, bei Kämpfen in der Nähe des Flughafens von Sanandaj wurden 47 Peschmerga getötet. Die Peschmerga haben viele schwere Waffen während der Kämpfe erobert oder zerstört. Allein über Sanandaj wurden acht Armeehubschrauber abgeschossen. Militärisch sind die Kurden nicht bewegbar, der Winter wird für ihren Kampf noch bessere Bedingungen schaffen.

Problematisch wird die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Benzin und Medikamenten. Nach wie vor wird der Boykott Kurdistans durchgehalten. Autofahrer bekommen 15 l Benzin pro Woche zugewiesen, Fahrzeugen, die nach Kurdistan fahren, wird von Peschmergan das Benzin abgezapft. Während die Bauern, die nahezu vollständig den Kämpfen des kurdischen Volkes unterstützen, dabei sind, schnell zu ernten, um wenigstens einigermaßen die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, haben die Regierungstruppen begonnen, die Felder zu bombardieren und in Brand zu setzen.

Seit drei Wochen gibt es in Boko einen Sender der Demokratischen Kurdischen Partei, der eine Reichweite über den ganzen Iran hat und in persischer und kurdischer Sprache sendet. Vorher wurde die iranische Bevölkerung nur mit den faustdicken Lügen der islamischen Rundfunks konfrontiert. Auch die politischen Auseinandersetzungen geben weiter in Mahabad fand eine große Kundgebung gegen die Regierung und den Boykott Kurdistans statt. Nach der Spaltung der Volksfedayin und dem Ausschluß von sieben der Tudeh-Partei bestehende führenden Mitglieder.

Seit Mai hat etwa 80% der Bevölkerung die stark zerstörten Städte verlassen müssen. Sie leben in den Dörfern oder anderen Städten Irans, wo sie ebenfalls mit Verfolgung – weil sie Kurden sind – rechnen müssen.

Das kurdische Volk ist nicht bezogen!

Nach wie vor kontrollieren die kurdischen Peschmerga das Land – auch in den Städten gehen die Kämpfe weiter. Von den Bergen aus werden



immer wieder Armeen-Einheiten und Peschmerga überfallen.

In der ersten Juli-Hälfte wurden bei Kämpfen in Urmia und Kermanshah 228 Armeen-Angehörige und Peschmerga getötet, bei Kämpfen in der Nähe des Flughafens von Sanandaj wurden 47 Peschmerga getötet. Die Peschmerga haben viele schwere Waffen während der Kämpfe erobert oder zerstört. Allein über Sanandaj wurden acht Armeehubschrauber abgeschossen. Militärisch sind die Kurden nicht bewegbar, der Winter wird für ihren Kampf noch bessere Bedingungen schaffen.

Problematisch wird die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Benzin und Medikamenten. Nach wie vor wird der Boykott Kurdistans durchgehalten. Autofahrer bekommen 15 l Benzin pro Woche zugewiesen, Fahrzeugen, die nach Kurdistan fahren, wird von Peschmergan das Benzin abgezapft. Während die Bauern, die nahezu vollständig den Kämpfen des kurdischen Volkes unterstützen, dabei sind, schnell zu ernten, um wenigstens einigermaßen die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, haben die Regierungstruppen begonnen, die Felder zu bombardieren und in Brand zu setzen.

Seit drei Wochen gibt es in Boko einen Sender der Demokratischen Kurdischen Partei, der eine Reichweite über den ganzen Iran hat und in persischer und kurdischer Sprache sendet. Vorher wurde die iranische Bevölkerung nur mit den faustdicken Lügen der islamischen Rundfunks konfrontiert. Auch die politischen Auseinandersetzungen geben weiter in Mahabad fand eine große Kundgebung gegen die Regierung und den Boykott Kurdistans statt. Nach der Spaltung der Volksfedayin und dem Ausschluß von sieben der Tudeh-Partei bestehende führenden Mitglieder.

Seit Mai hat etwa 80% der Bevölkerung die stark zerstörten Städte verlassen müssen. Sie leben in den Dörfern oder anderen Städten Irans, wo sie ebenfalls mit Verfolgung – weil sie Kurden sind – rechnen müssen.

Seit Mai hat etwa 80% der Bevölkerung die stark zerstörten Städte verlassen müssen. Sie leben in den Dörfern oder anderen Städten Irans, wo sie ebenfalls mit Verfolgung – weil sie Kurden sind – rechnen müssen.

daß eine solche Politik bei der kurdischen Bevölkerung kollektive Rückhalt findet. Unter den aus der DPK ausgeschlossenen Mitgliedern ist auch Ghazi Bularin, der 25 Jahre in den Kerkern des Schah gesessen hatte und der Kandidat der DPK in Mahabad für die Parlamentswahlen war. Er war einer der wenigen fortschrittlichen Kandidaten, die trotz Fälschungen im ersten Wahlgang (er erhielt 30.000 Stimmen) in das Parlament gewählt wurden. Nach Bekanntwer-

den seiner Politik führte die Bevölkerung von Mahabad eine Demonstration vor seinem Haus durch und forderte ihn zum Verlassen der Stadt auf.

Nahost-Kommunisten

Spendenkonto für die revolutionären Organisationen in Kurdistan: Heinrich Eckhoff, Kto. Nr. 4501 755 00, Dresdner Bank Hamburg, Stichwort Kurdistan

Die Forderungen des kurdischen Volkes

Nach dem Sturz des Schah-Regimes im Februar 1979 übergeben Vertreter des kurdischen Volkes der provisorischen islamischen Regierung in Teheran einen 8-Punkte-Forderungskatalog, den Vertreter der in Kurdistan gegründeten revolutionären Räte und Genossenschaften am 10. Januar 1979 in Mahabad verabschiedet hatten. Wesentliche Forderungen sind: Beseitigung der nationalen Unterdrückung und Einführung einer (der kurdischen, Arme. AK) Selbstbestimmung als föderative Autonomie innerhalb eines demokratischen Irans; Beteiligung der arbeitenden Schichten und Bauern an der Regierung; Beseitigung der wirtschaftlichen Unterdrückung Kurdistans (das kurdische Gebiet gehört zu den zurückgebliebensten Gebieten des Irans); Verwaltung der Kasernen und Militärstützpunkte unter der Kontrolle „kurdischer Revolutionäre“; Auslieferung der Offiziere, auf deren Anordnung auf das Volk geschossen wurde, an die revolutionären Gerichte des kurdischen Volkes und Umwandlung der reaktionären Armeen in eine Volksarmee.

Schließlich wird mitgeteilt, daß Scheich Ezzedin Hosseini berechtigt ist, an der Spitze jeder kurdischen Delegation mit der Zentralregierung zu verhandeln. Von der Regierung wird gefordert, daß sie alle Kontakte mit Gruppierungen abbricht, die vom kurdischen Volk verhaßt sind – „der Mullah Mostafa Barzani und die sogenannte provisorische Führung (Garde Movement) als Handlanger von CIA (USA), SAVAK (Iran) und AET (Türkei) – und die Führungen dieser Gruppen aus dem Iran austreibt („ohne daß diese Aktion die kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak, die in den Iran gekommen sind, betrifft“).

Während des ersten Krieges der neuen islamischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung im August 1979 bildete sich eine gemeinsame Front aus DPK (Demokratische Partei Kurdistans Iran), der Organisation der Volksfedayin/Abteilung Kurdistans und der Revolutionären Organisation der Werktätigen Kurdistans (KOMELE). Eine Delegation dieser Front legte der iranischen Regierung am 28.12.79 erneut Forderungen vor, um die Autonomie Kurdistans auf friedlichem Wege zu verwirklichen. Dieses 26-Punkte-Programm legt fest, daß die iranische Zentralregierung nur über folgende Befugnisse im autonomen Kurdistan verfügt: „Die Verteidigung der Grenzen gegenüber fremden Ländern, Außenpolitik und Konsulatsangelegenheiten, Außenwirtschaft und Zollbestimmungen, langfristige wirtschaftliche Planungen und Währungssystem“. „In Bezug auf die Verteidigung müssen sämtliche Kasernen und Militärstützpunkte außerhalb der Städte bzw. nur an die Landesgrenzen stationiert werden. Die Armeen

verfügt über kollektive Rechte, sich in die inneren Angelegenheiten des autonomen Kurdistans einzumischen“ (§ 4). Im übrigen soll die gesamte Regierungsgewalt über das Gebiet Kurdistans/Iran vollkommen bei der Regierung des autonomen Kurdistans liegen (§ 5).

Das kurdische Nationalparlament (die höchste Machteinstitution) „ist verpflichtet, eine demokratische und freie Atmosphäre, z.B. Freiheit auf Religion – Meinung – Arbeit – Wohnen – Rede und Schrift – Parteien und Versammlungen – Streik und Gleichberechtigung für Frauen und Männer zu verwirklichen“ (§ 11).

Die kurdische Sprache wird innerhalb aller Ämter des autonomen Kurdistans als „offizielle Landessprache“ deklariert. In sämtlichen Schulen, Oberschulen und Universitäten usw. wird die offizielle kurdische Sprache angewendet (eb. 4. Klasse der Volksschule wird penibel in sämtlichen Schulen unterrichtet). Sämtliche Minderheiten innerhalb des autonomen Kurdistans sind berechtigt, ihre kulturellen Bindungen zu verwirklichen und auf ihren Schulen in ihrer Sprache zu unterrichten. Rundfunk und Fernsehanstalten innerhalb Kurdistans werden durch die Regierung des autonomen Kurdistans betrieben (§§ 15, 16 und 17).

Innere Sicherheit wird durch kurdische Freiheitskämpfer (Peschmerga), die im Dienste der Regierung des autonomen Kurdistans arbeiten, gewährleistet (§ 18).

Die Justiz innerhalb des autonomen Kurdistans ist vollkommen selbstständig, alle Gerichte arbeiten auf der Grundlage der Verfassung des autonomen Kurdistans und der internationalen Menschenrechte (§§ 21 und 22).

„§ 24. Zur Verbundenheit aller Völker des Iran (tobwohl die kurdischen Vertreter in der Nationalversammlung des gesamten Iran vertreten sind) müssen % Einwohner des autonomen Kurdistans (gemeint ist wohl ein relativer Anteil, Arme. AK) zusammen mit den anderen Völkern des Iran an der Zentralregierung und in sämtlichen Ministerien und ihren Organen beteiligt werden. § 25. Zur Verwirklichung der Autonomie und sämtlicher Rechte für alle Völker des Iran muß ein „Oberster Rat aller Völker des Iran“ gebildet werden (pro Volk sollen drei Vertreter in diesem Rat teilnehmen. § 26. Alle Gesetze in Bezug auf die Völker des Iran, die durch die Nationalversammlung verabschiedet werden, müssen zusätzlich durch den „Obersten Rat aller Völker des Iran“ ratifiziert werden“.

(aus: „Was verstehen die Kurden (im Iran) unter Autonomie? – Ein Jahr „Islamische Republik“ in Bezug auf die Kurdenfrage“), veröffentlicht von der „Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland – Zweigstelle Westberlin – AKSA“)

AUFRUF!

Kämpfen wir für die Befreiung aller politischen Gefangenen in Ägypten!

Seit November vergangenen Jahres führt das ägyptische Regime permanent Verhaftungswellen gegen politisch aktive Patrioten und Kommunisten durch. Dies geschieht im Zusammenhang mit der zunehmenden Ausdehnung von faschistischen Polizeimaßnahmen und der niederrichtigen Normalisierung der Beziehungen zwischen unserem Lande und Israel.

Der unmittelbare Grund dieser Polizeimaßnahmen liegt im wachsenden Einfluß der revolutionären Kräfte innerhalb der ägyptischen Volksmassen. Die letzten Wahlkämpfe in den Arbeitergewerkschaften haben dies deutlich bestätigt. Der Einfluß revolutionären Bewusstseins in der ägyptischen Arbeiterklasse stellt eine große Drohung für das herrschende Regime dar. Dieser Einfluß ermöglichte einigen revolutionären Kräften den Sieg in den letzten Gewerkschaftswahlen.

Das Regime reagiert auf diesen Siege mit dem Einfrieren der Betriebsräte, in denen die Aktivitäten linker und patriotischer Kräfte spürbar wurden. Man belächelt es aber nicht hierbei, sondern verhaftete darüber hinaus diejenigen Gewerkschaftsführer, die mit einem patriotisch revolutionären Programm zu den Wahlen kandidierten. Die Verhaftungen wurden auf revolutionäre

und links orientierte Organisationen im Programm zu den Wahlen kandidierten. Die Verhaftungen wurden auf revolutionäre Intellektuelle ausgedehnt, die verdächtigt werden, hinter den Aktivitäten der Arbeiter zu stehen. Betroffen wurden dadurch alle oppositionellen Kräfte im Land, insbesondere die, die für Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Ägyptens gehalten werden.

Zur Zeit läuft der Prozeß 607 bekannt unter der Bezeichnung „Prozeß der KAPA“, gegen 104 politische Kämpfer vor dem Staatssicherheitsgericht. Die Zahl dieser Anklagen kann beliebig unter dem Vorwand, die Staatssicherheitsverwaltung habe ihre Untersuchungen noch nicht abgeschlossen, erhöht werden. Die Verschärfung dieser Verfolgung wird klarer, wenn man bedenkt, daß alle Versuche des Regimes und seiner Justiz fehlergeplagt sind, die KAPA als den harten Kern der Opposition zu liquidieren. Mehrmals wurde die Partei verboten und ihr Eigentum beschlagnahmt. Unsere Partei, die sich als Opposition im Untergrund organisiert hat, wird auch diese verschärfte Verfolgung überleben. Die Verhaftungen werden die revolutionäre Opposition nicht brechen, sondern festigen und dies in absehbarer Zeit. Das Regime steckt gerade jetzt in einer politischen und wirtschaftlichen Krise, die es dazu treibt, seinen repressiven Charakter noch offener und hemmungsloser zu zeigen.

Die Mittel der ideologischen Unterdrückung und demagogischer Irreführung der Massen reichen nicht mehr aus, das Regime sucht zu erhalten. Daher geht es zur nächsten Gewalt über. Wir rufen alle revolutionären und demokratischen Kräfte auf, zusammen mit den revolutionären ägyptischen Kräften eine breite Kampagne zur Befreiung der politischen Gefangenen in Ägypten zu starten, sowie zur Einstellung des Prozesses 607 und zur materiellen und politischen Unterstützung der ägyptischen Opposition.

Da das Sadatregime seine Herrschaft durch breite Bündnisse mit der regionalen und internationalen Reaktion aufrecht zu erhalten versucht, wird eine schnelle Abschaffung dieses veräxterten Regimes zustandekommen, wenn die ägyptischen revolutionären Kräfte in ihrem harten Kampf mit dem Unterdrückungsapparat des ägyptischen Regimes durch ein revolutionäres arabisches und internationales Gegenbündnis unterstützt werden.

Nieder mit dem letzten Polizeigriff! Es lebe der Kampf des ägyptischen Volkes!

Kommunistische Arbeiterpartei Ägyptens



Perus Linke nach den Wahlen

Interview mit Javier Diez Canseco

Der Genosse Javier Diez Canseco hat bei seinem ersten Besuch in Hamburg im Februar 1979 schon einmal sehr ausführlich über die Lage in Peru berichtet (Interview im AK 148, 149). Javier ist Führungsmittglied der linken Organisation Vanguardia Revolucionaria, Journalist, Leitungsmitglied des Wahlbündnisses UDP und gerade neu gewählter Parlamentsabgeordneter.

Im ersten Teil dieses Interviews ging er sehr ausführlich auf die Ergebnisse der Wahlen, die Ursachen für den bürgerlichen Wahlsieg und die Einbußen der Linken ein. Wie wir wie immer nur wenig Platz zur Verfügung haben und über die Problematik dieses Interviewteils auch schon ausführlich im AK berichtet haben, geben wir von diesem Teil nur eine inhaltliche Zusammenfassung wieder. Den zweiten Teil über den augenblicklichen Stand und die zu erwartende Entwicklung der Massenbewegung und der Zusammenarbeit innerhalb der Linken drucken wir im Wortlaut ab.

Zu den Wahlergebnissen der bürgerlichen Parteien

Nach dem Zerfall des Wahlbündnisses der revolutionären peruanischen Linken, der ARI, konnte die Linke für einige Teile ihres Wahlerpotentials keine reale Alternative, die auch in der Lage ist, die politische Macht zu erringen, mehr darstellen. Große Teile dieses linken Umfeldes wählten Belaunde Terry, um wenigstens einen Wahlsieg der APRA zu verhindern. Die APRA repräsentiert für die Massen das Erbe der Militärdiktatur, ihre enge Verbindung zu den Militärs war offensichtlich und die Erfahrungen mit dem Apparat der APRA auf gewerkschaftlicher und auch militanter Ebene war noch zu gegenwärtig. Es war klar, daß eine APRA-Regierung eine vergleichbare Qualität gehabt hätte, wie das Regime von Isabel Peron und Lopez Rega in Argentinien, mit einem mächtigen und korrupten Apparat und brutalen paramilitärischen Banden. Belaunde Terry präsentierte sich dagegen als liberaler Demokrat mit der Wahlparole: „Belaunde, ein Präsident für alle Peruaner“ und konnte sich so als „kleinerer Übel“ profilieren.

Zu den Ergebnissen der Linken

Die größten Stimmenverluste mußten die revisionistische KP bzw. ihr Wahlblock FUJ und die Trotzlisten annehmen.

Wesentliche Ursache für die Niederlage des revisionistischen Blocks (KP und PSR - die Partei der reformistischen Militärs, die Velasco Alvarado unterstützt hatten) ist der Niedergang des velasquista Reformismus. Der Reformismus von Velasco Alvarado (Reform 1968) mit sozialen Maßnahmen, Verstaatlichung etc. war notwendigerweise am Widerstand aus anderen Teilen des Militärs und dem internationalen Druck durch den Imperialismus gescheitert. Seit der Machtübernahme von Morales Bermudez war vom Reformismus überhaupt nichts mehr übrig geblieben.

Durch den Imperialismus gescheitert. Seit der Machtübernahme von Morales Bermudez war vom Reformismus überhaupt nichts mehr übrig geblieben und die Regierung war nur noch reine Militärdiktatur. Die KP hatte bis zuletzt die Politik Velascos unterstützt und auch nach der Machtübernahme von Morales Bermudez die Stärkung der „reformistischen Militärs“ gegen die „Falken“ nicht aufgegeben. Das gemeinsame Wahlbündnis mit der PSR machte diese enge Bindung der KP an diese Teile des Militärs auch im Wahlkampf erneut deutlich. Große Teile der KP-Wählerschaft wählten Belaunde, was unter anderem deswegen nahegelegt war, weil die KP 1962/63 bereits einmal zur Wahl von Belaunde aufgerufen hatte.

Die Trotzlisten haben ungefähr die Hälfte ihrer Stimmen von '78 verloren, was zum großen Teil Ergebnis ihres einheitsfeindlichen Kurses ist. Hinzu kommt, daß es Hugo Blanco als dem populärsten und bekanntesten Kandidaten der Linken nicht gelungen ist, sein Image als kommunistischer und radikaler Oppositioneller gegen die Diktatur (als ehemaliger Guerillero, der im Gefängnis deportiert und zum Tode verurteilt war) in eine konkrete und praktische und organisierte Alternative für die Massen umzuwandeln.

Wesentlicher Grund für das gute Abschneiden von UNIR war die Beteiligung der Lehrgewerkschaft SUTEP, die über funktionierende Strukturen im ganzen Land verfügt, und hohes Ansehen wegen ihrer konsequenten Kämpfe gegen die Diktatur in den letzten Jahren genießt. Mit Horacio Zeballos hatte die UNIR einen sehr guten Präsidentschaftskandidaten, der ein bekannter und populärer Kämpfer in Peru ist und schließlich hat UNIR eine sehr effektive und gute Wahlkampagne geführt. (Als Gegenüberstellung zum Interview mit Horacio Zeballos in diesem AK geben wir die folgende Aussage

Cansecos zur UNIR im Wortlaut wieder)

„UNIR hat jetzt beansprucht, die erste Kraft der Linken im Lande zu sein. Wir haben geantwortet, daß die offensichtlich Heber der Kopf einer Maus sein möchten, als der Schwanz eines Löwen, d.h. sie bevorzugen es, der Kopf einer versplitterten Bewegung, lediglich eines Teils der Massenbewegung zu sein, als der Schwanz einer vereinigten Volksbewegung. Uns scheint es absurd, jetzt die Diskussion darum zu führen, wer der Kopf dieser Maus ist, UNIR hat z.B. weniger Stimmen bekommen, als die UDP 1978. D.h. heute für sich zu beanspruchen, die führende Kraft zu sein, hat unserer Meinung nach die Funktion zu verschleiern, daß die gesamte Linke schwächer geworden ist.“

Die Linke insgesamt fielen von 30% im Jahre 1978 auf einen Stimmenanteil von 20 - 22% 1980. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielten sie sogar nur 18%. UNIR hat im neu gewählten Parlament 4, die UDP 5 Sitze.

AK: Die Wahlergebnisse sind nur ein Ausdruck vom Stand der Volksbewegung heute. Wie hat sich die Massenbewegung, abgesehen von den Wahlen und der Wahlkampagne, entwickelt. Welche eigenständigen Aktionen hat es gegeben? Z.B. in den Verteidigungsfronten, von denen es bei diesem letzten Besuch hier berichtet hat?

I.D.C.: Die Verteidigungsfronten (frentes de defensa, Fedip) haben sich gut entwickelt, es gibt sie vor allem im Innern des Landes, nicht in Lima. Das liegt daran, daß die Fedipa gegen den Zentralismus der Hauptstadt und die Vernachlässigung der Provinzen kämpfen. Sie haben den Charakter der Vereinigung vieler Klassen, Arbeiter, Elendviertelbewohner und vieler Teile der regionalen Bourgeoisie, die sich auch gegen den Zentralismus wehren, d.h. gegen Mangel an Krediten, Infrastruktur, Dienstleistungen usw.

Als ich jetzt nach Europa fuhr, anjuckelte sich gerade der General-

gegen Mangel an Krediten, Infrastruktur, Dienstleistungen usw. Als ich jetzt nach Europa fuhr, entwickelte sich gerade der Generalstreik des Volkes von Pucallpa. Schon 1979 hatte es dort große Kämpfe gegeben, die Diktatur hatte Versprechungen gemacht, die aber nicht eingelöst worden waren. Um die Erfüllung dieser Versprechungen geht jetzt dieser Kampf. Der Kandidat der UDP hatte in Pucallpa die zweitmeisten Stimmen bei den Wahlen erreicht.

In Pucallpa fordert man z.B. die Asphaltierung der Straßen, elektrisches Licht für die Armenviertel (poblaciones jóvenes) usw. in Iquitos in der Selva, einer östlichen Gegend, wird von den Ölfirmen die Abgabe einer Steuer gefordert, die zur Entwicklung der Region dienen soll. AK: Werden die Fedipa von den politischen Organisationen unterstützt und getragen. Wenn z.B. die Trotzlisten in den Wahlen die Zusammenarbeit mit allen bürgerlichen Kräften prinzipiell abgelehnt haben, müssen sie auch Schwierigkeiten bei der Unterstützung der Fedipa haben.

I.D.C.: Die Fedipa werden von den Trotzlisten unterstützt, aber mit dem Ziel, die bürgerlichen Kräfte aus den Fronten rauszuschmeißen. Z.B. in Iquitos, wo die Trotzlisten die einflussreichste politische Kraft in der Front waren, machten sie eine große bürgerliche Kräfte gerichtete Politik mit dem Ergebnis, daß die Front heute nicht mehr funktioniert. Für uns sind die Fronten eine Möglichkeit zur Einheit der Linken. Deswegen planen wir, daß die Linke sich auf einer Plattform vereinigt, die eine Alternative zur Regierung werden kann. Unser Ziel ist eine revolutionäre Volksregierung der Fronten, d.h. der Zentralen von Arbeiter, Bauern, Bewohnerorganisationen und der Linken. Wir glauben, das ist eine für die ganze Linke akzeptable Formel, die in der Praxis die Frage



Wahlveranstaltung von UNIR

Wahlveranstaltung jetzt schon die realen revolutionären Kräfte, das ist es, was uns interessiert und nicht irgendwelche Pläne von sozialistischen Fronten (wie sie die trotzkistischen Strömungen anstreben).

Einige Fronten haben besondere Erfahrungen im Bezug auf die Selbstverwaltung gemacht. In Pucallpa z.B. kontrollierten die Massen 10 Tage lang die Stadt. Das Heer und auch die Polizei zogen sich zurück, die Bevölkerung beherrschte die Stadt, den Verkehr, Radio, Verteilung der Lebensmittel usw. Das alles geschah durch die in der Front organisierte Bevölkerung. Es wurden dann 2 Minister von der Regierung zu Verhandlungen nach Pucallpa geschickt. Diese Verhandlungen waren öffentlich, in einem großen Theater. Das Volk, die Vertreter der Front und diese Minister nahmen teil und machten eine Reihe von Versprechungen zur Infrastruktur etc. In Cuzco, in San Jeronimo hat die Bevölkerung den Bürgermeister, der von der Militärdiktatur eingesetzt war, vertrieben. In einer großen Versammlung wurde ein neuer Bürgermeister ernannt, der auch bis heute im Amt ist, und die Regierung hat ihn anerkannt.

AK: Warum hat die Militärdiktatur auf diese Bewegung nicht mit Rücksicht bis heute im Amt ist, und die Regierung hat ihn anerkannt.

AK: Warum hat die Militärdiktatur auf diese Bewegung nicht mit Repression reagiert? War die Tatsache, daß die Wahlen vor der Tür standen, der Grund für ihre Zugeständnisse?

I.D.C.: Nein, vieles davon passierte



Javier Diez Canseco

schon vor Beginn der Wahlkampagne. Die Regierung war gezwungen, auf diese Kämpfe zu reagieren. Es ist eine Bewegung, die sehr große Kraft hat, alle in der Region nehmen daran teil. Es ist nicht die Bewegung eines einzelnen Sektors, z.B. der Lehrer oder der Händler, es sind eben alle. In Pucallpa z.B. nehmen die Industriellen der Gegend, die Vereinigung der Kaufleute, der Rotari-Club, die Kirche, der Lions-Club an der Front teil. Das Regionalgefühl ist sehr stark, weil die Benachteiligung gegenüber der Hauptstadt (auch und gerade für die bürgerlichen Kräfte) sehr stark ist.

Innerhalb der Fronten gibt es Kämpfe um die Führung zwischen den proletarischen, revolutionären Kräften und den Kräften der Bourgeoisie, die sich z.B. teilweise gegen Streiks aussprechen etc. Bisher gibt es noch keine nationale Zentralisierung der Fronten. Das liegt einmal an ihrem regionalen Charakter, die Fronten mühen sich für einen nationalen Zusammenschluß stark politisieren. Das ist eine wesentliche Aufgabe der Linken. Zum anderen haben einige Parteien der Linken begonnen, den Prozeß der Vereinigung der Fronten in ihren Dienst zu stellen.

Z.B. Patria Roja und POMR (trotzkistische Strömungen), jede Organisation will ihren eigenen Kongreß für die Fronten machen (d.h. einen Kongreß der Fedipa, die von den entsprechenden Organisationen dominiert sind, Anm.AK), was dazu geführt hat, daß wichtige Fronten gar nicht erst zu den Kongressen gekommen sind. Dieser Zentralisierungsprozeß war also bisher noch nicht erfolgreich und bleibt eine wichtige Aufgabe für die nächste Zeit.

AK: Wie sieht die Entwicklung auf gewerkschaftlicher Ebene aus. Ist es gelungen die Vorherrschaft der revisionistischen KP in der CGTP (gewerkschaftlicher Dachverband Peru) einzuschränken? Und welche Schritte werden unternommen, um nach dem Scheitern des Wahlbündnisses ARI neue Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit der Linken zu entwickeln?

I.D.C.: Die klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung ist sehr stark, die KP ist durch ihre Wahlniederlage schwach getroffen und das wird sich auf die CGTP auswirken. Wir haben ein gewerkschaftliches Koordinationskomitee vorgeschlagen, das inzwischen auch existiert und im Moment eine sehr konkrete Aufgabe wahrnimmt, den Kampf gegen die Repressurierung der Zeitungen (unter Velasco Alvarado waren die Zeitungen verstaatlicht und an die Arbeiter übergeben worden, die Militärdiktatur unter Morales Bermudez versuchte schon seit längerem, diesen Prozeß rückgängig zu machen, und der neue Präsident Belaunde Terry will dies jetzt abschließen, Anm.AK). An dieser Frage soll die Koordination des Kampfes im konkreten entwickelt werden, eine weitergehende Plattform für alle linken gewerkschaftlichen Kräfte gibt es noch nicht. Ein weiterer Plan besteht darin, einen gemeinsamen Kongreß

von CGTP und klassenbewußten Gewerkschaften, wie SUTEP (Lehrer), CCF (Bauern), Minenarbeiter durchzuführen (die klassenbewußten Gewerkschaften waren teilweise aus der CGTP ausgeschlossen worden oder ausgestiegen; die KP hatte sich teilweise entschieden geweigert, eine Zusammenarbeit und Koordination zu entwickeln, Anm.AK).

Was die Linke anbetrifft, so existiert jetzt ein Koordinationskomitee, an dem alle Kräfte der Linken teilnehmen. Es gibt keine Votos mehr. Vorher hatten einige Strömungen der Trotzlisten vertreten, daß sie sich nicht mit der PSR (Partei der reformistischen Militärs) an einen Tisch setzen. Noch vor einem halben Jahr hat die revisionistische KP gesagt, daß sie überhaupt nur mit Parteien verhandelt, die im Wahlregister eingetragen sind. All diese Abgrenzungen existieren zur Zeit nicht mehr, das zeigt, daß die Linke doch aus der teilweisen Niederlage bei den Wahlen gelernt hat. Diese sich entwickelnde Einheit ist eine Aktions-einheit für die konkreten Fronten, ist keine revolutionäre Front mit einer strategischen Perspektive. Die Mehrheit der politischen Kräfte hat dem Koordinationskomitee Plattformen

strategischen Perspektive. Die Mehrheit der politischen Kräfte hat dem Koordinationskomitee Plattformen vorgelegt mit vielen Forderungen, für Lohnerhöhungen, Wiedereinstellung von Arbeitern u.ä., gleichsam gewerkschaftliche Plattformen. Keine hat einen Vorschlag für den Kampf um eine andere Regierung gemacht. Wir sind damit nicht einverstanden. Wir meinen, für diese Forderungen gibt es die Gewerkschaftskoordination, die politische Koordination muß einen anderen Charakter haben. Sie muß eine politische Überinkunft suchen in einer gemeinsamen Plattform, die eine Alternative zur Regierung darstellt. Das ist es, was das Volk von den Linken erwartet. Diese Frage ist zur Zeit innerhalb der Linken in der Diskussion.

Für das Parlament existiert ebenfalls eine Zusammenarbeit der Linken, sie zeigt sich in gemeinsamen Gesetzesvorschlägen und gemeinsamen Vorgehen in den Debatten etc. Die UDP hat vorgeschlagen ein nationales Institut zur Unterstützung der Parlamentarier einzurichten, das intellektuelle und Spezialisten der verschiedenen linken Strömungen zusammenfaßt, um Gesetzesvorschläge und in Perspektive auch Pläne für eine Regierung zu erarbeiten. Dieser Vorschlag hat gute Resonanz gefunden und wir hoffen, daß das Institut in den nächsten Wochen eingerichtet wird.

Außerdem planen wir gemeinsam mit allen linken politischen Gremien Verfahren gegen die Diktatur im und außerhalb vom Parlament. Diese Verfahren sollen die Verbrechen der Militärdiktatur öffentlich machen und anklagen: über die Wirtschaftspolitik und ihre Auswirkungen von Hunger und Elend der Massen, über die Korruption der Generäle, ihren Kokainhandel und Schmuggel, über die Abhängigkeit unserer Wirtschaft vom US-Imperialismus und vom Im-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 44

perilismus im allgemeinen. Dies soll die Verbrechen der Militärdiktatur zeigen, aber auch, wie eng Belaunde Terry mit den Militärs verbunden ist, daß er gesetzmäßige Gerichtsverfahren verhindern will.

All dies wird in einer besonderen politischen Lage in Peru passieren. Zur Zeit gibt es eine neue große Streikwelle. Die städtischen Mitarbeiter, die Arbeiter im Gesundheitsdienst und viele andere Sektoren sind im Streik. Es geht um die Rückeroberung von Lebensniveaus und den Rechten, die das Volk in den letzten Jahren verloren hat. Belaunde hat versprochen, in einem Jahr 1 Mio. Arbeitsplätze zu schaffen, die Kaufkraft des Sol wieder zu steigern, Gewerkschafts- und andere Rechte wieder zu garantieren. Diese Versprechungen will das Volk jetzt realisiert haben. Die Massenbewegung wird auch auf das Land übergreifen und das ist eine wichtige Sache. Die Bewegung wird aber einen anderen Charakter haben als die Kämpfe gegen die Militärdiktatur. Gegen die Diktatur war der Angriff frontal. Jetzt ist es eine Bewegung, in der es einen kleinen klassenkämpferischen Sektor gibt, der Rost tritt mit Illusionen in den Kampf ein, nicht mit dem Bewußtsein der totalen Konfrontation wie unter der Diktatur, sondern mit der Hoffnung, eine Verbesserung der Lebensumstände zu erreichen. Da Belaunde seine Versprechungen nicht einhalten kann, wird die Bewegung in dieser Entwicklung Klarheit gewinnen und sich in eine große, revolutionäre Oppositionsbewegung verwandeln. Belaunde wird seine Regierung nicht in einer großen Krise beginnen. Ich glaube, daß er einige Dinge regeln wird und daß er etwas Spielraum hat.

Die USA werden bessere Bedingungen im internationalen Währungsfonds suchen, Kredite für die Regierung Belaunde erleichtern etc. Kurzfristig wird sich die Regierung stabilisieren, aber ich glaube nicht, daß das lange dauern wird. Im November 1980 wird die Regierung die Gemeindevahlen ausrufen, wie wird versuchen, dabei die Mehrheit zu bekommen, d.h. die Mehrheit der Bürgermeister in den Städten und Gemeinden, die ungefähr drei Jahre im Amt bleiben. Unmittelbar danach wird die Wende eintreten.

Zum Schluß sprachen wir über die Entwicklung ganz Lateinamerikas. Der Genosse betonte vor allem die Bedeutung der Kämpfe in Mittelamerika und der Karibik für die lateinamerikanische Entwicklung.

Als besonders notwendige Aufgaben der internationalen Solidarität nannte er die Unterstützung der FSLN in ihrer Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Kräften Nicaraguas und die Unterstützung der Revolutionäre in El Salvador. Dies vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß die revolutionären Kräfte in El Salvador nicht die Unterstützung durch die internationale Sozialdemokratie erhalten, wie es in Nicaragua der Fall war. Dies macht die allgemeine Forderung noch dringender, nämlich Anerkennung der revolutionären Kräfte in El Salvador als kriegsführende Partei, weil sie damit nach dem Völkerrecht Anspruch auf internationale Hilfe haben. Außerdem wies Javier auf die besondere Bedeutung der Entwicklung in Bolivien hin, ebenso wegen der nach wie vor drohenden Putschgefahr, andererseits wegen der mit Peru stark vergleichbaren Bedingungen vor allem der bäuerlichen Bevölkerung auf dem Lande. Und schließlich forderte er auf zur Solidarität mit den 5 argentinischen Montoneros, die aus Lima verschleppt worden sind (siehe dazu Kasten in diesem AK).

Fünf Argentinier in Peru entführt

Am 12.6. wurden in Lima/Peru fünf Argentinier/innen, die in einer Gruppe zur Unterstützung für die Mütter von der Plaza de Mayo arbeiteten, entführt. Nach den bisherigen, teilweise unterschiedlichen Informationen, wurden sie von argentinischen und peruanischen Militärs gemeinsam verschleppt und über Bolivien nach Argentinien überführt.

Zwei von ihnen wurden nach widersprüchlichen Meldungen entweder bereits in Peru oder in Argentinien umgebracht. Zwei weitere sollen sich jetzt in einem Gefängnis in Nordargentinien befinden. Erschreckend deutlich wird hier die Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Militärs und Geheimdienste.

Die Teilnehmer des Abschlußgottesdienstes der Lateinamerikawoche in Westberlin protestierten schriftlich gegen diesen Menschenraub und die Verletzung der primitivsten Rech-

Interview mit Horacio Zeballos 20.6.80

Horacio Zeballos ist Vorsitzender der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP, Präsidentschaftskandidat der UNIR und einer der Abgeordneten (herzlichen Glückwunsch), die für die UNIR im Mai ins Parlament gewählt wurden. Er kam Ende Mai in die BRD zu einer Rundreise, mußte aber erstmal ins Krankenhaus, da er u. a. als Folge der brutalen Polizeimethoden und zahlreichen Gefängnisaufenthalten ziemlich krank war. Er ist zwar sehr abgemagert, aber auf dem Weg der Besserung – ein Verdacht auf Tbc hat sich zum Glück bei ihm nicht bestätigt. Inzwischen geht es ihm besser, und er konnte seine Rundreise doch noch durchführen. Ein peruanischer Genosse und ein KB-Genosse aus Essen. (Wir danken M. für die Unterstützung beim Übersetzen)

Frage: Welche Aufgabe hast du in Peru und welche Ziele hast du bei deiner Reise in die Bundesrepublik? **H.Z.:** Die gewerkschaftliche und soziale Aufgabe, die ich in Peru habe, sind Ausdruck einer revolutionären Konzeption für die nationale Befreiung meines Landes vom Einfluß der hegemonistischen Großmächte – hauptsächlich des Yankee-(USA)-Imperialismus, welche eine Überausbeutung für ihre riesigen Gewinne betreiben, während die Mehrheit der Völker Hunger, Unterdrückung und Arbeitslosigkeit erleiden muß.

Um diese Konzeption zu verwirklichen, darf man nicht dem Spontaneismus oder der Zersplitterung der Wünsche und Ziele verfallen, sondern ist es notwendig, sich zu organisieren. Deshalb haben wir die Aufgabe übernommen, die SUTEP (Einheitsgewerkschaft der Peruanischen Lehrer) aufzubauen.

Die Lehrergewerkschaft SUTEP

In dieser Gewerkschaft sind 150.000 Lehrer, die einheitlich, demokratisch und konsequent mit einer Massenlinie und Klassenkampfpositionen für ihre Interessen kämpfen. Die SUTEP wurde am Tag der Lehrer, am 6. Juli 1972, gegründet. In ihr sind Schuldirektoren, Lehrer von Grund-Haupt- und Oberschulen, Schulpersonal und -angestellte.

Unsere Einheitskonzeption hat zwei Grundaspekte: a) die Praxis der Einheit und die Respektierung der inneren politischen Differenzen; b) die entschiedene Kampfposition für bessere Arbeitsbedingungen.

Seit 1972 bin ich der 1. Vorsitzende der SUTEP, und seitdem habe ich mitgearbeitet am Aufbau von neun SUTEP-Regionalverbänden und 200 Provinzgewerkschaften, die insgesamt die SUTEP-Basis sind. Wir haben zehn Arbeitsniederlegungen insgesamt die SUTEP-Basis sind. Wir haben zehn Arbeitsniederlegungen und im Jahr 1978 und '79 zwei große unbefristete Streiks gemacht. Ich bin außerdem der Kontaktmann zu den Bauern, Arbeiter- und Beamtenengewerkschaften, die sehr oft mit uns gekämpft haben. In diesen Kämpfen hat die SUTEP eine klassenkämpferische gewerkschaftliche Linie in die Massen getragen und dadurch nationale und internationale Solidarität erhalten. In der harten Auseinandersetzung um Einheit und Kampf mußten wir uns gegen die Attacken von prokapitalistischen, an der Sowjetunion orientierten revisionistischen Lehrern, und „gelben“ Gewerkschaften wehren; diese Leute sind zwar eine Minderheit, aber gefährliche Gegner der SUTEP. Alle meine Aufgaben werden durch die Führung der SUTEP erfüllt, die eine wichtige Rolle im Volkskampf gegen den Yankee-Imperialismus, die Großbourgeoisie und die Großgrundbesitzer in Peru spielt.

Ziele der Rundreise

Die Reise soll den Interessen der SUTEP und meinen eigenen politischen Zielen dienen. Ich will das Leben der europäischen Völker, die soziale und ökonomische Situation und die Regierungen kennenlernen, denn ohne diese Erfahrung ist es für einen sozialen Kämpfer schwer, Großkapital, Sozialdemokratie und das ganze System zu verstehen.

te zum Schutze der Person. Sie verurteilten die Unterstützung der argentinischen Regierung durch ihre „Kollegen“ in Peru und Bolivien. Wir können uns den dort aufgestellten Forderungen nur anschließen:

- Sofortige Rechenschaft der Regierungen Argentiniens, Perus und Boliviens über diese Entführungsaktion;
- sofortige Freilassung von Julio Cesar Ramirez, Julia Ines Santos de Acebal, Frederico Frías Albergia, Aldo Alberto Moran, Noemi Ester Sianetti de Molino (54 Jahre alt; ihre Tochter, ihr Sohn und ihr Schwiegersohn sind bereits verschwunden, sie selbst nahm im Februar an der Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf teil). (Nach „Lateinamerika aktuell“, 29.6.80.)

Außerdem will ich diese Gelegenheit benutzen, die Kämpfe des peruanischen Volkes und damit auch der Lehrer zu erklären, sowie die Solidarität der BRD-Bevölkerung und der Lehrer für mehr Freiheit und Demokratie in unserem Land zu gewinnen. Ich will die Zusammenarbeit der offiziellen Kanäle der SUTEP in der BRD mit dem Peru-Komitee verbessern und damit vielen opportunistischen Politikern, die im Namen des Kampfes der SUTEP viel Geld eingesammelt haben, ohne es der SUTEP zu geben, das Handwerk legen.

Die Wahlen und die UNIR

Frage: Du hast als Präsidentschaftskandidat für die UNIR (Einheit der revolutionären Linken) kandidiert und 6 % der Stimmen erhalten. Gewählt wurde mit 43 % Belaunde und seine Volksaktion. Wie steht die UNIR zu Belaunde?

H.Z.: UNIR ist eine politische Front der revolutionären Linken in Peru, die sich als Perspektive für die Massen darstellt. In sechs Monaten ihres Bestehens schaffte es die UNIR, sich zur ersten nationalen Kraft der Linken zu entwickeln, was sich im Wahlergebnis vom 18. Mai zeigt. Wir sind die vierte Kraft nach den drei Parteien der reaktionären Rechten, die von Belaunde Terry angeführt wird. Obwohl es einige Elemente der Pseudo-Linken und anderen anarchistischen Gruppen nicht paßt, ist die UNIR die erste Kraft der Linken in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Eine falsche Linke, manipuliert vom Revisionismus, hat die Massen über Jahre hinweggeführt; heute haben sich die Massen von diesen Linken abgewandt und sich zu unserem Programm bekannt und für unsere Kandidaten gestimmt. Unsere Organisationsprogramm bekannt und für unsere Kandidaten gestimmt. Unsere Organisation ist keine Eintagsfliege, sondern wir waren schon länger im Kampf und in den Köpfen der Massen verankert. Die Position der UNIR gegenüber dem Block Belaunde (AP, Bedoya (PFC) und Villa Nueva (APRA) ist die Opposition, aber eine Klassenopposition. Belaunde verteidigt die Ausbeuter und wir verteidigen die Ausgebeuteten. Eine Konfrontation ist unvermeidlich, der Klassenkampf hat keine Pause. Sie kämpfen für die Erhaltung der Produktionsmittel der Großunternehmen, sie verteidigen die Multis und den internationalen Währungsfonds und wir haben ein Programm der unentgeltlichen Verstaatlichung der Monopolunternehmen. Wir sind für eine ehrliche Verwaltung (wirkungs-

voll und ohne Korruption, d.h.) und unser Kampf trägt den Stempel der Klasse und verteidigt das Volk.

Die UNIR im Parlament

Frage: Welche Rolle kann die UNIR im Parlament spielen? **H.Z.:** Unsere parlamentarische Rolle erfüllt die Aufgabe der Sammlung der Kräfte. Unsere Teilnahme ist zeitlich beschränkt in einem bürgerlichen Parlament. Wir haben einen Platz in den Massen gewonnen, wir haben tausende unter unserer Fahne vereint. Wir glauben, daß der Konflikt in Peru und das Problem der Arbeiter nicht im Parlament gelöst wird. Nur die Machtergreifung der Arbeiter und eine radikale Veränderung unserer Gesellschaft durch die bewaffnete Auseinandersetzung führt uns zu einer Gesellschaft, wo es keine Ausbeuter und Ausgebeuteten gibt.

In diesem Sinne halten wir parlamentarischer uns auch nicht für einen Teil der Regierung. Wir sind die Sprecher des Volkes und wir werden den Kampf von innerhalb und außerhalb des Parlaments führen für Ihre Forderungen, wobei an erster Stelle die direkte Aktion der Massen steht...

Die UNIR als stärkste Kraft der Linken

Die UNIR praktiziert die Einheit der Klasse, die Einheit des Volkes, der Massen und der Kämpfe. In diesem Sinne sagen wir, daß neben unserer Kraft, unserer Einheit der revolutionären Linken (=UNIR) gerechnet werden muß mit anderen Gruppen der peruanischen Linken, wie der PRT von Hugo Blanco (die zweite Kraft der Linken) und der UDP, alles Gruppen, die Bestandteil des konkreten Kampfes in Peru sind. Ich möchte jedoch unsere Position verdeutlichen bezüglich der unverantwortlichen Äußerungen, die in Europa gegen die SUTEP und die UNIR kursieren. Autoren dieser Polemiken haben keine Autorität und widerholen nur das Gift im Namen der UDP, von welcher ich glaube, daß sie diese nicht unterstützt.

a) Die UNIR ist die erste Kraft der Linken, ob es ihnen gefällt oder nicht. Auf nationaler Ebene haben wir doppelt soviel Stimmen bekommen wie die UDP.
b) Wir als Revolutionäre weinen nicht über das Ergebnis der reaktionären Wahlen, die die Rechten in Peru einberufen haben. Wir weinen nicht, wie es die UDP-Position ist in der westdeutschen Zeitung „Arbeiterkampf“ Nr. 179. Wir, die Revolutionäre haben nicht bei den Wahlen eingegriffen, um Sitze zu gewinnen oder ein Mandat im Parlament zu bekommen, und deshalb braucht auch niemand über das Wahlergebnis zu trauern. Für uns ist dieser Prozeß eine Sammlung der Kräfte, während die Rechten und die Betrüger im Parlament einziehen, um ihre Macht zu erhalten. Unsere Absichten sind er-



Horacio Zeballos

füllt worden, wir haben zuerst ein Mal einen politischen Platz gewonnen, wir sind eine Alternative!

Der Genosse Zeballos nahm dann noch Stellung zur Lage im Erziehungsbereich, wo es der SUTEP nicht nur darum geht, Verbesserungen für die Situation der Lehrer zu erkämpfen, sondern um eine strukturelle Änderung des Erziehungssystems, was allerdings eine strukturelle Veränderung des Landes voraussetzt, das jetzt noch ein halbfeudales Land und eine Neokolonie des Imperialismus sei.

Zur innenpolitischen Situation und zur Gefahr eines Militärputsches sagte Zeballos, daß eine direkte Putschgefahr im Moment nicht bestehe, daß Belaunde aber in einer „heiligen Allianz“ mit den Militärs regiere und „in wenigen Monaten „heiligen Allianz“ mit den Militärs regieren und die Sinchis (Spezialtruppe des Militärs) einsetzen wird, um den Protest des Volkes zu kontrollieren.“

Zur Unterstützung der Lehrergewerkschaft SUTEP und für die medizinische Versorgung von Horacio Zeballos spendet bitte auf das Konto des Perukomitees Essen, Stadtparkasse Essen, Kontant. 202887 Tiedler/Oppeckowski, Kennwort: SUTEP. Die Koordination der Solidarität mit der SUTEP läuft ebenfalls über: Peru Komitee Essen c/o ESG Universitätsstraße 2

»Antitrotzkistische Vorurteile«?

In einem Leserbrief von einem Anhänger der IV. Internationale aus Aschen und einer sehr ausführlichen Stellungnahme der GIM wird unsere Berichterstattung über Peru, insbesondere über den Zerfall des Wahlbündnisses ARI, als ungenau, teilweise falsch und von „antitrotzkistischen Vorurteilen“ geprägt kritisiert.

Als Hauptgrund für die Spaltung von ARI hatten wir – neben sektiererlicher Politik der ML-Gruppen – den Machtkampf in den Reihen der Trotzkisten genannt. Dies kritisiert die GIM und erhebt den Vorwurf, daß wir nicht genau genug zwischen den verschiedenen trotzkistischen Strömungen differenzieren. Weil dies tatsächlich kompliziert ist, hier nochmal ganz kurz der Ablauf der Spaltung: Die PST (gehört zur bolschewistischen Fraktion von Nahuel Moreno, die im vorigen Jahr aus der IV. Internationale ausgestiegen ist) hat das Wahlbündnis nie unterstützt und war nie Mitglied (dies war in unseren Artikeln – bedauerlicherweise falsch dargestellt). Die POMR (gehört zum Komitee für den Wiederaufbau der IV. Internationale, OCI, von Pierre Lambert) hatte ARI zunächst unterstützt

trat dann aber, als die Widersprüche sich ausweiteten, ohne weitere Erklärung aus dem Bündnis aus, nachdem Moreno und Lambert persönlich in Peru interveniert und für einen Alleingang geworben hatten. Hintergrund ist (wie die GIM schreibt), daß Morenos und Lamberts Fraktionen zur Zeit dabei sind, einen internationalen Block gegen die IV. Internationale zu bilden und deswegen ein Zusammengehen mit der PRT (Hugo Blanco, IV. Internationale) im Wahlbündnis ARI nicht dulden konnten.

Ob wir mit unserer Überschrift „Machtkämpfe der Trotzkisten“ wirklich so falsch lagen?

An der Einschätzung, wie die Entwicklung dann weiter ging, scheiden sich die Geister. Die GIM schreibt, daß nach dem Austritt der POMR die PRT (also die Partei der IV. Internationale) sich weiter um die Rettung von ARI bemühte, und erst in dem Moment die eigene Kandidatur anmeldete, als ARI aufgrund „der Manöver und Unverbindlichkeiten der trotzkistischen und zentristischen Gruppen endgültig gekippt war“ (aus dem Brief der GIM). Wir halten es für unmöglich und auch für

fruchtlos, eine genaue Beurteilung des Clinsches der Linken in Peru zu geben (so etwa, welche Organisation nun am meisten gepowert hat). Tatsache ist aber – und das war auch immer der wesentliche Punkt in der AK-Berichterstattung – daß die PRT/IV. Internationale es schließlich vorgezogen hat, trotz der scharfen Widersprüche eine gemeinsame Liste mit den anderen trotzkistischen Fraktionen zu stellen und dafür auf das Zusammengehen mit den relevanten und in den Massen verankerten Kräften verzichtet hat. (Nebenbei zur Erinnerung: die PST/bolschewistische Fraktion hat vertreten, daß Unterstützung für die FSLN in Nicaragua nicht angebracht sei, weil es sich dort um eine bürgerliche Regierung handele).

Vielleicht war es mal ganz sinnvoll, statt über die diversen Reisen trotzkistischer Führer zu streiten, in eine Auseinandersetzung um die ideologischen Widersprüche einzutreten, denn die sind es ja, die prinzipiell die Schwierigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der Linken ausmachen und auch für uns hier interessanter sind. (PS: Wenn von der IV. Internationale die Rede ist, ist immer das Vereinigte Sekretariat gemeint!)

**Und schon
bist Du ein
Faschist.
Faschist ?
Faschist !**

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Rechnungswesen
Prof. Dr. Grottel

1994

Für die von der Kommission eingesetzten Sachverständigen wurde eine Reihe von Sitzungen abgehalten, um die Ergebnisse der Untersuchungen zu diskutieren und die Schlussfolgerungen zu bestätigen.

© 1997 by The McGraw-Hill Companies, Inc.

Filipini pigeno **BALDI**, **Silvano**, **Milano**.

eben, da es sich um eine Funktion handelt, und es ist die "Funktionsvorschrift" angegeben.

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY
ASTOR LENOX TILDEN FOUNDATION
500 FIFTH AVENUE
NEW YORK 17, N. Y.

உருவம் வந்தால், அது ஒரு புதுவகை அமைதி உருவாக்கம். உருவாக்கம் என்பதற்கு, உருவம் உருவாகிறது என்று பொருள்.

Wiederholungsfragen und Antworten sind
hier zu finden: [Fragebogen zu Selbsttesten](#)
Erhalten Sie mehr Informationen über unsere Kurse

[illegible]

Quellen: www.berlin.de, www.berlin.de, www.berlin.de

^a Data were obtained from the following studies: 1. *Chen et al.* (1998); 2. *Chen et al.* (1999); 3. *Chen et al.* (2000); 4. *Chen et al.* (2001); 5. *Chen et al.* (2002); 6. *Chen et al.* (2003); 7. *Chen et al.* (2004); 8. *Chen et al.* (2005); 9. *Chen et al.* (2006); 10. *Chen et al.* (2007); 11. *Chen et al.* (2008); 12. *Chen et al.* (2009); 13. *Chen et al.* (2010); 14. *Chen et al.* (2011); 15. *Chen et al.* (2012); 16. *Chen et al.* (2013); 17. *Chen et al.* (2014); 18. *Chen et al.* (2015); 19. *Chen et al.* (2016); 20. *Chen et al.* (2017); 21. *Chen et al.* (2018); 22. *Chen et al.* (2019); 23. *Chen et al.* (2020); 24. *Chen et al.* (2021); 25. *Chen et al.* (2022); 26. *Chen et al.* (2023); 27. *Chen et al.* (2024); 28. *Chen et al.* (2025); 29. *Chen et al.* (2026); 30. *Chen et al.* (2027); 31. *Chen et al.* (2028); 32. *Chen et al.* (2029); 33. *Chen et al.* (2030); 34. *Chen et al.* (2031); 35. *Chen et al.* (2032); 36. *Chen et al.* (2033); 37. *Chen et al.* (2034); 38. *Chen et al.* (2035); 39. *Chen et al.* (2036); 40. *Chen et al.* (2037); 41. *Chen et al.* (2038); 42. *Chen et al.* (2039); 43. *Chen et al.* (2040); 44. *Chen et al.* (2041); 45. *Chen et al.* (2042); 46. *Chen et al.* (2043); 47. *Chen et al.* (2044); 48. *Chen et al.* (2045); 49. *Chen et al.* (2046); 50. *Chen et al.* (2047); 51. *Chen et al.* (2048); 52. *Chen et al.* (2049); 53. *Chen et al.* (2050); 54. *Chen et al.* (2051); 55. *Chen et al.* (2052); 56. *Chen et al.* (2053); 57. *Chen et al.* (2054); 58. *Chen et al.* (2055); 59. *Chen et al.* (2056); 60. *Chen et al.* (2057); 61. *Chen et al.* (2058); 62. *Chen et al.* (2059); 63. *Chen et al.* (2060); 64. *Chen et al.* (2061); 65. *Chen et al.* (2062); 66. *Chen et al.* (2063); 67. *Chen et al.* (2064); 68. *Chen et al.* (2065); 69. *Chen et al.* (2066); 70. *Chen et al.* (2067); 71. *Chen et al.* (2068); 72. *Chen et al.* (2069); 73. *Chen et al.* (2070); 74. *Chen et al.* (2071); 75. *Chen et al.* (2072); 76. *Chen et al.* (2073); 77. *Chen et al.* (2074); 78. *Chen et al.* (2075); 79. *Chen et al.* (2076); 80. *Chen et al.* (2077); 81. *Chen et al.* (2078); 82. *Chen et al.* (2079); 83. *Chen et al.* (2080); 84. *Chen et al.* (2081); 85. *Chen et al.* (2082); 86. *Chen et al.* (2083); 87. *Chen et al.* (2084); 88. *Chen et al.* (2085); 89. *Chen et al.* (2086); 90. *Chen et al.* (2087); 91. *Chen et al.* (2088); 92. *Chen et al.* (2089); 93. *Chen et al.* (2090); 94. *Chen et al.* (2091); 95. *Chen et al.* (2092); 96. *Chen et al.* (2093); 97. *Chen et al.* (2094); 98. *Chen et al.* (2095); 99. *Chen et al.* (2096); 100. *Chen et al.* (2097); 101. *Chen et al.* (2098); 102. *Chen et al.* (2099); 103. *Chen et al.* (2100); 104. *Chen et al.* (2101); 105. *Chen et al.* (2102); 106. *Chen et al.* (2103); 107. *Chen et al.* (2104); 108. *Chen et al.* (2105); 109. *Chen et al.* (2106); 110. *Chen et al.* (2107); 111. *Chen et al.* (2108); 112. *Chen et al.* (2109); 113. *Chen et al.* (2110); 114. *Chen et al.* (2111); 115. *Chen et al.* (2112); 116. *Chen et al.* (2113); 117. *Chen et al.* (2114); 118. *Chen et al.* (2115); 119. *Chen et al.* (2116); 120. *Chen et al.* (2117); 121. *Chen et al.* (2118); 122. *Chen et al.* (2119); 123. *Chen et al.* (2120); 124. *Chen et al.* (2121); 125. *Chen et al.* (2122); 126. *Chen et al.* (2123); 127. *Chen et al.* (2124); 128. *Chen et al.* (2125); 129. *Chen et al.* (2126); 130. *Chen et al.* (2127); 131. *Chen et al.* (2128); 132. *Chen et al.* (2129); 133. *Chen et al.* (2130); 134. *Chen et al.* (2131); 135. *Chen et al.* (2132); 136. *Chen et al.* (2133); 137. *Chen et al.* (2134); 138. *Chen et al.* (2135); 139. *Chen et al.* (2136); 140. *Chen et al.* (2137); 141. *Chen et al.* (2138); 142. *Chen et al.* (2139); 143. *Chen et al.* (2140); 144. *Chen et al.* (2141); 145. *Chen et al.* (2142); 146. *Chen et al.* (2143); 147. *Chen et al.* (2144); 148. *Chen et al.* (2145); 149. *Chen et al.* (2146); 150. *Chen et al.* (2147); 151. *Chen et al.* (2148); 152. *Chen et al.* (2149); 153. *Chen et al.* (2150); 154. *Chen et al.* (2151); 155. *Chen et al.* (2152); 156. *Chen et al.* (2153); 157. *Chen et al.* (2154); 158. *Chen et al.* (2155); 159. *Chen et al.* (2156); 160. *Chen et al.* (2157); 161. *Chen et al.* (2158); 162. *Chen et al.* (2159); 163. *Chen et al.* (2160); 164. *Chen et al.* (2161); 165. *Chen et al.* (2162); 166. *Chen et al.* (2163); 167. *Chen et al.* (2164); 168. *Chen et al.* (2165); 169. *Chen et al.* (2166); 170. *Chen et al.* (2167); 171. *Chen et al.* (2168); 172. *Chen et al.* (2169); 173. *Chen et al.* (2170); 174. *Chen et al.* (2171); 175. *Chen et al.* (2172); 176. *Chen et al.* (2173); 177. *Chen et al.* (2174); 178. *Chen et al.* (2175); 179. *Chen et al.* (2176); 180. *Chen et al.* (2177); 181. *Chen et al.* (2178); 182. *Chen et al.* (2179); 183. *Chen et al.* (2180); 184. *Chen et al.* (2181); 185. *Chen et al.* (2182); 186. *Chen et al.* (2183); 187. *Chen et al.* (2184); 188. *Chen et al.* (2185); 189. *Chen et al.* (2186); 190. *Chen et al.* (2187); 191. *Chen et al.* (2188); 192. *Chen et al.* (2189); 193. *Chen et al.* (2190); 194. *Chen et al.* (2191); 195. *Chen et al.* (2192); 196. *Chen et al.* (2193); 197. *Chen et al.* (2194); 198. *Chen et al.* (2195); 199. *Chen et al.* (2196); 200. *Chen*

1. *Unemployment*—The unemployment rate is the percentage of the labor force that is unemployed. It is calculated as follows:

© 1987 by The McGraw-Hill Companies, Inc.

... auch nicht auf unseren Rat von ganz besonderer Wichtigkeit gewesen ist, daß er

business, the 40-hour-a-week requirement of 4400-Corporate is frequently ignored. 4400's maximum hours, which are 40

சென்னை: கிராமப்புறங்களில் உள்ள பள்ளிகளில் கல்விக்கான செலவு குறைவாக இருப்பதால், மாணவர்கள் பள்ளிகளில் சிறப்பாக கல்வி கற்க முடியாமல் போகிறது. இதனால், மாணவர்கள் பள்ளிகளில் சிறப்பாக கல்வி கற்க முடியாமல் போகிறது. இதனால், மாணவர்கள் பள்ளிகளில் சிறப்பாக கல்வி கற்க முடியாமல் போகிறது.

Stufenweise, gleichmäßig, von drei
Fingern schwebend gehalten.

ADDITIONAL INFORMATION: The U.S. Justice Dept.

Reproduction of any content on this page is prohibited without the express written permission of the copyright owner.

1. *Chrysomelidae* (Coleoptera) (Chrysomelidae) and
 2. *Curculionidae* (Curculionidae) (Curculionidae)

Term plans for each night of
Landscape from 1900.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

Copyright © 2004 John Wiley & Sons, Ltd.

[illegible]

...auf dem Gebiet der ...

© 2004 Blackwell Publishing Ltd, *Journal of Internal Medicine* 255: 103–110

**Und schon
bist Du ein
Faschist.
Faschist ?
Faschist !**

Fortsetzung von Seite 46

Nebenbei bemerkt: Auf den Unterstützer-Listen für das Bremer Institut Bohlmann und Soykas und unter den AKW-Klägernamen, die Soyka gerichtlich vertritt, befindet sich nicht nur der Name eines Nazi Roaders, sondern eine ganze Reihe einschlägig aus der rechtsextremen Szene bekannte Namen – bis hin zu dem Rassist-Ideologen Rieger („Gesellschaft für biologische Anthropologie“ etc.). Hat sich Soyka auch von denen „getrennt“?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Jan Peters

Rechtsextremisten



als Umweltschützer

Die „Freunde der Erde“ (Westberlin) haben eine Broschüre zur schnellen Information über „Rechtsextremisten als Umweltschützer“ herausgebracht. Eingeleitet durch zwei Überblicksaufsätze (von Jan Peters und O. Rammstedt) sind – für alle, die's nicht glauben wollen – einige aktuelle Beispiele braun-grüner Propaganda als Dokumente abgedruckt.

Begrüßungsadresse:

Freunde der Erde
D. Witt
Burgemeisterstr. 74 a
1000 Berlin 42

DM 2,50
(beim Kauf im Laden: 2,- DM)

Die »KPD« ist tot, es lebe die »KPD«!

Der „Rote Morgen“, Zentralorgan des Albanien-Fanclubs KPD/ML, erschien am 4. Juli erstmals mit dem Untertitel „Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands“. Des Rätsels Lösung präsentiert ML-Chef Aust auf Seite 2 derselben Ausgabe: „Mit großer Mehrheit“, so der größte Sohn der deutschen Arbeiterklasse, hätten die Mitglieder der KPD/ML beschlossen, ihren Parteianführer „zurückzubekommen“ auf den Namen „KPD“. Getreu der alten Weisheit, daß man eine Lüge nur oft genug wiederholen müsse, um Erfolg zu haben, behauptet Aust wieder mal, es seien „vornehmlich Genossen der alten, inzwischen verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands“ gewesen, die 1968 die KPD/ML gegründet hätten.

Aust ist allerdings offenerherzig oder dumm genug, den tatsächlichen Grund des jähren Namenswechsels dem staunenden Publikum zu unterbreiten: „Warum sollten wir warten (nach der Selbstauflösung der „KPD“ – „Rote Fahne“ – im März dieses Jahres – Anm. AK), bis wieder irgendeine Gruppe beim Bundeswahlleiter den Namen mit Beschlag belegt und uns so, zum Beispiel bei Wahlen, Schwierigkeiten bereitet? Ob die Umbenennung der KPD/ML freilich dazu beitragen wird, „mehr und mehr das unverwechselbare Profil der Vorhutpartei der Arbeiterklasse herauszuarbeiten“ (Ernst Aust), mag bezweifelt werden. Die Verwirrung ist jedenfalls vorprogrammiert, ebenso wie die weitere Diskreditierung des Namens KPD.

„Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Taten und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragedie, das andere Mal als Farce.“ (Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Napoleon Bonaparte). – In diesem speziellen Fall handelt es sich bereits um die Farce einer Farce! U., RGW-Kommission

Einige Bemerkungen zum Stand der AK-Arbeit

Mit diesem Artikel soll ein Versuch gemacht werden, Probleme der Redaktionsarbeit zum AK aufzuzeigen, die Arbeitsweise der Redaktion transparenter zu machen und Grundlagen für eine anstehende breite Diskussion um Konzeption und Gestaltung des AK zu geben.

Die Entwicklung des Umfangs des AK

Der AK erscheint zur Zeit alle zwei Wochen, mit einem Umfang von 48 (ausnahmsweise 52) Seiten. Im Herbst 1979 hatte der AK im Durchschnitt 64 Seiten (z.T. aufgebläht durch die damalige breiten Raum einnehmende Auseinandersetzung mit der Zentrumsfraktion), im Frühjahr 1980 immerhin noch 60 Seiten. Die Reduzierung der Seitenzahl ist das Ergebnis einer Kalkulation, die aufzeigte, daß weder arbeitskräftemäßig (Composer und Layout) noch finanziell der bisherige Umfang zu halten wäre.

48 AK-Seiten entsprechen einem Bruttovolumen von ca. 30.480 Zeilen. (Als Bruttovolumen bezeichne ich die Zahl der Zeilen, die theoretisch in den AK passen würden, wenn weder Fotos noch Überschriften hinzukämen). 64 Seiten – wie im Herbst 79 – entsprechen einem Bruttovolumen von ca. 40.640 Zeilen.

Zum Vergleich der Umfang (ebenfalls Bruttovolumen und auf Zeilenbreite des AK umgerechnet) anderer vergleichbarer Zeitungen der „revolutionären Linken“:

- „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) des KBW, Erscheinungsweise wöchentlich, Umfang ca. 13.500 Zeilen. (Preis: 70 Pf.)
- „Roter Morgen“ der KPD/ML, Erscheinungsweise wöchentlich, Umfang ca. 8.200 Zeilen. (1 DM).
- „Rote Fahne“ des KABD, Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang ca. 7.500 Zeilen. (50 Pf.)
- „Rote Fahne“ der „KPD“ (inzwischen aufgelöst), Erscheinungsweise bis Ende 1979 wöchentlich, Umfang ca. 13.600 Zeilen. (1 DM)

Der AK liegt also auch mit einem reduzierten Umfang von 48 Seiten noch knapp über der „KVZ“, die – auf die Erscheinungsweise des AK umgerechnet – derzeit rund 90% des AK-Umfanges hat. (Im Herbst 1979, bei einem AK-Umfang von 64 Seiten, ca. 66 %). Zu vermuten ist allerdings, daß die „KVZ“ mit einem deutlich größeren personellen und technischen Aufwand als der AK produziert wird.

Betrachten wir nach diesem Vergleich mit anderen „K-Gruppen“-Zeitungen die Entwicklung des AK-Volumens: Die erste Ausgabe des „Arbeiterkampfes“ erschien im Dezember 1971, bereits unter der Nr. 13 (anknüpfend an die Nr. 1 bis 12 der „KAZ“, die von einer der Vorläuferorganisationen des KB herausgegeben worden war). Der AK 13 hatte (wiederum alle Angaben „brutto“) ca. 4.080 Zeilen, der AK 16 hatte bereits 8.160 Zeilen und der AK 30 (Juli 1973) 17.600 Zeilen. Zu dieser Zeit erschien der AK nur einmal im Monat. Man muß also diese Zeilenzahlen halbieren, um sie mit unserem derzeitigen Volumen vergleichen zu können. Für AK 30 ergibt das ca. 30 % des heutigen Volumens.

Ab AK 33 (September 1973) erschien der AK alle drei Wochen. Wir erhofften uns davon gleichzeitig eine Senkung des Umfangs pro AK, da wir schon damals den AK für „zu dick“ hielten. Zunächst schien die Rechnung aufzugehen: Es erschienen mehrere AK's mit nur 28 Seiten (vorher 32) Umfang, gleich 15.400 Zeilen. Von da an jedoch wuchs der Umfang langsam, aber stetig wieder und weiter. Ab AK 58/59 (April 1975) lagen wir bei 48 Seiten gleich ca. 24.480 Zeilen. Dieser Umfang blieb längere Zeit konstant. (Daß die Zeilenzahl damals trotz gleicher Seitenzahl niedriger war als heute, ergibt sich daraus, daß damals erheblich weniger Zeilen als heute auf eine Seite „gequetscht“ wurden). Auf zweiwöchiges Erscheinen umgerechnet entsprach der AK damals ca. 53 % des derzeitigen Volumens.

Selt Nr. 73 (Februar 1976) erscheint der AK alle zwei Wochen. Die erhoffte Hoffnung, wenigstens jetzt das Volumen senken zu können, scheitert aber wieder: Zug um Zug erfolgte eine Steigerung von 48 auf 64 Seiten, bei zusätzlicher Erhöhung der Zeilenzahl pro Seite (durch geringeren Zeilenabstand).

Konsequenzen für die Arbeit der Redaktion

Das zu bewältigende Volumen des AK hat sich in weniger als fünf Jahren verdoppelt, gegenüber den

Anfängen des AK sogar verzehnfacht. Diese Steigerung der anfallenden Arbeit wird nur geringfügig durch die Tatsache gemildert, daß der UW (theoret. Organ des KB) kaum noch erscheint, daß „die Internationale“ eingestellt wurde und daß der „Rebell“ (Jugendzeitung des KB) derzeit nicht mehr erscheint. Kräfte für die AK-Redaktion sind hierdurch jedenfalls kaum freigesetzt worden. (Die letzte „Rebell“-Redaktion hat größtenteils 1979 zusammen mit der „Kritik-Fraktion“ den KB verlassen).

Die Entwicklung des AK-Volumens und damit der Anstieg der zu leistenden redaktionellen Arbeit haben entscheidende Rückwirkungen für die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsweise der AK-Redaktion:

Zur Zeit der „KAZ“ und noch bei den ersten Ausgaben des AK gab es ein kollektives Arbeiten der Redaktion. Das Redaktionskollektiv bestand aus 5 – 6 Genossen und Genossinnen. Die wesentlichen Artikel wurden, zumindest in der Anfangszeit, von allen Mitgliedern des Redaktionskollektivs gelesen und gemeinsam diskutiert, Änderungen besprochen usw. Diese Arbeit konnte sich jeweils auf einen Monat verteilen. Die Mitglieder des Redaktionskollektivs waren gleichzeitig selbst die Verfasser der Mehrheit der Artikel. Ingesamt handelte es sich um einen recht „gemütlichen“ Arbeitsstil.

Verglichen damit hat sich nicht nur der Umfang des AK erheblich verändert, sondern auch seine Aufgabenstellung: Des KB hatte damals, zu Beginn der 70er Jahre, weder den Anspruch noch die Möglichkeit/Fähigkeit, aktuell zu einer Vielfalt realer Bewegungen Stellung zu nehmen und in diese einzugreifen.

Schwerpunkt unserer Praxis – und unserer Zeitungsarbeit – war damals ganz eindeutig die Politik in Betrieben und Gewerkschaften, Arbeitsfelder, die heute den größten Raum im AK einnehmen („Wahlen“, Anti-AKW-Bewegung, Frauen, Leuten/Schwele u.a.), waren damals noch gar nicht „entdeckt“.

Für die Arbeit der AK-Redaktion bedeutet das konkret, daß die Belastung ganz erheblich zugenommen hat, ohne daß diese Belastung durch eine personelle Stärkung der Redaktion ausreichend aufgefangen werden konnte. Im Gegenteil sind Redaktionen zunehmend aufgefressen werden konnte. Im Gegenteil sind mit der Abspaltung der Zentrumsfraktion (heute „Gruppe 2“) dem KB mehrere erfahrene und tüchtige Redakteure/Redakteurinnen verloren gegangen.

Zu bedenken ist dabei auch, daß die vorgenommene Reduzierung des AK-Umfangs von 60 – 64 Seiten auf 48 Seiten (also um 25 %) zunächst durchaus nicht als Entlastung der Redaktion wirkt. Denn Grundlage der Reduzierung ist ein intensiver redaktioneller Arbeitssatz (Kürzungen, Bearbeitungen, Neufassung von Artikeln). Zu schätzen ist, daß nach Abschluß des AK's jeweils zusätzlich 15 – 20 % des Volumens noch in Form unbearbeiteter Manuskripte vorliegen, die entweder auf den nächsten AK verschoben oder ganz „gekippt“ werden müssen. Außerdem fallen jeweils schätzungsweise um die 10 % der Manuskripte längerer oder kürzerer Streichungen zum Opfer.

Die Reduzierung des AK-Umfangs bedeutet also zunächst keineswegs, daß weniger oder kürzere Manuskripte vorgelegt werden, sondern daß erheblich mehr gestrichen, „gekippt“ oder zumindest verschoben wird. Das heißt, ein relativ großer Teil der vorgelegten Manuskripte kann aus Platzgründen nicht veröffentlicht werden. Weitere werden durch Kürzungen – die aus Zeitmangel und Arbeitsdruck in der Regel nicht mit dem Verfasser(innen) abzusprechen sind – mehr oder weniger stark verändert. Andererseits würde sich ohnehin diese Kürzungen der Anteil der gar nicht zum Abdruck kommenden Texte deutlich erhöhen.

Aus dieser Situation ergeben sich naturgemäß Widersprüche, und die Frage nach den Entscheidungsprozessen drängt sich auf. Damit eng verbunden ist die Diskussion um die Konzeption des AK, d.h. um die Maßstäbe und Orientierungslinien, nach denen bestimmte Texte „gekippt“ oder gekürzt werden.

Zum Umgang mit den Manuskripten

Die Stärke des AK ist das entwickelte Korrespondentenwesen, d.h. praktische die Vielzahl freier Mitarbeiter. Das bringt aber auch Probleme mit sich, wie oben beschrieben. Aus der

Gesamtsituation ergibt sich, daß in die Manuskripte z.T. (je nach Arbeitsweise der Redakteure) recht umfangreich „reingequert“ wird bzw. daß im Einzelfall längere Artikel zu kürzeren Meldungen umgeschrieben werden. All das geschieht notwendigerweise ohne Rücksprache mit den Verfassern. Selbstverständlich ist zugleich, daß eine erhebliche Zahl von Artikeln aus Platzgründen gar nicht verwendet werden kann.

Hieraus ergeben sich Widersprüche mit den Verfassern dieser Artikel. Manche erwarten – aus ihrer Sicht durchaus verständlich – ihre „abgewiesenen“ Manuskripte zumindest mit einer schriftlichen Begründung zurückzubekommen. Möglichst soll die schriftliche Begründung auch noch Hinweise auf „Fehler“ (politische) im Artikel oder sonstige eventuelle Mängel des eingereichten Artikels enthalten.

Dieser Erwartung nachzukommen, ist jedoch aus Gründen der Arbeitsbelastung der für die AK-Endredaktion arbeitenden Genoss(inen) im allgemeinen nicht möglich. Soweit

die Manuskripte dann nicht an den Verfasser zurückgeleitet werden, gehen sie an die zuständige Kommission, als Archiv- und Arbeitsmaterial. Manchmal merken die Verfasser auch an, daß sie bei Nichtabdruck des Manuskript unbedingt zurückhaben möchten – dann wird so verfahren. (Soll jedenfalls!)

Für die Genossinnen und Genossen, die Manuskripte an die Redaktion schicken, ist im Einzelfall nicht ersichtlich, warum gerade ihr Artikel nicht gedruckt wurde, und nicht irgendein anderer. Das ist konkret auch tatsächlich schwer begründbar, da es im Wesentlichen subjektive Auslegung des bearbeitenden Redakteurs ist, was er für wichtig oder weniger wichtig hält. Kriterien gibt es dafür nicht.

Fortsetzung nächste Seite

SPENDENAUFBRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Von rund 30 Genoss(inen) werden bei uns derzeit die AK- und Buchmanuskripte auf dem Composer geschrieben, während der AK-Erstellung im Schichtbetrieb, für den Großteil freiwillig und zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit als Berufstätige.

Es ist vollkommen einsichtig, daß wir gerade hier besonders rational und mit möglichst wenig Straß die Arbeitsbedingungen gestalten müssen.

Die alten Composers sind sehr laut und vor allem abgenutzt, die Tastaturen sind nicht mehr voll funktionsfähig, eine Erneuerung stand auf jeden Fall an. Wenn wir statt der bisherigen Composers verschiedene Tastaturen, Bildschirme und einen Speicher benutzen, hat dies erhebliche Vorteile: Zur Zeit ist ein geschriebener Text nicht mehr änderbar; für jeden Tippfehler müssen allein drei neue Zeilen geschrieben und nachträglich mühsam eingeklebt werden, das macht zur Zeit etwa 15 % der Schreib- und Layoutarbeit aus, die man weitgehend einsparen kann, wenn der Text im Speicher auf dem Bildschirm abgerufen wird und Korrekturen nachträglich einfach eingetippt werden.

Wenn der Text erst zum Schluß am dem Speicher ausgetippt wird, dann kann der Text auch jeweils in der Größe, mit den Typen, Zeilenabstand ausgedruckt werden, wie man es für das Layout wünscht.

Wir wissen, daß diese Systeme im kapitalistischen Betrieb dazu genutzt werden, um mit dem Computer gleichzeitig die gesamte Arbeit von Tipper/innen kontrollierbar zu machen, was den Druck und den Straß enorm erhöht.

Doch auch bei uns ist es notwendig, die Belastungen für die Augen durch Bildschirme zu beachten. Eine entsprechende Auswahl der Bildschirme, der Tastatur und der Einrichtung sowie der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die im einzelnen von den Betroffenen zu diskutieren sind, müssen dafür sorgen, die Belastung möglichst gering zu halten.

Ohne die im einzelnen günstigsten Geräte (z.B. beim Bildschirm oder der Tastatur etc.) zu bekommen, weil nur ganze Systeme angeboten werden, würde eine entsprechende Einrichtung – gekauft – für unsere Anforderungen rund 200.000 DM kosten. Wir haben deshalb angefangen, selbst ein System aufzubauen, das schon seine Funktionstüchtigkeit in Tests bewiesen hat. Zudem wollen wir gleichzeitig damit ein eigenes elektronisches Datensystem für den Verlag aufbauen, der derzeit seine Datenerfassung und Buchhaltung auf einer EDV auf Mietbasis macht, was uns monatlich 2000 DM Miete kostet. Das System, das wir in diesem Jahr aufbauen wollen, hat folgende Kosten:

Der jetzige Entwicklungscomputer und spätere	
Verlegungscomputer kostet	30.000 DM
5 Terminals für die Texterfassung	60.000 DM
2 Schnelldrucker	30.000 DM
Die Gesamtsumme beträgt damit	120.000 DM

Deven müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spenden aufgebracht werden.

Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Composer und EDV von 6.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Foto-setzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

Wir möchten alle Genossinnen und Genossen und darüber hinaus alle Leser des AK auffordern, diese Spendensammlung mit großen und vielen kleinen Beträgen solidarisch zu unterstützen.

Spenden bitte unter Angabe des Kennwortes
„AK-Spende“ auf das Konto von
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Nr. 4 501 755 00

AK-Redaktion und Verlagskollektiv

Einige Bemerkungen zum Stand der AK-Arbeit

Fortsetzung von Seite 47

Es gibt heute niemanden, der im KB hauptsächlich oder gar ausschließlich redaktionelle Arbeit macht, abgesehen von den drei oder vier Tagen der Endredaktion, wo tatsächlich für die damit befaßten Genoss(inn)en die Redaktionsarbeit die hauptsächliche oder ausschließliche Beschäftigung darstellt. Relativ stark sind an dieser Redaktionsarbeit Mitglieder des LG beteiligt.

Insgesamt liegt derzeit aus einfachen Gründen der Arbeitsökonomie

ein kollektives Arbeiten im Wesentlichen nicht im Bereich der Möglichkeiten. Die zur Verfügung stehende Zeit wird größtenteils für das Korrigieren von Manuskripten, für Zusammenfassen und für eigene Artikelarbeit eingesetzt. Nur in Ausnahmefällen kann man überhaupt zwischen zwei oder mehreren Genoss(inn)en noch über Artikel (Manuskripte) gesprochen werden. Das betrifft naturgemäß die wichtigsten, zentralen Artikel.

Mit der hier beschriebenen Situation eng zusammen hängt die Tatsache, daß im Gegensatz zu früheren

Zeiten die Mitglieder des LG relativ wenig zu eigenen Artikelarbeiten kommen, insbesondere kaum zu grundsätzlichen Artikeln. (Selbstverständlich spielt ebenso die Belastung durch praktische Anleitungsarbeiten eine große Rolle).

Die hier beschriebene Situation führt außerdem dazu, daß - je nach Arbeitsweise der befaßten Genossen usw. - z.T. nicht ausreichend Zeit für eine optimale Bearbeitung der Manuskripte (Kürzungen, Zusammenfassungen, Vermeidung von Überschneidungen in verschiedenen Artikeln u.ä.) bleibt - was wiederum die weitere Aufblähung des AK und sonstige Schwierigkeiten in der Endredaktion zur Folge hat.

Die erste AK-Debatte

Die erste umfassende Debatte über die AK-Konzeption wurde im Rahmen unserer 'Krisen-Debatte' im Sommer 1976 geführt. Unmittelbarer äußerer Anstoß war ein ebenso plötzliches wie starkes Absinken der Verkaufszahlen: Die AK-Auflage hatte sich 1977 positiv entwickelt. Zu Jahresanfang hatte sie schon bei 24.000 gelegen (vor allem beeinflusst durch die Brokard/Großde-Mobilisierung), war dann im Sommer 1977 etwas zurückgegangen (auf ca. 21.000) und im Herbst 1977 nochmals auf 23.000 - 24.000 gesunken (u.a. Stammheim, 'Selbstmorde' und Russell-Tribunal). Anfang 1978 jedoch begann die Auflage nach zu sinken. Anfang März immerhin noch 21.000, Mitte April nur noch 17.500. Als wir im AK 134 (24.7.78) die AK-Debatte eröffneten, lag die Auflage bei 14.000. Der AK 138, in dem die AK-Debatte erst einmal abgeschlossen wurde, hatte nur noch eine Auflage von 12.500.

Im AK 134 wurde vor diesem Hintergrund eine knappe gemeinsame Stellungnahme von LG- und AK-Redaktion veröffentlicht (S. 44). Dort hieß es, „daß zwar auf der einen Seite der AK stärker als in irgend-einer anderen Phase unserer Entwicklung Beachtung gerade unter den aktiven und führenden Kräften der 'Neuen Linken' findet, insbesondere wegen der Fülle von Spezialinformationen (...). Auf der anderen Seite jedoch steht die mittlerweile schon besorgniserregende Verkaufs- und wegen der Mängel von Spezialinformationen (...). Auf der anderen Seite jedoch steht die mittlerweile schon besorgniserregende Verkaufs- und

„NEUE“ gab es damals noch nicht). Die Berichterstattung über Nazis, Prozesse u.a.m. sei zu lang und ausführlich. Die Artikel hätten vielfach zu wenig „Niveau“. Statt einer Fülle von Informationen solle der AK mehr zusammenfassende Analysen vom kommunistischen Standpunkt vermitteln. Ganz extrem wurde dieser Standpunkt im Hamburger SSB (Studenten) formuliert: „Fakten (sollen) als Belege der politischen Analysen nur dort gebracht werden, wo sie unerlässlich sind“; der AK solle „so wenig Informationen wie möglich“ bringen, nämlich nur „so viele wie eben noch nötig, um den Lesern ein wahrheitsgetreues Bild und eine eigenständige Beurteilung unseres Kommentars zu ermöglichen.“ (AK 137, S. 46)

Oft wurde die Meinung geäußert, die Reduzierung des AK-Volumens sollte mit einer Umstellung auf wöchentliches Erscheinen verbunden werden. Begründet wurde dies mit Hinweisen auf die dadurch zu erreichende größere Aktualität.

Insgesamt führte die damalige Debatte nicht zu konkreten Veränderungen des AK, weder zu einer Reduzierung des Umfangs noch zu wesentlich mehr qualifizierten, umfassenden Analysen. Zum einen ist selbstkritisch zuzugeben, daß damals der Plan einer Reduzierung des Umfangs seitens der Redaktion nicht konsequent weiterverfolgt wurde, sondern sich die Praxis des 'Laufenlassens' durchsetzte. Zum anderen gab es 1979 heftige innerorganisatorische Auseinandersetzungen (zuerst um die 'Kritik-Fraktion', dann um die Zentrumsfraktion), die sich auch im Umfang des AK niederschlugen. Zudem beanspruchten neue Themen (vor allem die Wahldebatte) zusätzliche Platz im AK. Die Überlegung, den AK durch Wiederbelebung von 'Unser Weg' und 'Internationale' zu entlasten, erwies sich als nicht praktikabel. In der Diskussion wurde vielfach auf die Problematik verwiesen, zusätzlich und neben dem AK weitere Zeitungen anbieten zu sollen, was als schwierig eingeschätzt wurde. Für die 'Internationale' kam die Erfahrung früherer Zeiten hinzu, daß man eigentlich eine recht große und arbeitsintensive Redaktion brauchen würde, um diese Zeitung nicht zum Sammelplatz von Ladenhütern aus dem AK-Abfall werden zu lassen. Die Voraussetzungen für einen solchen eigenen Redaktionsstab zur Internationalismus-Arbeit waren und sind im KB aber nicht gegeben. Als nicht praktikabel erwies sich auch ein regelmäßiges Erscheinen des UW und eine Auslagerung von Artikeln aus dem AK in diese Zeitschrift: Da klar ist, daß die Auflage einer solchen Zeitschrift viel niedriger ist als die des AK, würde eine Auslagerung von mehr theoretischen Artikeln aus dem AK geradezu negativ wirken, indem der Kreis der Ansprechenden von vornherein eingengt würde. Daher blieb es dabei, den UW nur unregelmäßig und zu ganz speziellen Themen (z.B. Dokumentationen innerorganisatorischer Auseinandersetzungen, Kongreß-Diskussionen u.ä.) erscheinen zu lassen.

Zur Neuaufgabe der AK-Debatte

Ungefähr seit Mai dieses Jahres wird die AK-Debatte erneut geführt. Grob gesagt geht es dabei um drei verschiedene, aber in Zusammenhang miteinander stehende Komplexe:

1. Der Anfang Mai ausgelöste Notruf hinsichtlich der technischen Erstellung des AK (Composer, Lay-Out, Foto-Arbeiten): u.a. bedingt durch die Abspaltung der Zentrumsfraktion („Gruppe Z“) war die Personalsituation in der 'Technik' so kritisch, daß eine sofortige Reduzierung des AK auf 48 Seiten (statt damals 60 Seiten) absolut unvermeidlich geworden war. Diese Reduzierung gelang - notgedrungen! - diesmal auf Anhieb: Von den fünf letzten Ausgaben des AK (177 - 181) haben vier einen Umfang von 48 Seiten, eine von 52 Seiten. Dabei ist ersahend zu berücksichtigen, daß mit dem Thema 'Mietkampf' ein neues Gebiet zu bearbeiten ist, das in den letzten AK's jeweils mit mehreren Seiten plazierte war. Die Reduzierung des AK-Umfangs hat in erster Linie die Bereiche Antifa und Revisionismus/Westdeutsche Linke getroffen. Wir geben hier für einige zentrale Bereiche des AK einen Vergleich zwischen der Seitenzahl in AK 172 bis AK 176 (jeweils die erste Zahl) und AK 177 bis AK 181 (Zahl in Klammern):

AKW	17 (15)
Wahlen	37 (34)
Frauen	26 (24)
Betrieb & Gew.	26 (20)
Schwule/Lesben	8 (9)
Antifa	19 (8)
Klassenjustiz	18 (14)
Militarismus	12 (11)
Linke/Revisionismus	28 (16)

2. Die Diskussion um eine Erhöhung des AK-Preises. Aus den vorliegenden Kalkulationen ergibt sich, daß selbst bei einem reduzierten Umfang von 48 Seiten der AK-Preis mit DM 2 (dieser Preis besteht seit August 1977) viel zu niedrig angesetzt ist. Faktisch muß also ständig aus dem Organisationsvermögen zugeschossen werden, um den Preis zu halten. Andererseits verbinden viele Genossinnen und Genossen eine Preissteigerung auf DM 3 oder gar 4 DM (was angesichts der Kosten wohl gerechtfertigt wäre) mit der Sorge, daß der Verkauf des AK dann noch weiter zurückgehen könnte.

3. Analyse für eine neue Debatte um die AK-Konzeption. Bisher sind dazu folgende (teilweise widersprüchliche) Argumente und Ansichten geäußert worden:

- Man/frau solle sich Gedanken über eine andere „Aufmachung“ des AK machen. Es sei nämlich „immer wieder eine Hemmschwelle ... mit einer so eindeutig kommunistisch aufgemachten Zeitung unter die Leute zu gehen.“ Eine „weniger eindeutige“ („seriöser“) Aufmachung insbesondere der AK-Titelseite könne möglicherweise den Verkauf erleichtern und fördern.

- Umstellung des AK auf wöchentliches Erscheinen mit einem Umfang von maximal 36 Seiten. Radikale Veränderung des Erscheinungsbildes, insbesondere der Titelseite: „größere, aber knapper formulierte Aufmacher, aktueller ... mehr aussagekräftige Fotos ... Im Inneren Verbot von Bleiwildern, lockeres Lay-Out, straffere Artikelauswahl und Raffung bestimmter Themen ...“. Öffnung neuer Vertriebswege (z.B. Kioske), Bemühung um Anzeigenkunden.

- „Eine Gestaltung, die sich tendenziell nach der BILD richtet“, könne „am ehesten den Anforderungen nach Vielfalt, Aktualität, Übersichtlichkeit gerecht“ werden. „Die Themen, die auf die Titelseite kommen, sollten weniger indermüßig auf die Stammkundschaft ausgerichtet sein als vielmehr auf sporadische bzw. Noch-Nie-Käufer(innen). Dies bedeutet, daß die Aktualität und Vielfältigkeit der behandelten Themen deutlich im Vordergrund stehen sollte.“

Gemeinsam ist diesen Überlegungen, daß sie sich ausschließlich auf die äußere Gestaltung des AK beziehen, auch wenn diese letztlich Rückwirkungen für das inhaltliche Konzept der Zeitung haben müßte („Massenzeitung“).

hen, auch wenn diese letztlich Rückwirkungen für das inhaltliche Konzept der Zeitung haben müßte („Massenzeitung“).

Überlegungen zum Inhalt des AK liegen aus der Antifa-Kommission (Hamburg) vor:

- Die Qualität des AK sei gesunken.

Der AK gebe zu wenig „Antworten auf brennende Fragen“, biete „zu wenig konzentrierte und gezielte Untersuchungsarbeit an klar festgelegten Schwerpunktthemen“. Auch die Qualität der Artikel sei insgesamt gesunken. „Es wird nicht mehr an früheren Grundlagen angeknüpft, Artikel fallen z.T. nachlässig hinter den früheren Stand zurück“, was mit der Fluktuation in den Kommissionen (verschärft durch die Abspaltung der Zentrumsfraktion) zusammenhängen könne. Es gebe „zu viel unkontrollierte Nachschreibung“ aus „TAZ“, „NEUE“ u.a. „Ein Großteil der Artikel wird offenbar nicht aus der Fragestellung geschrieben, was die Bewegung interessiert und beschäftigt, sondern was die AK-SchreiberInnen interessiert und beschäftigt, d.h. die Aktualität des AK müßte sich zu großen Teilen an der inneren Logik des KB, nicht an der der Bewegung“. Im AK werde der „Pluralismus“ zu weit getrieben, indem Stell. ungenahmen (z.B. auf den Seiten 'Klassenjustiz') weitgehend ohne Auseinandersetzung von unserer Seite dokumentiert werden. Der AK müsse sich stärker mit revolutionäres Propaganda befassen.

- Es müsse „Schluß gemacht werden mit der naturwüchsigen Erstellung des AK“. Stattdessen sei eine „Schwerpunktplanung“ notwendig. Nötig sei dazu die „Bildung einer redaktionellen Planungsgruppe, die einen mittelfristigen Plan für Untersuchungs-Projekte des KB einstellt, und laufend, darauf basierende AK-Artikel andervorteilt, zusammenfaßt, d.h. die bestehenden Kommissionen eine Planungsbefugnis erhält, neue Projektgruppen initiiert etc. ... Die redaktionelle (wissenschaftliche) Planungsgruppe muß auch die Veröffentlichungspraxis des KB bzgl. Broschüren, Verlag kontrollieren ...“.

Wir werden weitere Beiträge zu dieser Diskussion (auch die Stellungnahme der Antifa-Kommission im Wortlaut) in den kommenden Ausgaben des AK veröffentlichen - und hoffen auf eine rege Aussprache auch über die Mitgliederschaft im KB hinaus.

Wat mut, dat mut...

AK wird teurer!

Leitend Beschl. der nationalen Delegierten-Konferenz des KB vom 5. bis 6.7.1980 soll der Verkaufspreis des AK zukünftig seinen Produktionskosten angepasst werden.

Der jetzige AK-Verkaufspreis von DM 2,- wurde im Jahre 1977 (also vor drei Jahren!) festgelegt, als wir noch eine verkaufte Auflage von durchschnittlich 14.000 - 15.000 Exemplaren hatten. Zwischenzeitlich sind wir in unserer abschätzigen Entwicklung unserer Verkaufszahlen bei rund 7.000 Exemplaren/Ausgabe angelangt (und das ist schon beachtlich!). Allein dieses Minus schlägt mit rund 6.000 DM pro Ausgabe zu Buche (da je ein erheblicher Teil der Produktionskosten wie Kamm-/Maschinen-Mieten und Personalkosten weitgehend gleich bleiben, unabhängig von der Höhe der Auflage). Um nur dieses Loch zu stopfen, müßten wir den AK-Preis bereits auf DM 3,- erhöhen.

Hinzu kommt jedoch, daß neben der allgemeinen Inflation in den letzten drei Jahren (die man wohl ohne weiteres mit knapp 20 % veranschlagen kann) vor allem im Druck-Photo- und graphischen Gewerbe gerade eine Preisexplosion stattgefunden hat, die eine relativ aufwendig gestaltete Zeitung wie den AK besonders hart trifft: So wurden allein in diesem Jahr die Preise für Photo-Artikel um rund 40 (vierzig) % und die Papierpreise schon in den zurückliegenden zwei Jahren um etwa das gleiche Prozentsatz angehoben.

Wollen wir uns nicht finanziell ruinieren und unsere Zeitung weiterhin monatlich mit Unsummen aus den Betrügn der KB-Mitglieder bezuschussen, ist eine so fortwährende und sprunghafte Erhöhung des AK-Verkaufspreises unumgänglich.

Um dies an den gegenwärtigen Produktionskosten des AK, wie sie notwendig für die Hamburger Satz- und Verlagsgesellschaft entstehen, deutlich zu machen und zu belegen, wollen wir im Folgenden eine kurze Übersicht geben. Die Rechnung geht von einer AK-Auflage von 8.000 Exemplaren, von denen 7.000 verkauft werden (Umfang 43 Seiten):

Druck	14.000 DM
Kamm-/Maschinen	2.750 DM
Composermaterial	2.750 DM
Reparaturen und Rücklagen für Neuschaffungen	2.650 DM
Formate	574 DM
EDV - Eingabe/Druck	170 DM
EDV - Kosten	400 DM
Buchhaltung/Steuerberater, Debit-/Anforderungen	1.200 DM
LKW - Miete	140 DM
Frachtkosten	600 DM
Porto	1.500 DM
Verpackung	400 DM
Telefon	600 DM
Gas	600 DM
Strom	170 DM
Versicherungen	350 DM
Lay-out-Material	100 DM
10 Angestellte für Verlag, Technik und Redaktion	23.000 DM
Buchdruckkosten	600 DM
Gesamtkosten/Monat	53.106 DM

Dies bedeutet, daß bei derzeit etwa 7.000 verkauften AKs eine Zeitung 3,80 DM kostet. Bei weiter absinkenden Verkaufszahlen würde der Stückpreis noch weiter in die Höhe schnellen - während er umgekehrt bei einer Auflagensteigerung zu sinken ist (bei 10.000 verkauften Zeitungen liegen wir bei 2,45 DM/AK).

Der Preis, der die gestiegenen Produktionskosten des AK und die aus sinkenden Verkaufszahlen resultierenden Verluste in etwa abdecken könnte, müßte bei 4,- DM liegen. Selbst damit wäre der AK noch eine der billigsten Zeitungen der BRD-Linken (mit Ausnahme der DKP-Zeitung und wohl noch der KBW-KVZ, die aber beide reichlich bezuschußt werden dürften). Sowohl die beiden linken Tageszeitungen als auch Blätter wie 'linka', 'konkret', 'Spontan' oder 'Titane' (die allemal noch einen erheblichen Teil ihrer Kosten über Anzeigengeschäfte finanzieren), liegen höher im Preis als der AK, wenn die jeweils auf Compo- oder Fotoatz geschriebenen Textmengen miteinander verglichen werden.

Trotzdem: Es muß hier zwei Richtungen diskutiert und entschieden werden. Zum einen gibt es Anstragungen zu einer nachhaltigen Auflagensteigerung zu unternehmen - und in diesem Rahmen auch erneut über die Konzeption unserer Zeitung nachzudenken und Meinungen auszutauschen (denn sonst kann es am Ende noch passieren, daß wir eine Mitgliedschaftszeitung zu Apothekenpreisen herunterbringen müssen). Zum anderen ist jedoch aktuell eine Preissteigerung unerlässlich (s.o.).

Es sind jetzt zwei Vorschläge (im Rahmen des Verlags- und Redaktionskollektives) erörtert worden, die wir sowohl den KB-Mitgliedern als auch darüberhinaus der AK-Leserschaft vorstellen und zur Abstimmung bringen wollen:

1. Der AK-Preis wird von der nächsten Ausgabe an (erscheint am 23.8.1980) generell auf die kostendeckende Höhe von 4,- DM pro Ausgabe angehoben.
2. Der AK-Preis wird von der nächsten Ausgabe an um 1,- DM auf 5,- DM erhöht - zusätzlich wird für diejenigen, die diese Zeitung unterstützen wollen ein „Förder-Preis“ von 5,- DM mit ausgedruckt. Das Förder-Abonnement wird entsprechend angehoben.

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen und auch alle Interessierten Leserinnen und Leser diese Problematik und unsere Vorschläge zu diskutieren - und uns möglichst rasch ihre Meinung dazu mitzuteilen. Beiträge, die das gegenwärtige AK-Konzept problematisieren und Änderungsvorschläge machen, sind uns natürlich ebenso willkommen.

Leitendes Gremium des KB und AK-Redaktion Hamburg, 18.7.80